6. Wahlperiode



12. Sitzung

# Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Mittwoch, 14. März 2012, Schwerin, Schloss						
Vorsitz:	Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizeprä Vizepräsidentin Regine Lück und Vizeprä					
Inhalt	day Tagaa ayduun a	Unterrichtung durch die Landesregierung Mittelfristige Finanzplanung 2011 bis 2015 des Landes Mecklenburg-Vorpommern				
Feststellung der Tagesordnung gemäß § 73 Abs. 3 GO LT		einschließlich Investitionsplanung				
		- Drucksache 6/298	18			
Aktuelle Stunde Solarkürzungen gefährden Energiewende und Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern 5		Ministerin Heike Polzin Helmut Holter, DIE LINKE				
Rudolf Borche	ert, SPD 5, 17	Tilo Gundlack, SPD				
	chwenke, DIE LINKE	Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Egbert Liskow, CDU				
•	ldmüller, CDU	Udo Pastörs, NPD				
•	Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 10	Jeannine Rösler, DIE LINKE				
•	lent Erwin Sellering	Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN				
	NPD					
Jurgen Seidei	, CDU 15	Beschluss	42			
Gesetzentwur Entwurf eines	f der Landesregierung s <b>Haushalts-</b>	Antrag der Landesregierung				
begleitgesetzes 2012/2013		Zustimmung des Landtages gemäß §§ 63 Abs. 1 und 64 Abs. 1 LHO, § 12 Abs. 2				
(Erste Lesung		Haushaltsgesetz 2010/2011 in Verbindung				
<ul> <li>Drucksache</li> </ul>	6/299 –	mit § 21 Haushaltsgesetz 2010/2011 zur				
Gesetzentwur	f der Landesregierung	Veräußerung landeseigener Grundstücke				
	s Haushaltsgesetzes 2012/2013	– Drucksache 6/364 –	43			
	rbundquotenfestlegungs-					
gesetzes 201		Ministerin Heike Polzin	43			
(Erste Lesung	•	Baaahluaa	40			
<ul> <li>Drucksache</li> </ul>	6/300 –	Beschluss	43			

Gesetzentwurf der Landesregierung	Gesetzentwurf der Landesregierung	
Entwurf eines Gesetzes zum Beitritt des	Entwurf eines Gesetzes zum	
Landes Mecklenburg-Vorpommern zum und	Staatsvertrag über die Veranstaltung von	
zur Änderung des Staatsvertrages zwischen	digitalen terrestrischen Hörfunkprogrammen	
der Freien und Hansestadt Hamburg,	durch den Norddeutschen Rundfunk (NDR-	
dem Land Niedersachsen und dem Land	Digitalradio-Staatsvertrag) vom 02.02.2012	
Schleswig-Holstein über die Finanzierung	(Erste Lesung)	
der Zusammenarbeit in der Metropolregion	– Drucksache 6/363 –	51
Hamburg und die Fortführung der Förderfonds	- Drucksacrie 0/303	
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)	Ministerpräsident Erwin Sellering	
– Drucksache 6/242 –	David Petereit, NPD	. 52
	Helmut Holter, DIE LINKE	. 53
Ergänzung zu dem Gesetzentwurf		
der Landesregierung	Beschluss	. 54
– Drucksache 6/320 –		
Beschlussempfehlung und Bericht		
des Europa- und Rechtsausschusses	Gesetzentwurf der Fraktionen	
(3. Ausschuss)	der SPD und CDU	
- Drucksache 6/421 43	Entwurf eines Kohlendioxid-Speicherungs-	
	ausschlussgesetzes Mecklenburg-Vorpommern	
Detlef Müller, SPD43	(KSpAusschig M-V)	
	<u></u>	
Beschluss45	(Erste Lesung)	
	– Drucksache 6/385 –	. 54
Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE	Rudolf Borchert, SPD	
Entwurf eines Ersten Gesetzes zur	Minister Volker Schlotmann	. 56
	Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE	. 57
Änderung des Gesetzes zur Neuordnung	Jürgen Seidel, CDU	
der Landkreise und kreisfreien Städte	Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Tino Müller, NPD	
(Landkreisneuordnungsgesetz – LNOG M-V)		
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)	Beschluss	60
– Drucksache 6/165 – 45	D 0 0 0 11 1 4 0 0 0 0 0 1 1 1 1 1 1 1 1	. 00
Jeannine Rösler, DIE LINKE45		
Heinz Müller, SPD46	Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE	
Michael Andrejewski, NPD47	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung	
Marc Reinhardt, CDU 48	des Gleichstellungsgesetzes	
Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 49	und anderer Gesetze	
Peter Ritter, DIE LINKE50		
	(Erste Lesung)	
Beschluss	– Drucksache 6/376 –	. 60
	Peter Ritter, DIE LINKE60, 66	, 71
Constraint wife don't an description	Ministerin Manuela Schwesig	. 62
Gesetzentwurf der Landesregierung	Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Entwurf eines Gesetzes zum	Stefan Köster, NPD	
Staatsvertrag über die Gründung der GKL	Maika Friemann-Jennert, CDU	
Gemeinsame Klassenlotterie der Länder	Martina Tegtmeier, SPD	
(GKL-Staatsvertragsgesetz – GKL-StVG M-V)		. 55
(Erste Lesung)	Beschluss	72
– Drucksache 6/362 – 50	2 3 3 11 4 3 3	
Ministerin Heike Polzin50		
Beschluss51	Änderung der Tagesordnung	72

Tätigkeitsbericht 2011 des		Helmut Holter, DIE LINKE	82
Petitionsausschusses (1. Ausschuss)		Andreas Butzki, SPD	85
gemäß § 68 der Geschäftsordnung des		Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	87
Landtages Mecklenburg-Vorpommern		Torsten Renz, CDU	
Die Tätigkeit des Petitionsausschusses		David Petereit, NPD	
des Landtages Mecklenburg-		Minister Mathias Brodkorb	
Vorpommern im Jahr 2011			
– Drucksache 6/360 –	. 72	Beschluss	93
Manfred Dachner, SPD			
Stefanie Drese, SPD		Antrag der Fraktionen der CDU und SPD	
Barbara Borchardt, DIE LINKE		Reform der Wasser- und Schiff-	
Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		fahrtsverwaltung des Bundes	
Tino Müller, NPD		- Drucksache 6/390	94
Detlef Lindner, CDU	. 76		
		Änderungsantrag der Fraktion	
Beschluss	. 77	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
		– Drucksache 6/452 –	94
		Wolf-Dieter Ringguth, CDU	
Beschlussempfehlung und Bericht des		Minister Volker Schlotmann	
Petitionsausschusses (1. Ausschuss)		Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
gemäß § 10 Absatz 2 des Gesetzes zur		Jochen Schulte, SPD	98
Behandlung von Vorschlägen, Bitten		Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE	99
und Beschwerden der Bürger sowie		Dietmar Eifler, CDU	100
über den Bürgerbeauftragten des Landes			
Mecklenburg-Vorpommern (Petitions- und		Beschluss	101
Bürgerbeauftragtengesetz – PetBüG M-V)			
- Drucksache 6/420	. 77		
		Antrag der Fraktion DIE LINKE	
Manfred Dachner, SPD	. 77	Auftrag des Kernenergiebeirats fortführen	
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE	. 78	– Drucksache 6/285 –	101
Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	. 79	2100100010 0/200	
		Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE101,	107
Beschluss	. 79	Minister Lorenz Caffier	103
		Ralf Mucha, SPD	
		Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	105
		Michael Andrejewski, NPD	105
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU,		Wolf-Dieter Ringguth, CDU	106
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN			
Entschließung zur Umsetzung von		Beschluss	108
Beschlüssen der 20. Ostseeparlamen-			
tarierkonferenz in Helsinki, Finnland,			
vom 28. bis 30. August 2011			
– Drucksache 6/384 –	. 80	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
		Erhöhung der Servicequalität im	
0.1 0.1 0.00	00	Schienenpersonennahverkehr (SPNV) –	
Sylvia Bretschneider, SPD	. 80	Nachrüstung von Mobilfunkrepeatern zur	
		Verbesserung des Mobilfunkempfangs	
Beschluss	. 82	– Drucksache 6/370 –	108
		Jahona Cooka Joonse DÜNDNIO 00/DIE ODÜNIEN 100	440
		Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN . 108	
		Minister Volker Schlotmann	
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU,		Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE	
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Jochen Schulte, SPD	
Landesprogramm "Demokratie		David Petereit, NPD	
und Toleranz gemeinsam stärken!"		Dietmar Eifler, CDU	112
weiter wirkungsvoll umsetzen			
- Drucksache 6/394	. 82	Beschluss	113

Antrag der Fraktion der NPD  Mehr Demokratie wagen – Direktwahl des Bundespräsidenten einführen	
– Drucksache 6/365 – 1	13
Udo Pastörs, NPD113, 1 Barbara Borchardt, DIE LINKE1	
Beschluss119, 1.	20
Nächste Sitzung Donnerstag, 15. März 2012	19

Beginn: 10.04 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 12. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die vorläufige Tagesordnung der 12., 13. und 14. Sitzung liegt Ihnen vor. Wird der vorläufigen Tagesordnung widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Damit gilt die Tagesordnung der 12., 13. und 14. Sitzung gemäß Paragraf 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung als festgestellt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1**: Aktuelle Stunde. Die Fraktion der SPD hat gemäß unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zu dem Thema "Solarkürzungen gefährden Energiewende und Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern" beantragt.

### Aktuelle Stunde Solarkürzungen gefährden Energiewende und Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Rudolf Borchert von der Fraktion der SPD.

**Rudolf Borchert**, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 23. Februar 2012 gaben die Bundesminister für Umwelt und Wirtschaft, Herr Röttgen und Herr Rösler, ihre Kürzungspläne zur Solarförderung bekannt und am 29. Februar 2012 beschloss das Bundeskabinett das EEG-Änderungsgesetz. Ich mache es mal in Kurzform.

Beschlossen wurden unter anderem Vergütungskürzungen von 20 Prozent für Anlagen bis 10 KW auf 19,5 Cent pro Kilowattstunde, von 25 Prozent für Anlagen bis 1 MW auf 16,5 Cent pro Kilowattstunde, von 30 Prozent für Anlagen bis 10 MW abgesenkt auf 13,5 Cent pro Kilowattstunde. Bei Freiflächenanlagen sind Kürzungen um 30 Prozent bis 10 MW geplant und bei Anlagen über 10 MW soll zukünftig nur noch der Leistungsanteil bis 10 MW vergütet werden. Die geförderte Strommenge soll bei Anlagen bis 10 KW auf 85 Prozent und bei größeren Anlagen auf 90 Prozent der in einem Kalenderjahr erzeugten Strommenge begrenzt werden.

Diese Kürzungen sollten rückwirkend zum 9. März 2012 in Kraft treten. Inzwischen sind ja Kürzungen zum 1. April angekündigt und außerdem sollen ab Mai für alle Anlagen die Vergütungen monatlich um weitere 15 Cent pro Kilowattstunde abgesenkt werden. Übergangsregelungen sind bisher im Gesetzentwurf nicht vorgesehen. Dies ist ein eklatanter Verstoß gegen notwendigen Vertrauensschutz für bereits geplante und genehmigte Projekte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die geplanten Förderkürzungen und deren kurzfristige Umsetzung gefährden aus Sicht der SPD die Umsetzung vieler Solarprojekte sowie zahlreiche Arbeitsplätze bei Herstellern, Händlern und Installateuren. Die Bundesregierung, meine Damen und Herren, verbreitet mit ihren Kürzungsplänen Chaos

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist es.)

und Unsicherheit in der Solarbranche. Anstelle mit Bedacht und Augenmaß die Vergütungen schrittweise an die Kostenentwicklungen anzupassen und die Systemintegration der Fotovoltaik voranzutreiben, vollzieht die Bundesregierung eine systematische und gewollte Kehrtwende. Die Kürzungen untergraben die Glaubwürdigkeit und die politische Verlässlichkeit der schwarzgelben Koalition beim Ausbau erneuerbarer Energien. Insofern geht es hier nicht nur um Solarkürzungen.

Auch Mecklenburg-Vorpommern ist massiv betroffen. Beim Modulproduzenten Centrosolar in Wismar bangen mehrere Hundert Beschäftigte um ihre Arbeit. Landesweit sind viele Investoren verunsichert, Hersteller und Handwerker sind in ihrer Existenz gefährdet, weil sie im Vertrauen in Politik Verträge geschlossen haben, in Vorleistung gegangen sind und jetzt nicht wissen, wie es weitergehen soll. Meine Damen und Herren, das ist wirtschaftsfeindlich und setzt Zukunftsarbeitsplätze aufs Spiel.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in unserem Land gibt es bereits jetzt über 7.200 PV-Anlagen, die mit einer Leistung von fast 400 MW schon jetzt einen wichtigen Beitrag zur Energiewende leisten. Wir brauchen natürlich auch in Zukunft die Solarenergie, meine Damen und Herren, auf dem Weg zu einer hundertprozentigen Stromversorgung aus erneuerbaren Energien und für das Gelingen der Energiewende in Mecklenburg-Vorpommern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, welche Position vertritt nun die SPD-Fraktion hier im Landtag in Schwerin zum EEG-Änderungsgesetz und zur weiteren Entwicklung der Solarenergie?

Zum einen: Wir brauchen auch weiterhin einen dynamischen Ausbau der Fotovoltaik, meine Damen und Herren

(Heinz Müller, SPD: Sehr richtig.)

und auch in Mecklenburg-Vorpommern ist die Solarenergie ein unverzichtbarer Teil der Energiewende. Sie schafft Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfung, sie bietet Beteiligungsmodelle und sie dämpft jetzt schon auch in der Mittagsspitze vor allen Dingen den Strompreis.

Zweitens. Meine Damen und Herren, wir brauchen vierteljährliche Vergütungsabsenkungen bei der Solarförderung, die sich der Marktentwicklung anpassen, Kontinuität in den Markt bringen und der Branche ein gesundes Wachstum ermöglichen. So wollen wir verlässliche und stabile Rahmenbedingungen für Investoren, Hersteller und Handwerker schaffen.

Meine Damen und Herren, Überförderungen lehnen wir ebenfalls ab. Überförderungen ermöglichen nämlich nicht nur ungerechtfertigte Rendite, sondern sind auch kontraproduktiv für die Weiterentwicklung der Solarindustrie.

(Udo Pastörs, NPD: Sehr richtig.)

Aber durch regelmäßige Degressionsschritte sollen Kostensenkungen angereizt werden. Demzufolge lehnen wir Vergütungsabsenkungen ohne Übergangsregelungen zum 1. April 2012 ab und betrachten das als viel zu kurzfristig und bestehen nach wie vor auf dem angekündigten Datum 1. Juli.

### (Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen, meine Damen und Herren, keine Verordnungsermächtigung, die dem Bundesumweltministerium und dem Bundeswirtschaftsministerium das Recht gibt, Vergütungssätze und Degressionen ohne Zustimmung des Bundestages und ohne Beteiligung des Bundesrates zu ändern. Den Versuch, dem Bundestag und dem Bundesrat, meine Damen und Herren, ihr Mitspracherecht zu beschneiden und sie zu entmachten, betrachten wir als SPD als Angriff auf den Kern des Energieeinspeisungsgesetzes und er wird von uns konsequent abgelehnt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir brauchen bei den Freiflächenanlagen eine Stärkung der kommunalen Planungshoheit.

(Vincent Kokert, CDU: Mehr sachliche Rede, Herr Borchert!)

Starke Abstandsregelungen für neu errichtete Freilandanlagen und Freiflächenanlagen, die laut Gesetzentwurf vier Kilometer auseinanderliegen sollen, lehnen wir ebenfalls konsequent ab.

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine bessere Netzinnovation von Fotovoltaikstrom und einen Zubau von Fotovoltaikanlagen zu möglichst geringen Kosten, um die Stromverbraucher nicht unnötig zu belasten. Die geplante beschleunigte Einbeziehung von PV-Anlagen unter 100 KW ab 1. Juli in das Einspeisungsnetz wird deshalb begrüßt, denn damit wird die Netzstabilität insbesondere in Regionen mit viel Fotovoltaik auch beim weiteren Zubau gewährleistet. Genauso unterstützen wir auch die Absicht, die Kosten aus der Nachrüstung von PV-Anlagen zu einer Hälfte über die EG-Umlage und zur anderen Hälfte auf die Netzentgelte umzulegen.

Meine Damen und Herren, vor allen Dingen brauchen wir aber massive Anreize für Investitionen in Forschung und Entwicklung. Nur wenn die deutsche Solarindustrie technologisch führend ist, hoch innovativ und spezialisiert ist,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

können wir die deutsche Solarbranche für die Zukunft rüsten und so Arbeitsplätze sichern und auch gegen die Billigkonkurrenz aus China bestehen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, noch gibt es ja Hoffnung, die berechtigte Hoffnung, im parlamentarischen Verfahren das Schlimmste zu verhindern. Nach der Ersten Lesung im Bundestag am 9. März gibt es im Umweltausschuss am 23. März eine Expertenanhörung zur Frage: Welche Spielräume gibt es für Vergütungskürzungen? Wir setzen gewisse Hoffnungen in diese Expertenanhörung und hoffen, dass danach mehr Sachlichkeit und mehr Sachkenntnis einzieht in die weitere politische Debatte.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, das kann man nur hoffen.) Am 30. März folgt dann die Zweite Lesung im Bundestag und am 11. Mai berät der Bundesrat.

Meine Damen und Herren, der bundesweite Protest, der Widerstand von SPD, GRÜNEN, LINKEN, Piraten vielleicht auch, die Demonstrationen in Wismar und insbesondere die Großdemo der Solarwirtschaft am 5. März in Berlin zeigen erste Wirkungen. Mehrere unionsgeführte Länder drängen auf Korrekturen an den vom Bundeskabinett beschlossenen Kürzungen der Solarförderung. So zum Beispiel bezeichnete Bayerns Landwirtschaftsminister Helmut Brunner die abrupte Absenkung der Einspeisevergütung als großen Fehler. Er äußerte sich skeptisch, ob zukünftig noch ein ausreichender Neubau von Solaranlagen möglich ist, und sagte dazu, ich zitiere: "Den brauchen wir, wenn wir die Energiewende mit einem ausgewogenen Mix erneuerbarer Energieträger schaffen wollen". Recht hat er.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Als "falsches Signal" bezeichnet die "saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) ... die besonders starke Kappung der Einspeisevergütung für Photovoltaik-Anlagen, die auf Freiflächen installiert werden". Sie sieht die in ihrem Bundesland geplanten besonders großen Solaranlagen als gefährdet an.

(Vincent Kokert, CDU: Was sagt denn Ministerpräsidentin Kraft dazu?)

Die hat die gleiche Position.

"Thüringens Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) hatte der Bundesregierung bereits mit einem Veto des Bundesrats gegen die Kappung gedroht. 'Das wird definitiv gestoppt werden', sagte sie und warf Schwarz-Gelb im Bund einen Alleingang vor. 'Und da es inzwischen auf jede Stimme ankommt im Vermittlungsausschuss, kann ich nur sagen:" – ich zitiere Frau Lieberknecht – "Diese Gesetzgebung wird definitiv so nicht stattfinden."

(Heinz Müller, SPD. Die vertritt die Interessen des Landes.)

"Widerstand hat jüngst auch Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) angekündigt: "Wenn wir jetzt das Augenmaß verlieren, machen wir eine ganze Zukunftsbranche in den neuen Ländern kaputt." Recht hat er.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, richtig, genau.)

Herr Kokert, Sie können sicher sein, dass die in diesen Regierungen mitregierenden SPD-Fraktions- und -Regierungsmitglieder das genauso sehen und selbstverständlich die SPD in NRW ebenso. Allerdings stelle ich fest, dass bisher im Gegensatz zur CDU in anderen Bundesländern hier in Mecklenburg-Vorpommern einiges an Botschaften bei der CDU noch nicht angekommen ist. Aber was noch nicht ist, kann ja noch werden,

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

denn wenn man Zeitung liest, kann man zumindest aus den kommunalen Bereichen durchaus CDU-Politiker zitieren, die ebenfalls inzwischen ihre Position angepasst haben an die allgemeine Stimmungslage oder sich den Sachargumenten angeschlossen haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn es zu keinen gravierenden Veränderungen kommt, dann wird es keine Mehrheit im Bundesrat geben, also wenn es zu keinen gravierenden Veränderungen am Gesetzentwurf kommt. Es droht dann die Anrufung des Vermittlungsausschusses, sodass die Gefahr besteht, dass die notwendige Reform über Monate blockiert wird, zu verantworten von Schwarz-Gelb. Gesetzlich kann es durch eine Hängepartie wegen unklarer Konditionen zu weiteren Verlusten in der Solarbranche kommen, als wenn der Schaden nicht jetzt schon groß genug wäre.

Wir brauchen deshalb, meine Damen und Herren, dringend ein ausgewogenes Konzept, das die Landesinteressen ausreichend berücksichtigt, natürlich auch die Interessen von Mecklenburg-Vorpommern. Und deshalb appelliere ich an alle Mitglieder des Bundestages, insbesondere an die Bundestagsabgeordneten aus Mecklenburg-Vorpommern, und ich fordere die Landesregierung auf, im Interesse der Energiewende und der Sicherung von Arbeitsplätzen gegen die Kürzungen der Solarförderung Widerstand zu leisten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, eigentlich wollte ich an dieser Stelle meine Rede beenden.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Aha, schade!)

Allerdings hat die Aktuelle Stunde ja auch den Zweck, auf aktuelle Entwicklungen einzugehen. Ich sehe allerdings die rote Lampe

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

und insofern gehe ich anschließend noch mal rein. Ich werde anschließend noch mal eingehen auf die aktuellen Äußerungen in der "Ostsee-Zeitung". Aber wie gesagt, ich akzeptiere natürlich die rote Lampe und werde dann nachher noch mal das Wort ergreifen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Borchert.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke für die Fraktion DIE LINKE.

**Dr. Mignon Schwenke**, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Herr Borchert, Sie können Ihre Rede auch noch mal halten, nämlich dann, wenn unser Antrag gemeinsam mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Tagesordnung steht.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Peter Ritter, DIE LINKE: Sie können zustimmen.)

Das Thema, das die SPD gewählt hat, ist natürlich aktuell und hat auch mit unserem Bundesland zu tun. Aber dass die Koalitionsfraktionen zunehmend ihre Konflikte in der Aktuellen Stunde austragen, obwohl das gleiche Thema durch einen gemeinsamen Antrag von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und meiner Fraktion für diese Landtagssitzung bereits gesetzt ist, das widerspricht den Gepflogenheiten dieses Hauses.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Die SPD will sich wahrscheinlich so ihr schlechtes Gewissen von der Seele reden,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da mach dir mal keine Sorgen!)

wenn sie dann gemeinsam mit der CDU gegen ihre Überzeugung unseren Antrag notgedrungen ablehnen muss.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

Ich nenne das schlechten Stil, aber nicht nur das.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Damit wirft die SPD auch ein bezeichnendes Licht auf den Zustand der Koalition.

(Vincent Kokert, CDU: Da machen Sie sich mal keine Sorgen! Da sorgen wir schon dafür.)

Szenen einer zerrütteten Ehe, kann ich da nur sagen.

(Vincent Kokert, CDU: Damit haben wir leider keine Erfahrungen.)

Besser wäre es gewesen,

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Torsten Renz, CDU)

besser wäre es gewesen, wenn sich alle im Landtag vertretenen demokratischen Parteien auf einen gemeinsamen Antrag gegen die Kürzungspläne der Bundesregierung geeinigt hätten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Bereitschaft gibt es dazu nach wie vor und die Möglichkeit haben Sie ja auch noch. Aber wahrscheinlich ist das eben mit der CDU bei uns im Land nicht zu machen. Ideologische Verblendung schlägt Zukunftspolitik.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Das Thema der Aktuellen Stunde ...

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Von Verblendung haben Sie aber richtig Ahnung.)

Aber sicherlich haben wir das.

"Solarkürzungen gefährden Energiewende und Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern", hätten DIE GRÜ-NEN und wir

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

durchaus auch als Überschrift für unseren später hier zu behandelnden Antrag wählen können. Die Herren Bundesminister Rösler und Röttgen blenden bei ihrem Vorschlag aus, dass die bisherige Rechtslage auch für das Jahr 2012 bereits eine Reduzierung der Förderhöhe von knapp 30 Prozent vorsieht. Auch ohne zusätzliche Kürzungen würden die Einspeisetarife für Fotovoltaikanlagen bereits im nächsten Jahr auf das Niveau der Vergütung der viel gepriesenen Offshorewindanlagen sinken. Die Zeiten, in denen der Zubau von Fotovoltaikanlagen eine recht kostspielige Angelegenheit war, die sind vorbei.

#### (Zuruf von Jürgen Seidel, CDU)

Den Fotovoltaikausbau gerade jetzt auszubremsen, ist aus unserer Sicht gesellschaftspolitischer Irrsinn.

Was steckt dahinter? Im Interesse der Energiekonzerne setzt die Bundesregierung weiter auf fossile Kraftwerke.

## (Regine Lück, DIE LINKE: Altes Denken!)

Das soll die Abschaltung der Gelddruckmaschinen "Atomkraftwerke" für die "großen Vier" weniger schmerzlich machen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: "Gelddruckmaschinen" ist ein schönes Wort. Ein schönes Wort!)

An diese jahrzehntelangen Subventionen der Atomwirtschaft und an die Entsorgungskosten der radioaktiven Abfälle, die auch wir alle getragen haben und weiter tragen müssen, denken Sie nämlich nicht, wenn Sie über Kosten und Preise reden. Auch Herr Seidel nicht, der das ständig moniert und in der Presse wieder verlautbart hat.

Seit 2008 hat sich die Einspeisevergütung bis heute bereits halbiert. Neben der Höhe der vorgesehenen Kürzungen ist auch der geplante Zeitpunkt völlig indiskutabel. Wer betriebswirtschaftliche Planungszeiträume völlig negiert, schafft nicht nur Unsicherheit für einen ganzen Wirtschaftszweig, sondern geht ganz gezielt gegen diesen vor. Schon jetzt sind bundesweit - auch in Mecklenburg-Vorpommern - massenweise Aufträge storniert und Bankkredite zurückgezogen worden. In Gesprächen mit Unternehmen wurde mir von Auftragseinbrüchen von 50 bis 60 Prozent berichtet, und das, obwohl das Gesetz noch gar nicht in Kraft ist. Die Installateure bleiben auf ihren bestellten Waren sitzen, Häuslebauern und Investoren bricht die Finanzierung für ihre Fotovoltaikanlagen weg. Firmen beantragen Kurzarbeit beziehungsweise entlassen Menschen.

Als Wirtschaftsminister – und auch in der vergangenen Legislatur die gesamte Regierung – waren Sie recht stolz auf die kleinen und mittelständischen Unternehmen in unserem Land. Zu Recht!

#### (Zuruf von Minister Harry Glawe)

Und jetzt ist es egal, ob sie reihenweise ihre Existenzgrundlage verlieren? Die Presselandschaft war und ist voll von solchen Meldungen. Das ist nicht nur ein planloses, hektisches Vorgehen der Bundesregierung, ich nenne das völlig verantwortungslos. Ich kann nur hoffen, dass die Bundesländer nach dem Bundestagsbeschluss den Vermittlungsausschuss anrufen und dass Mecklenburg-Vorpommern dabei an der Spitze der Bewegung steht. Aber vermutlich wird auch das nicht passieren.

Die öffentliche Debatte um die Förderung der Solarindustrie und deren Anwender ist geprägt von Wahrheiten, Halbwahrheiten, Unterstellungen und Weglassen.

(Torsten Renz, CDU: Ja, genau.)

Die Wahrheit ist, dass die Hersteller von Fotovoltaikzellen und -modulen in Deutschland spätestens seit 2010 in einer großen Krise stecken. Auf dem globalen Markt gibt es ein großes Überangebot, befeuert von neuen Herstellern, vor allem aus Asien.

### (Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Diese werden von ihren Regierungen und Banken mit viel billigem Geld versorgt und haben so einen längeren Atem. Kann aber die Antwort auf diese Staatsunterstützung einer Zukunftsbranche in China das Weglassen der Unterstützung der Zukunftsbranche in Deutschland sein? – Wir sagen Nein.

Wahrheit ist auch, dass der technologische Vorsprung der deutschen Hersteller schmilzt. Sie können kaum noch Kapital für weitere Forschung und Entwicklung bereitstellen. Minister Rösler sagt, dass ein massiver Zubau von Fotovoltaikanlagen strompreissteigernde Wirkung hat. Ja, die Förderung von Fotovoltaik hat eine strompreissteigernde Wirkung, aber auch das ist nur die halbe Wahrheit. Herr Rösler lässt, wie alle Gegner von Fotovoltaik, die strompreissenkende Wirkung erneuerbarer Energien an der Strombörse, den sogenannten Merit-Order-Effekt, völlig außer Acht. Außerdem werden weitere Strompreistreiber verschwiegen. Die Bundesregierung treibt selbst den Preis durch ausufernde Entlastungen der energieintensiven Industrie in die Höhe.

### (Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Die größten Energieverbraucher werden bei der Ökosteuer, den Netzentgelten der EEG-Umlage und beim Emissionshandel kräftig entlastet. Für 2012 wird das hübsche Sümmchen von mehr als 10 Milliarden Euro zusammenkommen. Diese Kosten werden die Privathaushalte und kleine und mittelständische Unternehmen bezahlen. Mindestens ein Drittel der Strompreissteigerungen geht auf diese Entlastungen zurück. Begründet wird dies alles mit der notwendigen Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrie. Allerdings wurde das bei keiner Ausnahmeregelung im Detail geprüft, in der Summe der Entlastungen sowieso nicht.

Aber ist es nicht völlig logisch, dass diese direkten und indirekten Subventionen die Umstellung auf klimafreundlichere Industrieprozesse verzögern? Es gibt ja gar keinen Grund, sich anzustrengen, wenn man nur die Worte "Verlust der Wettbewerbsfähigkeit" in den Mund nehmen muss. Wenn die Bundesregierung es mit einer Begrenzung des Strompreisanstieges wirklich ernst meinen würde, sich also Sorgen um das Portemonnaie der kleinen Leute machte, dann sollte sie endlich wieder eine wirksame Strompreisregulierung einführen. Planlose übermäßige Kürzungen bei der Solarförderung sind der falsche Weg. Sie sind das Gegenteil von dem, was seit Monaten von der Branche berechtigterweise gefordert wird: Planungssicherheit. Es zeugt außerdem nicht gerade von sehr viel Vertrauen in die eigene Politik, wenn

keine acht Wochen nach Inkrafttreten der letzten umfassenden EEG-Novelle bereits weitere Kürzungen vorangetrieben werden.

In CDU und FDP – gerade dort gibt es viele Stimmen, die die derzeitige Situation der Modulhersteller als Teil eines natürlichen Konsolidierungsprozesses verstehen. Meine Partei und ich haben auch in diesem Punkt eine andere Auffassung. Erstens wollen wir auch in fünf Jahren noch Produktionsstätten aus möglichst allen Teilen der Wertschöpfungskette einer zentralen Branche für den sozialökologischen Umbau wie bei der Fotovoltaikindustrie in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern haben. Und zweitens – hier setze ich mal bewusst meine ostdeutsche Regionalbrille auf – sind große Teile der PV-Modul- und -Zellenproduzenten in Regionen Ostdeutschlands angesiedelt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist richtig, ja.)

Übrigens kommen auch neueste Forschungsergebnisse aus Ostdeutschland. Vor 20 Jahren haben wir schon einmal den Zusammenbruch der örtlichen Industrie erleben müssen.

(Michael Andrejewski, NPD: Wer hat das wohl verschuldet?)

Die Fotovoltaikindustrie stellte und stellt eine Art Neuanfang für diese Teile Ostdeutschlands dar. Ein abermaliger Niedergang eines ganzen Industriezweiges wäre für die Menschen vor Ort fatal. Und wenn Sie das auch so sehen, dann könnten Sie ja in der Debatte zu unserem Antrag, den wir gemeinsam mit der Fraktion BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN gestellt haben, noch zustimmen. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Dr. Schwenke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Waldmüller für die Fraktion der CDU.

(Vincent Kokert, CDU: Stell noch mal die Gemeinsamkeiten der Großen Koalition dar!)

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bei dem Thema, das wir heute in der Aktuellen Stunde haben, ist selbstverständlich zu erwarten, dass wir unterschiedliche Auffassungen haben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist ja auch in Ordnung.)

Und allein die Überschrift suggeriert Ängste, kündigt den Zusammenbruch der Fotovoltaikwirtschaft an und des damit verbundenen Handwerks. Ich möchte hier einmal sachlich dagegen argumentieren.

Ich möchte vorausschicken, dass die Energiewende, auf die sich ja im Zweifel alle beziehen, für mich das Ziel hat, deutsche Wettbewerbsfähigkeit auf den Märkten zu erhalten. Dazu brauchen wir eine Versorgung, die unabhängig von politischen Entwicklungen in erdölexportie-

renden Ländern ist und unabhängig gegenüber Rohstoffmärkten. Diese fossilen Brennstoffe sind endlich. Dieser Endlichkeit entgegenzutreten und eine bezahlbare Energieversorgung für den Verbraucher zu sichern, ist Sinn und Zweck der Energiewende.

Meine Damen und Herren, Herr Borchert hat es gesagt: Am 6. März haben die Koalitionsfraktionen den Entwurf des ausschlaggebenden Gesetzes, das Gesetz zur Änderung des Rechtsrahmens, in den Deutschen Bundestag eingebracht. Die Erste Lesung fand statt. Sinn und Zweck dieses Gesetzes ist es:

- die Vergütung für Fotovoltaik an die gesunkenen Systempreise anzupassen,
- 2. die Kosten für alle Verbraucher zu begrenzen und
- den erheblichen Zubau von Fotovoltaik mit der derzeitigen Überförderung zu begrenzen.

Doch zunächst möchte ich festhalten, dass die Förderung der erneuerbaren Energien in den letzten Jahren aufgrund des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ein Erfolgsmodell ist. Und gerade im Bereich der Fotovoltaikanlagen hat sich der Energieanteil seit dem Jahr 2009 verdreifacht. Insgesamt werden in Deutschland 25 Gigawatt aus Fotovoltaikanlagen ins Netz gespeist, davon wurden allein im Jahr 2011 7.500 Megawatt zugebaut.

Und zur Wahrheit gehört auch, dass sich die Fotovoltaikförderung auf eines der sonnenärmsten Länder der Welt konzentriert. 50 Prozent der weltweiten Anlagen stehen in Deutschland und kosten den Bürger jährlich 6 Milliarden Euro, und das 20 Jahre lang. Die derzeitige Umlage aus dem EEG für alle erneuerbaren Energien beträgt 3,592 Cent und wenn Sie das Brutto nehmen, sind das für den Endverbraucher über 4 Cent. Daher ist es wichtig, dass die bestehende Förderung stetig überprüft wird, ob sich die erneuerbaren Energieträger im Energiemarkt integrieren und die Verbraucherpreise durch den erneuerbaren Energieträger verträglich bleiben. Wenn das nicht der Fall ist, riskieren wir die Akzeptanz der Bevölkerung, die derzeit bei 98 Prozent liegt.

Aber sehen wir uns das näher an: Heute werden 56,2 Prozent der EEG-Umlage für die Förderung der Fotovoltaik verwendet. Das entspricht in etwa 1,8 Cent der umgelegten EEG-Förderung. Anders ausgedrückt, der Endverbraucher bezahlt bei Windkraft 38 Euro je Megawattstunde und für Fotovoltaik 307 Euro pro Megawattstunde. Und in Mecklenburg-Vorpommern bedeutet dies, dass wir mit Wind derzeit 46 Prozent des Stroms produzieren und mit der Solarerzeugung, wovon 78 Prozent Fotovoltaikanlagen sind, 3 Prozent. Wer hier keine Schieflage erkennt, der verkennt die objektiven Kriterien.

### (Beifall vonseiten der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD)

Deshalb ist es meines Erachtens nicht nur sinnvoll, sondern geradezu notwendig, die Vergütung für den Fotovoltaikstrom an die gesunkenen Systempreise anzupassen. Um das geht es: die Anpassung an die gesunkenen Systempreise und somit die Kosten für den Endverbraucher zu senken. Gleichzeitig kann mit einer solchen Maßnahme langfristig sichergestellt werden, dass Arbeitsplätze und Wertschöpfung dieser Zukunftsbranche in Deutschland erhalten bleiben.

#### (Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Meine Damen und Herren, ich hatte es schon gesagt, dass wir derzeit eine Zustimmung zur angeschobenen Energiewende von 98 Prozent in der Bevölkerung haben. Diese Akzeptanz darf nicht durch überdurchschnittliche Belastungen auf der einen Seite oder Gewinnmitnahme auf der anderen Seite infrage gestellt werden. Es wird immer weggelassen, dass immer der profitiert, der ein Dach über dem Kopf hat.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Meine Damen und Herren, vielfach wird der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf vorgeworfen, dass sie den Vertrauensschutz missbraucht. Klar ist, das hatten Sie ausgeführt, dass kein Gesetz den Bundestag so verlässt, wie es hineingekommen ist. Und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat schon jetzt das Inkrafttreten der Absenkung für Fotovoltaikdachanlagen vom 9. März auf 1. April und gleichzeitig auch die Regelung für Fotovoltaikfreiflächenanlagen auf den 1. Juli verschoben.

Meine Damen und Herren, viele sehen mit dem vorliegenden Gesetzentwurf den Abbau von Arbeitsplätzen und den Verlust von Wertschöpfung einhergehen. Aber es muss klar sein, dass der Markt für Fotovoltaikanlagen ein Massenmarkt ist, der nicht dauerhaft subventioniert werden kann. Und dann kommen wir zu den Anlagenpreisen. Schon in den zurückliegenden Jahren haben zahlreiche Unternehmen, welche Solaranlagen produzieren, Schwierigkeiten gehabt. Die Produktion von Solarmodulen ist in Südostasien weitaus preiswerter und in gleicher Qualität möglich. Vor diesem Hintergrund entscheiden sich viele Investoren für Produkte aus diesen Ländern. Die weitere Subventionierung der Produktion durch das EEG würde also überhaupt kein Problem der Anlagenhersteller lösen, sondern lediglich Arbeitsplätze in China oder Indien subventionieren.

> (Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Zuruf von Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Wettbewerb der Anlagenhersteller kann eben nicht durch das EEG geregelt werden. Und für das Handwerk und die Investoren spielt es hingegen keine Rolle, wo die Anlagen produziert werden. Hier ist es für das Handwerk entscheidend, dass weiter in Anlagen investiert wird, und für den Investor, dass er weiterhin eine Rendite erwirtschaftet.

Solaranlagen kosten derzeit mit durchschnittlich 2.000 Euro pro Kilowattstunde lediglich halb so viel wie 2009. Das muss man auch zur Kenntnis nehmen. Nach der Strompreisformel können solche Systeme eine Kilowattstunde schon für 18 Cent herstellen, das heißt, die Kilowattstunde ist 3 Cent preiswerter als die im Netz, was für den privaten Endkunden derzeit 21 Cent pro Kilowattstunde ausmacht. Das heißt, der Strom vom Dach ist durch den Preisrutsch der Module günstiger als der aus der Steckdose. Jetzt wird es erstmalig interessant, den Strom selbst zu verbrauchen.

Freiflächenanlagen werden auch heute schon ohne Förderung geplant und errichtet. Vor diesem Hintergrund werden auch in Zukunft Handwerksbetriebe Solarmodule auf deutschen Dächern und Freiflächen installieren. Aber noch einmal, der zentrale Punkt ist doch: Ist eine Fotovol-

taikanlage trotz der Degression der Einspeisevergütung weiterhin eine gute Investition? Da sage ich natürlich Ja, weil das Absinken der Modulpreise das Absinken der Vergütung aufhebt, somit die Wirtschaftlichkeit der Investition gegeben ist und somit auch weiter investiert wird und Aufträge für das Handwerk erteilt werden.

Langwierig sagen wir uns, na gut, das ist so, dann haben wir eben jetzt nicht 11 Prozent Rendite, sondern 7 Prozent. Und ich frage Sie: Ist das wirklich schlecht? Weitere Investitionen gehen unvermindert weiter, beispielsweise führt die Firma BELECTRIC hier in Tramm eine Investition von 250 Hektar bei einer Freiflächenanlage durch. Die Aussage, der Untergang der Fotovoltaik oder die Abkehr von der Energiewende ist schlichtweg Angstmacherei.

Meine Damen und Herren, mit der Anpassung bei der Vergütung der Fotovoltaikanlagen werden die Voraussetzungen für einen Energiewandel, den Erhalt von Arbeitsplätzen, den Erhalt der Akzeptanz der Energiewende in der Bevölkerung geschaffen. Dieses Gesetzesvorhaben ist Grundlage dafür, dass sowohl die Interessen der Solarwirtschaft, der Handwerker und der Verbraucher in Einklang gebracht werden. Wenn Sie so wollen, haben wir eine Umverteilung der Besitzenden auf die Allgemeinbevölkerung, die ja Kosten des EEG trägt. Das ist gewollt, das ist richtig und deshalb ist das Gesetzesvorhaben ein Gesetz zugunsten der Verbraucher.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Genauso ist es.)

Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Waldmüller.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Jaeger für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich, dass die SPD dieses wichtige Thema auf die Aktuelle Stunde genommen hat, um hier zu einer guten parlamentarischen Debatte zu kommen und auch den Unterschied innerhalb der Regierungskoalition deutlich zu machen.

Das ist, glaube ich, auch ein wichtiges Thema, in die Öffentlichkeit zu gehen und zu sagen, das ist ein gemeinsames Projekt der Landesregierung aus CDU und SPD, aber es gibt Unterschiede, und das muss auch deutlich werden. Ich glaube, das ist im Interesse der CDU wie auch der SPD. Dass wir das selbstverständlich als Opposition nutzen, um darauf aufmerksam zu machen, dass wir hier deutlich mehr Gemeinsamkeiten mit der SPD sehen als mit der Position der CDU,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, das ist völlig legitim.)

ist selbstverständlich, und wir hoffen ja auch auf zukünftige Projekte.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Welches Projekt meinen Sie denn?)

Das Thema Energiewende ...

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Glauben Sie mal, das schaffen wir schon noch.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Das schaffen alle.)

Das Thema Energiewende, Energiewende in Deutschland kann nur klappen, wenn wir alle regenerativen Energien nutzen, die es in Deutschland gibt. Es kann auf keinen Fall so sein, dass wir sagen, wir beschränken uns auf die preiswerteste Form der Energieproduktion aus regenerativen Energien, nämlich der Windkraft onshore, und damit lösen wir das Problem in Deutschland. Das kann nicht klappen und ist auch nicht im Interesse der CDU, um es einmal ganz deutlich zu sagen.

Wir brauchen also Biogasanlagen, wir brauchen auch Geothermie und wir brauchen selbstverständlich die Fotovoltaikanlagen. Um die Energiewende zu verstehen, muss klar sein, dass wir in allen Teilen Deutschlands Solarstrom und Windstrom und auch Biogasstrom produzieren müssen. Es hat überhaupt keinen Zweck, zu sagen, im Alpenvorraum sind die Einstrahlungsbedingungen am besten, dort konzentrieren wir alle Fotovoltaikanlagen, und im Norden sind Windkraftanlagen am besten, also bauen wir sie alle sozusagen im 5-Kilometer-Küstenstreifen auf. Das wäre die effektivste Maßnahme, aber sie führt zu gigantischen Problemen beim Austausch der Strommengen in Deutschland und das muss selbstverständlich in eine volkswirtschaftliche Rechnung mit eingefügt werden.

Wir haben im Moment ...

(Vincent Kokert, CDU: Deshalb sind die dezentralen Anlagen ja so wichtig.)

Richtig, dezentral bedeutet, überall dezentral in Deutschland und nicht eben nur konzentriert im Norden oder im Süden, und dann nur mit großen Leitungen verbunden.

(Vincent Kokert, CDU: Sehen Sie, da haben wir doch Gemeinsamkeiten.)

Da haben wir Gemeinsamkeiten, durchaus.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Jetzt kommen wir zu den Unterschieden: Wir haben momentan eine EEG-Umlage, die jeder Stromverbraucher und natürlich auch jede Stromverbraucherin in Deutschland zu bezahlen hat: 3,5 Cent waren es in 2010, 3,59 Cent, also eine minimale Steigerung, waren es in 2011 und in 2011 kam auch die Energiewende für Schwarz-Gelb, zum Glück. Wir sind jetzt beim Ausstieg aus der Atomenergie und wirklich gemeinsamen Einstieg in die Energiewende. Aber, und da beginnen die Lebenslügen ...

(Vincent Kokert, CDU: Suchen wir auch gemeinsam Endlager?)

Auch das werden wir gemeinsam finden müssen. Das ist ein gemeinsamer Auftrag, den wir haben,

(Vincent Kokert, CDU: Das wollen wir mal festgehalten haben!)

und da müssen auch DIE GRÜNEN mit suchen, selbstverständlich.

(Vincent Kokert, CDU: Sehr schön, danke.)

Herr Kretschmann hat das übrigens als Erster erklärt,

(Zuruf von Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

als grüner Ministerpräsident,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

das werden wir gemeinsam in Deutschland zu lösen haben.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, das ist die große Frage, ja, ja.)

So, jetzt kommen wir mal wieder zur Aktuellen Stunde zurück. 3,59 Cent, die Umlage in 2011, und jetzt die Frage: Was werden wir in 2013 bezahlen? Da deutet sich an, es wird eine erhebliche Steigerung geben, nämlich auf über 4 Cent pro Kilowattstunde. Damit entfällt natürlich auch die Glaubwürdigkeit der Bundeskanzlerin, die gesagt hat, wir schaffen die Energiewende und wir begrenzen sie bei 3,5 Cent.

Diese Situation und der massive Ausbau der Fotovoltaik haben jetzt Ängste geschürt und zu einer Panikreaktion der Bundesregierung geführt. Sie müssen wissen, dass natürlich immer kurz vor einer Vergütungsabsenkung massiv noch mal investiert wird. Das hat dazu geführt, dass im Jahr 2011, wo alle dachten, das wird ein relativ gemäßigter Ausbau der Fotovoltaik, im letzten Monat, nämlich im Dezember, allein 3.000 Megawatt von den insgesamt 7.500 Megawatt installiert wurden.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Das heißt aber auf der anderen Seite, dass im Januar, Februar, März sowieso absolute Saure-Gurken-Zeit für alle Solarinstallateure in Deutschland herrscht, weil nämlich jeder, der installiert hat, das im Dezember schon getan hat.

In diese absolut schwierige Phase, wo sowieso kaum aufgestellt wird, kommt jetzt eine, das war ursprünglich geplant, rückwirkende Vergütungskürzung, nämlich ab Beschluss dann rückwirkend zum 9. März. Das ist jetzt auf den 1. April verlegt worden, nützt dem Handwerk aber praktisch überhaupt nichts, weil sie in etwa Vorlaufzeiten von ein bis zwei Monaten haben für eine Planung und Errichtung einer Fotovoltaikanlage.

(Rudolf Borchert, SPD: So ist es.)

Also in der schwierigsten Zeit für das Handwerk hauen Sie ihnen richtig die Beine weg, was das Thema angeht.

Das nächste Problem, und das ist meiner Meinung nach auch das zentrale Problem der Änderungen am Erneuerbare-Energien-Gesetz, der aktuellen Änderungen: Wir werden sehen, wie sich die Vergütungskürzungen auswirken. Ich befürchte, dass sie orientiert sind an den besten Standorten in Deutschland. Das heißt im Umkehrschluss, die schlechteren Standorte in Deutschland, und das heißt natürlich Mecklenburg-Vorpommern oder Raum Hamburg, werden erhebliche Einbrüche beim Zubau von Fotovoltaikanlagen haben, während sich das in Bayern wahrscheinlich noch halbwegs halten wird.

Aber das Hauptproblem der Änderung ist jetzt, dass nicht mehr die volle Strommenge vergütet werden soll. Es sollen nur noch 90 bis 85 Prozent der Strommenge vergütet werden. Das ist definitiv der Ausstieg aus dem Grundgedanken des Erneuerbare-Energien-Gesetzes.

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig, das ist der Systemwechsel.)

Das ist der Systemwechsel.

Und dann gucken Sie sich bitte international die Modelle an, wie erneuerbare Energien gefördert werden, und Sie werden sofort erkennen, durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz oder vergleichbare Vergütungsregelungen in diesen Ländern wächst der Ausbau der regenerativen Energien, bei den Quotenmodellen wächst er nur langsam und übrigens mit wesentlich höheren volkswirtschaftlichen Kosten.

Gucken Sie sich die Einspeisevergütung in Großbritannien für Windkraftanlagen an, weit bessere Windbedingungen, da wird weit mehr bezahlt für Windstrom, als wir es in Deutschland machen. Und der Grund ist ein ganz einfacher: In der Marktwirtschaft muss immer das Risiko einem möglichen Gewinn gegenüberstehen.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Erhöhen Sie das Risiko, muss der Gewinn auch höher sein. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz hat natürlich die Investoren von Risiken befreit. Damit konnten wir aber auch erwarten, dass sie sich mit einer Rendite von 7 Prozent bei Fotovoltaikanlagen zufriedengeben.

(Udo Pastörs, NPD: Das war ja mehr.)

Jetzt das Thema ...

(Udo Pastörs, NPD: Das waren ja ohne Risiko 8, 9, 10 Prozent. Vergessen Sie das nicht!)

Richtig, deswegen wird ja zurzeit auch die Vergütung zusätzlich abgesenkt und wir sind nicht gegen eine grundsätzliche Absenkung,

(Udo Pastörs, NPD: Das ist richtig, dass sie abgesenkt werden.)

sondern wir wollen eine planbare, für das Handwerk und für die Industrie planbare Absenkung. Deswegen ist der Vorschlag richtig, zu gucken, bleiben wir bei dem 01.07., da waren 15 Prozent geplant. Und selbstverständlich kann man auch mehr absenken als 15 Prozent, das ist gar keine Frage.

(Rudolf Borchert, SPD: So ist es.)

Also da sind wir sozusagen durchaus beieinander.

Das Problem ist zurzeit die Umlage auf die Stromkunden. Grundsätzlich kann nur so das EEG funktionieren, aber wir in Deutschland haben gesagt, und da ist übrigens auch Rot-Grün daran beteiligt gewesen, dass die Großverbraucher von Strom, damit sie nicht abwandern ins Ausland, dass sie entlastet werden von der EEG-Umlage – und zwar komplett, sie werden befreit. Und jetzt müssen Sie wissen, dass es ein ...

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Richtig, und diese Befreiung bezahlen im Moment die kleinen Verbraucher. Deswegen steigt es dort extrem an.

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Herr Jaeger, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Darf ich noch einen Satz zu Ende bringen? (Zustimmung)

Der Satz zu Ende gebracht heißt, wir müssen überprüfen, inwieweit wir bei den Großverbrauchern wieder eine EEG-Umlage in Teilen einfordern, weil die Großverbraucher profitieren im Moment massiv von der Senkung der Börsenstrompreise durch die erneuerbaren Energien,

(Rudolf Borchert, SPD: So ist es.)

und damit können wir ein solidarisches Modell entwickeln. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Jaeger.

Das Wort hat jetzt der Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Sellering.

Ministerpräsident Erwin Sellering: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit Interesse habe ich in diesen Tagen zur Kenntnis genommen, dass das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie eine große Werbekampagne zur Energiewende gestartet hat. Geworben wird für einen Newsletter, in dem sich interessierte Bürgerinnen und Bürger regelmäßig über die Fortschritte der Energiewende informieren können.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist doch mal was.)

Daran gibt es natürlich nichts auszusetzen, ganz im Gegenteil. Die Energiewende ist eine historische Herausforderung, ein gewaltiger politischer Kraftakt. Sie kann ganz sicher nur gelingen, wenn wir die Menschen mitnehmen, wenn wir Akzeptanz schaffen. Deshalb ist es gut, wenn auch die Bundesregierung informiert. Vor allem lässt das auf einen Begleiteffekt hoffen. Wer einen regelmäßigen Newsletter herausgibt, der braucht auch etwas, was er da hineinschreiben kann.

(Heinz Müller, SPD: Hm, hm!)

Das kann auf diese Weise das politische Handeln in Berlin wohl nur beschleunigen. Und, meine Damen und Herren, genau diese Beschleunigung brauchen wir dringend, nachdem wir monatelang nichts gehört haben aus Berlin in Sachen Energiewende. Und es ist schon deprimierend, dass das Erste, was wir nun hören, ist, dass die Bundesregierung in einem sehr wichtigen Bereich der erneuerbaren Energien, bei dem Solarstrom, voll auf die Bremse tritt. Da sind sich dann erstmals auch die beiden Minister Rösler und Röttgen einig, die sonst große Schwierigkeiten haben, gemeinsam zu handeln und die Energiewende endlich auf den Weg zu bringen.

Meine Damen und Herren, die Bürgerinnen und Bürger spüren, dass uns die Zeit davonläuft, dass die Energiewende so nicht zu schaffen ist. Mein Eindruck ist, die Proteste, die wir in diesen Tagen erleben, die richten sich nicht nur gegen etwas, nämlich gegen die Kürzung der Solarförderung, sondern sie sind vor allem auch Demonstrationen für etwas: für beherztes Handeln, für Konzepte, für Realismus, für die Energiewende insgesamt.

Und meine Damen und Herren, diese Proteste sind ja leider nur zu gut nachvollziehbar. Das gilt einmal für die Mitarbeiter der betroffenen Betriebe, wie zum Beispiel hier die Wismarer Centrosolar, die sich an den Demonstrationen beteiligen, weil sie aufgrund der Kürzungen um ihren Arbeitsplatz fürchten. Und das kann man gut verstehen, denn schließlich wurde gerade ihnen jahrelang erklärt, dass ihre Arbeitsplätze aufgrund der staatlich garantierten Rahmenbedingungen besonders zukunftsfest seien. Das gilt auch für die Handwerksbetriebe im Land, die auf verlässliche Rahmenbedingungen bei der Energiewende angewiesen sind und stattdessen jetzt in ihren Auftragsbüchern spüren, dass die Investitionen durch ständige politische Verunsicherung gehemmt werden. Das geht so nicht!

Meine Damen und Herren, wer auf die erneuerbaren Energien setzt, der muss dafür sorgen, dass sie so schnell wie möglich marktfähig werden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Richtig.)

Das ist das Ziel der Förderung. Es geht nicht darum, Geld in die Taschen der Unternehmer zu schaufeln, sondern die Förderung richtet sich darauf, dass wir in diesen Bereichen eine möglichst rasche innovative technische Entwicklung bekommen, dass die erneuerbaren Energien preiswerter werden, leistungsfähiger, dass sie möglichst bald, das ist das große Ziel, wettbewerbsfähig sind ohne die geringste staatliche Unterstützung.

Auf diesem Weg sind wir schon gut vorangekommen. Durch die technische Entwicklung der letzten Jahre, durch den massiven Ausbau der letzten Jahre ist der Solarstrom erheblich günstiger geworden. Und deshalb, Herr Waldmüller, stimme ich Ihnen zu, es ist doch völlig klar, dass wir zu einer schrittweisen Absenkung kommen müssen bei den Fotovoltaikeinspeisetarifen. Das muss aber ein Abschmelzen mit Augenmaß sein, mit Verlässlichkeit, mit Blick für die wirtschaftlichen Realitäten. Das darf nicht so abrupt sein, dass wir damit das gefährden, was wir unter großen Anstrengungen aufgebaut haben. Es kann nicht sein, dass am Ende Solarmodule nur noch in China gebaut werden – übrigens hoch subventioniert. Deshalb sage ich, berechenbare Abschmelzung der Förderung Ja, Kürzung im Hauruckverfahren Nein.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und, meine Damen und Herren, ich sehe Chancen, in dieser wichtigen Frage auch noch etwas zu erreichen.

Herr Waldmüller, es ist vielleicht so, dass wir da eine unterschiedliche Einschätzung haben, ob man noch etwas erreichen kann, aber es liegt doch im Interesse vieler Länder, es liegt im Interesse gerade der ostdeutschen Länder, dass diese Pläne noch einmal überarbeitet und geändert werden. Wir im Osten beziehen unsere Wirtschaftskraft doch sehr viel weniger als Westdeutschland aus traditionellen Industriezweigen, sondern wir setzen auf Zukunftstechnologien, die langfristiges

Wachstum versprechen, die hoch qualifizierte Arbeitsplätze schaffen.

All das trifft auf die erneuerbaren Energien zu und deshalb haben sie für uns, für uns in Mecklenburg-Vorpommern, für die Länder im Osten eine besondere Bedeutung. Und ich werde deshalb alles versuchen, um gemeinsam mit den anderen Ostländern eine Änderung der Pläne der Bundesregierung zu erreichen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es hat in der Vergangenheit schon des Öfteren über die Parteigrenzen hinweg eine gute Zusammenarbeit gegeben mit Sachsen-Anhalt, mit Thüringen im Bundesrat. Daran möchte ich auch in dieser wichtigen Frage anknüpfen und ich sage ganz klar, was da jetzt gefeiert wird als Veränderung – verschieben auf den 1. April –, das reicht natürlich in keinster Weise aus.

(Rudolf Borchert, SPD: So ist es.)

Meine Damen und Herren, wenn wir in Mecklenburg-Vorpommern den Ausbau der erneuerbaren Energien forcieren und wenn wir von der Bundesregierung endlich entschlossenes Handeln einfordern, dann geht es uns um eine wirklich große wirtschaftliche Chance für unser Land. Die erneuerbaren Energien sind eine wichtige Grundlage, um den wirtschaftlichen Aufholprozess von Mecklenburg-Vorpommern weiter voranzubringen. Und deshalb sage ich, lassen Sie uns mit Interesse auf den Newsletter aus dem Bundeswirtschaftsministerium warten, wir werden das aufmerksam lesen. Aber was wir für die Energiewende wirklich brauchen, das sind klarer politischer Wille, Handeln, Transparenz, verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen, technische Innovationen, zielgenaue Förderung, Bürgerbeteiligung.

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung muss Ihrer Ankündigung, dass die Energiewende die große nationale Aufgabe des nächsten Jahrzehnts ist, endlich Taten folgen lassen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und, meine Damen und Herren, wir in Mecklenburg-Vorpommern werden selbstverständlich unseren Teil beitragen, um die besonderen Chancen, die unser Land hat, bei der Energiewende einzubringen und zu nutzen. Wie Sie wissen, sind wir bereits sehr gut. Über 50 Prozent unseres Strombedarfs wird aus erneuerbaren Energien gedeckt und unser Ziel ist, dass das möglichst bald vollständig geschieht. Wir haben dazu beste Voraussetzungen, vor allem natürlich in der Windkraft – Herr Saalfeld hat das gesagt,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Herr Jaeger.)

Herr Jaeger –, in der Windkraft auf See wie auf dem Land. Wir haben sehr gute Chancen und eine wichtige Aufgabe für uns ist die dezentrale Energieversorgung. Das ist gerade in einem dünn besiedelten Land wie Mecklenburg-Vorpommern eine wichtige Aufgabe.

Wir packen in beiden Bereichen sehr engagiert an. Der Energieminister hat darauf hingewiesen, dass wir demnächst die Flächen für Windenergieanlagen deutlich ausweisen. Wenn Sie sich umhören bei denen, die bei uns im Land investiert haben, die heben hervor die besonders schnellen Genehmigungsverfahren, die wir anbieten können. Das ist für Unternehmen, die einen Standort suchen, besonders gut. Wir bieten Produktionsstandorte an der Kaikante. Für viele Unternehmen ist das eine ganz wichtige Voraussetzung. Bei den Bioenergiedörfern – Dezentralität – haben wir über 100 Anmeldungen und sind da in guten Gesprächen. Wir haben beste Förderbedingungen immer noch hier bei uns in Mecklenburg-Vorpommern.

Also, meine Damen und Herren, wir tun sehr viel und wir sind gut unterwegs.

Was wir allerdings nicht tun und was wir auch nicht tun können, das ist, Hunderte von Millionen einzuplanen für Maßnahmen, die die Bundesregierung nicht tut und mit denen wir das ergänzen könnten. Das kann nicht unsere Aufgabe sein.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, das gilt übrigens auch bei solchen Fragen wie der Förderung von energetischer Gebäudesanierung oder auch von Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden. Das wird ja heute noch Thema sein. Es geht nicht, dass die Bundesregierung bei diesen Fragen mauert. Es geht nicht, dass sie pokert in der Hoffnung, möglichst viele Kosten der Energiewende auf die Länder abzuschieben. Dem treten wir im Vermittlungsausschuss ganz klar entgegen.

Und da ist es dann übrigens, das will ich hier auch den GRÜNEN sagen, da ist es dann nicht hilfreich, wenn wir im Landtag Beschlüsse fassen sollen, die alle Kosten bei uns lassen, so, wie das jetzt beim Antrag der GRÜNEN zu einem Landesprogramm für Solardächer auf öffentlichen Gebäuden ist. Da sind wir uns im Ziel ja einig.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Da haben Sie mich missverstanden, völlig missverstanden.)

Da sind wir uns im Ziel ja einig. Aber wenn wir da vorpreschen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

wenn wir da vorpreschen zu einem Zeitpunkt, wo wir im Vermittlungsausschuss ganz erbittert darüber streiten, wer trägt denn nun die Kosten für die energetische Gebäudesanierung, dann stärkt das nicht gerade unsere Verhandlungsposition gegenüber dem Bund.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, ich hoffe sehr, dass eine sehr klare Mehrheit der Länder für eine vernünftige Lösung bei der Solarenergie sorgt und dass das zusammen mit den öffentlichen Protesten gegen diese abrupte Kürzung der Förderung bei der Bundesregierung wie ein Weckruf wirkt. Die Bundesregierung muss endlich handeln, wir haben keine Zeit mehr zu verlieren. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der NPD-Fraktion Herr Pastörs.

**Udo Pastörs**, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was wir bisher gehört haben, ist, besonders was die Ausführungen des Abgeordneten der GRÜNEN-Fraktion hier preisgegeben haben, ein Bekenntnis zur Solarenergie. Er macht das Ganze zur Glaubensfrage, aber in diesem wichtigen Bereich der Energiesicherstellung für unser Land – und damit meine ich die Bundesrepublik Deutschland und nicht nur isoliert Mecklenburg-Vorpommern – nutzt natürlich ein Glaubensbekenntnis sehr, sehr wenig und ich habe in Ihren Ausführungen sehr stark vermisst die Realität und die Fakten, über die wir hier auch zu reden haben.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Sie müssen nur zuhören.)

Ich habe sehr gut zugehört.

Das Gejammer ist immer dann groß, wenn die Bundesregierung - in diesem Fall bei der Fehlentwicklung, die objektiv vorhanden ist, nämlich immer mehr Kosten auf den Endverbraucher abzuwälzen, um irgendwelche ideologisch begründeten Forderungen durchzusetzen - nicht mehr mitspielen will. Tatsache ist, dass bisher in erster Linie die kleinen Haushalte Ihren Solarstromschwindel, der ein Schwindel bleibt und ist, wenn Sie nicht an die Subventionen rangehen, dass diese kleinen Haushalte in erster Linie die Kosten aufgebürdet bekommen. Und das sind, wenn man die unterschiedlichsten Publikationen zur Hand nimmt, Kosten im Bereich von 120 bis 150 Euro jährlich im Moment. Dazu sollen dann noch mal Kosten kommen nur bezogen auf die Netzkosten, die jetzt noch gar nicht so richtig zur Entfaltung gekommen sind, zwischen um die 12 bis 14 Euro. Das sind erhebliche Summen, wenn man das aufaddiert. Davon haben wir hier gar nichts, aber auch gar nichts gehört.

> (Zuruf von Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der zweite Punkt ist, dass die Bundesrepublik Deutschland als Industrienation nicht isoliert ihre Energiepolitik in Deutschland umsetzen kann. Ich will Ihnen sagen, wenn Sie alleine die Entwicklung auf den Aktienmärkten in Bezug auf Solaraktien einmal anschauen, dann werden Sie feststellen, dass allein in den letzten zwei Jahren führende Aktiengesellschaften 95 Prozent ihres Kapitals verloren haben. Ich will Ihnen ein Beispiel geben: einer der größten, Q.CELLS – 95 Prozent verloren. 95 Prozent! SolarWorld – im gleichen Zeitraum an die 80 Prozent verloren.

Und wenn Sie von Finanzierung sprechen, dann müssen Sie eben schauen, wo bekommen die Firmen ihr Kapital her, um überhaupt am Markt sicher agieren zu können. Und wenn Sie den Markt langfristig auskoppeln aus Ihrer energiepolitischen Konzeption, dann werden Sie nicht nur die Akzeptanz der Bevölkerung verlieren, weil Sie dann ja immer mehr Subventionen hineinstecken müssen, sondern Sie werden auch langfristig eine Abkehr der Produzenten von diesem Markt erleben. Und der Einstieg in die Abkehr von der Solarenergie ist schon deutlich in den Wirtschaftspublikationen, nicht in den technischen Bereichen, sondern in den kaufmännischen Bereichen ganz klar nachzulesen. Das sprechen Sie alles hier überhaupt gar nicht an.

Und ich rede hier nicht der FDP- und CDU-Koalition in Berlin das Wort, aber da, wo richtige Schritte eingeleitet werden, da muss man auch als GRÜNER und auch als SPD mal sagen, jawohl, das, was da jetzt angestoßen wird, das ist notwendig, um langfristig diese Technologie marktfähig zu halten,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

denn das schaffen Sie nur, wenn sie langfristig aus sich selbst heraus lebensfähig ist. Und das ist nicht zu machen, indem man hier Subventionen fortschreibt bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Wir haben eine Situation, in der das Ausland sich nicht schert um das, was wir tun, denn zum Beispiel in Tschechien und Polen – ich komme zum Ende, Frau Präsidentin – schert man sich einen feuchten Kehricht darum, was Rot-Grün, oder was auch immer für Konstellationen in Berlin regieren werden, hier tut. Die bauen ganz klar ihre Atomkraft aus und werden dadurch Wettbewerber sein am internationalen Strommarkt. Ich bitte, auch das zur Kenntnis zu nehmen und nicht im Elfenbeinturm hier zu argumentieren. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Seidel für die Fraktion der CDU.

Jürgen Seidel, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will vorweg mal mich ganz herzlich bedanken für den Beitrag von Wolfgang Waldmüller.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Schön.)

Ich möchte mich auch sehr bedanken für das, was der Ministerpräsident gesagt hat. Das waren die zwei Beiträge, die, wie ich finde, in der Sache argumentiert haben. Ich will mich auch ganz klar gegen solche Formulierungen wenden, die Solarkürzungen beeinträchtigen die Wende, die Energiewende. Ich habe noch ein Schreiben gekriegt, da hat einer geschrieben, das bringt sie jetzt völlig zum Einsturz. Also es geht um 3 Prozent der Stromerzeugung. Das bringt jetzt alles zum Einsturz, wenn man da ein bisschen kürzt, 15 Prozent im Durchschnitt.

(Zurufe von Wolf-Dieter Ringguth, CDU, Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, und Udo Pastörs, NPD)

Das ist einfach nur Mathematik, die muss man sich ein bisschen reinziehen.

Zum anderen freue ich mich, dass der Ministerpräsident gesagt hat, es geht um Marktfähigkeit, es geht am Ende darum zu erreichen, dass auch erneuerbare Energien marktfähig werden.

(Vincent Kokert, CDU: Genau.)

Ich lese Ihnen einen Satz vor: "Eine zusätzliche Vergütungsabsenkung, die ungewollte Mitnahmeeffekte ver-

meidet, wird ausdrücklich begrüßt." Dieser Satz stammt von Herrn Jaeger aus seinem Antrag, den er mir vorgelegt hat im Ausschuss. Dann, als der Antrag mit der LIN-KEN zusammen gemacht wurde, ist dieser Satz natürlich gestrichen worden. Da spricht man nur von ...

(allgemeine Unruhe und Heiterkeit)

Na ja, das zeigt doch, worum es geht.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hast du gehört, was ich gesagt habe?)

Ja, ja, ich habe Sie draußen eben gelobt.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Das zeigt doch, worum es geht.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal ganz klar und deutlich sagen, ja, jeder vernünftige Mensch, der über Energieproduktion, Energieerzeugung redet, weiß, dass fossile Energien irgendwo einen Endpunkt haben – früher oder später, da kann man sich stundenlang streiten. Jeder weiß, dass es vernünftig ist, in erneuerbare Energien zu gehen. Dass dies verstärkt passiert seit Mitte des letzten Jahres, ist alles vernünftig, ist alles gut. Das EEG ist ein Erfolgsmodell – noch mal: ist ein Erfolgsmodell, unterstrichen. Ich habe das in vielen Ländern kennenlernen dürfen, die kein solches EEG haben, die kommen eben nicht voran.

Das ist alles richtig, nur man muss dabei immer bedenken, dass es darum geht, diese Energieträger marktfähig zu machen. Das heißt am Ende Förderung, Subvention, wie auch immer, die da richtig waren, weil wir eine sehr stark oligarchisch geprägte Wirtschaftsstruktur im Energiebereich haben. Das beklagen wir auch alle, das ist auch so. Da war es richtig. Ob es richtig war, mit 46 Cent ranzugehen,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja.)

ist eine ganz andere Frage.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Da haben sich manche dumm und dämlich verdient.)

Heute wissen wir auch, dass die 50-prozentigen Sonderabschreibungen damals bei der Wiedervereinigung auch viel zu viel waren. Da haben sich Leute dick und dämlich verdient. Genauso ist es aber hier auch. Wissen Sie, für mich ist es so: Wenn die bayerischen Bauern anfangen, ihre Ställe so ein bisschen auszuräumen und dann lieber Platten raufhauen, dann ist Alarm angesagt, dann weiß man, da läuft jetzt was daneben.

> (Zuruf von Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier wird subventioniert, aber nicht zum Wohl des Verbrauchers, sondern zum Wohl derer, die Eigentümer sind und die Chance haben, diesbezüglich zu agieren.

Meine Damen und Herren, ich will nur darauf verweisen, die Förderung beinhaltet solche Elemente wie die Abnahmegarantie, das muss man sich immer vor Augen führen, eine Einspeisevergütung, wie wir sie kennen, also jetzt bis durchschnittlich 19, so ist es vorgesehen, und die gleichbleibende Vergütung, das muss man immer bedenken, über 20 Jahre.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja.)

Alles, was wir heute besprechen, wirkt 20 Jahre in gleicher Höhe nach. Also die 6 Milliarden, das hat Wolfgang Waldmüller vorhin gesagt, über die wir heute reden, die wirken 20 Jahre nach und es werden ja noch mehr, es bleibt nicht bei den 6 Milliarden, die allein für Solar eingesetzt werden. Sie können mir sagen, was Sie wollen, ein Energieträger, der knapp 3 Prozent der Bruttostromerzeugung bringt und 56 Prozent der Subventionen verschlingt,

(Udo Pastörs, NPD: Genau so.)

ja, der muss doch hinterfragt werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja.)

Und ich kann ein Argument nicht gelten lassen. Herr Jaeger sagt ständig ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das tun wir auch, Herr Seidel. Tun Sie nicht so, als würden wir das nicht hinterfragen!)

Na, ist doch in Ordnung.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Ich hab doch gelobt, ich hab doch gelobt.

Ein Argument, was Herr Jaeger immer gebraucht, egal wo, man muss Solar machen, am besten da, wo es das halbe Jahr dunkel ist, in Norwegen vielleicht oder so.

(Zuruf von Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich meine, die machen das nicht aus anderen Gründen. Ja, das ist doch aber Unsinn. Es wird doch kein Mensch dort produzieren. Das ist doch ein marktwirtschaftliches Prinzip: Wo meine Rahmenbedingungen schlecht sind, werde ich nicht produzieren, wenn ich nicht gefördert werde.

(Udo Pastörs, NPD: So ist es. – Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Sie würden nur am Äquator investieren.)

Nein, das ist doch Quatsch. Wir brauchen doch so nicht miteinander zu argumentieren.

Also insofern bleibe ich dabei: Für Mecklenburg-Vorpommern macht es wirklich Sinn, in Wind – wir machen manchmal viel Wind oder wir haben viel Wind, wie auch immer –

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

zu investieren, in Biomasse zu investieren, da haben wir auch eine ganze Menge, muss man immer aufpassen, oder in Biogas zu investieren, muss man auch aufpassen. Biogas ist zum Beispiel grundlastfähig, muss man dabei auch bedenken.

(Vincent Kokert, CDU: Biomasse auch übrigens.)

Biomasse auch.

(Udo Pastörs, NPD: Und nicht unproblematisch.)

Also das sind Dinge, die sind wichtig.

Und, meine Damen und Herren, es gilt immer wieder das energiepolitische Dreieck: umweltgerecht, EEG ist wichtig, also erneuerbare Energien, versorgungssicher, da geht es um Speicher und Netze, und bezahlbar muss Energie sein. Diese drei Elemente müssen immer wieder zusammenkommen.

Und jetzt wende ich mich mal an DIE LINKE: Haben Sie auch schon mal überlegt, für wen Sie eigentlich die Flagge hochreißen?

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Sie müssen sich einfach mal überlegen, derjenige, der dort die Solarplatten auf sein Dach zimmert, das ist nicht immer Ihr Wähler. Hoffentlich haben Sie sich das wirklich überlegt.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Wenn wir nur Politik für unsere Wähler machen, dann wären wir eine traurige Partei. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich finde, es ist auch sozialpolitisch ein wichtiger Grundsatz, dass man aufpasst, dass sich nicht für die Menschen die Preise erhöhen, die nichts ändern können, die schlichtweg den Energiepreis zu zahlen haben, so,

(Vincent Kokert, CDU: Genau. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und nebenbei gesagt auch die Wirtschaft.

Und jetzt will ich zwei Argumente noch schnell versuchen auszuräumen, erstens das Argument, wir gefährden hier die Arbeitsplätze unserer Solarwirtschaft. Also, Frau Polzin, ich bekenne, ja, ich bekenne, wir haben seinerzeit die Bürgschaft gemacht mit 9 Millionen, glaube ich, für Solon, auch weil wir der Meinung waren, das müssen wir, wichtig, erneuerbare Energien. Berlin drängte auch, die haben einen zweistelligen Betrag gewährt, alles richtig. Leider Gottes ist bei SOLON die Insolvenz trotzdem eingetreten. Wir hoffen, dass das jetzt mit Microsol vielleicht noch irgendwie aufgefangen wird.

Es hat doch keinen Einfluss darauf, ob wir jetzt hier kürzen oder nicht. Das ist für die Solarwirtschaft relativ uninteressant, weil wenn wir heute feststellen, dass nur noch 20 Prozent der Anlagen aus Deutschland kommen, ja, dann würde doch jeder Investor verrückt sein, wenn er eine deutsche Anlage nimmt. Er wird chinesische Anlagen nehmen, weil die Renditen damit für den, der es einbaut, viel höher werden. Und dieses marktwirtschaftliche Prinzip, das können wir nicht aushebeln.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, das ist leider so. – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das können wir hier nicht aushebeln.) Das wird auch die SPD nicht schaffen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Abwarten.)

Insofern finde ich, an der Stelle zu sagen, die Arbeitsplätze werden gefährdet, ist falsch. Man gefährdet sie sicherlich, aber da kann man über viele Dinge reden mit Rahmenbedingungen und so weiter und so fort.

Und im Übrigen, weil hier jemand sagte, wir müssen: Ja, das haben wir beim Schiffbau auch gesagt. Da haben wir auch gesagt, wir müssen gegen China ansubventionieren. Das wäre hier ähnlich. Ich glaube, den Wettbewerb noch mal aufzunehmen, das wäre eine Missachtung von Lehren, die wir in der Vergangenheit gezogen haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Meine Damen und Herren, und dann noch mal das Argument mit dem Handwerk. Also was ist denn das?

(Udo Pastörs, NPD: Die rote Lampe leuchtet.)

Ich will gar nicht bestreiten, dass mancher Handwerker jetzt ein Problem hat.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die Solarzelle leuchtet. – allgemeine Heiterkeit)

Ja, okay.

Aber man muss doch auch mal fragen: Was ist denn mit dem Fleischer, was ist denn mit dem Bäcker, was ist denn mit der Wäscherei, was ist mit der Gießerei, die alle viel Strom verbrauchen? Die haben ein Problem! Insofern, Herr Ministerpräsident, es reduziert sich auf eine Diskussion ob 01.04. oder 01.07.

(Vincent Kokert, CDU: Genauso ist es, nicht mehr und nicht weniger. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genauso ist es.)

Darüber muss man reden, alles andere sind wirklich Scheinargumente, die man nicht zu akzeptieren braucht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Vincent Kokert, CDU: Sehr gut, sehr gut.)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Seidel.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Rudolf Borchert für die Fraktion der SPD noch mal.

(allgemeine Unruhe)

Rudolf Borchert, SPD: Meine sehr geehrten Damen und Herren, noch einmal zur Klarstellung: Wenn der Eindruck erweckt wird, mit den jetzt geplanten Solarkürzungen könnte man in Größenordnungen die Verbraucher finanziell entlasten, muss man sich natürlich auch noch mal die Zahlen angucken, damit man wenigstens weiß, worüber man redet.

Das, was wir momentan an Belastungen haben für einen durchschnittlichen Haushalt im Jahr, sind insgesamt 120/130 Euro durch das EEG und davon etwa 70 Euro pro Jahr pro Haushalt für die Einspeisungsvergütung von

Solarstrom. Das, was jetzt momentan auf dem Tisch liegt und vorbereitet wird.

(Udo Pastörs, NPD: Da kommt noch die Netzabgabe hinzu.)

wird zu Einsparungen pro Haushalt von circa 4 Euro im Jahr führen. 4 Euro! Das sind die Relationen. Warum? Alles, was wir momentan an Belastungen haben, sind Altschulden durch Überförderungen aus der Vergangenheit.

Man sollte nicht die Illusion haben, dass man mit dem, was man jetzt macht, wirklich durchgreifend den Verbraucher entlastet. Das hat inzwischen auch der Verbraucherverband entsprechend gewertet. Das auch noch mal zur Klarstellung. Wenn man gegenüberstellt gegebenenfalls 4 Euro Einsparung pro Jahr für einen Haushalt und was dagegen im wirtschaftlichen Bereich an Wertschöpfung zerstört wird, was insgesamt auch an Steuerkraft verloren geht und an volkswirtschaftlichem Schaden angerichtet wird, ich glaube, dann relativiert sich vieles, was angeblich gemacht wird, um Verbraucher zu entlasten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Meine Damen und Herren, ich habe es schon angekündigt: Aktuelle Stunden sollte man nach Möglichkeit auch nutzen, um sehr aktuell auf aktuelle Ereignisse einzugehen. Wenn wir heute aus Sicht der SPD ganz klar sagen, die Bundesregierung macht ihre Hausaufgaben nicht bei der Energiewende, sind wir der Meinung, dass die Landesregierung von SPD und CDU, getragen von den Koalitionsfraktionen, ihre Hausaufgaben bei der Energiewende bisher gemacht hat und auch zukünftig leisten wird. Das wird auch im aktuell vorliegenden Landeshaushalt deutlich.

Insofern ist es mir schon noch mal ein Bedürfnis, auf die aktuelle Berichterstattung in der "Ostsee-Zeitung" heute einzugehen, wo der Eindruck erweckt wird, der neue Landeshaushalt würde hier faktisch die Energiewende in Mecklenburg-Vorpommern verhindern. Also ich weise das entschieden zurück und möchte dazu klarstellen:

Als Erstes haben wir erstmals – und das betrachte ich wirklich als Fortschritt – im Landeshaushalt ein eigenständiges Kapitel für Energie. Das hatten wir bisher so nicht und das sollte man nicht gering schätzen. Das wird auch manche Beratungen in den Ausschüssen erleichtern.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist fast ein Leertitel.)

Zweitens, es ist kein Leertitel, sondern es sind für die zwei Jahre 2012/2013 fast 16 Millionen Euro, im Übrigen bei diesen übertragenen Titeln insgesamt 7 Millionen Euro zusätzlich an dieser Stelle.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist nicht wenig. – Heinz Müller, SPD: Das ist eine Menge.)

Ich sehe ja nach, wenn neue Kollegen den Haushalt insgesamt natürlich noch nicht in der Komplexität überblicken, aber bei denen, die ein bisschen länger dabei sind, muss man einfach unterstellen, dass sie wissen,

dass selbstverständlich die Förderung für erneuerbare Energien nicht nur im Einzelplan 15 und nicht nur im Kapitel Energie stattfindet. Wir haben in Größenordnungen Geld zur Verfügung im Einzelplan 06 und im Einzelplan 08. Warum? Wir haben im 06er natürlich die GA Wirtschaftsförderung gerade für Investitionen. Im Bereich erneuerbare Energien werden wir dieses Instrument auch zukünftig nutzen können.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und warum haben wir dann ein Energieministerium, wenn wir alles verteilen?)

Zweitens haben wir im Einzelplan 06, Wirtschaft, natürlich die Technologieförderung. Auch dort ist Förderung investiv möglich.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Damit er ein bisschen was kleckern kann.)

Und im Einzelplan 08, Förderung der ländlichen Entwicklung, Agrarinvestitionsprogramm, ebenfalls. Gerade für den ländlichen Raum sind Investitionen natürlich auch möglich beziehungsweise werden unterstützt durch Fördermittel nach wie vor aus dem Einzelplan 08.

(Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ein Punkt ärgert mich dann schon sehr. Ich weiß jetzt nicht, wer es gesagt hat, aber wenn jemand behauptet, wir würden EU-Mittel zweckentfremdet einsetzen, dann muss ich das hier wirklich noch mal klarstellen und erklären, was da überhaupt läuft. Also ich bin seit Jahren dabei, mit anderen Kollegen haben wir uns dafür eingesetzt, dass verlorene Zuschüsse im investiven Bereich umgewandelt werden in Darlehen, in revolvierende Darlehen. Das entspricht im Übrigen auch den Erwartungen der Europäischen Union. Insofern bin ich sehr froh, dass es gelungen ist umzuschichten innerhalb des EFRE aus der Achse 2 in den Einzelplan 15, um zusätzlich 7 Millionen einzusetzen zweckgebunden für Investitionen im Erneuerbare-Energien-Bereich – nicht mehr als verlorener Zuschuss, sondern als verlorenes Darlehen. Das ist so vorgesehen und wird ergänzt mit weiteren 3 Millionen aus der Klimaschutzrichtlinie, sodass wir insgesamt 10 Millionen, pro Jahr 5 Millionen dort eingestellt haben.

Dieses ist im Haushaltsgesetzentwurf, und ich betone, Gesetzentwurf von der Regierung so vorgelegt worden und insofern erst mal völlig korrekt. Wir sind jetzt in den Beratungen, nicht nur hier im Landtag parlamentarisch, sondern natürlich auch im Begleitausschuss zum OP-Programm. Der Begleitausschuss zum OP-Programm wird am 8. April den Vorschlag beziehungsweise den Antrag der Landesregierung auf Umschichtung dieser 7 Millionen beziehungsweise 10 Millionen aus unterschiedlichen Quellen beraten. Nach allen Gesprächen, die bisher im Vorfeld geführt wurden, ist von niemandem aus dem Begleitausschuss bisher signalisiert worden, dass man diesem sinnvollen Vorschlag zur Verstärkung von erneuerbaren Energien und der Energiewende in Mecklenburg-Vorpommern nicht folgen wird. Mir ist kein einziger bekannt. Selbstverständlich hat man diese Gespräche geführt und selbstverständlich brauchen wir ein positives Votum aus dem Begleitausschuss. Aber ich bin mir sicher, wir werden dieses positive Votum bekommen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich auch.)

Und anschließend erfolgt dann logischerweise die Antragstellung bei der Europäischen Union. Es ist die Änderung im laufenden OP. Aber auch dort gibt es keine, aber auch keinerlei Anzeichen, dass man diese Genehmigung nicht erteilen wird. Es ist erstens im Interesse der Europäischen Union, dass man mehr Geld einsetzt durch erneuerbare Energien, es ist zweitens im Interesse der Europäischen Union, dass man verlorene Zuschüsse ersetzt und umwandelt in revolvierende Darlehensfonds. Insofern ist das alles ganz klar rechtlich auf sicheren Füßen.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Derjenige, der das behauptet, würde praktisch nur recht bekommen, wenn dann irgendwann im Herbst möglicherweise keine Genehmigung aus Brüssel kommt. Aber auch da ist Vorsorge getroffen, denn wir müssen selbstverständlich erst die Richtlinie dafür machen und die muss auch noch genehmigt werden, sodass ich sage, leider werden wir in 2012 diese 5 Millionen, vermute ich mal, aufgrund des Verfahrens selbst wahrscheinlich auch erst gegen Ende des Jahres dann faktisch einsetzen können. Aber die Mittel werden übertragen und stehen selbstverständlich auch im Folgejahr zur Verfügung.

Und der Rückfluss ist organisiert. Es geht übrigens nicht nur um Zinsen. Es geht darum, dass praktisch dann die Rückflüsse eingehen in das Sondervermögen im Einzelplan 11 beim Finanzministerium und dann wieder für erneuerbare Energien eingesetzt werden. Da müssen wir aufpassen. Wenn die konkrete Richtlinie dann praktisch auch beraten und entschieden wird, müssen wir - da spreche ich jetzt als energiepolitischer Sprecher der Fraktion - dafür sorgen, dass diese Mittel, das ist meine Position, dann ausschließlich auch wieder zum Zweck der erneuerbaren Energien eingesetzt werden. Aber das hat nichts, aber auch gar nichts damit zu tun, dass auch nur der Anschein besteht, dass hier beabsichtigt wird, geschweige denn die Chance bestehen würde. EU-Mittel zweckentfremdet einzusetzen. Das wollte ich nur aus aktuellem Anlass noch mal klarstellen, weil ich glaube, hier geht es nicht nur um ein paar kleine Euros, hier geht es um viel Geld

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Solide Finanzierung der Energiewende.)

und hier geht es um einen Vorwurf, dass wir gegebenenfalls nicht zweckentsprechend EU-Mittel einsetzen würden. – Insofern danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Borchert.

Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2012/2013, auf Drucksache 6/299, in Verbindung mit der Ersten Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Haushaltsgesetzes 2012/2013 und eines Verbundquotenfestlegungsgesetzes 2012/2013, auf Drucksache 6/300, in Verbindung mit der Beratung der Un-

terrichtung durch die Landesregierung – Mittelfristige Finanzplanung 2011 bis 2015 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung, auf Drucksache 6/298.

Gesetzentwurf der Landesregierung Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2012/2013 (Erste Lesung) - Drucksache 6/299 -

Gesetzentwurf der Landesregierung Entwurf eines Haushaltsgesetzes 2012/2013 und eines Verbundquotenfestlegungsgesetzes 2012/2013

(Erste Lesung)

- Drucksache 6/300 -

Unterrichtung durch die Landesregierung Mittelfristige Finanzplanung 2011 bis 2015 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung – Drucksache 6/298 –

Das Wort zur Einbringung hat die Finanzministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Polzin.

Ministerin Heike Polzin: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist keine leichte Aufgabe, den Entwurf eines Doppelhaushaltes nur kurze Zeit nach Verkündung eines überaus erfolgreichen Jahresabschlusses einzubringen, denn sofort könnte der naive Betrachter glauben, alles ist doch noch wunderschöner, als wir gedacht haben.

Erstmals seit 2008 konnten wir 2011 wieder Schulden tilgen. Zusätzlich unterstützen wir die Kommunen und verstärken die Rücklage, die unerwartete Haushaltsrisiken abfangen hilft. Aber da bin ich mir sehr sicher, alle oppositionellen Begehrlichkeiten können mit solider Finanzpolitik niemals befriedigt werden, vermutlich nicht mal im Ansatz,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

denn es wäre fahrlässig und verantwortungslos, diesen einmaligen Überschuss aus dem vergangenen Jahr für dauerhafte Ausgaben nutzen zu wollen. Kritiker sind ja hier beim Bauen von Luftschlössern schnell bei der Sache. Finanzpolitik aber braucht ein solides Fundament. Wenn wir jetzt Ausgabeprogramme auf Kosten der Tilgung als Forderung hören, ist das nichts anderes als eine Hypothek auf die Zukunft. Ein solches Denken ist nur der Gegenwart verhaftet, es gewichtet Forderungen im Hier und Jetzt höher als künftige Belastungen. Das ist in der Opposition sicherlich auch legitim. Verantwortungsvolle Regierungsarbeit darf aber so nicht aussehen.

(Udo Pastörs, NPD: So ist es.)

Wir denken langfristig, denn schon im Jahr 2020 – und das ist das Jahr, auf das wir hier in Mecklenburg-Vorpommern ganz besonders schauen – wird sich zeigen, ob wir unsere Hausaufgaben tatsächlich gemacht haben. Dann muss unser Land ohne die Mittel aus dem Solidarpakt auskommen. 2011 hatten wir hier noch Einnahmen von 846 Millionen Euro in diesem Bereich, im nächsten Jahr werden es über 150 Millionen Euro weniger sein. Das Auslaufen dieses Osttransfers werden wir jetzt jedes Jahr deutlich

zu spüren bekommen. In weniger als acht Jahren fallen die Einnahmen auf null. Im Vergleich zu heute werden wir dann auf mehr als ein Zehntel unserer aktuellen Gesamteinnahmen von etwa 7,2 Milliarden Euro verzichten müssen.

Aber nicht nur in diesem Bereich werden wir zusätzliche Mittel verlieren, auch die Förderung mit Mitteln des Bundes und der EU ist rückläufig. Das haben Sie schon tausendmal gehört, aber es ist bei manchen Debatten offensichtlich nicht ganz gegenwärtig. Hinzu kommen Einnahmeverluste aufgrund des absehbaren Einwohnerrückgangs. Erhebliche Risiken bestehen zudem aus der ab 2020 notwendigen Neuregelung des Finanzausgleiches. Und ich darf gern aus dem Nähkästchen plaudern: Die Verhandlungen mit den Geberländern werden sehr, sehr schwierig.

Sie sehen also, wir befinden uns auf einer ganz entscheidenden Etappe hin zu einer Zukunft aus eigener Kraft. In den kommenden Jahren wird sich zeigen, ob wir diesen Weg erfolgreich meistern. Das ist der Hintergrund, vor dem der Ihnen vorliegende Doppelhaushalt entstanden ist. In den Chefgesprächen hat sich gezeigt, dass alle Kabinettsmitglieder an einem Strang ziehen und sich ihrer Verantwortung bewusst sind.

(Udo Pastörs, NPD: Bla, bla, bla!)

Wir wollen keine neuen Schulden und setzen die Haushaltskonsolidierung fort. Das ist notwendig, um die Handlungsfähigkeit des Landes über das Jahr 2020 hinaus zu sichern, und es bedeutet, dass Ausgaben weiterhin begrenzt und an zurückgehende Einnahmen angepasst werden. Diese Anpassung erfolgt mit Augenmaß, denn wir wollen die Landesentwicklung weiter vorantreiben, die Infrastruktur ausbauen und politische Schwerpunkte setzen. Sollten sich darüber hinaus Spielräume ergeben, werden wir diese grundsätzlich für Schuldentilgung einsetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will nicht nur schwarzmalen, denn wir sind, meine ich, auf einem guten Weg.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Der vorliegende Entwurf des Doppelhaushaltes bringt uns unserem Ziel einen weiteren Schritt näher. Der Haushalt kommt wieder ohne Neuverschuldung aus.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Was andere Länder als langfristiges Ziel anpeilen, haben wir vor sechs Jahren geschafft.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Tolle Stimmung hier.)

Wir haben Krisen ohne Neuverschuldung überstanden und wir werden auch in den nächsten zwei Jahren ohne neue Kredite auskommen. Das ist eine große Leistung,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir fangen bald alle an zu weinen.)

die gemeinsam von vielen seit vielen Jahren vollbracht wird. Was wir im Entwurf leider nicht geschafft haben, ist die planmäßige Tilgung. Damit wird sich aufgrund des Bevölkerungsrückgangs die Pro-Kopf-Verschuldung weiter erhöhen. Der höchste Berg in Mecklenburg-Vorpommern bleibt daher der Schuldenberg. Über 10 Millionen Euro Schulden hat das Land in zwei Dekaden angehäuft.

(Udo Pastörs, NPD: Ein paar mehr Nullen, gnädige Frau. – Zuruf aus dem Plenum: Milliarden, Milliarden!)

Ja klar, Milliarden, Entschuldigung.

(Torsten Renz, CDU: Millionen wären uns auch lieber.)

Ja, ich denke mal, wir sollten die Größenordnung da nicht verniedlichen.

Wir haben 10 Milliarden in zwei Dekaden angehäuft, vornehmlich in der ersten, wie wir uns erinnern. Und diese Last drückt. Jeden Tag geben wir – das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen – mehr als 1 Million Euro allein für Zinsen aus. Nur damit Sie sich das vor Augen führen können: Von 2.000 Euro, die wir ausgeben könnten, sind allein schon 100 Euro für Zinsen weg.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Selbst wenn sich nichts am Schuldenstand ändert, wir also weder tilgen noch neue Kredite aufnehmen, werden diese Ausgaben in Zukunft steigen, denn wie Sie wissen, profitieren wir zurzeit von historisch niedrigen Zinsen. Doch selbst jetzt müssen wir Jahr für Jahr etwa 400 Millionen Euro für den Schuldendienst aufbringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, neben allen Sparbemühungen – und das wird viel zu oft vergessen – leistet sich unser Land einiges.

(Udo Pastörs, NPD: Allerdings, eine Menge Arbeitslose.)

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es das kostenlose Erststudium, mit einem Mindestlohn von 8,50 Euro bei öffentlichen Aufträgen werden wir bundesweit Zeichen setzen und auch bei der Betreuung von Kindern schauen die alten Bundesländer neidvoll zu uns. Die Landeszuweisungen an die Kommunen sind in keinem ostdeutschen Bundesland so hoch wie in Mecklenburg-Vorpommern. Bei der Lehrer-Schüler-Relation in den allgemeinbildenden Schulen sind wir besser als der Bundesschnitt. Und selbst bei der Kulturförderung liegen wir mit 20,41 Euro, die wir je Einwohner für Theater und Musik ausgeben, im Spitzenfeld. Mecklenburg-Vorpommern steht im Vergleich besser da, als Kritiker es häufig darstellen.

(Heinz Müller, SPD: So ist es.)

Sparen wird für uns nie Selbstzweck sein. Im Gegenteil, durch die Schuldentilgung und die Konsolidierung haben wir uns in den letzten Jahren Handlungsspielräume erarbeitet, während in anderen Ländern der Rotstift agiert. Selbst in der Krise mussten wir nicht hektisch Sparprogramme auflegen. Darum – und das zeichnet langfristiges Denken aus – werden wir umgekehrt bei steigenden Steuereinnahmen auch nicht übereilt neue Ausgaben-

programme beschließen, die uns nur allzu schnell wieder auf die Füße fallen. Dieser von Nachhaltigkeit geprägten Linie bleibt die Landesregierung mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf treu und das spiegelt sich in den Schwerpunkten wider.

Vor allem die Bereiche Kinder, Familien, Kommunen, wirtschaftliche Entwicklung und erneuerbare Energien werden wir in den kommenden Jahren weiter stärken. Familien wollen wir entlasten, indem wir die Elternbeiträge für die Krippenbetreuung um 100 Euro senken. Damit werden die Eltern für die Krippenbetreuung nicht mehr Geld bezahlen als in der Kita. 11 Millionen Euro stellt das Land hierfür in voller Jahreswirkung zur Verfügung. Auch die Qualität der Kinderbetreuung will die Landesregierung weiter verbessern. Für diesen Zweck ist die Fachkraft-Kind-Relation erst im vergangenen Jahr auf 1:17 gesenkt worden. Und wir machen hier weiter. Schon im kommenden Jahr werden die Gruppen noch kleiner und eine Erzieherin oder ein Erzieher wird noch für 16 Kinder zur Betreuung bereit sein. Das stärkt nicht nur die Bildungsarbeit in den Kitas, auch die Arbeitsbedingungen verbessern sich weiter.

Mit der Einführung des Mindestlohnes von 8,50 Euro bei öffentlichen Aufträgen werden auch in anderen Bereichen die Arbeitsbedingungen verbessert. Damit setzt die Landesregierung ein klares Zeichen und geht der freien Wirtschaft mit gutem Beispiel voran.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Denn ich denke, wer ganztags arbeitet, der muss von seiner Arbeit auch leben können.

(Peter Ritter, DIE LINKE: He!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der beste Anreiz für die Wirtschaft, Mindestlohn zu zahlen, sind wahrscheinlich auch gut gefüllte Auftragsbücher. Das Land trägt seinen Teil dazu bei und will dieses Jahr gut 1,22 Milliarden Euro für Investitionen zur Verfügung stellen. Das ist in etwa so viel wie im vergangenen Jahr. Allerdings kommen 2012 auch Einmaleffekte in Höhe von fast 75 Millionen Euro zugunsten von Kommunen zum Tragen. 2013 werden die Investitionen daher um rund 100 Millionen Euro geringer ausfallen. Langfristig werden die Investitionsausgaben wegen geringerer Einnahmen weiter sinken. 2015, am Ende der Mittelfristigen Finanzplanung, wird das Land aber immer noch etwas mehr als 1 Milliarde Euro investieren.

Bei den Investitionen zeigt sich sehr deutlich, in welch entscheidender Phase wir uns gerade befinden. Zwar wird die Landesregierung weiterhin alles dafür tun, dass grundsätzlich alle Fördergelder vollständig abgerufen und an das Land gebunden werden. Wir werden bei den Investitionen aber Schritt für Schritt auf eigene Beine kommen müssen, denn neben den rückläufigen Solidarpaktmitteln, das sind etwa 80 Millionen Euro Jahr für Jahr wird auch die Zeit als EU-Höchstfördergebiet im übernächsten Jahr endgültig vorbei sein.

(Udo Pastörs, NPD: 380 Millionen.)

Daher sage ich bewusst, dass wir grundsätzlich alle Fördergelder abrufen, denn bei den Entscheidungen über die Inanspruchnahme zusätzlicher Bundes- und EU-Mittel müssen wir neben Finanzierungsmöglichkeiten des Landes auch die bestehende finanzielle Ausstattung in dem jeweiligen Förderbereich berücksichtigen. Denn das vergisst man sehr gern, auch Investitionen ziehen Folgekosten nach sich. Sie müssen also auch immer nachhaltig sein.

#### (Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Trotzdem zeigt sich bei einem Ländervergleich, dass die Investitionsleistungen auch 2015 fast doppelt so hoch sein werden wie in vergleichbaren westlichen Flächenländern. Wir erreichen also immer noch ein weit überdurchschnittliches Niveau, das wir dafür nutzen, die weiter bestehende Infrastrukturlücke zu schließen. Die Landesregierung führt die Ausgaben daher auch nicht in dem Maße zurück, in dem die Solidarpaktmittel sinken, sondern wird weiter gezielt in die Infrastruktur investieren.

Eine deutliche Steigerung der Investitionen wird es daher in den nächsten Jahren bei innovativen Projekten des Klimaschutzes und im Bereich des Hochschulbaus geben. Für die Förderung von Projekten zur Nutzung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz werden wir 2012 und 2013 insgesamt fast 15 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Und an der Stelle muss ich schon sagen, mich erschüttert natürlich der Satz: "Was ist das schon?!" Wer weiß, mit welcher Mühe wir teilweise 1 Million Euro an anderer Stelle einsparen, beispielsweise im Personalbereich, der sollte nicht so lax mit solchen Summen umgehen und dabei zur Kenntnis nehmen, was das auch für eine Anstrengung ist.

Im Übrigen – und ich denke, Herr Borchert hat das sehr substantiiert ausgeführt, dass das nicht die einzige Antwort ist, um Energie gezielt im Ministerium des Ministers Schlotmann aufzubauen –, letztendlich kommt es darauf an, Rahmenbedingungen, mit denen man aus einer Hand mit Genehmigungen und Planungen agieren kann, auf den Weg zu bringen, denn zum Thema Energieförderung sind hier mittlerweile Milliarden in zweistelliger Höhe im Umlauf, nicht alle für unser Land, aber das ist überhaupt nicht das Problem, sondern die gezielte Umsetzung eines Konzeptes, das wir bereits seit Jahren haben und das es jetzt umzusetzen gilt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, den Hochschulen stehen künftig bis 2016 400 Millionen Euro für ihre Bautätigkeit zur Verfügung. Das sind fast 100 Millionen Euro mehr, als in der alten Finanzplanung vorgesehen waren. Mit diesen Investitionen in die Zukunft werden wir die Attraktivität des Wissensstandortes Mecklenburg-Vorpommern weiter erhöhen. Und auch den Wirtschaftsstandort wollen wir durch gezielte Investitionen weiter stärken.

Dass unsere Investitionen richtig sind, zeigt aktuell die Ansiedlung des Weltkonzerns Nestlé. Hier entstehen neue Arbeitsplätze, die, wie ich finde, gut in das Profil unseres Landes passen.

# (Peter Ritter, DIE LINKE: Kaffeetrinkernation.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die wichtige Wegmarke 2020 ist auch bei den Personalausgaben von entscheidender Bedeutung, denn sie sind der größte Einzelposten in unserem Haushalt. Gut ein Viertel aller Ausgaben wenden wir für Vergütung, Besoldung, Beihil-

fen, Pensionszahlen auf. In diesem Jahr werden das in der Summe 1,77 Milliarden Euro sein, 2013 sind es nochmals rund 40 Millionen Euro mehr.

Gerade bei den Personalausgaben ist ein langfristiges Konzept notwendig, um Kosten zu senken oder zumindest zu stabilisieren. Wir hatten daher schon 2004 unser Personalkonzept beschlossen, das 2010 fortgeschrieben wurde. Ohne die Personalkonzepte lägen die Kosten jetzt fast eine halbe Milliarde Euro höher, als wir sie tatsächlich im Haushalt haben. Da diese Konzepte mit sehr umfassenden Anhörungen, auch am Anfang mit sehr vielen Protesten auf den Weg gebracht wurden, kann ich heute sagen, nachdem 2010 das erste ausgelaufen ist: Es ist auch von den Arbeitnehmern gut angenommen worden, wir haben es sozial verträglich gestaltet und es gab sogar Anfragen, ob man in der Art und Weise mit der Teilzeit nicht sogar weitermachen könnte.

Trotzdem, trotz dieses Personalabbaus leistet sich Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich mit westlichen Flächenländern eine verhältnismäßig komfortable Personaldecke. Ende dieses Jahres kommen auf 1.000 Einwohner 19,6 Stellen in der Landesverwaltung, während es im westlichen Bereich nur 18,1 Stellen sind. Und es sei auch nur am Rande erwähnt, dass in den alten Bundesländern die Verwaltungen weiter verschlankt werden.

Wir haben aber schon jetzt gemessen an unserer Einwohnerzahl etwa 2.500 Stellen mehr. Das kann sich das Land auf Dauer nicht leisten. Deswegen müssen wir das Personalkonzept konsequent umsetzen und regelmäßig überprüfen.

(Udo Pastörs, NPD: Sie wollen sich abschaffen? Zu teuer!)

Und hier würde ich mir gern nahezu in eigener Sache ein Wort erlauben, weil der Personalabbau in den Finanzämtern zum Thema in der Öffentlichkeit geworden ist: Jede zehnte Stelle werde bis 2020 abgebaut, ist da berichtet worden. Das ist richtig, denn selbstverständlich gilt das Personalkonzept für die gesamte Landesverwaltung und somit auch für die Finanzämter. Das ist kein Sozialkahlschlag, sondern ein zwingendes Erfordernis, denn unser Bundesland verliert Jahr für Jahr Einwohner.

Bis 2020 werden zwischen Puttgarden und Dömitz fast 70.000 Einwohner weniger leben. Das ist natürlich nicht gut und bedeutet, dass wir fast 200 Millionen Euro weniger Steuern einnehmen. Es bedeutet auf der anderen Seite aber auch, dass weniger Steuererklärungen in den Finanzämtern einlaufen. Was Forscher technisch als "demografische Rendite" bezeichnen, ist hier doch ganz besonders greifbar. Der Bevölkerungsschwund ist eine Last für unser Land, er bietet aber auch Chancen,

(Michael Andrejewski, NPD: Wow! – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

die wir dann nutzen müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem Doppelhaushalt stehen wir weiterhin zu unserer Verantwortung für die Kommunen dieses Landes und stärken deren Finanzkraft. Das ist ein wichtiger Schwerpunkt der Landesregierung. Dabei zeigt sich, dass sich der im kommunalen Finanzausgleich verankerte Gleichmäßigkeitsgrundsatz bewährt hat. In diesem Jahr wird sich die

Finanzausstattung der Kommunen im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt 3 Millionen Euro verbessern. Im kommenden Jahr steigen die Einnahmen voraussichtlich sogar um 83 Millionen Euro. Das wird die Kommunen in die Lage versetzen, 2013 die erste Rate aus dem kommunalen Ausgleichsfonds zurückzuzahlen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Dieser war ja, wie Sie sich erinnern, mit dem letzten Doppelhaushalt aufgelegt zur Stabilisierung der Einnahmen in den Kommunen und er war wirksam. In einer schwierigen Situation der öffentlichen Haushalte, als infolge der Wirtschaftskrise die Steuereinnahmen dramatisch zurückgingen, hat der kommunale Ausgleichsfonds wie eine Brücke gewirkt, die über den Einbruch der Einnahmen hinweghalf.

In manchen Kommunen ist die Lage aber vor allem wegen der angehäuften Altfehlbeträge immer noch angespannt. Daher sind im Entwurf des Doppelhaushaltes 2012/2013 Zuführungen von 100 Millionen Euro an einen kommunalen Konsolidierungsfonds vorgesehen. Unser Ziel ist es, Landkreisen und kreisfreien Städten bei Konsolidierungskonzepten zu helfen, die Haushalte strukturell zu stärken und so den Schuldenabbau voranzutreiben. Mit den kommunalen Landesverbänden werden wir Vorschläge erarbeiten, in welchen Fällen Konsolidierungshilfen erforderlich sind und wie diese konkret ausgestaltet sein sollen.

Außerdem wollen wir den besonders strukturschwachen Kommunen bei den erforderlichen Investitionen unter die Arme greifen. Zu diesem Zweck wird das Land einmalig 50 Millionen Euro in einen kommunalen Kofinanzierungsfonds einzahlen. So stehen in den nächsten fünf Jahren 10 Millionen Euro zur Absicherung von Eigenanteilen kommunaler Investitionen zur Verfügung. Das ist gut für die Kommunen und hilft der regionalen Wirtschaft.

Und wenn ich zu Beginn meiner Rede von Handlungsspielräumen gesprochen habe, die wir uns durch solide Finanzpolitik erarbeitet haben, dann werden diese hier besonders deutlich, denn die für die Finanzierung notwendigen 150 Millionen Euro entnehmen wir aus unserer Ausgleichsrücklage. Die Kommunen profitieren hier also ganz direkt von unseren erwirtschafteten Überschüssen.

(Heinz Müller, SPD: Sehr schön.)

Der von kommunaler Seite immer wieder geäußerte Vorwurf, die Finanzausgleichsleistungen in Mecklenburg-Vorpommern seien zu gering, wird durch ständige Wiederholung auch nicht wahrer. Die Wahrheit ist: Wie schon 2011 werden wir auch 2012 die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu den anderen neuen Ländern mit den höchsten Landeszuweisungen ausstatten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, Sie sehen, Mecklenburg-Vorpommern ist besser dran, als manche Kritiker behaupten. Im vergangenen Jahr zählten wir zu den wenigen Ländern, die es geschafft haben, einen Überschuss zu erzielen. Neben uns waren das Sachsen, Bayern und Brandenburg – ich denke, das ist zumindest finanzpolitisch betrachtet keine schlechte Gesellschaft, in der wir uns da befinden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nun könnt ihr auch mal klatschen, Mensch!)

Aber ich sage auch deutlich, dass es schwieriger wird, weiterhin ähnlich gute Haushaltsabschlüsse zu erzielen. Auch wenn im Haushaltsplan in 2012/2013 die schwarze Null steht, schon 2014 zeichnen sich Handlungsbedarfe ab, die geschlossen werden müssen. Und natürlich ist eine Haushaltsplanung über zwei Jahre immer mit Risiken verbunden. Wir wissen nicht, wie sich das Zinsniveau weiter entwickelt. Ein Anstieg, der nur einen Prozentpunkt über unseren Annahmen liegt, führt schon zu Mehrausgaben von 12 Millionen Euro pro Jahr. Auch die Ergebnisse des Zensus, der Volkszählung also, in dem unter anderem die exakten Bevölkerungszahlen der einzelnen Bundesländer ermittelt werden, liegen Ende dieses Jahres vor. Hier drohen uns gegebenenfalls auch Rückzahlungen im Länderfinanzausgleich, wenn die für Mecklenburg-Vorpommern angenommene Bevölkerungszahl überhöht sein sollte.

Vor allem aber kann niemand zurzeit mit Sicherheit sagen, in welche Richtung sich die Staatsschuldenkrise entwickelt und wie es um den Verbleib Griechenlands in der Eurozone bestellt ist. Weitet sich die Krise zur Bankenkrise aus, werden sich die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen signifikant verschlechtern, und das ist nur eine Annahme und Folge. Ein herber Einbruch der Konjunktur wäre dann unvermeidlich. Wir hoffen alle, dass es nicht so kommen wird. Will man der Entwicklung in den sogenannten Schuldenstaaten aber zumindest eine positive Aussage abgewinnen, so ist es wohl die Einsicht in die Notwendigkeit solider Haushaltsführung. Wir sollten nicht zu schnell vergessen, was zu dieser Krise auch geführt hat. Daher wird es auch weiterhin meine Aufgabe bleiben, die Notwendigkeit solider Finanzpolitik anzumahnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung hat ihre Aufgaben erfüllt. Mit dem vorliegenden Doppelhaushalt sind die notwendigen strukturellen Maßnahmen, die wir für die Zeit nach 2020 brauchen, eingeleitet. Wir setzen Schwerpunkte bei den Zukunftsthemen Kinder und Familien und stärken die Kommunen. Und vor allem, das alles können wir ohne neue Schulden schaffen. Für diese Politik, die ihrer Verantwortung auch für kommende Generationen gerecht wird, bitte ich um Ihre Unterstützung in den Ausschüssen des Landtages.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Ministerin.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 210 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE Herr Holter.

**Helmut Holter**, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Begeisterung für die eigene Politik sieht anders aus, meine Damen und Herren der Koalition.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach, Herr Holter! – Vincent Kokert, CDU: Das ist schon mal ein sachlicher Einstieg, Herr Holter.) "Der Haushalt ist in Zahlen gegossene Politik" – ein Spruch, den wir immer wieder lesen und hören können. Und wenn ich mir Ihren Haushalt anschaue, dann ist er Ausdruck Ihrer Politik.

Erstens darf ich feststellen, meines Erachtens ist es bisher nicht vorgekommen, dass der Ministerpräsident zwar der Landespressekonferenz den Haushalt vorgestellt hat, aber dem Landtag selbst nicht Rede und Antwort steht. Ich finde das einfach skandalös, Herr Sellering, dass Sie hier heute nicht zum Haushalt sprechen, sondern das der Finanzministerin überlassen.

Zweitens. Es geht um ...

(Egbert Liskow, CDU: Es geht um die Einbringung.)

Nein, nein, nein, nein!

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Es geht zweitens darum, meine Damen und Herren, und da komme ich gleich zu Ihnen, Herr Backhaus, was die Schlagzeilen der letzten Tage beinhalten: Millionenschwere Investitionen der Landwirte liegen auf Eis, weil der Landwirtschaftsminister die Förderung gestoppt hat.

(Minister Dr. Till Backhaus: Das stimmt ja so nicht.)

Das stimmt.

(Minister Dr. Till Backhaus: Das stimmt nicht.)

Einheimische Landwirte sind nach wie vor beim Flächenerwerb von BVVG-Flächen benachteiligt. Das Chaos an den Schulen nimmt immer größere Ausmaße an.

(Udo Pastörs, NPD: Allerdings.)

Wir können heute in der Zeitung lesen, Herr Brodkorb: "Großes Misstrauen statt Schul-Dialog". Theater und Orchester sterben auf Raten. "Die Landesregierung nimmt den Kulturverlust nicht nur achselzuckend zur Kenntnis, sondern führt ihn durch Nichtstun aktiv herbei", so am Sonnabend in der SVZ zu lesen ein Leserbrief eines Schauspielers hier aus Schwerin.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na ja.)

Auch die Filmförderung steht massiv in der Kritik. Und die Kommunen? Ja, die Kommunen ziehen den Nachteil nach sich.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Die Städte werden nach dem Verfassungsgerichtsurteil zur Stadt-Umland-Umlage alleingelassen. Jetzt sollen sie das Geld auch noch zurückzahlen dank des miesen Gesetzes der Koalition. Und als ob das alles nicht genug wäre, werden auch noch die Hälfte der Amtsgerichte in Mecklenburg-Vorpommern dichtgemacht. Das ist genau das, was die Politik zum Ausdruck bringt. Und der Doppelhaushalt, der heute hier eingebracht wird, spiegelt genau das wider, dass die Große Koalition nicht gewillt ist, die brennenden Probleme in Mecklenburg-Vorpommern anzupacken.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Die Koalition lehnt sich zurück und verweist darauf, dass alle wesentlichen Koalitionsvorhaben im Doppelhaushalt 2012/2013 umgesetzt werden. Das soll wohl signalisieren – und, Frau Polzin, Sie haben es gerade selbst ausgesprochen –, wir haben geliefert. Nur, wenn ich mir diese Lieferung, Ihre Lieferung ansehe, stelle ich fest, dass zahlreiche Pakete zu klein sind, nicht ausreichend frankiert sind, schlecht verpackt sind und teilweise auch eine Mogelpackung beinhalten.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und wir müssen feststellen, dass wichtige Pakete, auf die viele Menschen seit Langem warten, ganz und gar fehlen. Und das ist im Übrigen auch nicht zu erwarten, dass SPD und CDU diese fehlenden Pakete irgendwann schnüren und auch noch abschicken werden. Als Postunternehmen wären Sie, meine Damen und Herren, schon längst von der Bildfläche verschwunden.

(Vincent Kokert, CDU: Jetzt gehen Sie aber über die Dörfer, Herr Holter. Ich muss mir Mühe geben, Ihnen zu folgen.)

Die Koalition bringt heute den Haushalt für die nächsten zwei Jahre ein. Außer den allgemeinen Aussagen in Ihrem Vertrag über das "Weiter so" in Mecklenburg-Vorpommern liegen bis heute die politischen Programme nicht auf dem Tisch, weder in der Kulturpolitik, noch in der Arbeitsmarktpolitik, noch in der Energiepolitik. Sie haben nur ein Programm: "Sparen um jeden Preis".

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Sie bleiben nicht nur die Antworten auf die heutigen Fragen schuldig, auch die Zukunftsfragen packen Sie nicht an. Es ist zwar nett, Frau Polzin, dass Sie hier das Zahlenspiel vorführen, und diese Rechnungen, die sind uns auch bekannt. Ich bin ja mal gespannt, was die CDU nachher zu den Einnahmen sagen wird, Herr Liskow. Ich habe da so einiges gehört.

(Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE, und Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Aber wo ist denn tatsächlich Ihre Politik für die Zukunft? Wo ist Ihr Konzept für Innovation und Investitionen?

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Wie wollen Sie Mecklenburg-Vorpommern internationaler aufstellen und gleichzeitig die regionalen Stärken entwickeln? Wo finde ich im Doppelhaushalt Ihre Antworten auf die Bewältigung des demografischen Wandels? Und nicht nur, meine Damen und Herren, bei der Bildung spielen Sie auf Zeit.

Deswegen meine Einschätzung: Ihr Doppelhaushalt ist herzlos. Sie haben weniger die Menschen im Blick als sich selbst.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

So, meine Damen und Herren, bringt Ihre Politik nur wenig Licht, aber sehr viel Schatten.

(Beate Schlupp, CDU: Die Vorschläge kommen immer nur von den anderen.)

Ja, wir halten uns genauso wie Sie, Frau Polzin, und Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, die Haushaltssituation vor Augen. Na klar, das weiß doch jeder: Die EU- und Bundesmittel gehen zurück, auch die Bevölkerung nimmt ab. Niemand, auch DIE LINKE nicht, stellt den Konsolidierungsbedarf ernsthaft infrage.

(Heinz Müller, SPD: Aha! – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Im Unterschied zur Koalition ist Sparen für uns aber kein Selbstzweck. Eine solide und kluge Haushaltspolitik zeichnet sich nicht nur durch schwarze Zahlen und ein gutes Ranking im Ländervergleich aus. Es muss eins hinzukommen, der Wille, Mecklenburg-Vorpommern fit zu machen für die Zukunft.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Das gelingt nur, Herr Kokert, wenn die großen Herausforderungen und Probleme des Landes nicht nur benannt, sondern auch angepackt werden.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Und genau das machen Sie nicht. Ihre Haushaltspolitik mag schwarze Zahlen schreiben, aber besonders klug ist sie nicht.

Meine Damen und Herren, bevor ich zu den Schwerpunkten meiner Fraktion komme, möchte ich Sie ganz gern, die Regierung, an Ihren eigenen Worten messen. Sie werden schnell feststellen, dass im Haushaltsentwurf Wort und Tat auseinanderklaffen. So findet sich in der Mittelfristigen Finanzplanung 2011 bis 2015 in Bezug auf die Bewältigung des demografischen Wandels eine Aussage, die ich übrigens unterstütze, die wie folgt lautet: "Es gilt" – ich darf zitieren – "attraktive Bedingungen zu schaffen, damit alle – jung und alt – gerne hier leben, eine interessante und einkommenssichernde Arbeit finden und sich junge Menschen für eine Zukunft mit Kindern in Mecklenburg-Vorpommern entscheiden."

(Udo Pastörs, NPD: Rhetorische Floskeln.)

"Dabei stehen die Bereiche "Zukunft der Arbeit, Wirtschaft, Bildung", "Moderne und zukunftsfähige Verwaltung, starke Kommunen" sowie "Sicherung der Daseinsvorsorge, Polizei und Justiz, Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements" im Vordergrund." Zitatende. Soweit aus der Mittelfristigen Finanzplanung.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Jetzt machen wir mal den Praxistest. Für die gesunkene Arbeitslosenquote, die Sie so gern feiern, zu Recht, freuen wir uns alle, dass sie gesunken ist, aber der Einfluss von der Landespolitik darauf ist begrenzt, das wissen wir.

(Vincent Kokert, CDU: Außer in der Zeit, als Sie Arbeitsminister waren. Da war das anders.)

Aber feiern Sie ruhig! Feiern Sie ruhig, denn Sie haben schon selten genug gute Stimmung in der Koalition.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Bei uns in der Fraktion ist alles perfekt,

(Vincent Kokert, CDU: Bei uns auch.)

aber selbstverständlich.

(Heinz Müller, SPD: Die Erde ist eine Scheibe.)

Um uns sollten Sie sich mal keine Sorgen machen. Machen Sie sich mal Sorgen um sich selbst! Die Landesregierung lässt die Konzepte vermissen gegen die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit. Wo ist dieses Programm? Was werden Sie tun gegen die hohe Anzahl älterer Arbeitsloser? Im Haushalt finden wir dazu keine Aussage. Die SPD redet gern und viel von guter Arbeit. Aber beim Reden ist es eben auch geblieben.

Ja, einen gesetzlichen Mindestlohn oder die versprochenen Programme für gute Arbeit gibt es bis heute nicht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Immer wieder angekündigt, immer wieder angesprochen, von uns immer wieder eingefordert: Wann liefern Sie endlich?

(Manfred Dachner, SPD: Das haben Sie selbst auch nicht gemacht.)

Und selbst wenn Sie, die Koalition aus SPD und CDU, aus Ihrer Schockstarre herauskommen, dann werden Sie einen Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen von lediglich 8,50 Euro vereinbaren.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Da müssen Sie aber, Herr Kokert, erst mal die Wirtschaft wieder ins Boot holen. Da gibt es Briefe, die öffentlich geworden sind. Damit, meine Damen und Herren Zuschauerinnen und Zuschauer, will ich Ihnen auch deutlich sagen, mit 8,50 Euro ist Altersarmut vorprogrammiert.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Wie die SPD immer formuliert: "Von Arbeit muss man leben können". Wie gesagt, reden kann die SPD, auf das Handeln kommt es an.

Meine Damen und Herren, ich habe zu Anfang von ein wenig Licht gesprochen. Ja, das gehört zur Kultur und zur Klarheit auch dazu. Das will ich auch nicht unterschlagen angesichts der überwiegenden Schattenseiten im Haushalt. Die Investitionen in die Kita gehen in die richtige Richtung. Das haben wir immer wieder diskutiert und auch unterstützt. Allerdings zäumen Sie das Pferd von hinten auf. Sie senken die Krippenbeiträge, anstatt direkt in die Kitas zu investieren und damit die Kitas zu stärken. Wir brauchen schnellstmöglich eine bessere Fachkraft-Kind-Relation und endlich das kostenfreie Mittagessen. Beides kommt den Kindern unmittelbar zugute.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Vincent Kokert, CDU: Wir senken doch den Betreuungsschlüssel.) Sie senken den Betreuungsschlüssel aber nicht schnell genug.

(Vincent Kokert, CDU: Ach so, aha! – Jörg Heydorn, SPD: Mitte des Jahres fangen wir an.)

Auch die Anhebung der Grunderwerbssteuer halten wir für richtig.

Meine Damen und Herren, es ist ein schweres Versäumnis – das geht wieder in Richtung der CDU –, dass die Landesregierung nicht schon längst der Bundesratsinitiative zur Anhebung des Spitzensteuersatzes in Deutschland beigetreten ist. Oder brauchen wir diese Mehreinnahmen nicht, Frau Polzin? Sie haben eigentlich die beste Argumentation dafür geliefert,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

dass man dieser Bundesratsinitiative schnellstmöglich beitreten sollte.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Wir machen das seit Jahren, wir reden nicht nur über Ausgaben, sondern wir reden auch über die Verbesserung der Einnahmen. Und ein höherer Spitzensteuersatz trägt dazu bei, die Einnahmesituation auch in Mecklenburg-Vorpommern zu verbessern. Im Übrigen, Herr Liskow:

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Glaube nur einem Politiker, der bereit ist, selbst mehr Steuern zu zahlen!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Das ist ehrliche und glaubwürdige Politik! Wir werden am Freitag dazu debattieren. Da bin ich mal gespannt, ob die Koalition unserem Antrag zustimmt oder nicht zustimmt.

(Vincent Kokert, CDU: Hat das Land Brandenburg schon eine Bundesratsinitiative dazu gemacht?)

Wir reden hier konkret über vorliegende Bundesratsinitiativen, da können Sie beitreten.

(Vincent Kokert, CDU: Aha, gut. Die Frage ist beantwortet.)

Ich sage nicht, dass Sie eine eigene machen sollen. Wir wollen nur, dass Sie mitmachen.

(Vincent Kokert, CDU: Wer macht die denn? Das frage ich Sie mal.)

Das wäre schon ein wichtiger Schritt.

Nun kommen wir mal zu den Kommunen.

(Heinz Müller, SPD: Aha! – Vincent Kokert, CDU: Keine Antwort ist auch eine. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Es ist mehr eine Energiesparlampe als das, was Frau Polzin hier suggerieren will. Ja, 150 Millionen Euro machen Sie einmalig locker.

(Heinz Müller, SPD: Viel Geld, ne?)

Sie greifen damit den struktur- und finanzschwachen Kommunen bei der Endschuldung und bei Investitionen unter die Arme.

(Torsten Renz, CDU: Was ist daran schlecht?)

Immerhin, Herr Müller, gestehen Sie nun endlich ein, dass es den Kommunen dreckiger geht, als Sie es immer behauptet haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Heinz Müller, SPD: Wenn wir was tun, ist es nicht gut, und wenn wir nichts tun, ist es auch nicht gut. Was denn nun? – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Wir unterstützen die neuen Fonds dem Anliegen nach, aber, Herr Müller, den Wein, den Frau Polzin heute hier ausgeschenkt hat, den verpanschen Sie reichlich mit Wasser.

(Vincent Kokert, CDU: Wo finden Sie die schönen Phrasen immer? – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Zum einen sind die Beträge im Vergleich mit anderen Ländern eher bescheiden, zum anderen hat der Landtag bei der Ausgestaltung dieser Fonds so gar nichts mitzureden.

(Vincent Kokert, CDU: Haben Sie ein Phrasenbuch?)

Aber, Herr Kokert, wie Sie selbst schon einmal gesagt haben, dieses Parlament stört ja mehr beim Regieren, Sie können selbst ein Lied davon singen.

> (Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Vincent Kokert, CDU: Das hab ich nicht gesagt.)

Nein, Sie haben gefordert mehr Selbstbewusstsein des Parlamentes,

(Vincent Kokert, CDU: Das ist richtig.)

das ist richtig, aber indirekt interpretiere ich das so,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das gilt nur für die Koalitionsfraktionen, die anderen dürfen nicht.)

na ja, wir sind eigentlich nur eine Zusammenkunft, die die Kolleginnen und Kollegen der Regierung stört bei ihrer Arbeit. Und genau das wollen wir nicht! Ich erwarte eigentlich auch, dass Sie sehr selbstbewusst Ihren Spruch umsetzen, den Sie hier mal anfangs des Jahres abgelassen haben.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist ja weitgehend passiert, Herr Holter. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Nein, Sie machen bei den Kommunen Folgendes: Sie reichen ihnen auf der einen Seite das Zuckerbrot und auf der anderen Seite haben Sie aber schon die Peitsche in

der Hand, weil Sie die Kommunen selbstkräftig zur Kasse bitten, und Hilfe zur Selbsthilfe sieht nun in der Tat anders aus.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Deswegen haben wir die Sorge, dass durch diese Unterstützung die Verträge, die geschlossen werden sollen, zu Knebelverträgen werden, die kommunale Selbstverwaltung weitgehend zum Stillstand bringt.

(Heinz Müller, SPD: Bei Verträgen gibt jeder etwas und so wird das hier auch sein.)

Das kann nicht sein, meine Damen und Herren, und das war schon alles ...

(Vincent Kokert, CDU: Das war das Gute jetzt, das war der Lichtblick.)

Nein, das war genau die Frage. Deswegen sage ich, das war doch wohl schon alles, was die Regierung an Schwerpunkten setzen will.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Nee, ein, zwei hat er noch.

(Vincent Kokert, CDU: Aha!)

Es geht ...

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Einmal Lehrer, immer Lehrer, ja, ich weiß, Herr ...

(Torsten Renz, CDU: Das waren vier, fünf Sätze und Sie haben eigentlich gar nichts gesagt.)

Aber da war noch etwas und das habe ich bei Frau Polzin nun gar nicht gehört – Bildung, das Zukunftsthema Bildung.

(Egbert Liskow, CDU: Da hat sie doch viel darüber geredet.)

Nein, sie hat über Hochschulen gesprochen, aber nicht über die schulische Bildung. Über Bildung hat Frau Polzin nach meinem Dafürhalten, was ich gehört habe, nicht ein Wort verloren.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und wir konnten gut zuhören, weil die Koalition ruhig war. – Zuruf von Ministerin Heike Polzin)

Es ist das Zukunftsthema – aus unserer Sicht – für Mecklenburg-Vorpommern, und Sie werden im Haushalt dazu ganz konkret nichts finden. Hoher Unterrichtsausfall an den Grundschulen, Überlastung und Überalterung der Lehrerinnen und Lehrer, die großen Probleme an den Berufsschulen, unbesetzte Referendar- und Lehrerstellen, Schlusslicht im Ländervergleich, höchste Schulabbrecherquote, Baustelle Inklusion und die Latte könnte man fortsetzen und fortsetzen und fortsetzen. Genau darum geht es und das lässt Sie einfach kalt. Sie stellen keine Weichen für eine bessere Bildung in Mecklenburg-Vorpommern. Und da versagen Sie ganz einfach an dieser Stelle.

(Heinz Müller, SPD: Aber nein! – Vincent Kokert, CDU: Das weisen wir entschieden zurück!)

Wir sind bereit, das haben wir signalisiert, beim Inklusionsfrieden mitzumachen. Wir sind aber nicht bereit, dem weiteren Niedergang des Bildungswesens in Mecklenburg-Vorpommern tatenlos zuzusehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Nein, hier muss Änderung auf die Tagesordnung und hier muss endlich gehandelt werden. Und zur Bildung gehört auch die Kultur. Da mein Kulturminister, der aber bisher als Kulturabbauminister in Erscheinung getreten ist ...

> (Vincent Kokert, CDU: Warum denn? Er hat doch gar nichts abgebaut. Was soll denn das?)

Dass Herr Brodkorb Philosoph ist, wissen wir alle. Dass er ein Zyniker ist, ist weniger bekannt.

(Zurufe von Egbert Liskow, CDU, und Udo Pastörs, NPD)

Ich lese Ihnen nur einen Satz aus den Erläuterungen zu den einzelnen Politikbereichen aus der Mittelfristigen Finanzplanung vor. Dort steht, Zitat: "Die Förderung von Kultur und Denkmalpflege einschließlich der im KFA enthaltenen Theaterförderung erfolgt wie in den vergangenen Jahren weiterhin auf hohem Niveau."

Herr Brodkorb war bei uns in der Fraktion und hat dort erklärt, dass er von Natur aus knauserig ist und er nicht mehr Geld ausgeben will. Da frage ich mich: Was soll das eigentlich heißen für die Kulturlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern? Was sagt Herr Brodkorb denen, die ab heute bis Freitag auf der Schlossbrücke stehen und für den Erhalt des Schweriner Theaters kämpfen?

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Er sagt ihnen Folgendes, das können Sie heute in der SVZ auf der Seite 3 nachlesen, letzter Satz in dem Interview: "Mit Blick auf Schwerin muss ich dabei aber ganz klar sagen: Der anstehende Beschluss der Stadtvertretung über die Konsolidierung des Theaters ist die Voraussetzung für Gespräche mit meinem Haus – und nicht umgekehrt."

(Zurufe von Rudolf Borchert, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Worüber wollen Sie denn mit dem Theater sprechen? Über eine Beerdigung erster Klasse? Oder was soll denn das Ergebnis sein?

> (Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Vincent Kokert, CDU: Sagen Sie Ihrer Oberbürgermeisterin erst mal, sie soll ihre Hausaufgaben machen!)

Die Oberbürgermeisterin macht eine vernünftige Haushaltspolitik. Sie wissen ganz genau, dass Angelika Gramkow eine ausgewiesene Finanzexpertin ist,

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU, und Udo Pastörs, NPD)

und sie macht eine ausgewiesene gute Haushaltspolitik. Bloß wenn die entsprechenden Bedingungen durch das Land nicht gewährt werden und gerade an dem Theater, da handeln Sie so zynisch und so fahrlässig,

(Stefan Köster, NPD: Die Kommunisten konnten doch nie haushalten.)

dass einem wirklich der kalte Kaffee hochkommen kann.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Das ärgert mich wirklich bis zum Gehtnichtmehr, wie Sie mit der Theaterlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern umgehen. Es ist unverantwortlich, was Sie machen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Im Übrigen, Herr Caffier, darf ich Sie und andere daran erinnern, dass wir beim 20-jährigen Geburtstag der Landespolizei ja Grußworte gehalten haben, auch Sie, Herr Jäger für die CDU unter anderem.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Und da ist von allen, auch von mir, gesagt worden, das Personalkonzept der Polizei müssen wir uns noch mal gemeinsam aufmerksam angucken. Wir haben gesagt, wir werden das bei den Haushaltsverhandlungen auf den Prüfstand stellen und da muss es entsprechende Verbesserungen geben. Ich kann nur feststellen, nichts ist passiert. Die Polizeireform war schon ein Schuss in den Ofen. Es gibt nicht mehr Polizeipräsenz auf den Straßen.

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Und, Herr Silkeit, Sie werden es sicherlich bestätigen können, dass das so ist.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Besserung ist ebenfalls nicht in Sicht. Und die Frage, wie viel Polizei wir im Land brauchen, wird von der SPD und CDU weder in diesem noch im nächsten Jahr geprüft. Im Haushalt finden wir keine Antwort. Wir finden nur die Antwort, die Frau Polzin gemacht hat, die sie gegeben hat zu der Frage des Personalkonzeptes: Es wird weiterhin pauschal Personal abgebaut. Und das waren die Aussagen der Politikerinnen und Politiker, der Gäste auf dieser Geburtstagsfeier. Diese pauschale Frage, der Pauschalabbau soll infrage gestellt werden. Es wird durch Sie selbst diese Sache nicht infrage gestellt. Die Polizistinnen und Polizisten werden sich bei Ihnen bedanken.

Ja, nun hat der Ministerpräsident hier ausführlich in der Aktuellen Stunde über die Energiewende gesprochen, was auf Bundesebene alles nicht geleistet wird. Das sehen wir übrigens genauso. Frau Dr. Schwenke hat dazu gesprochen. Der Bund muss nun endlich tatsächlich Tatsachen und Fakten liefern und nicht nur darüber reden. Und gerade nach einem Jahr Fukushima ist es nun höchste Zeit, auch etwas umzusetzen.

Aber was ist denn hier im Land? Ich kann auf der einen Seite immer wieder nach Berlin zeigen und abwarten, dass da endlich was passiert, und wir können hier nicht in Vorleistung gehen, wie Herr Ministerpräsident Sellering es eben gerade formuliert hat. Aber ich kann in Ihrem Haushalt nichts erkennen. Ja, die 15 Millionen, die Sie genannt haben, aber wenn ich mir das Sondervermögen anschaue, was Sie schaffen wollen, da erkenne ich in dem Wirtschaftsplan nur Nullen für 2012 und 2013.

(Regine Lück, DIE LINKE: Und eine Leerstelle.)

Ist ja auch logisch, weil es aus Darlehen entsprechend gespeist werden soll. Aber ich möchte mal wissen, wie Sie 2012 und 2013 in Mecklenburg-Vorpommern mit der Energiewende nun endlich anfangen wollen und wie Sie diese voranbringen wollen, wenn kein Geld dafür vorgesehen ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Sie sind da also sehr zögerlich, Sie sind zögerlich, abwartend und mutlos und ich meine schon, da sollte man vorangehen. Da ist ein deutlicher Dissens zu dem, was auch der Ministerpräsident hier gesagt hat.

Ich will Ihnen unsere Schwerpunkte benennen:

Erstens. Wir müssen in Bildung finanzieren. Ja, wir sind bereit, die Ergebnisse der Expertenkommission zur Umsetzung des inklusiven Bildungssystems in Mecklenburg-Vorpommern abzuwarten.

(Vincent Kokert, CDU: Wir geben mehr Geld für Bildung aus. Ist Ihnen das entgangen, Herr Holter?)

Wenn aber dafür im Haushalt keine Vorsorge getroffen wird.

(Vincent Kokert, CDU: 2011/2012 geben wir deutlich mehr Geld für Bildung aus.)

was soll dann nach dem vorliegenden Bericht passieren? Frau Polzin hat eben formuliert, Spielräume, die entstehen können, werden zur Schuldentilgung eingesetzt. Sie hat nicht erklärt,

(Vincent Kokert, CDU: Wir haben doch schon mehr Geld reingegeben. – Egbert Liskow, CDU: 50 Millionen mehr.)

dass sich Spielräume ergeben werden, die für politische Zukunftsprojekte eingesetzt werden. Diese Aussage hat die Finanzministerin nicht getroffen. Es war eine Bankrotterklärung gegenüber der jungen Generation in der Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und deswegen schlägt DIE LINKE vor, dass ein Zukunftsfonds Bildung in der Höhe von mindestens 50 Millionen eingerichtet wird, damit die Anforderungen und die Herausforderungen, die mit der Bildung zusammenhängen, tatsächlich finanziert werden können. Dann kann man auch die Herausforderung Inklusion meistern, denn zum Nulltarif, Herr Brodkorb, wird die Inklusion nicht zu haben sein. Wir werden Geld in die Hand nehmen müssen, um diese Probleme und diese Herausforderungen anzupacken.

#### (Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Dann kann man auch zusätzliche Stunden in den Grundschulen finanzieren. Ja, dann ist es auch wichtig und richtig, dass die individuelle Förderung tatsächlich gegeben werden kann. So, wie es zurzeit ist, sieht es mit der individuellen Förderung wirklich mau aus.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Zweitens. Unser zweiter Schwerpunkt besteht in dem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in der Höhe von 10 Euro. Mein Kollege Henning Foerster hat das in der letzten Landtagssitzung hier anschaulich durchdekliniert, warum 10 Euro notwendig sind,

(Egbert Liskow, CDU: Die haben wir im Haushalt nicht veranschlagt. Das geht gar nicht zu veranschlagen.)

da ein Leben in Würde heute aber auch zur Verhinderung von Altersarmut wichtig ist.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Drittens. Wir wollen den Kommunen im Land mehr helfen und unter die Arme greifen. Wir werden bei den beiden Fonds darauf drängen, dass die Entschuldungshilfen nicht zu Knebelverträgen für die Kommunen werden und die Kofinanzierung nicht nur Millioneninvestitionen zugutekommt. Das ist nämlich Ihre Bedingung. Das sollten Sie auch ehrlicherweise sagen. Und wir wollen notwendige Spielräume für den Erhalt der kommunalen Daseinsvorsorge im Haushalt schaffen. Richtig ist, dass die Kinder, die Jugendlichen familiengezielt gefördert werden. Da kann man nicht genug tun. Aber auch der kommunale Finanzausgleich muss auf den Prüfstand. Davor haben sich SPD und CDU jahrelang gedrückt. Nachdem das ...

(Vincent Kokert, CDU: Wir gehen noch mal Ihre Regierungszeit durch. Das ist ja zum Lachen!)

Doch, doch, doch! Herr Kokert, da können Sie ruhig lachen. Das Landesverfassungsgericht hat Ihnen ja nun mehrfach die Leviten gelesen und da ist die Zeit der Ausflüchte vorbei. Wir wollen bei der Neustrukturierung des Finanzausgleiches das Rad gar nicht neu erfinden. Es gibt ja die Ergebnisse der Enquetekommission zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Die werden wir auf den Tisch packen. Positionieren Sie sich endlich dazu und bringen Sie die ganz konkret in den Finanzausgleich und auch in andere Politikbereiche ein!

Viertens. Wir haben darüber gesprochen – Theater und Orchester dürfen nicht sterben. Sie schieben den Schwarzen Peter den Kommunen und dem Theater zu. Sie schauen zu, ich habe es eingangs gesagt, diese Politik muss beendet werden. Die Kunst und Kultur findet nach wie vor auf einem hohen Niveau statt. Die Förderung, Herr Brodkorb, gibt es schon lange nicht mehr. Und es gibt Möglichkeiten, wie Strukturen erhalten werden können – vorausgesetzt, der politische Wille ist da und nicht Sparen zum Selbstzweck bestimmt die Politik hier in Mecklenburg-Vorpommern. Dafür ist es wichtig, dass alle – Land, Kommunen und Theater – an einem Strang ziehen. Bloß im Moment ist das keineswegs zu erkennen.

Fünftens. Ja, die Probleme in Heiligendamm und Fleesensee belegen erneut, dass die Wirtschaftsförderung stärker von Zuschüssen auf zinsgünstige Darlehen umgeschaltet, umgemünzt werden muss. Die Rückflüsse sollen nach unserer Auffassung in innovative Projekte fließen. Und deswegen wollen wir einen Zukunftsfonds für sozialökologische Innovation für den sozialökologischen Umbau.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Wie viel Millionen sollen da rein?)

Und wenn Sie fragen, wie dann unsere finanzpolitischen Grundsätze aussehen, will ich die Ihnen auch kurz sagen:

Erstens. Auch wir wollen keine neuen Schulden machen, auch wir wollen tilgen. Die 100 Millionen sind vollkommen in Ordnung. Auch wir, DIE LINKE, wollen eine Ausgleichsrücklage für schwere Zeiten, aber eben nicht die rekordverdächtigen 500 Millionen. 400 Millionen reichen auch aus und dann haben wir entsprechendes Geld in der Kasse.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

um also die Herausforderungen zu finanzieren, über die ich gerade gesprochen habe.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Knausern, knausern und sparen kann jeder,

(Vincent Kokert, CDU: 100 Millionen aus der Rücklage oder das Geld ausgeben, das ist Ihr Haushaltskonzept.)

aber ein kluges und vorausschauendes Haushalten ist gefragt. Dazu gehört auch, dass das Personalkonzept ein wirkliches Personalentwicklungskonzept wird. Das betrifft nicht nur die Polizei, das betrifft nicht nur die Finanzämter, das betrifft nicht nur die Lehrerinnen und Lehrer, das betrifft auch diejenigen, die beispielsweise in der Landesforstanstalt beschäftigt sind. Es betrifft eigentlich alle Bereiche, die der öffentliche Dienst, die Landesverwaltung hier umfasst. Und dazu brauchen wir aber eine Aufgabenkritik. Seien Sie bereit zu einer Aufgabenkritik! Hören Sie auf mit diesen Vergleichen zu westdeutschen Bundesländern! Machen Sie eine Aufgabenkritik und bestimmen Sie danach das notwendige Personal! Und dann glaube ich, kriegen wir auch ein Personalentwicklungskonzept ganz konkret hin.

(Egbert Liskow, CDU: Das haben Sie doch mit ausgearbeitet damals.)

Zum Schluss soll mir eine Hoffnung, Herr Liskow, erlaubt sein.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Die Hoffnung stirbt zuletzt.)

Na, Sie können Optimismus verbreiten. Ja, so sind Sie eben. Es geht nicht um Optimismus und Zukunft, sondern es geht einfach um Durchhalten. Das ist die Politik der Koalition.

Also wir geben die Hoffnung nicht auf, dass der Haushalt endlich – Frau Seemann ist jetzt nicht da – ...

(Vincent Kokert, CDU: Sie entwickeln sich zur tragenden Säule der Großen Koalition, Herr Holter.)

Sie sind die tragende Säule, ne? Gut.

(Vincent Kokert, CDU: Sie sind die tragende Säule.)

Ich bin die tragende Säule - na toll.

Wir geben die Hoffnung nicht auf, dass ein Haushalt endlich geschlechtergerecht aufgestellt wird. Eine Forderung ...

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Doch, doch, doch! Fragen Sie mal die Gleichstellungsministerin! Fragen Sie mal Frau Seemann, die das bis vor Kurzem noch verantwortet hat, wie lange wir über solche Fragen diskutiert haben!

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Was heißt das eigentlich, mit der Budgetierung entsprechender Geschlechtergerechtigkeit? Sind Sie dazu bereit oder sind Sie dazu nicht bereit?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Letztes Jahr haben wir angekündigt, dass wir es machen.)

Wir brauchen dafür keine Paukenschläge.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Natürlich, ich kann Ihnen die Rede zeigen, die da gehalten wurde.)

Wir wollen nur, dass Herr Sellering als Ministerpräsident die Beschlüsse, die wir hier gefasst haben, umsetzt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Der Regierung ist es mitgeteilt worden.)

Das kann man ja auch mal im Stillen und heimlich machen. Da braucht man kein großes Tamtam zu machen. Aber die Frauen, aber auch die Männer werden es uns danken, wenn es uns gelingt, die Gender-Budgetierung tatsächlich umzusetzen.

Meine Damen und Herren, ich habe einige Schwerpunkte genannt, die wir in die Haushaltsdebatte ganz konkret einbringen werden. Die Haushaltslage ist zurzeit gut. Sie bietet Chancen. Wir wollen diese Chancen nutzen und wir wollen auch aus diesem Grund klug in die Zukunft investieren, damit tatsächlich Zukunft aus eigener Kraft geschafft wird. Das, was Sie vorlegen, ist genau das Gegenteil. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Gundlack.

**Tilo Gundlack**, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Noch mal zum Mindestlohn, da möchte ich gleich anfangen: Herr Holter, Sie müssen mir mal erklären oder dem

Plenum erklären, warum Ihre Kollegen aus Brandenburg im Vergabegesetz in Brandenburg 8 Euro reingeschrieben haben und nicht 10 Euro.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Na, weil die mit der SPD in der Koalition sind, das ist doch ganz übersichtlich.)

Na, okay. Nur mal dazu. Das ist hier was anderes.

(Vincent Kokert, CDU: Wir sind hier nicht in Brandenburg. Die Frage brauchen Sie ihm gar nicht zu stellen. – Regine Lück, DIE LINKE: Wir haben ja nicht mal eins zustande gebracht.)

Hier gelten 10 Euro, da gelten 8 Euro. So sieht eigentlich die Einklassengesellschaft aus bei Ihnen. Vielen Dank dafür!

Und das andere war noch mal, Sie haben diese Regierung mit der Energiesparlampe verglichen. Das ist richtig.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Wir sind zwar vielleicht ein bisschen teurer, wir brennen aber länger und sind umweltfreundlicher, ganz einfach.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Nicht in der Entsorgung.)

So, Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! In dem hier eingebrachten Entwurf für den Doppelhaushalt 2012/2013 inklusive der Fortschreibung der Mittelfristigen Finanzplanung 2012 bis 2015 und dem Haushalsbegleitgesetz legt die Landesregierung dem Parlament wichtige Eckdaten einer weiteren positiven Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns vor. An dieser Stelle möchte ich gern einen Dank an alle mit der Haushaltsbefassung und -aufstellung befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien, insbesondere auch an die Beauftragten für den Haushalt senden. Der Haushaltsentwurf wurde bedingt durch die Landtagswahl im September 2011 nun erst im März des laufenden Haushaltsjahres zur Beratung in den Landtag eingebracht, das bedeutet eine vorläufige Haushaltsführung und Stoff für alle neuen Projekte.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion ist daher an einer zügigen Beratung des Doppelhaushaltes 2012/2013 gelegen. Wir haben uns im Finanzausschuss bereits auf einen ehrgeizigen Beratungszeitplan festgelegt, der sieben Sondersitzungen beinhaltet und eine Beschlussfassung im Landtag für den 20. Juni 2012 vorsieht. Im Verfahren der parlamentarischen Beratung ist es sachgerecht, wenn die Anhörungen zu Sachthemen auch grundsätzlich in den Fachausschüssen erfolgen. Der Ansatz für Änderungen durch Mehrbedarfe ist unter dem Grundsatz der Ausgabendisziplin aus dem jeweiligen Einzelplan durch Umschichtung zu decken. Das Gleiche muss dann übrigens auch analog für die Stellenpläne gelten. In sachgerechter Weise sollen die Deckungsvorschläge für Mehrbedarfe grundsätzlich nicht aus gesetzlichen Leistungen erfolgen.

Nun zu einigen Grundsätzen der Haushaltsberatungen, auf die wir uns in der Koalition geeinigt haben. Mit dem Doppelhaushalt 2012/2013 werden keine neuen Schul-

den aufgenommen, denn wir halten weiterhin am strikten Kurs der Haushaltskonsolidierung fest. Diese grundsätzliche Position entspricht unserer Verantwortung für nachfolgende Generationen. Wir können nicht heute über unsere Verhältnisse leben und morgen eine noch höhere Schuldenlast auf unsere Kinder abwälzen. Wir halten an unserem Ziel, Zukunft aus einer Kraft, fest.

(Heinz Müller, SPD: So ist das. – Egbert Liskow, CDU: Einwandfrei.)

Frau Ministerin Polzin hat in ihrer Einbringungsrede auf die gesamtwirtschaftliche Ausgangslage und die ökonomischen Rahmenbedingungen hingewiesen. Daher erspare ich mir eine Wiederholung der bekannten Fakten.

Solide Finanzen sichern unserem Bundesland eine leistungsfähige und selbstständige Zukunft. Deshalb sind unsere Bemühungen darauf ausgerichtet, die Pro-Kopf-Verschuldung in unserem Land nicht weiter anwachsen zu lassen. Wir tragen aktuell einen Schuldenberg von 10,34 Milliarden Euro vor uns her. Das sind 6.386 Euro pro Einwohner. Dieser Wert konnte nur durch eine Mitteltilgung von 100 Millionen Euro aus dem Haushaltsüberschuss 2011 erreicht werden und entspricht in etwa der Pro-Kopf-Verschuldung aus dem Jahre 2009.

Abgesehen davon, dass die Schulden irgendwann zurückgezahlt werden müssen, schmälert die jährliche Zinslast von fast 400 Millionen Euro den politischen Handlungsspielraum des Landtages. Haushaltsüberschüsse sollten auch zukünftig für die Schuldentilgung eingesetzt werden. Darüber hinaus muss die allgemeine Rücklage so ausgestattet sein, dass konjunkturbedingte Einnahmeschwankungen ausgeglichen werden können und so in schlechten Zeiten nicht sofort neue Kredite am Markt generiert werden müssen. Als Zielmarke hat die SPD-Fraktion etwa 500 Millionen Euro ins Auge gefasst.

Ein weiterer wichtiger Grundsatz ist es, die Investitionsquote hochzuhalten. Im Haushaltsplan sind Gesamtinvestitionen von 1,1 Milliarden Euro für das Haushaltsjahr 2012 geplant und das entspricht einer Investitionsquote von 17 Prozent. Für 2013 sind weitere Investitionsmittel in Höhe von 1,1 Milliarden veranschlagt, was einer Investitionsquote von 15,5 Prozent entspricht.

Im Verhältnis der beiden Haushaltsjahre 2012 und 2013 ist eine Verringerung der Investitionsquote, also des Investitionsvolumens gegenüber den bereinigten Gesamtausgaben zu verzeichnen. Hier schlagen sich die steigenden Ausgaben für Personal-, Sach- und Fachaufgaben nieder. Daran wird deutlich, dass eine hohe Investitionsquote nur dann zu gewährleisten ist, wenn man sowohl die Personalausgaben als auch die Sach- und Fachausgaben im Blick behält. Das Personalkonzept der Landesregierung ist daher der richtige, aber langfristige Weg, die Personalkosten nicht übermäßig ansteigen zu lassen. Der Grundsatz der Ausgabendisziplin muss gerade im Kontext der demografischen und finanziellen Entwicklung und den damit beschriebenen Möglichkeiten unseres Landes weiterhin gelten. Diesen Appell und diese Bitte sende ich insbesondere in Richtung der Opposition.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Ausgabendisziplin erfordert Prioritätensetzung. Wie sagte schon der britische Expremierminister Harold Wilson so treffend: "Regieren besteht aus Festsetzen von Prioritäten." Des-

halb komme ich nun zu den politischen Schwerpunkten der SPD-Fraktion für die Haushaltsjahre 2012 und 2013.

Schwerpunktförderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege

Der Ausbau von Plätzen in Krippen und Kitas ist in Mecklenburg-Vorpommern nicht mehr das große Thema, denn rund 97 Prozent der Kinder zwischen drei Jahren und dem Schuleintritt besuchen bereits eine Kita. Uns geht es jetzt um die Absenkung der Kosten für diese Kinderbetreuung. Ein Krippenplatz kostet die Eltern monatlich im Schnitt 218 Euro. Für einen Platz im Kindergarten werden rund 121 Euro fällig. Vielen Eltern fällt es schwer, diese Beträge aufzubringen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Deshalb ist die Absenkung der Krippenplatzkosten um 100 Euro für jedes Kind eine wichtige sozialpolitische Maßnahme und ein weiterer Schritt zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

sowie der Unterstützung alleinerziehender Elternteile.

Nach Paragraf 18 Absatz 3 des Kindertagesförderungsgesetzes gewährt das Land ab dem Jahr 2012 für jeden in Vollzeit äquivalent umgerechneten Platz in Kindertageseinrichtungen und der Kinderpflegezuweisung eine Summe in Höhe von 1.258 Euro. Ab dem Jahr 2013 steigt diese Zuweisung jährlich um zwei Prozent. Darüber hinaus stehen für die Sicherung der Teilnahme von bedürftigen Kindern eine Verpflegung in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege über 7 Millionen Euro im Haushalt bereit.

Ein weiterer Schwerpunkt: Im Bereich Kindertagesstättenförderung soll der Betreuungsschlüssel für die Fachkraft-Kind-Relation schrittweise abgesenkt werden, so, wie es im Koalitionsvertrag auch vereinbart wurde. Die Ministerin hat bereits darauf hingewiesen, dass im Jahr 2013 die Absenkung dieses Betreuungsverhältnisses von derzeit 1:17 auf 1:16 erfolgen wird.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich betonen, dass diese Maßnahme beileibe keine Selbstverständlichkeit ist, sondern im Kontext der demografischen und finanziellen Entwicklung unseres Landes eine große Kraftanstrengung bedeutet, denn die Absenkung des Betreuungsschlüssels um ein Kind bedarf einer Mittelbereitstellung von gut 7 Millionen Euro pro Jahr und ist fortlaufend an der Summe gesehen zu betrachten. Insgesamt sind im Doppelhaushalt 2012/2013 Mittel zur Qualitätsentwicklung in der Kindertagesförderung in Höhe von knapp 38 Millionen Euro eingestellt.

Ich komme jetzt zum Mindestlohn. Die Koalitionsfraktionen werden ihr Versprechen halten und die Vergabe von öffentlichen Aufgaben in der Landesverwaltung an die Zahlung von 8,50 Euro Mindestlohn pro Arbeitsstunde knüpfen. Die dazu benötigten Mehrausgaben sind bereits im Haushalt veranschlagt.

Schwerpunkt Kommunen

Im FAG wird die Einrichtung eines Kofinanzierungsfonds mit 50 Millionen Euro festgeschrieben, der über fünf Jahre je 10 Millionen Euro an finanzschwache Kommunen auszahlen soll, die ihre Eigenanteile für Fördermittel nicht mehr allein aufbringen können. Weiterhin wird die Einrichtung des kommunalen Konsolidierungsfonds mit einmalig 100 Millionen Euro ins FAG MV vorgenommen, dessen Mittel als Konsolidierungshilfen für Landkreise und kreisfreie Städte eingesetzt werden sollen. Diese beiden Kommunalfonds sind zwei zusätzliche Instrumente zum kommunalen Ausgleichsfonds und zum kommunalen Finanzausgleich und machen deutlich, dass das Land die Kommunen hier noch einmal in besonderer Weise unterstützt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, trotz der sehr soliden Haushaltsplanung bestehen auch immer Haushaltsrisiken, die nicht durch uns steuerbar sind. An erster Stelle möchte ich hier die europäische Staatsschuldenkrise benennen. Noch kann niemand wirklich voraussagen, welche Dynamik sich bei allen Bemühungen durch die Europäische Gemeinschaft entwickeln wird. Dafür, meine Damen und Herren, sind zu viele unberechenbare Mitspieler auf dem Feld. Auch wenn die privaten Gläubiger Griechenlands in der letzten Woche mit großer Mehrheit dem sogenannten Schuldenschnitt einer Umschuldung mit historischen Ausmaßen zugestimmt und damit den Weg für das zweite Grenzpaket geebnet haben, bleiben zu viele Unsicherheiten bestehen.

(Udo Pastörs, NPD: Spanien steht schon ante portas.)

Eine unkontrollierte Insolvenz Griechenlands könnte in der internationalen Wirtschaft und Finanzwelt heftige Turbulenzen auslösen mit nicht absehbaren Folgen für unseren Landeshaushalt. Ein weiteres Haushaltsrisiko wird das derzeit historische niedrige Zinsniveau. Allein der Anstieg um einen Prozentpunkt brächte rein rechnerisch 100 Millionen Euro Zinslast pro Jahr, eine irre Summe, wenn man sich das überlegt, wie lange wir sparen müssen, um eine entsprechende Tilgung vornehmen zu können, und allein die Vorstellung, was man mit 100 Millionen Euro an den Berufsschulen des Landes verbessern könnte. Da wir aber jährlich in der Praxis etwa 1 Milliarde Euro umschulden müssen, also alte Kreditverträge durch neue Kreditverträge ablösen, wirkt sich diese Zinserhöhung dann tatsächlich mit etwa 12 Millionen Euro an zusätzlichen Zinsen pro Haushaltsjahr aus.

Das Thema Anlastungsrisiko durch mögliche Rückforderung von EU-Fördermitteln möchte ich hier nur am Rande erwähnen. Weitere Unsicherheiten sind mit Bundesgesetzgebung verbunden, wenn sie auf Steuersenkung abzielen. Als Beispiel sei hier nur das im Verfahren befindliche Gesetz zum Abbau der kalten Progression genannt, welches allein für Mecklenburg-Vorpommern zu jährlichen Steuermindereinnahmen von circa 6 Millionen Euro führen würde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nur ein paar Stichpunkte zu den Änderungen im Haushaltsgesetz:

Die Erweiterung der Ermächtigung zur Übernahme und Garantien für Werften, für Aufträge für Offshoreanlagen und die Erhöhung der Ermächtigungssumme auf 1 Milliarde Euro – das entspricht einem Plus von 295 Millionen Euro – ist richtig und die logische Folge aus den Erfahrungen der letzten Jahre zur Sicherung der Aufträge für unsere Werften. Neu ist die Festsetzung eines Gewerbesteuerhebesatzes von 390 für gemeindefreie

Gebiete in Mecklenburg-Vorpommern. Dieser Wert entspricht in etwa dem durchschnittlichen Hebesatz in Deutschland. Damit sollen Gewerbesteuern für Offshoreanlagen in unserem Hoheitsgebiet der Ostsee generiert werden. Es erfolgt nun auch eine Erweiterung der Haftungsfreistellung von Aufsichtsratsmitgliedern aus Aufsichtsratsgremien und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nun möchte ich einige Anmerkungen zum Haushaltsbegleitgesetz machen, welches wir in Verbindung mit dem Haushaltsgesetz beraten werden.

Das Haushaltsbegleitgesetz ist ein Artikelgesetz, in dem 14 Landesgesetze, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der Aufstellung des Doppelhaushaltes stehen, angepasst werden. Ich möchte an dieser Stelle auf die Aufzählung redaktioneller Änderungen verzichten und einige aus meiner Sicht wesentliche Regelungen benennen:

Artikel 1 betrifft Änderungen im Finanzhaushaltsgesetz Mecklenburg-Vorpommern. Im FAG werden die bereits erwähnten kommunalen Fonds, der Kommunale Kofinanzierungsfonds mit 50 Millionen Euro und der Kommunale Konsolidierungsfonds mit 100 Millionen Euro, festgeschrieben.

In Artikel 3 ist die Anhebung der Grunderwerbssteuer auf fünf Prozent aufgenommen worden, aus unserer Sicht eine sozial vertretbare Lösung zur Kompensation abschmelzender Einnahmen, die die Steuerzahler nicht übermäßig belastet, da diese Steuernummer zum Erwerb von Grundstücken und Immobilien fällig wird.

Artikel 4 setzt die Einrichtung eines Sondervermögens zur Förderung der nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung und des Ausbaus erneuerbarer Energien um. Dieser Fonds soll aus Rückflüssen und Zinsen aus EFRE-kofinanzierten Darlehensprogrammen und aus nicht näher bezifferten Zuführungen aus dem Landeshaushalt gespeist werden. Hier spiegelt sich der politische Wille der Koalition zum nachhaltigen Einsatz der kostbaren Ressourcen für die Förderung der erneuerbaren Energien wider.

Artikel 7 betrifft die Änderung des Landwirtschaftssondervermögensgesetzes. So soll der Einsatz von bis zu 2 Millionen Euro für devastierte Flächen in privatem und kommunalem Eigentum ermöglicht werden, ebenso wie die Zuführung von 5 Millionen Euro an die Stiftung Umwelt und Natur.

In Artikel 12 werden die Personalausgabenzuschüsse inklusive Beschulung ins Schulgesetz geschrieben.

Und Artikel 14 schreibt für das Sportfördergesetz M-V die Anhebung der allgemeinen Sportförderung ab 2012 um 500.000 Euro auf jährlich 8,7 Millionen Euro fest.

Zum Verbundquotenfeststellungsgesetz möchte ich Folgendes nur kurz anführen: Im FAG M-V ist der Rechenweg für die Verteilung der Finanzmittel zwischen Land und der kommunalen Ebene geregelt. Der nach dem Gleichmäßigkeitsgrundsatz festgeschriebenen Finanzverteilung nach Paragraf 7 des FAG ist jährlich eine Verbundquote zur Berechnung der kommunalen Anteile zugrunde gelegt worden. Wegen des engen Zusammenhangs der Verbundquote zum jährlichen Haushaltsplan,

dem die jeweils aktuellen Steuerprognosen zugrunde gelegt werden, ist die Verbundquote nicht im FAG selbst, sondern im Zusammenhang mit dem Haushaltsgesetz zu bestimmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, ich bin an dieser Stelle am Ende meiner Ausführungen und bitte Sie um eine konstruktive Beratung in den Fachausschüssen. Mir als Finanzpolitiker liegt die zügige Beratung am Herzen. Ich bitte im Namen meiner Fraktion, der Überweisung des Haushaltsgesetzes und des Verbundquotenfeststellungsgesetzes, des Haushaltsbegleitgesetzes und der Mittelfristigen Finanzplanung zur federführenden Beratung in den Finanzausschuss und zur Mitberatung in den Fachausschüssen zuzustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Fraktionsvorsitzende Herr Suhr.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, dass jeder und jede demokratische Abgeordnete in diesem Haus zustimmen würde, vorausgesetzt die jetzt folgende Feststellung käme natürlich aus Reihen der Regierungsfraktionen, wenn wir als eines der zentralen Ziele der Landespolitik und damit elementar auch der Haushaltspolitik definieren würden, Mecklenburg-Vorpommern muss zukunftsfähig sein.

(Udo Pastörs, NPD: Das haben wir schon zehnmal gehört. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich glaube, dass inzwischen in diesem Haus ebenfalls überwiegend Zustimmung für die Forderung gegeben wäre, dass unsere Landespolitik nachhaltig sein sollte und das ein wichtiges Ziel ist, dass mit einer nachhaltigen Politik gute Bedingungen

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ja. Bla, bla, bla!)

für unsere Kinder und die nachfolgende Generation geschaffen werden müssen.

(Udo Pastörs, NPD: Die Sprechblasen können Sie sich sparen. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und ich glaube, dass sich diese Forderungen nach Zukunftsfähigkeit und nach Nachhaltigkeit immer wieder

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ja, Nachhaltigkeit.)

in der von der Landesregierung propagierten Überschrift "Zukunft aus eigener Kraft" durchaus wiederfinden lassen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Nun sollte man annehmen und erwarten, dass die Landesregierung auch ihre Politik nach diesen Grundsätzen ausrichtet und dass sich dies im Entwurf des Doppelhaushaltes 2012/2013 niederschlägt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Tut es ja auch. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Nach einer ersten Sichtung, Herr Dr. Nieszery, müssen wir allerdings ernüchtert feststellen,

(Torsten Renz, CDU: Sie können sich ja noch gar kein Urteil erlauben.)

im Entwurf der Landesregierung zum Doppelhaushalt spiegeln sich diese Ziele nicht oder nur unzureichend wider.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dann sollten Sie tiefer einsteigen.)

Sehr geehrter Herr Renz, wir werden uns den Haushalt in aller Ruhe in den nächsten Tagen und Wochen durchschauen.

(Egbert Liskow, CDU: Gemach, gemach!)

Wir machen ja an dieser Stelle keine Versprechungen. Vielleicht haben Sie einen Informationsvorsprung, indem Sie schon länger die Unterlagen zur Verfügung haben.

(Egbert Liskow, CDU: Nein, nein, nein, nein!)

Ich hoffe, dass das nicht so ist. Aber da müssen Sie Schnellleser sein.

(Torsten Renz, CDU: Ja.)

Sind Sie. Das freut mich, da komme ich auf Sie zu, wenn ich Dinge nicht verstanden habe.

Was in der Tat ...

(Egbert Liskow, CDU: Wir haben vier Tage Haushaltsklausur gehabt.)

Was in der Tat ...

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Was in der Tat, sehr geehrte Damen und Herren, aber auffällt – und der Kollege Holter hat das auch schon angesprochen –, ist, dass weder die Finanzministerin und auch gerade Herr Gundlack in der Definition der Schwerpunkte der Regierungsfraktionen beziehungsweise der Landesregierung nicht mit einem Wort den Begriff "Bildung" genannt haben, und ich meine da den Begriff "Schulbildung".

(Udo Pastörs, NPD: Scheint entbehrlich zu sein.)

Und ich möchte an dieser Stelle, weil es uns besonders wichtig ist, auf diesen Bereich am Anfang eingehen. Die Schulpolitik, sehr geehrte Damen und Herren, in Mecklenburg-Vorpommern ist, vorsichtig formuliert, deutlich entwicklungsfähig. Sie ist geprägt von sozialer Ungerechtigkeit, sie schafft es nicht, junge Menschen erfolgreich zum qualifizierten Schulabschluss zu bringen. Sie lässt die Berufsschulen im Regen stehen und sie qualifiziert viel zu wenig junge Menschen für eine Hochschulausbildung.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wenn wie bei uns in Mecklenburg-Vorpommern – so, wie in der aktuell vorgelegten Studie der Bertelsmann Stiftung dokumentiert – Kinder von Akademikern viermal größere Chancen haben, ein Gymnasium zu besuchen, als Kinder aus sozial schwächer gestellten Familien,

(Udo Pastörs, NPD: Da erreichen Sie doch das, was Sie vorher gefordert haben.)

dann ist unbedingt Handlungsbedarf angezeigt. Wenn in Mecklenburg-Vorpommern 40,1 Prozent aller Schülerinnen und Schüler eines Schuljahrgangs, doppelt so viel Jugendliche ihre Schule ohne Schulabschluss verlassen wie im Bundesdurchschnitt, auch dann ist unbedingter Handlungsbedarf angezeigt.

(Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Ganz genau.)

Wenn nur 35,7 Prozent aller Schülerinnen und Schüler in Mecklenburg-Vorpommern ihr Abitur machen – im Bundesdurchschnitt sind es über 46 Prozent –, dann ist auch hier unbedingter Handlungsbedarf gegeben.

Sehr geehrte Damen und Herren, in der schulischen Bildung in Mecklenburg- Vorpommern schrillen die Alarmglocken. Sie schrillen schon lange und seit Jahren scheint die rot-schwarze Landesregierung – sie ist ja jetzt nicht erst seit einem halben Jahr im Amt – dieses laute Schrillen zu überhören.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wenn wir nicht engagiert gegensteuern, wird sich die Situation in den nächsten Jahren weiter verschärfen, wird der Fachkräftemangel größer werden,

(Udo Pastörs, NPD: Sagen Sie, wo das Geld herkommen soll!)

wird der Bedarf an schulisch gut ausgebildeten jungen Menschen immer mehr wachsen. Das ist inzwischen nicht mehr nur eine gesellschaftliche oder eine schulpolitische Problematik, das ist immer mehr auch eine wirtschafts- und eine finanzpolitische Problematik. Vor allem aber, wir haben eine Verantwortung gegenüber unseren Kindern und Jugendlichen, eine Verantwortung für ein gutes Schulsystem und ein hervorragendes Bildungsangebot, und in dem Zusammenhang finde ich es schon bemerkenswert, dass Sie diese Schwerpunkte hier nicht benennen.

Die Konsequenz, sehr geehrte Damen und Herren, ist, dass wir gerade hier im Bildungsbereich neben allen anderen notwendigen konzeptionellen und inhaltlichen Maßnahmen einen klaren finanziellen Schwerpunkt setzen müssten.

(Udo Pastörs, NPD: Nachhaltig vor allem.)

so, wie Sie dies richtigerweise bei den Kitas getan haben. Dem Entwurf des Haushaltes ist das Bekenntnis zu diesem schulpolitischen Schwerpunkt allerdings nicht zu entnehmen.

Nehmen wir den Bereich der Kulturpolitik. Still ruht der See, allerdings nur aufseiten der Landesregierung. Bei den Theatern und Orchestern tobt inzwischen der kulturpolitische Orkan. Es werden Spartenschließungen diskutiert. Es werden Entlassungen in Größenordnungen vorbereitet. Es werden Schließungen in Bereichen vorbereitet, in denen seit Jahren gut und erfolgreich gearbeitet wird.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Nach wie vor sind die Mittel des Landes eingefroren, nach wie vor fehlen Theater- und Kulturkonzepte und nach wie vor laden Sie die Probleme auf den Schultern der Kommunen ab. Unseren Vorschlag für ein zweijähriges Moratorium, ein Zeitraum, in dem man seriös über die Zukunft der Theater und Orchester hätte reden und entscheiden können, haben Sie sang- und klanglos in der letzten Sitzung dieses Landtages abgelehnt. Und auch in diesem Haushaltsentwurf finden sich keine Ansätze, die der kulturpolitischen Verantwortung des Landes mit Verfassungsrang Rechnung tragen. Damit zeichnen Sie erneut einen Offenbarungseid für die Perspektive der Theater und Orchester in Mecklenburg-Vorpommern. Dies, sehr geehrte Damen und Herren, ist nicht hinnehmbar.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Oder nehmen wir – wir haben heute Morgen schon darüber gesprochen – die immer wieder angekündigte Energiewende. Wir sind uns einig darin: Unser Bundesland hat hervorragende Möglichkeiten, den Umbau weg von den fossilen Energieträgern, weg von der Atomenergie und hin zu den erneuerbaren Energien aktiv zu gestalten,

(Egbert Liskow, CDU: Wir haben doch nur ein Kohlekraftwerk hier.)

wichtige Beiträge zum Klimaschutz zu erbringen und daraus auch einen nicht zu unterschätzenden wirtschaftlichen Nutzen abzuleiten und finanzielle Mittel zu generieren. Und wir sind uns einig darin, dass wir – das teile ich, Herr Ministerpräsident, ausdrücklich – die Bundesregierung zu einer konsequenten Umsetzung der Energiewende auffordern müssen. Aber das kann keine Ausrede sein für die landespolitische Verantwortung, die Energiewende auch hier in diesem Bundesland zu gestalten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das machen wir doch, Herr Suhr, seien Sie doch ehrlich!)

Ich bin völlig ehrlich, Herr Dr. Nieszery. Meine Einschätzung, erlauben Sie mir das, unterscheidet sich völlig von der Ihren,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, aber das ist eine Fehleinschätzung.)

denn die Landesregierung, wenn ich Sie mal erinnern darf, hatte sich vorgenommen, hier einen deutlichen Schwerpunkt ihres landespolitischen Handelns zu setzen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das tun wir aber auch.)

Kompetenzen zu bündeln und sich in einem Energieministerium schlagkräftig aufzustellen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Haben wir das nicht getan?)

Schlagkräftig?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

Nee, da komme ich in der Tat zu einer anderen Einschätzung.

Bei allem Respekt und bei aller Zurückhaltung, Herr Sellering, Herr Schlotmann, Herr Dr. Nieszery, bisher ist Ihnen das nicht gelungen und, vorsichtig formuliert, auch der Haushaltsentwurf lässt nicht erwarten, dass Sie Ihren Worten Taten folgen lassen werden, die dem entsprechen, was Sie seinerzeit vor der Konstituierung des Landtages im Wahlkampf angekündigt haben.

(Egbert Liskow, CDU: Wie soll man das machen ohne mehr Geld?)

Natürlich braucht man dafür mehr Geld, Herr Liskow.

(Egbert Liskow, CDU: Nee, man muss erst die Projekte entwickeln, bevor man das Geld reinsteckt.)

Sehr geehrte Damen und Herren, allein dieser kurze Problemaufriss zeigt, mit welchen Anforderungen unser Bundesland konfrontiert ist und welche Erwartungen an die Landespolitik gestellt werden. Wir alle werden mit vielschichtigen und komplexen Problemen konfrontiert und es ist überaus wichtig, die richtigen Weichenstellungen und Entscheidungen für unser Land zu treffen

(Udo Pastörs, NPD: Wer hätte das gedacht?!)

und alle demokratischen Akteure – Herr Pastörs, Sie nicht – einzubeziehen.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, das ist mir schon klar.)

Die Ankündigungen, die aus der Mitte der Regierungsfraktionen kommen, nach dem Motto: "Wesentlichen Änderungsbedarf", ich habe da Herrn Kokert gehört, "zum Haushaltsentwurf der Landesregierung sehen wir nicht", machen mir da allerdings nicht viel Mut.

(Udo Pastörs, NPD: Grüne Luftballons lassen Sie hier steigen.)

Ich glaube, dass es auch vor diesem Hintergrund klug wäre, in diesem Parlament unseren Umgang miteinander zu überdenken.

(Udo Pastörs, NPD: Aber doch nicht den mit uns.)

Ich meine damit nicht nur unsere Diskussionskultur oder die Frage, ob unsere verbalen Auseinandersetzungen mit der angemessenen Härte oder Sachlichkeit einerseits oder ausreichender Fairness andererseits geführt werden, denn das bewegt sich aus meiner Sicht in einem durchaus akzeptablen Rahmen. Mich stört ein anderer Aspekt.

(Udo Pastörs, NPD: Aha!)

Mich stört, dass in diesem Landesparlament, wie vermutlich in vielen anderen Parlamenten auch, die Positionie-

rung zu Anträgen oder Vorschlägen, Gesetzentwürfen oder einer parlamentarischen Initiative offensichtlich prioritär eher davon abhängig ist, wer der Einbringer ist, und weniger davon, was der Vorschlag beinhaltet.

(Udo Pastörs, NPD: Das schreiben Sie sich mal selber ins Stammbuch! Das machen Sie doch selber. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Sachpolitik, sehr geehrte Damen und Herren, sieht anders aus.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist hier wieder eine Heuchelei!)

Den Reflex der Regierungsfraktionen, alles abzulehnen, was von der demokratischen Opposition kommt, mag man als lang eingeübte und inzwischen schon traditionell verankerte Übung unter den Fraktionen verstehen

(Michael Andrejewski, NPD: Das haben Sie nicht anders verdient. – Udo Pastörs, NPD: Richtig. Sehr richtig.)

und vor diesem Hintergrund als richtig empfinden, mit Sachpolitik, sehr geehrte Damen und Herren, hat dies nichts zu tun.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Dr. Nieszery, hat uns, also die Oppositionsfraktionen, in einer der letzten Sitzungen dazu aufgefordert, ich gebe das jetzt, wenn Sie es erlauben, nicht wörtlich wieder, Herr Dr. Nieszery, sondern sinngemäß, ich glaube aber, korrekt, in einen Wettbewerb um die besten Konzepte, Ideen und Vorschläge einzutreten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dazu stehe ich auch.)

Das wollen wir in den jetzt gerade anstehenden Ausschussberatungen zum Haushalt auch gern tun.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Bisher erschöpft sich unsere parlamentarische Auseinandersetzung aber darin, Gründe zu finden, warum man Oppositionsanträge denn ablehnen müsse.

(Udo Pastörs, NPD: Die lehnen sie immer ab.)

Ein Wettbewerb um die besten Ideen, die besten Konzepte und Vorschläge bedingt jedoch ausdrücklich, dass man zulassen kann, dass diese auch mal von der anderen demokratischen Seite kommen,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

und dass man die Größe hat, diese auch anzunehmen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich verstehe dabei ausdrücklich, dass dies die Annahme von Vorschlägen der Opposition nur dann ermöglicht, wenn beide Regierungsfraktionen zustimmen können. Wir haben ja, glaube ich, einen aktuellen Fall gehabt in der letzten Woche. Aber das soll in dem einen oder anderen Fall ja auch vorkommen, dass sich die Regie-

rungsfraktionen an der einen oder anderen Stelle mal einig sind.

Ich hoffe deshalb, dass es uns gemeinsam gelingt, die Haushaltsplanberatungen in diesem Sinne konstruktiv und an der Sache orientiert zu gestalten. Die Bereitschaft unserer Fraktion dazu möchte ich ausdrücklich erklären.

(Udo Pastörs, NPD: Oh, wie schön!)

Fordern Sie uns! Von unserer Seite werden auch Vorschläge kommen, die Einsparungen beinhalten, weil das ja immer die Kritik an der Opposition ist, und die nicht auf Ausgaben orientiert sind. In diesem Sinne freue ich mich auf eine sachorientierte, intensive und faire Beratungszeit. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Liskow.

**Egbert Liskow**, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Suhr, vielleicht am Anfang: Dafür, dass Sie den Haushalt nur oberflächlich gelesen haben, war Ihre Kritik natürlich sehr fundiert. Also alle Achtung!

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Der nächste Schritt kommt ja noch, Herr Liskow.)

Ja, aber ich denke, man sollte den Haushalt doch erst ein bisschen sachlich durcharbeiten, bevor man so eine fundierte Kritik, wie Sie sie eingebracht haben, begründen kann, und wie Sie gesagt haben, der Haushalt liegt allen Fraktionen seit Ende Februar sozusagen als Druckexemplar vor, sodass Sie auch die Möglichkeit gehabt hätten.

(Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, heute ist ein guter Tag für Mecklenburg-Vorpommern.

(Udo Pastörs, NPD: Schon wieder ein guter Tag!)

Wir haben einen Haushalt vorgelegt, der einen Dreiklang hat von Schuldenabbau, Zukunftsinvestitionen und Vorsorge. Wenn ich mal zum Schuldenabbau komme, dann kann man ja sagen, dass wir in 2011 oder jetzt für 2011 100 Millionen Euro getilgt haben. Dieses ist hauptsächlich durch,

(Udo Pastörs, NPD: Wenn Sie das noch 20 Jahre tun, dann haben Sie immer noch Schulden. Da kommt noch fast eine halbe Milliarde raus.)

das ist hauptsächlich durch Zinsersparung erfolgt. 80 Millionen haben wir letztes Jahr weniger Zinsen ausgegeben als geplant, und ich glaube, das ist schon mal ein gutes Zeichen. Und ich bin davon überzeugt, dass wir auch in 2012/2013 aus dem Haushaltsvollzug heraus noch Tilgungen vollziehen können.

Gehen wir mal zur Zukunftsinvestition: Da haben wir nicht nur in Beton sozusagen geplant, sondern auch in die Köpfe, und wenn man überlegt, dass wir in dem Ansatz für Kitas von 2011 von 119 Millionen auf 2012 auf 139 Millionen und 2013 auf 154 Millionen in der Investition hochgehen, dann sieht man, dass es da wirklich schon wesentliche Summen sind, einmal 20 Millionen mehr und dann nachher noch mal 20 Millionen jährlich draufgesattelt. Im Schulbereich gehen wir von 763 Millionen auf 812 Millionen in 2012 und 2013 auf 823 Millionen Euro, also auch da eine wesentliche Steigerung in dem Schulbereich. Und da haben wir ja heute von den Oppositionsparteien gehört,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

dass man bei den Schulen kein Geld mehr reingeben will, aber das ist genau das andere.

(Udo Pastörs, NPD: Geld allein reicht nicht, um die Zukunft zu verbessern.)

50 Millionen mehr schon nach 2012 sind eine große Summe.

Wenn man sich bei den Hochschulen die Summen ansieht, dann haben wir eine gewisse Kontinuität. Die eineinhalb Prozent, die jährlich dazukommen, sind aus meiner Sicht eine wichtige Stütze für die Hochschulen. Für den Hochschulbau 160 Millionen ist auch eine wichtige Investition, die uns vorwärtsbringen wird.

Die Wirtschaftsförderung, die wir nächstes Jahr oder jedes Jahr – 2012 und 2013 – sozusagen unterstützen mit 230 Millionen, ist aus unserer Sicht was ganz Entscheidendes. Verkehrsinvestitionen werden mit 284 Millionen und 292 Millionen, mit mehr als 30 Millionen mehr als in 2011 unterstützt und wir werden erstmals in Gewässerunterhaltung erster Ordnung 17 Millionen Euro stecken. Da, glaube ich, haben wir auch Wesentliches vor

Geht man zur Vorsorge, dann können wir sagen, die Rücklage mit 500 Millionen ist ein wichtiger Baustein zum Ausgleich der konjunkturellen Schwankungen, die wir haben. Wir haben eine Versorgungsrücklage und einen Versorgungsfonds, die zusammen 110 Millionen Euro umfassen, und wenn man weiß, dass das wichtig ist, um Lasten der Zukunft sozusagen jetzt schon einzustellen, haben wir da, glaube ich, auch einen wichtigen Schritt für die Zukunft getan. Da sind allein in der Versorgungsrücklage immerhin 58 Millionen in 2012 geplant und 67 Millionen in 2013 und im Versorgungsfonds 66 Millionen in 2012 und 75 Millionen in 2013.

Trotzdem, wir haben als CDU-Fraktion schon unsere Haushaltsklausur hinter uns. Vier Tage intensive Arbeit und ich kann Ihnen sagen, dass die CDU-Fraktion auch in den kommenden Wochen konstruktiv die Haushaltsberatungen wie immer begleiten wird.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Was ist denn nun mit den Einnahmen, die gar nicht berechnet worden sind?)

Herr Holter, wir haben nie gesagt, da sind keine Einnahmen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, ist gut.)

Wir haben gesagt, wegen Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit muss die Einfuhrumsatzsteuer auch ausgewiesen werden, und die ist im Moment nicht drin. Das hat aber nichts damit zu tun, dass die Einnahmen dann nicht korrekt sind. Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit – das müssen wir entsprechend so machen.

Also wir werden in den Ausschussberatungen eigene Akzente setzen und dafür sind wir auch bekannt. Zum Beispiel, denke ich mal – und da weiß die Koalition, da sind wir mit der SPD auf einer Spur –, wir müssen natürlich gucken, wie sind denn eigentlich die Mittelabflüsse bei den EU-Förderprogrammen. Da, glaube ich, muss man mal nachsteuern und gucken, warum bestimmte Mittelabflüsse nicht so gewesen sind, wie wir uns das vorgestellt haben. Kann man die Mittelabflüsse noch entsprechend organisieren oder muss man die Programme etwas umsteuern? Da sind wir, glaube ich, selbstbewusst genug, um zu gucken.

Projektförderung soll noch mal analysiert werden. Da kommt es nicht darauf an, dass man die Projekte unbedingt weiterführt, wenn man merkt, dabei ist nichts rausgekommen. Also da ist eine reine fachliche Analyse notwendig.

Dann ist uns wichtig, dass man noch mal bei der Öffentlichkeitsarbeit reinschaut. Da sind wir der Meinung, dass man vielleicht noch mal gucken muss, ob das denn immer richtig ist, dass die Öffentlichkeitsarbeit mit mehr Geld ausgestattet wird oder nicht.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Aber das ist eine Frage, die natürlich in den Haushaltsberatungen noch ganz speziell betrachtet werden muss.

Was uns besonders aufgefallen ist, ist, dass die Begründung bei den Haushaltstiteln nicht immer sorgfältig erfolgt ist, dass jeder Abgeordnete oder jeder, der reinguckt, auch sofort erkennt, was damit gemeint ist. Ich glaube, da haben wir so ein bisschen Nachsteuerungsbedarf. Aber das ist eine Frage, die wir entsprechend da auch noch mal erarbeiten werden.

Aus Kostengesichtspunkten haben wir uns noch mal angeguckt die Eichdirektion Nord. Wir hatten ja mal die Eichdirektion Nord gegründet, weil wir gesagt haben, wir wollen da Geld sparen. Aus meiner Sicht muss man jetzt mal prüfen, ob es noch sinnvoll ist, ob diese entsprechend,

(Udo Pastörs, NPD: Gucken wir mal, jetzt prüfen wir.)

ob diese zusätzlichen Kosten, die jährlich da jetzt anfallen, ob man da so den Schritt weitergehen will. Wir sind mal davon ausgegangen, dass es eine kostendeckende Einrichtung wird.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Im Moment sieht es so nicht aus.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Hauptsache, er prüft nicht noch die Kreisgebietsreform als kostendeckende Einrichtung.)

Lieber Herr Ritter, da sind Sie ja schon dabei, das zu machen, davon gehe ich mal aus.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich möchte noch mal ganz kurz auf das eingehen, was Herr Holter gesagt hat. Man kann sagen, Herr Holter, gut gebrüllt, aber die Vorschläge, die Sie versucht haben vorzubringen, sind aus meiner Sicht nicht werthaltig. Sie haben in den letzten Wochen sehr, sehr viele Pressemitteilungen gemacht, wo Sie wunderbare Vorschläge hatten. Wenn man mal grob zusammenrechnet, kommen da mehrere Hundert Millionen zusammen.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Ich habe von keinem Deckungsvorschlag, auch nicht von 100 Millionen aus der Versorgungsrücklage gehört,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Sie haben ja in Mathematik auch nicht aufgepasst.)

aus der Versorgungsrücklage die zu nehmen. Ich weiß nicht, ob es sinnvoll ist, da auf die Zukunft vorzugreifen. Ich glaube, eher nicht.

(Vincent Kokert, CDU: 1 Euro einnehmen, 2 ausgeben, das kennen wir schon.)

Bei Herrn Suhr habe ich nur festgestellt,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Sie haben ja gehört, dass wir keine Schulden wollen. Wir wollen jetzt mit einer guten Ausgangslage anders umgehen, als Sie das machen. Reden Sie nicht so ein Zeug herbei, was nicht der Wahrheit entspricht!)

dass er gesagt hat, wir wollen mehr für die Energiewende machen, wir sollen Titel mit Geld auffüllen, aber er hat nicht gesagt, wie diese dann entsprechend untersetzt werden müssen. Man muss ja aus meiner Sicht, wenn man Geld ausgeben will, erst mal sagen, wofür man es ausgeben will.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Dann stimmen Sie doch der Erhöhung des Spitzensteuersatzes zu!)

Da fehlen aus meiner Sicht erst mal die entsprechenden Erkenntnisse

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wir müssen doch über Einnahmen reden, Herr Liskow.)

und dann kann man entsprechend auch ausgeben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Pastörs.

**Udo Pastörs**, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie bei der letzten Haushaltsdebatte auch zeigt die hohe Abwesenheitsquote im Plenum,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, wo denn? Bei der NPD, oder wo?)

dass sich die Abgeordneten nur mäßig für die Kassenlage ihres eigenen Bundeslandes interessieren. Selbst die Regierungsbank ist wie immer nicht komplett besetzt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Hat er schon letzte Woche aufgeschrieben.)

Aber wenigstens sitzt heute nicht der eine oder andere wie sonst Kaugummi kauend auf der Regierungsbank und auch Sie, Herr Caffier, sehe ich, haben heute Ihre Sonnenbrille zu Hause gelassen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Es scheint ja heute auch keine Sonne. – Heinz Müller, SPD: Es ist ja auch bedeckt.)

Wenn man den Entwurf Ihres Haushaltsplanes 2012/13 oberflächlich betrachtet, könnte man zu der Auffassung gelangen, es sieht gar nicht so schlecht aus in Mecklenburg-Vorpommern. Aber, Frau Finanzministerin, dann werden wir von der NPD einmal jene Zahlen und deren Bedeutung auf das wirtschaftliche und soziale Leben in Mecklenburg-Vorpommern in die Öffentlichkeit tragen, auf die die Bürger ja auch Anrecht haben.

Sie haben sich hier hingestellt und mit Anspruch auf Vorbildcharakter einen ausgeglichenen Haushalt vorgestellt. Nicht herausgestellt wurde von Ihnen die Tatsache, dass das Land auf einem Schuldenberg von über 10 Milliarden Euro sitzt.

(Zuruf von Ministerin Heike Polzin – Vincent Kokert, CDU: Das hat die Ministerin ausgeführt. – Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Egbert Liskow, CDU)

Stattdessen renommieren Sie mit dem Hinweis, dass die Pro-Kopf-Verschuldung um 25 Euro auf 6.386 Euro gesenkt werden konnte. Das sind Erfolgsmeldungen! Wenn Sie den Menschen im Lande weismachen wollen, dass Sie mit einer Schuldentilgung von 100 Millionen Euro pro Jahr auf einem guten Weg sind, so verschweigen Sie, dass unter Berücksichtigung der Zinslasten von 450 Millionen Euro jedes Jahr selbst bei Unterstellung,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Schreien Sie doch nicht so, ich bin nicht taub!)

dass man bei einer Verdopplung der Tilgung, also 200 Millionen, in den nächsten Jahrzehnten die 10 Milliarden Schuldenlast niemals abtragen kann. Zu groß sind die Lasten, die auf das Land zukommen, und zu groß die Lasten, die die Regierenden hier diesem Land aufgebürdet haben. Vollkommen ungeklärt ist, inwieweit sich die Milliardentransfers der deutschen Steuerzahler zugunsten Griechenlands, Spaniens und Italiens auf die Haushaltslage auch hier in Mecklenburg-Vorpommern auswirken werden.

2010 betrugen die Einnahmen einschließlich Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisung 5,13 Milliarden Euro. Das waren 156 Millionen Euro mehr als geplant, aber dennoch eine viertel Milliarde weniger als im Vorjahr, Frau Ministerin. Die Steuereinnahmen 2011 betrugen inklusive LFA und BEZ rund 5,2 Milliarden Euro. Frau Finanzministerin, das bedeutet, dass das Land mit dem Vierfachen seiner Steuereinnahmen vornehmlich bei den Banken und sonstigen Geldverleihern in der Kreide

steht, wenn man die LFA- und BEZ-Gelder außen vor lässt. Und das bedeutet auch, dass M-V noch auf Jahrzehnte am Tropf der Subventionen des Bundes und der EU hängt.

Sie rechnen sich die Welt schön, indem Sie einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen und die Realität draußen im Land komplett ignorieren. Die nach 1990 geschaffene Infrastruktur verrottet schon längst wieder, weil Geld für die Unterhaltung fehlt. Die Finanzsituation der Landeshauptstadt ist ruinös. Schwerin ist pleite, das Land Mecklenburg-Vorpommern deindustrialisiert, die jungen Menschen und gut ausgebildeten Leute verlassen nach wie vor das Land.

Und Sie, meine Damen und Herren von der Landesregierung, wissen das. Sie wollen und können nicht mehr effektiv helfen, weil jedes Abweichen von Ihrer Haushaltsplanung unweigerlich das Ausweiten der Landesverschuldung bedeuten würde. Der vorläufige Abschluss des Haushaltsjahres 2011 weist gegenüber der ursprünglichen Planung eine Verbesserung um 477 Millionen Euro aus. Dieser Glücksfall durch Steuermehreinnahmen versetzte Sie, Frau Ministerin Polzin, in die Lage, die geplanten Einnahmen aus der Rücklage auszusetzen, sodass ein Überschuss von rund 250 Millionen Euro das Ergebnis darstellt. Aus diesem sogenannten Überschuss soll ein Kommunaler Kofinanzierungsfonds im Volumen von 50 Millionen Euro ausgestattet werden. Dazu kommen noch einmal 22,5 Millionen Euro aufgrund der verbesserten Steuereinnahmen.

Meine Damen und Herren, die Regierung möge uns bitte erklären, wie sie mit diesen knappen Mitteln überhaupt eine Wiederbelebung der Investitionstätigkeit der Kommunen ins Benehmen setzen will. Dass Sie sich überhaupt veranlasst sahen, einen Kofinanzierungsfonds aufzulegen, ist der Tatsache geschuldet, dass viele Gemeinden so zerrüttete Haushaltssituationen haben, dass sie aus eigener Kraft, wovon ja hier immer geredet wird, noch nicht einmal mehr in der Lage sind, Kofinanzierungen sicherzustellen. Das bedeutet im Klartext, wenn diese Städte und Gemeinden zukünftig an Fördermittel gelangen wollen, sind sie gezwungen, um die Gelder aus dem Kofinanzierungsfonds bei der Finanzministerin zu betteln. Ihr System bedeutet aber auch, dass all jene Kommunen benachteiligt werden, die in der Vergangenheit solide gewirtschaftet haben.

Frau Polzin, und es ist auch eine Frechheit, den Kommunen einen total unterfinanzierten Kofinanzierungsfonds schmackhaft zu machen, dessen Vergabemodalitäten noch gar nicht definiert sind. Das Einzige, was feststeht, ist, dass der Fonds bis 2016 als anteilige Förderung von Investitionen den Kommunen im Rahmen eines sogenannten Kofinanzierungsprogramms zur Verfügung gestellt wird. Wann schaffen Sie Klarheit in diesem Punkt? Wann bekommen die Kommunen endlich im Rahmen eines vernünftig ausformulierten Haushaltsbegleitgesetzes verlässliche Rahmenbedingungen genannt?

Und Ihre 100-Millionen-Schuldentilgung im Jahre 2011 ist zwar lobenswert, löst jedoch in keiner Weise die schweren strukturellen haushalterischen Probleme in dem vorgelegten Haushaltsentwurf. Und erst recht verschwinden dadurch Ihre 10 Milliarden aufgetürmten Schulden für die nächsten 50 Jahre nicht. Was Sie hier abliefern, ist die Fortsetzung einer verantwortungslosen Verschuldungspolitik auf Kosten der zukünftigen Generationen, die

finanziell gebeugt durch die Zinsknechtschaft wirtschaftlich am Stock gehen werden.

(Zurufe von Dr. Margret Seemann, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Aber die Finanzministerin will bereits 2015 einen Überschuss erwirtschaften.

Frau Polzin, ich weiß ja, dass Sie diese Zahlen hier heute politisch verkaufen müssen, und ich weiß ja auch, dass es Ihre Aufgabe ist, so zu tun, als sei die Finanzsituation Mecklenburg-Vorpommerns in bester Ordnung. Aber bitte erklären Sie mir, wie Sie das strukturelle Defizit von 2011 in Höhe von 483 Millionen bereits 2012 auf 222 Millionen absenken wollen und wie Sie dann bereits 2016 einen Strukturüberschuss von 75 Millionen ausweisen können!

Sicherlich, auf dem Papier, wie ich dem Haushaltsplan entnommen habe, ist das alles möglich. Die Realität sieht anders aus und Sie wissen das. Sie versuchen die Steuerzahler hinters Licht zu führen. Bereits 2020 müssen auch die eigenfinanzierten Investitionen des Landes aus Überschüssen der laufenden Rechnung in Höhe von nicht weniger als 380 Millionen finanziert werden. Und selbst, wenn das gelingen würde, wäre das gerade einmal das Niveau der finanzschwachen Flächenländer im Westen dieses BRD-Parteienstaates.

Von 2007 bis 2013 stehen dem Land Mecklenburg-Vorpommern genau 2.727 Milliarden EU-Fördermittel zur Verfügung, danach ist Schluss mit der Konvergenzzielsetzung der EU, Frau Ministerin. Aber wie immer in dieser BRD ist ein neuer Rettungsschirm gespannt. Ab 2014 soll ein sogenanntes Sicherheitsnetz der EU gespannt werden – Volumen zwei Drittel der bisherigen Förderung. Nichts Genaues weiß man nicht. Bisher hat in dieser Sache das Europäische Parlament noch nicht einmal getagt. Es ist daher unmöglich zu erwarten, dass der EU-Verwaltungsapparat die Förderperiode von 2014 bis 2020 rechtzeitig auf den Weg bringen wird.

Lassen Sie mich noch kurz auf die sogenannte positive Entwicklung bei den Personalausgaben eingehen. Wenn Sie sich hier mit einer sogenannten positiven Entwicklung bei den Personalausgaben brüsten, die 5,6 Millionen Euro unter dem Planwert geblieben seien, dann möchte ich hierzu nur anmerken, dass diese Zahl deutlich vor Augen führt, dass nackte Zahlen in keiner Weise die Lebenswirklichkeit hier in diesem Lande widerspiegeln.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die kennen nur Sie.)

Sie haben brutal Stellen gestrichen, besonders bei der Polizei und im Sozialbereich.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach, das ist doch Blödsinn!)

Bei den Familien und Jugendämtern muss sich mittlerweile ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin um mehr als 100 schwierige Familienfälle kümmern. Die Ergebnisse der Ausdünnung des Personalbestandes, besonders bei der Polizei, finden auch schon ihren Niederschlag in Demotivation und Gleichgültigkeit vieler Polizeibeamter, die offen vom "Saustall in Schwerin" sprechen, Herr Innenminister. Und damit meinen sie nicht nur den Innenminister, sondern auch die Finanzministerin,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Vor allen Dingen meinen Sie aber, glaube ich, Sie, Herr Pastörs.)

die auf Kosten der Beamten und Angestellten hier mit einem scheinbar wunderbaren Haushaltsergebnis glänzen wollen.

Frau Ministerin, es ist schon ein Witz und eine Unverschämtheit zugleich, wenn Sie in Ihrer Pressemitteilung vom 7. Februar dieses Jahres Folgendes verbreiten lassen, Zitat: "2011 hat das Land mehr investiert als ... geplant – vor allem in Bildungseinrichtungen. Trotzdem hinterlassen wir unseren Kindern keinen wachsenden Schuldenberg. Wir sparen also nicht auf Kosten der Zukunft. Auch die Tilgung ist ein Beitrag zur Generationengerechtigkeit."

Frau Polzin, wo leben Sie eigentlich? Über 10 Milliarden Schulden, Sie tilgen mit 100 Millionen und sprechen von Generationengerechtigkeit, pfui Teufel! Sie sprechen richtigerweise von Investitionen in Bildungseinrichtungen, haben jedoch de facto eine starke Unterfinanzierung im Bereich der Lehrkräfte, massive Probleme, bei der schlechten Bezahlung überhaupt Lehrernachwuchs im Land zu halten, geschweige denn leistungsfähiges Lehrpersonal aus anderen Bundesländern nach Mecklenburg hineinzuholen. Ergebnis: systematisch betriebene, staatlich verordnete Verdummung unserer Jugend. Analphabetenzahl einmalig in der gesamten Bundesrepublik Deutschland, aber immer mehr dümmliche Anti-NPD-Kampagnen. Sie sind Weltmeister in der Statistik der Schulabbrecher. Der Bildungsminister ist ja nicht da, er flüchtet vor den Wahrheiten seiner eigenen Unfähigkeit.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, ja, ist gut jetzt.)

Diese Regierung ist nicht nur finanziell, sondern auch bildungspolitisch und wirtschaftspolitisch auf hohem Niveau pleite, meine Herrschaften.

Die Aufgabe der NPD ist es, verständlich aufbereitet

(Helmut Holter, DIE LINKE: Abzutreten ist Ihre Aufgabe.)

die Menschen im Lande über Ihre Machenschaften zu informieren, ihnen zu sagen, dass sie von Bankrottteuren verwaltet werden.

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Regieren zum Wohle des Volkes sieht anders aus.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der Einzige, der geistig bankrott ist, das sind Sie, Herr Pastörs.)

Und noch ein Satz an den Ministerpräsiden zum Abschluss, der immer von gutem Regieren spricht: Gutes Regieren, Herr Ministerpräsident, spiegelt sich nicht in einem scheinbar guten Haushaltsentwurf, sondern in den realen Lebensverhältnissen der Menschen draußen in unserem Lande wider. Das dem Parlament hier vorgelegte Zahlenwerk ignoriert vollkommen das Ausmaß des globalisierten Betrugs im Finanzbereich.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach so?)

Es berücksichtigt in keiner Weise durch zurückhaltende Annahme bei zu erwartenden zukünftigen Steuereinnahmen das ganze Ausmaß des Euroschwindels. Frau Ministerin, wenn auch nur die Prognosen der Bundesanstalt für Arbeit als auch der Wirtschaftsforscher halbwegs zutreffen, werden Sie schon Anfang nächsten Jahres wieder betteln gehen müssen bei den Banken, um die Nettokreditaufnahme zu erhöhen. Die Grundlage Ihres Doppelhaushaltes ist nichts anderes als die Spiegelung Ihrer Ignoranz der Verhältnisse hier in Mecklenburg-Vorpommern.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da klatschen nicht mal Ihre eigenen Leute.)

Sie blenden bewusst aus, dass die zu erwartenden Erschütterungen unserer gesamten Wirtschaft in Bund wie in den Ländern zu Steuermindereinnahmen ungeahnter Größenordnungen führen werden.

Die Wirtschaftsstruktur, ich komme zum Ende, Frau Präsidentin.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gott sei Dank!)

in Mecklenburg-Vorpommern ist eine entindustrialisierte Struktur, die aus eigener Steuerkraft die von Ihnen geschaffenen Probleme auch in den nächsten 20 Jahren

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, ja.)

nicht bewältigen kann. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Rösler.

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die finanzielle Lage des Landes ist angespannt und die seiner Kommunen dramatisch. Dass viele Gemeinden noch stärker unter finanziellen Nöten leiden als das Land, erklärte vor einigen Tagen auch Herr Minister Glawe.

(Harry Glawe, CDU: Das hab ich gut gemacht.)

Anlass war eine Diskussion zum Ausbau des Radwegenetzes auf der ITB. Mecklenburg-Vorpommern ist nach wie vor in hohem Maße von innerstaatlichen Transfers abhängig und zahlt Jahr für Jahr für seine Schuldenzinsen in dreistelliger Millionenhöhe,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

da versteht sich Haushaltskonsolidierung doch von selbst,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

das heißt keine neuen Schulden. Wir sagen, es ist sinnvoll, Schulden zu tilgen. Zinszahlungen müssen so weit wie möglich eingegrenzt werden. Jeder Regierung, die sich deshalb hinstellt und auf die Brust klopft, dass sie einen Haushaltsentwurf ohne Schulden vorlegt, sagen wir, das erwarten wir auch.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Dann ist ja alles in Ordnung. Da sind wir uns einig. – Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Meine Damen und Herren, was wir ebenso erwarten, ist eine Finanzpolitik, die die Einnahme- und Ausgabeseite gleichermaßen betrachtet. Deshalb wird es von der LIN-KEN immer auch scharfe Kritik an bundespolitischen Entscheidungen geben, die zu weniger Einnahmen bei Ländern und Kommunen oder zu weiteren Ausgabenkürzungen führen. Und hier gibt es eine Mitverantwortung der Landesregierung.

(Udo Pastörs, NPD: Das kommt darauf an, wo man kürzt.)

Sie muss sich im Bundesrat zu solchen Entscheidungen verhalten, sie muss den Mut haben, im Bundesrat Druck zu machen, damit ausreichend Steuern bei denen zurückgeholt werden, die von den Geschenken der letzten Jahre profitiert haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Helmut Holter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Diesen Mut aber hat die Landesregierung nicht.

(Heinz Müller, SPD: Ach!)

Meine Damen und Herren, sie hat auch nicht den Mut, Gestaltungsspielräume im Land wirklich zu nutzen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Die drängendsten Probleme werden nicht angepackt, Chancen vertan. Ich frage Sie: Was nützt dem Land ein prall gefüllter Sparstrumpf, wenn uns in der Zukunft die Kostenlawine einholt, die heute durch Untätigkeit verursacht wird? Ich frage Sie: Was nützen dem Land große und wohlfeile Worte, wenn der Haushalt sprachlos ist?

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Meine Damen und Herren, angesichts der Probleme im Land ist es falsch, ausgerechnet bei der Bildung keinen Schwerpunkt im Doppelhaushalt zu setzen. Wann, wenn nicht jetzt, gilt es, haushaltspolitisch zu reagieren, um die Missstände zu beheben?

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wie lange wollen Sie es noch hinnehmen, dass so viele Kinder und Jugendliche zurückgelassen werden?

(Udo Pastörs, NPD: Die Amerikanisierung der Gesellschaft ist das Problem.)

Ich hoffe da seitens der Koalition zumindest auf die Unterstützung von Herrn Seidel, und zwar nicht nur in Bezug auf die Ausfinanzierung von Klassenfahrten, für die er sich ja einsetzen will.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig. – Peter Ritter, DIE LINKE: Auf den Änderungsantrag bin ich ja gespannt.)

Richtigerweise hat Herr Seidel in einem Schreiben an Minister Brodkorb festgestellt, dass er um seine eigene Verantwortung wisse und angesichts der Steuermehreinnahmen Probleme lösbar wären. Da gebe ich ihm vollkommen recht.

> (Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zurufe von Helmut Holter, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Viele betroffene Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie Eltern erwarten, dass sich etwas bewegt, dass nun auch Taten folgen.

(allgemeine Unruhe – Glocke der Vizepräsidentin)

Meine Damen und Herren, es ist falsch, wenn mit weniger Mitteln für die Jugendarbeit geplant wird. Zwar haben wir weniger Kinder und Jugendliche und die Förderung orientiert sich an diesen Zahlen, aber wir haben doch nicht weniger Probleme, ganz im Gegenteil.

(Egbert Liskow, CDU: Mehr Geld, mehr Geld!)

Auch bei der Förderung des Kinderschutzes und der Familienarbeit müssen wir über eine Verstärkung im Haushalt reden. Vielleicht sollte die Landesregierung dann eher auf teure Meinungsumfragen verzichten.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Jetzt kommt der Deckungsvorschlag. – Heinz Müller, SPD: Jetzt wirds aber.)

Ja, es ist eine ganze Menge.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch auf einige Dinge hinweisen, die wir in den Beratungen thematisieren werden. Wie in jedem Jahr ist das Landesprogramm zur Wohnraumförderung mit 11,5 Millionen Euro aufgelegt, bestückt durch Mittel des Bundes. Mit weiteren Bundeszuschüssen, in der Summe 21,3 Millionen Euro, werden die Altprogramme abgewickelt und das Sondervermögen "Wohnraumvermögen" aufgefüllt.

Nach 2013 soll ein revolvierender Fonds die weitere Wohnraumförderung sicherstellen. Das Konstrukt ist gut, aber nicht 1 Euro Landesgeld wird in die Hand genommen, dabei ist die soziale Wohnraumförderung seit 2006 Ländersache. Und der Bedarf ist viel größer, um mehr Wohnungen barrierefrei umzubauen, um Klimaschutzmaßnahmen durchzuführen. Laut Wirtschaftsplan sind derzeit fast 32 Millionen Euro im Sondervermögen geparkt. Am Jahresende werden es über 42 Millionen Euro sein. Auch 2013 soll nichts ausgegeben werden. Damit wächst das Vermögen auf fast 54 Millionen Euro an.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ein fatales Signal an Berlin, wenn hier übermäßig Geld gehortet wird.

Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern keine Wohnungsnot, aber lokale Wohnungsknappheit an kleinen und bezahlbaren Wohnungen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

In den Studentenstädten Rostock und Greifswald, in den Tourismushochburgen sind Wohnungen für Geringverdiener kaum zu bekommen. Die Mietpreise explodieren, weil die Angebote gering sind und die Nachfrage groß ist. Wir haben also allen Grund, eine wirkliche Wohnungsnot nicht entstehen zu lassen, und anstelle Mieterinnen und Mieter in Hartz-IV-Bezug oder mit Grundsicherung im Alter in Wohnungen abzuschieben, die unsaniert und eigentlich für die Abrissbirne vorgesehen sind, muss mit Objektförderung angemessener und bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden.

(Udo Pastörs, NPD: Sehr richtig.)

Meine Damen und Herren, das Amt der Parlamentarischen Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung, angesiedelt in der Staatskanzlei, wurde abgeschafft. Gleichstellung ist nun an das Sozialministerium angedockt.

(Regine Lück, DIE LINKE: Leider, leider.)

Die Zuschüsse an den Landesfrauenrat sowie an die Träger von Frauen- und Mädchenhäuser sowie Beratungsstellen in freier Trägerschaft steigen. Das begrüßen wir ausdrücklich, es muss damit aber auch die personelle Ausstattung gesichert und dort, wo es notwendig ist, ausgebaut werden. Frauenhäuser und Beratungsstellen brauchen zum Beispiel mehr pädagogische Fachkräfte zur Betreuung von Kindern.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, wie bei fast allen Einzelplänen bleibt auch bei einem Blick in den Einzelplan 08 nur festzustellen, keinerlei neue Akzente. Obwohl der Einzelplan 08 der dickste aller Einzelpläne ist, sind die Antworten auf die vor uns stehenden Herausforderungen eher mager. Wenig finden wir zu der immer wieder betonten Notwendigkeit der Forschung im Lande und durch Landeseinrichtungen, zum Beispiel zur tiergerechten Tierhaltung, zum Ökolandbau, zu den Gefahren der grünen Gentechnik und zu Folgen des Klimawandels. Die Mittel bleiben im besten Falle auf der geringen Vorjahreshöhe, die personellen Kapazitäten werden weiter abgebaut.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Meine Damen und Herren, wenn man der Koalitionslogik folgt, dann verwundert es nicht, dass dieser Haushaltsplanentwurf kaum erkennbare Schwerpunkte setzt und damit auch kein Aufbruchssignal für das Land bedeutet.

(Egbert Liskow, CDU: Dann gucken Sie doch mal rein!)

Im Gegensatz zu Ihnen ist meine Fraktion überzeugt, wenn wir heute klug investieren

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und klug haushalten,

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Genau das tun wir.)

wird sich dies langfristig auszahlen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Deshalb lassen Sie uns konstruktiv in den Ausschüssen an den erforderlichen Änderungen arbeiten!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Heinz Müller, SPD: Konstruktiv gerne.)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Herr Saalfeld.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Bevor ich in die Einzelheiten einsteige, möchte ich der Landesregierung meinen Respekt bekunden,

(Udo Pastörs, NPD: Och!)

dass sie einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung vorgelegt hat.

(Udo Pastörs, NPD: Schleimspur!)

Unbenommen hätten wir GRÜNEN andere Schwerpunkte gesetzt, dennoch müssen wir anerkennen, dass diese Haushaltspolitik ohne Neuverschuldung im Bundesgebiet sowie auch weit darüber hinaus beispielhaft ist.

Nun muss ich jedoch bereits Wasser in den Wein gießen. Zwar ist im Haushaltsentwurf keine Neuverschuldung vorgesehen,

> (allgemeine Unruhe – Glocke der Vizepräsidentin)

aber eben auch keine Schuldentilgung. Im vergangenen Jahr konnten zwar unterjährig 100 Millionen Euro Altschulden abgebaut werden, allerdings würde in diesen Schritten der Schuldenabbau noch gut 100 Jahre dauern.

(Udo Pastörs, NPD: Das habe ich dargestellt. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Das verdeutlicht die ganze Schuldenmisere, in der auch wir im Nordosten stecken. Hier hätte ich von der Landesregierung tatsächlich mehr erwartet. Es kann doch nicht sein, dass das Innenministerium der Hansestadt Rostock mehrfach die Haushaltsgenehmigungen jeweils bis in den November hinein verzögert hat, weil die Stadt keinen Schuldenabbau in ihrem Haushalt von 10 Millionen Euro aufgenommen hatte. Wer aber selbst keine Schulden abbaut, darf von seinen Kommunen nicht mehr erwarten.

(Udo Pastörs, NPD: Jetzt dreht er aber auf.)

Hier darf nicht mit zweierlei Maß gemessen werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bildung liegt uns allen hier am Herzen und wir haben diesbezüglich schon einiges gehört. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf einen Teilaspekt der aktuellen Schuldebatte hinweisen. Die anstehende Inklusion, also die Integration und Teilhabe aller Kinder, ob mit oder ohne Behinderungen, wurde von Minister Brodkorb mehrfach als die zentrale Herausforderung des kommenden Jahrzehnts, wenn nicht sogar des kommenden Jahrhunderts bezeichnet.

Da stimmen wir GRÜNEN ihm zu, denn die Inklusion bedarf eines umfassenden Umbaus unseres bisher auf Segregation und Selektion ausgelegten Bildungssystems. Umso erfreulicher ist die neu aufgenommene Maßnahmengruppe 75 bei den allgemeinen Bewilligungen für Schulen, aber leider finden sich in dieser Maßnahmengruppe nur 1,6 Millionen Euro. Das sind gerade mal 0,2 Prozent der Zuweisungen für allgemeinbildende Schulen. Hier hätten wir uns für eine Jahrhundertherausforderung größere Anstrengungen erwartet. Aber die Landesregierung bemüht sich auch in anderen Bildungsbereichen, immerhin sollen in den kommenden fünf Jahren insgesamt 94 Millionen Euro für den Hochschulbau ausgegeben werden. Man darf bei solchen Ankündigungen der Landesregierung ruhig skeptisch werden.

In der Tat ist die Darstellung der Etaterhöhung nicht ganz transparent. Zur ganzen Wahrheit gehört nämlich, dass die Ausgaben in den kommenden Jahren um 94 Millionen Euro sinken sollten. Dieses Abschmelzen wurde nun vertagt und die Ansätze sollen gleich hoch bleiben. Das wäre insoweit noch rühmlich, wenn es sich um tatsächlich frisches Geld handeln würde. Wie aber nun aus meiner Kleinen Anfrage hervorgeht, stammen 32 Millionen Euro aus den Resten des Jahres 2010. Unter dem Strich sinken die Ausgaben für den Hochschulbau also. Und nun wird es ganz kurios. Rechnet man die geplanten Ausgaben der alten Mittelfristigen Finanzplanung für den Hochschulbau zusammen und vergleicht sie mit der neuen Mittelfristigen Finanzplanung, schmelzen die angeblichen 94 Millionen Euro auf 16 Millionen Euro zusammen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Und hier habe ich die 32 Millionen Euro unverausgabte Reste aus dem Jahr 2010 nicht abgezogen. Unter dem Strich scheint es sich tatsächlich nur um ein Vorziehen von Baumaßnahmen mit abruptem Ende nach 2016 zu handeln.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jähe Wendungen sind nicht ausgeschlossen.)

Das entspricht nicht unseren Vorstellungen von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit. Wir werden versuchen, dies in den Ausschüssen nochmals genau zu klären.

Nächstes Thema: Für den Aufbau und Betrieb des Digitalfunks für Polizei und Rettungskräfte stellt die Landesregierung jährlich 7 Millionen Euro zur Verfügung.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Hier kommt es auf die Relation an! Das ist nämlich viermal mehr, als die Landesregierung für die Jahrhundertherausforderung, Inklusion behinderter Schüler an den allgemeinbildenden Schulen, zur Verfügung stellt.

(Udo Pastörs, NPD: Das fehlt uns gerade noch.)

Allerdings könnte sich nach der Logik der Landesregierung das Innenministerium nun auch ruhigen Gewissens in Digitalfunkministerium umbenennen,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Was hat das eine mit dem anderen zu tun?)

denn der gleiche Betrag von 7 Millionen Euro führt beim Haus von Herrn Schlotmann zum Titel Energieministerium.

> (Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Regine Lück, DIE LINKE: Genau, genau.)

Und damit sind wir wohl bei der größten Peinlichkeit des gesamten Haushaltes angekommen. Wer im Wahlkampf so laut auf die Pauke haut und die Energiewende,

> (Peter Ritter, DIE LINKE: Nee, der Paukenschlag war was anderes. Der Paukenschlag war die Gleichstellung.)

die zweifelsohne für unser Land von existenzieller Bedeutung in wirtschaftlicher wie ökologischer Hinsicht ist, als ganz wichtige Herausforderung ausruft und ein ganzes Ministerium danach benennt, der muss sich hinterher auch nicht über den Glaubwürdigkeitsverlust wundern, wenn weder Personal noch Geld im Haushalt des sogenannten Energieministeriums eingestellt wurden.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Herr Borchert, Sie haben recht, da liegen noch ungehobene Schätze in anderen Ministerien, aber das unterstreicht tatsächlich noch mal, dass es sich um einen Etikettenschwindel beim Energieministerium handelt.

Zum Vergleich: 7 Millionen Euro im Kapitel Energie stehen rund 450 Millionen Euro in den beiden Verkehrskapiteln gegenüber.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Trotzdem wird im Nahverkehr gestrichen.)

Von dem neu eingerichteten Sondervermögen für die Energiewende wollen wir erst gar nicht reden, das existiert nämlich die nächsten zwei Jahre gar nicht. Der Wirtschaftsplan des Sondervermögens weist bei den Einnahmen und Ausgaben nur Nullen aus. Das Sondervermögen ist eine echte haushaltspolitische Nullnummer,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

das Ministerium selbst ist großer Etikettenschwindel und das Personal fehlt im Stellenplan vollständig. Aller Anfang ist schwer, meinetwegen, das sei Ihnen zugutegehalten, aber dann darf man eben nicht vorher auf die größte Pauke hauen, der man habhaft werden konnte.

Bleiben wir beim Verkehrsministerium, wie es ehrlicherweise heißen sollte. Was gestern und heute über die Einsparungen im Schienen- und Nahverkehr zu hören war, ist schauerlich. Der Minister spricht von einem Loch von über 20 Millionen Euro, es müssen nun infolge aber nur vier Prozent der Streckenkilometer eingespart werden. Ich sage Ihnen aber, erstens handelt es sich um die entscheidenden vier Prozent, nämlich um die Verbindungen im ländlichen Raum, ohne die man nicht an den Fernverkehr herankommt, und zweitens soll auch im großen Stil am öffentlichen Nahverkehr gespart werden. Ich sage Ihnen, ohne attraktiven Nahverkehr macht auch der schienengebundene Fernverkehr keinen Sinn, denn wenn ich mir erst mal ein Auto angeschafft habe und darin sitze, dann brauche ich auch nicht mehr zum nächsten Bahnhof zu fahren, sondern kann gleich auf den ganzen Zug verzichten.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Nach dem Etikettenschwindel beim Energieministerium opfert die Landesregierung hier das zweite große Zukunftsthema des Landes, nämlich die Mobilität im Lande. Und ich sage Ihnen auch, es ist genügend Geld im Haushalt vorhanden. Was soll der 30-Millionen-Euro-Puffer bei den Zinsausgaben des Landes? Was soll der zusätzliche 20-Millionen-Euro-Puffer bei den Bürgschaftsausfällen des Landes? Warum laufen die Kosten beim Betrieb für Bau und Liegenschaften mit zusätzlichen 6 Millionen Euro jährlich aus dem Ruder?

(Egbert Liskow, CDU: Die kommen doch anderweitig wieder rein.)

Solche Positionen finden wir überall im Haushalt und wir haben den Haushalt im Übrigen erst seit zweieinhalb Wochen liegen. Wir suchen natürlich weiter nach solchen Positionen.

Bleiben wir noch ganz kurz beim Baugeschehen. Enttäuschend ist, dass die vom ehemaligen Bildungsminister Tesch angekündigten Depotneubauten für die Landesarchäologie auch in 2012 und 2013 nicht begonnen werden. Nach den eingestellten Summen zu urteilen, ich komme gleich zum Schluss, wird in den nächsten zwei Jahren zwar geplant und vielleicht ein bisschen umgeräumt, aber erst ab 2014 kann frühestens mit einem Baubeginn gerechnet werden. Zehn Jahre, nachdem 2004 das Depot über den 7.000 Jahre alten Einbäumen vom Strelasund zusammengefallen ist, würde dann möglicherweise mit einem Depotbau angefangen werden. Ich halte das für skandalös, ...

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Herr Saalfeld, jetzt kommen Sie bitte zum Schluss, ich habe Ihnen eine halbe Minute länger gegeben.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: ... wie hier mit unserem Kulturgut und unserem historischen Erbe umgegangen wird. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, die Gesetzentwürfe der Landesregierung auf den Drucksachen 6/299 und 6/300 sowie die Mittelfristige Finanzplanung 2011 bis 2015 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung auf Drucksache 6/298 zur federführenden Beratung an den Finanzausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss, an den Europaund Rechtsausschuss, an den Wirtschaftsausschuss, an den Agrarausschuss, an den Bildungsausschuss, an den Energieausschuss sowie an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? - Danke. Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Überweisungsvorschlag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 3: Beratung des Antrages der Landesregierung - Zustimmung des Landtages gemäß §§ 63 Abs. 1 und 64 Abs. 1 Landeshaushaltsordnung, § 12 Abs. 2 Haushaltsgesetz 2010/2011 in Verbindung mit § 21 Haushaltsgesetz 2010/2011 zur Veräußerung landeseigener Grundstücke, Drucksache 6/364.

Antrag der Landesregierung Zustimmung des Landtages gemäß §§ 63 Abs. 1 und 64 Abs. 1 LHO, § 12 Abs. 2 Haushaltsgesetz 2010/2011 in Verbindung mit § 21 Haushaltsgesetz 2010/2011 zur Veräußerung landeseigener Grundstücke Drucksache 6/364 –

Das Wort zur Einbringung hat die Finanzministerin Frau Polzin.

Ministerin Heike Polzin: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie alle haben es der Presse entnehmen können, dass der Lebensmittelkonzern Nestlé einen Produktionsstandort in Schwerin plant. Auf dem in großen Teilen noch ungenutzten Industriepark Schwerin will der Weltkonzern 220 Millionen Euro investieren und 420 Arbeitsplätze schaffen - tarifgebunden wohlgemerkt. Diese Ankündigung hat bundesweit Beachtung gefunden, den Standort Mecklenburg-Vorpommern und insbesondere Schwerin ins Gespräch gebracht und führt, so hoffe ich, zu weiteren Ansiedlungen.

Bereits am 29. Februar ist ein Kaufvertrag notariell beurkundet worden. Er steht aber selbstverständlich noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Landtages. In dem Vertrag ist der Verkauf einer 31 Hektar großen Teilfläche zu einem Preis von 5 Euro pro Quadratmeter vorgesehen, auf der die Produktion von Kaffeekapseln stattfinden soll. 7,5 Hektar dieser Teilfläche gehören dem Land, die restlichen 23,5 Hektar der Stadt Schwerin. Der Verkauf führt zu einer Einnahme des Landes in Höhe von 374.660 Euro. Zudem enthält der Vertrag eine Option für zwei weitere Teilflächen von insgesamt 78 Hektar, die sich überwiegend im Eigentum des Landes befinden. Für die Veräußerung dieser Flächen würde das Land mindestens 3,6 Millionen Euro erhalten. Hier könnten dann ein Zentrallager und weitere Produktionsanlagen entstehen, die Platz für 320 weitere Arbeitskräfte in der Region bieten.

(Harry Glawe, CDU: Sehr gut.)

Als Finanzministerin kann ich Ihnen mitteilen, dass der Kaufpreis haushaltsrechtlichen Anforderungen entspricht. Mit einem Gutachten ist zu Beginn des Jahres ein Verkehrswert von 2,26 Euro je Quadratmeter ermittelt worden. Rechnet man dazu die vom Land bereits getragenen Kosten für die Erschließung des Geländes, ist der Kaufpreis von 5 Euro pro Quadratmeter angemessen.

Bei der Beurkundung des Vertrages war allerdings Eile geboten, da die Grundsteinlegung noch im Juni, also in gut drei Monaten erfolgen soll und schon jetzt bauvorbereitende Maßnahmen durchgeführt werden müssen. Die Veräußerung steht daher noch unter dem Vorbehalt Ihrer Zustimmung. Wir mussten aber schnell handeln, denn wie Sie sicher wissen, stand unser Land im Wettbewerb mit anderen Interessenten. Und mindestens ebenso wichtig wie eine vorhandene Infrastruktur ist eine professionell und schnell handelnde Verwaltung.

Ich denke, das war auch in Ihrem Interesse und ich bitte um Ihre Zustimmung sowohl im Ausschuss als dann auch in der Zweiten Lesung im Landtag.

> (Egbert Liskow, CDU: Machen wir gerne.)

Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag der Landesregierung auf Drucksache 6/364 zur Beratung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 4: Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung - Entwurf eines Gesetzes zum Beitritt des Landes Mecklenburg-Vorpommern zum und zur Änderung des Staatsvertrages zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Niedersachsen und dem Land Schleswig-Holstein über die Finanzierung der Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg und die Fortführung der Förderfonds, Drucksache 6/242, sowie Ergänzung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 6/320, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Europa- und Rechtsausschusses, Drucksache 6/421.

Gesetzentwurf der Landesregierung Entwurf eines Gesetzes zum Beitritt des Landes Mecklenburg-Vorpommern zum und zur Änderung des Staatsvertrages zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Niedersachsen und dem Land Schleswig-Holstein über die Finanzierung der Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg und die Fortführung der Förderfonds (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) - Drucksache 6/242 -

Ergänzung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 6/320 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Europa- und Rechtsausschusses (3. Ausschuss)

- Drucksache 6/421 -

Das Wort zur Berichterstattung hat der Vorsitzende des Europa- und Rechtsausschusses Herr Detlef Müller.

Detlef Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Vor Ihnen liegt die Beschlussempfehlung des Europa- und Rechtsausschusses zu dem Gesetzentwurf, mit dem die Landesregierung zwei Dinge beantragt:

Erstens, sie möchte unsere Zustimmung zum Beitritt zur Metropolregion Hamburg erhalten.

Zweitens möchte sie die haushaltsrechtliche Ermächtigung erhalten, bereits vor der Beschlussfassung über den Landeshaushalt mit der Finanzierung der Maßnahme zu beginnen.

Der Gesetzentwurf ist im Rahmen der Februarlandtagssitzung ausführlich durch Ministerpräsident Sellering vorgestellt worden. Im Nachgang ist uns freundlicherweise zur Ersten Lesung noch eine Ergänzungsdrucksache zugestellt worden. Darin ist mitgeteilt worden, dass der Änderungsstaatsvertrag zwischenzeitlich unterzeichnet worden ist. Und es ist uns auch die ursprüngliche Fassung des Staatsvertrages zwischen den bisherigen Partnerländern übersandt worden. So wurde ein Kritikpunkt der Opposition aus der Ersten Lesung auch ausgeräumt.

Wir haben als Federführer den Gesetzentwurf und die Ergänzung am 22. Februar 2012 und abschließend am 29. Februar 2012 beraten. Dabei haben wir die Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände sowie der mitberatenden Fachausschüsse einbezogen. Sowohl die Mitberater als auch die kommunalen Spitzenverbände empfehlen die Zustimmung zu dem Gesetzentwurf.

Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Gestatten Sie mir, an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön zu sagen an alle, die an dem Verfahren beteiligt waren. Insbesondere möchte ich mich bedanken bei den Mitgliedern des Innenausschusses, des Finanzausschusses sowie des Energieausschusses, denn durch Ihre umgehend erfolgte Stellungnahme und die der kommunalen Spitzenverbände haben wir das für uns erwartete hohe Tempo auch eingehalten. Wir mussten uns zu dieser Geschwindigkeit entscheiden, weil die Ratifizierung dringend vor der anstehenden Landtagswahl in Schleswig-Holstein erfolgen sollte. Ansonsten wären wir Gefahr gelaufen, das ganze Jahr 2012 für die Kooperation zu verlieren.

Auch meinen Kolleginnen und Kollegen im Europa- und Rechtsausschuss möchte ich sehr herzlich für ihre konstruktive Mitarbeit danken, und da schließe ich natürlich auch das Sekretariat des Ausschusses mit ein, denn so können wir heute die Grundlage für die Beteiligung an der Metropolregion schaffen. Wenn wir heute zustimmen, wird bereits in rund einem Monat, am 20. April, das Verwaltungsabkommen zur Umsetzung des Staatsvertrages unterzeichnet.

Unser Ausschuss hat sich, wie ich finde, umfassend mit der Landesregierung über die Konditionen, Verpflichtungen und Möglichkeiten, die sich durch den Beitritt des Landes Mecklenburg-Vorpommern ergeben, beraten. Der Ausschuss empfiehlt als Ergebnis dieser Beratungen mit den Stimmen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Gesetzentwurfes und der Ergänzung mit zwei redaktionellen Änderungen sowie die Annahme einer begleitenden Entschließung.

Mit der einen Änderung entsprechen wir auch einer Anregung des mitberatenden Finanzausschusses und ändern den Titel des Gesetzes. Ich glaube, alle, die den ursprünglichen Titel des Gesetzentwurfes vor Augen haben, werden da unserer Empfehlung folgen können.

Mit der weiteren Änderung tragen wir dem Umstand Rechnung, dass die Ministerpräsidenten und der Hamburger Erste Bürgermeister zwischenzeitlich den Staatsvertrag unterzeichnet haben.

Und mit der begleitenden Entschließung haben wir gerne eine Anregung des mitberatenden Finanzausschusses aufgegriffen. Wir stellen damit sicher, dass wir in zwei Jahren von der Landesregierung eine Unterrichtung über die Umsetzung vorgelegt bekommen.

Gestatten Sie mir noch einige kurze Anmerkungen zum Inhalt des Gesetzentwurfes: Zur Finanzierung regional bedeutender Projekte werden gemeinsame Förderfonds aufgelegt, die je zur Hälfte von der Stadt Hamburg und zur Hälfte vom jeweiligen Partner bedient werden. Für Mecklenburg-Vorpommern sieht der Vertrag einen Förderfonds in Höhe von 300.000 Euro vor. Das bedeutet bei einer hälftigen Anrechnung auf unser Land einen jährlichen Betrag von 150.000 Euro, mit dem wir den Fonds speisen sollen. Die anteiligen Kosten für den Verwaltungsaufwand betragen jährlich 51.000 Euro. Auf das Land kommen also demnach Kosten von insgesamt 201.000 Euro pro Jahr zu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen angesichts dieser doch geringen Zahlen, dass die symbolische Bedeutung und die länderübergreifende Netzwerkbildung bei der Zusammenarbeit höher sind als die finanziellen Anreize. Entscheidend sind derzeit offenbar der gemeinsame Dialog und die Zusammenarbeit an Projekten. Gelingt es, die Metropolregion noch attraktiver zu gestalten, hat dies Vorteile für alle beteiligten Partner.

In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen des Europa- und Rechtsausschusses um Ihre Zustimmung zu der vorliegenden Beschlussempfehlung, denn mit unserer Zustimmung ermöglichen wir die unverzügliche Aufnahme der Arbeit in der Metropolregion.

Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Sie sehen es mir nach, dass ich als Ludwigsluster mich natürlich ganz besonders freue, dass wir heute den Gesetzentwurf hier auf der Tagesordnung haben, und darum gestatten Sie mir noch eine ergänzende persönliche Anmerkung: Mit der Annahme dieser Beschlussempfehlung beschreiten wir nicht etwa den Weg hin zu einem Nordstaat, wir knüpfen vielmehr an historische Verbindungen an, die älter sind als unser Bundesland. Fast jede ländliche Region in Deutschland ist traditionell auf eine Metropole hin orientiert. Im Westen von Mecklenburg-Vorpommern ist das eben Hamburg, so, wie der Osten unseres Landes geschichtlich bedingt stark in Richtung Stettin und Berlin orientiert ist.

Das ist gestern auch im Rahmen des 10. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Kiel deutlich geworden. Dort haben die Stettiner Kollegen die Entwicklungsleitlinien ihrer Region vorgestellt. Stettin mit seinen fast 500.000 Einwohnern entwickelt sich immer mehr zu einer Metropole und, wer weiß, vielleicht werden wir in Zukunft auch darüber sprechen, uns einer Metropolregion Stettin anzuschließen. Doch zunächst ist es für uns die Metropolregion Hamburg.

Damit liegen wir ganz auf der Linie der Ergebnisse der Enquetekommission im Kieler Landtag zur norddeutschen Kooperation. Die hat gerade ihren Abschlussbericht vorgelegt und da findet man folgenden Satz, ich zitiere: "Die Kommission ist zu der Auffassung gekommen, dass eine weitergehende Kooperation in Norddeutschland sinnvoll ist und ein Sparpotenzial bergen

kann." Zitatende. Sie sehen also, wir sind hier auf dem richtigen Weg.

Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Ich bin mir nicht ganz sicher, ob es noch im Jahr 2013 gelingen wird, die Hamburger S-Bahn bis nach Ludwigslust fahren zu lassen, aber mit einem Lächeln möchte ich sagen, das wird wohl dann noch bis 2014 dauern. Dennoch, unsere Mitarbeit in der Metropolregion wird weitere Wachstumsimpulse bei uns auslösen, da bin ich mir ganz sicher.

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Gründer der Ford-Automobilwerke, Henry Ford, hat es einmal so formuliert, ich zitiere: "Zusammenkommen ist ein Beginn, zusammenbleiben ist ein Fortschritt, zusammenarbeiten ist ein Erfolg." Zitatende. Und heute sollten wir die Grundlage für einen Erfolg legen, für die weitere Zusammenarbeit in Norddeutschland. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zum Beitritt des Landes Mecklenburg-Vorpommern zum und zur Änderung des Staatsvertrages zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Niedersachsen und dem Land Schleswig-Holstein über die Finanzierung der Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg und die Fortführung der Förderfonds auf Drucksache 6/242.

Der Europa- und Rechtsausschuss empfiehlt in Ziffer I, den Gesetzentwurf der Landesregierung entsprechend seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 6/421 anzunehmen.

Ich rufe auf die Artikel 1 bis 3 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit sind die Artikel 1 bis 3 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen entsprechend der Beschlussempfehlung des Europa- und Rechtsausschusses auf Drucksache 6/421 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf entsprechend der Beschlussempfehlung des Europa- und Rechtsausschusses auf Drucksache 6/421 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

In Ziffer II empfiehlt der Europa- und Rechtsausschuss, einer Entschließung zuzustimmen. Wer der Ziffer II der Beschlussempfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltun-

gen? – Damit ist die Ziffer II der Beschlussempfehlung des Europa- und Rechtsausschusses auf Drucksache 6/421 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LIN-KE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 5**: Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Fraktion DIE LINKE – Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Neuordnung der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 6/165.

Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Neuordnung der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Landkreisneuordnungsgesetz – LNOG M-V) (Zweite Lesung und Schlussabstimmung) – Drucksache 6/165 –

In der 5. Sitzung des Landtages am 14. Dezember 2011 ist die Überweisung dieses Gesetzentwurfes in die Ausschüsse abgelehnt worden. Gemäß Paragraf 48 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landtages wird der Gesetzentwurf spätestens nach drei Monaten zur Zweiten Lesung auf die Tagesordnung gesetzt.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart.

(Heinz Müller, SPD: Maximal.)

Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Rösler.

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir entscheiden heute darüber, ob die politisch und rechtlich hoch umstrittene Altfehlbetragsumlage aufgehoben wird oder nicht. SPD und CDU hatten die Altfehlbetragsumlage im Rahmen der Kreisgebietsreform eingeführt als eine Art Nachholung der früher angeblich zu gering erhobenen Kreisumlage. So steht es jedenfalls in der Gesetzesbegründung. Weitere Ausführungen finden sich hierzu nicht.

Eine nähere Befassung mit der brisanten Umlage fand nicht einmal ansatzweise statt.

(Heinz Müller, SPD: Das ist unwahr, Frau Rösler. Das ist unwahr. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Auch wurden Fragen der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes bei einer nachträglichen Umlageerhebung oder der Vereinbarkeit dieser Umlage mit Prinzipien der Systemgerechtigkeit beziehungsweise des Finanzausgleichs durch den Gesetzgeber weder gestellt noch untersucht oder gar begründet beantwortet. Keine Untersuchungen gab es zur wirtschaftlichen und sozialen Lage, zu den besonderen Belastungen in den ländlich peripheren Regionen, keine Untersuchungen zu den langjährigen Auswirkungen bundesgesetzlicher Entscheidungen auf die kommunalen Haushalte. All dies wäre Aufgabe der Landesregierung gewesen.

Meine Damen und Herren, diese schweren Versäumnisse sind nicht nur politisch unklug, sie sind verfassungsrechtlich höchst bedenklich. Deswegen wollen wir den Fehler von SPD und CDU heilen und die Regelung aufheben. Dann, Herr Kollege Saalfeld, wäre auch Gelegenheit, über differenzierte Lösungen nachzudenken, wie Sie sie in der Ersten Lesung vorgeschlagen hatten.

Die Koalition scheute jedoch die Diskussion. Dank SPD und CDU konnte der Gesetzentwurf nicht in den Ausschüssen beraten werden, nicht mit Betroffenen debattiert werden. Ein sonst so großartig beschworener Dialog wurde verhindert.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Wovor fürchtet sich die Koalition eigentlich? Vielleicht ahnt sie schon, wie das Landesverfassungsgericht entscheiden wird. Das Gericht hat der Koalition nämlich zwischenzeitlich in seiner aktuellen Entscheidung zur Stadt-Umland-Umlage einen deutlichen Fingerzeig gegeben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig.)

Diese Regelung wurde vom Gericht bekanntlich als mit der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern unvereinbar und nichtig erklärt. Ich zitiere hier insbesondere den dritten Leitsatz der Entscheidung. Dort heißt es, Zitat: "Die vom Gesetzgeber selbst gewählten Maßstäbe kann das Gericht lediglich anhand des Inhalts der Vorschrift selbst, des Zusammenhangs, in dem sie im Gesamtgefüge des Finanzausgleichs steht, und einer Gesamtbetrachtung der kommunalen Struktur zum Zeitpunkt ihrer Einführung gewinnen." Zitatende. Und jetzt bitte ich um besondere Beachtung, Zitat: "Anhaltspunkte für die vom Gesetzgeber verfolgte Zielsetzung bietet hierbei vor allem auch die Gesetzesbegründung." Zitatende.

Meine Damen und Herren, ich wage die Prognose, dass wir diesen Leitsatz so oder so ähnlich erneut lesen werden. Bereits aufgrund der miesen Gesetzesbegründung, fehlender Untersuchungen und Abwägungen durch den Gesetzgeber wird das Landesverfassungsgericht nach meiner festen Überzeugung auch die Altfehlbetragsumlage der Großen Koalition kippen.

Meine Damen und Herren, dass sich SPD und CDU wahrscheinlich erneut eine Abfuhr aus Greifswald einholen, ist mir persönlich egal.

(Stefan Köster, NPD: Die stehen da drauf.)

Nicht egal ist meiner Fraktion hingegen, dass eine kommunalfeindliche und verfassungsrechtlich hoch bedenkliche Regelung weiterhin in Kraft bleibt.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Sie gehört schnellstmöglich abgeschafft. Stimmen Sie deswegen unserem Gesetzentwurf zu.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat nun für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Heinz Müller.

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben diesen Gesetzentwurf

der Fraktion DIE LINKE – wir haben es heute schon gehört – bereits einmal diskutiert am 14.12. des vergangenen Jahres.

Wir haben über die zugrunde liegende Problematik – anders, als Sie es hier wahrheitswidrig dargestellt haben, Frau Kollegin Rösler – ausführlich im Innenausschuss diskutiert. Diese Problematik war Gegenstand einer Anhörung. Wir haben mit den Betroffenen diskutiert, anders, als Sie es hier wahrheitswidrig dargestellt haben. Und wir haben überhaupt keine Angst vor einer Auseinandersetzung um dieses Thema. Wenn wir Angst hätten, vor dem Verfassungsgericht zu scheitern, dann wäre es ja logisch, wir würden unser eigenes Gesetz zurückziehen. Aber dies tun wir nicht und Sie dürfen daraus gerne schließen, dass wir keine Angst haben, vor dem Verfassungsgericht zu scheitern.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wie bei den letzten beiden.)

Auch an Logik hat es Ihrer Rede ebenso wie an Wahrhaftigkeit massiv gemangelt. Dafür beglücken Sie uns mit Zitaten eines Verfassungsgerichtsurteils zu einem völlig anderen Sachverhalt, in dem drinsteht, dass das Gericht bei der Beurteilung eines Gesetzes sogar die Begründung liest.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nicht nur liest, sondern auch beachtet, das ist der Unterschied.)

Booh, kann ich da nur sagen! Da staune ich aber, dass Sie uns das hier vortragen. Ich gehe davon aus, dass die Begründung selbstverständlich vom Verfassungsgericht herangezogen wird, und zwar bei jedem Gesetz, das vom Verfassungsgericht auf seine Verfassungsmäßigkeit überprüft wird. Dass Sie uns dies hier als sonderliche Drohung vorhalten, halte ich ehrlich gesagt für ziemlich unter einem vernünftigen Niveau.

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben dieses Thema breit und ausführlich diskutiert und ich kann mir die Argumente im Wesentlichen sparen, weil ich habe sie am 14.12. – Sie können das alle im Protokoll nachlesen – bereits einmal dargestellt. Deswegen lassen Sie mich noch einmal sehr kurz auf das wesentliche Thema kommen.

Wir haben ein Problem, ja, wir haben ein Problem.

(Michael Andrejewski, NPD: Nicht nur eins.)

Wir haben ein Problem, dass wir aus mehreren Kreisen einen Kreis machen und dass – ich vereinfache das jetzt mal etwas idealtypisch – der eine Kreis Altfehlbeträge mitbringt, der andere Kreis nicht, und dass der neue Kreis naturgemäß Rechtsnachfolger beider alten Kreise ist. Und die Frage ist, was machen wir denn dann mit den Altfehlbeträgen.

Natürlich, auf den ersten Blick ist der neue Kreis als Rechtsnachfolger dafür verantwortlich und muss die tragen. Aber dann sagen natürlich die Gemeinden, die aus dem Kreis kommen, der keine Altfehlbeträge hatte, na, das ist aber ungerecht, jetzt zahlen wir für Schulden, die wir gar nicht gemacht haben. Und die anderen, die aus dem Kreis kommen, der diese Altfehlbeträge mitbringt, die sagen – und auch das hat natürlich sehr viel

Berechtigung –, also wir waren in der Vergangenheit schon so belastet, nun könnt ihr uns nicht auch noch mit einer Altfehlbetragsumlage weiter finanziell in Probleme stürzen

Aber irgendwer, meine Damen und Herren, muss doch für diese Altfehlbeträge aufkommen und in irgendeiner Weise muss das Problem gelöst werden. Und da kann man sehr wohl unterschiedlicher Meinung sein, wie man es denn löst, aber was nicht geht, Frau Rösler, was nicht geht, ist, zu sagen, wir tun mal so, als gäbe es das nicht, und dann gibt es das auch nicht und dann haben wir auch keine Probleme. Denn wenn ich mir Ihren Gesetzentwurf angucke, dann verlangen Sie ja gar nicht - was vielleicht naheliegen würde -, das Land soll das doch alles übernehmen. Nein, das tun Sie nicht. Sie sagen aber auch nicht, wer es dann tut. Schulden lösen sich in Wohlgefallen auf, weil man sie nicht haben will, weil einem das alles nicht passt und weil die Lösung von Problemen manchmal wehtut. Dann tut man so, als gäbe es die Probleme nicht. Ob das wirklich eine Lösung des Problems ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, das wage ich sehr zu bezweifeln.

Das, was DIE LINKEN uns hier präsentieren – ich darf das mal in einem Bild darstellten –, ist doch der alte Satz: Ich wasche euch den Pelz, ich wasche sogar sämtliche vorhandenen Pelze, ich föhne noch, ich wickele auch noch ein paar Locken und das Ganze mache ich, ohne euch nass zu machen und sogar ohne Wasser zu benötigen.

Eine solche Geschichte, meine sehr verehrten Damen und Herren, die kann nicht aufgehen und die geht nicht auf. Deswegen hat die Koalition für dieses Problem einen Lösungsweg und dieser Lösungsweg heißt als Erstes, dass wir als Land 100 Millionen Euro zur Verfügung stellen, um solche Altfehlbeträge zu mindern und zu mildern.

(Marc Reinhardt, CDU: Sehr richtig.)

Ich weiß, dass diese 100 Millionen Euro nicht dem Gesamtschuldenstand unserer Kreise, die wir zusammengeschlossen haben, entsprechen, sondern dass dies kleiner ist. Aber ich weiß auch – und der Ehrlichkeit halber und einer sachlichen Debatte wegen sollten Sie dies wenigstens zur Kenntnis nehmen, Frau Rösler –, dass dies eine ungeheure Kraftanstrengung des Landes ist und dass dies eine außerordentlich große Summe ist. Und wenn Sie sich die Mühe machen, mit Vertretern der kommunalen Ebene zu sprechen, dann werden die Ihnen im vertraulichen Gespräch immer sagen, das ist weit, weit mehr, als wir zu hoffen gewagt haben,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Im vertraulichen Gespräch sagen sie aber was anderes, Herr Müller.)

dass wir hier 100 Millionen Euro für die Schuldentilgung bekommen. Und dieses, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist der erste Schritt zur Lösung und es ist ein sehr wichtiger Schritt. Aber das Land wird hier nicht voll ins Obligo gehen und alle Altfehlbeträge übernehmen können. Wie gesagt, mit 100 Millionen machen wir, glaube ich, schon einen sehr großen Schritt.

Natürlich werden auch die Beteiligten, natürlich wird auch die kommunale Ebene ihren Teil dazu beitragen müssen, diese Altfehlbeträge zu tilgen. Und dafür ist die Altfehlbetragsumlage, wie sie im Landkreisneuordnungsgesetz steht, der Weg, den wir vorschlagen, der Weg, den wir beschlossen haben. Ich weiß sehr wohl, dieser Weg gefällt nicht jedem, weil wer zahlen muss, der hat daran in aller Regel wenig Vergnügen. Aber wir müssen aus dem Problem heraus und wir brauchen einen Lösungsweg.

Und wenn wir schon davon reden – auch wenn Frau Rösler jetzt gerade anderweitig beschäftigt ist –, dass wir mit den Betroffenen, mit der kommunalen Ebene über dieses Thema diskutiert haben, dann gab es natürlich die Stimmen, das weiß doch jeder, der dabei war, und ich war dabei, die dieses Gesetz kritisieren. Aber es gab auch die anderen, die uns von der anderen Richtung kritisiert haben. Da war zum Beispiel ein Landrat, der sagt, ihr seid ja viel zu feige und macht hier nur eine Sollregelung. Warum macht ihr nicht eine Mussregelung? Schreibt das endlich klar vor, wie der Weg zu gehen ist. Auch aus dieser Richtung, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind wir kritisiert worden.

Ich stehe und die Koalition steht zu dem, was wir hier gesetzlich verankert haben, und deswegen werden wir selbstverständlich Ihren Gesetzentwurf, eine Streichung dieser Regelung ablehnen. Wir stehen dazu – wohl wissend, dass dies nicht bei jedem Vergnügen auslöst, aber manchmal, Frau Rösler, ist es nicht so einfach, Probleme zu lösen, manchmal tut das auch weh. Aber ich glaube, man muss solche Wege gehen, denn es geht nicht, Probleme zu negieren und zu glauben, dadurch würden sie sich lösen. Wir werden Ihren Antrag ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der Fraktion der NPD Herr Andrejewski.

**Michael Andrejewski**, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Paragraf 25 Landkreisneuordnungsgesetz wird vielen Leuten noch eine Menge Arbeit bereiten, zunächst den Mitarbeitern der Landesregierung, die die Ausführungsbestimmungen zu dieser Vorschrift zu formulieren haben. Laut Auskunft der Landrätin von Vorpommern-Greifswald liegen diese noch nicht vor – vielleicht weil man auf die Entscheidung des Landesverfassungsgerichtes wartet, das ist mir nicht bekannt.

Es ist also noch nicht klar, wie die Regelung zu verstehen ist und dass die neuen Landkreise von ihren Gemeinden die Altfehlbetragsumlage erheben sollen – Sollvorschrift. Eine Sollvorschrift gestattet Ausnahmen in atypischen Sonderfällen. Im SGB X zum Beispiel finden sich Sollvorschriften bezüglich der Rückforderung von zu Unrecht gewährten Sozialleistungen und da gibt es auch Fallgruppen hinsichtlich solcher atypischer Ausnahmen, etwa erhebliche Fehler aufseiten der Sozialbehörden, die die Überzahlung verursacht haben.

Welche Ausnahmen könnten also gelten bei der Altfehlbetragsumlage? Wann könnten Gemeinden eventuell ausnahmsweise davon befreit sein? Und welche Maßstäbe sind an die Zahlungsfristen anzulegen?

Innerhalb von zehn Jahren ist die Umlage zu erheben, heißt es auch in der Vorschrift, und bei Vorliegen einer besonders schwierigen Haushaltslage kann die Frist mit Zustimmung der Rechtsaufsicht um fünf Jahre verlängert werden. Was immer die Landesregierung auch in die Ausführungsbestimmungen hineinschreiben mag, der Paragraf 25 Landkreisneuordnungsgesetz bietet so weite Spielräume, dass mit einer Flut von Klagen betroffener Gemeinden zu rechnen sein könnte, wenn die sich im Einzelfall ungerecht behandelt fühlen, und diese Gemeinde können sich auch ermutigt fühlen durch Erfolge, die selbst kleine Kommunen in letzter Zeit im Kampf gegen landesgesetzliche Regelungen fast regelmäßig, könnte man sagen, errungen haben.

Das heißt, die Landesregierung sollte die Altfehlbetragsumlage entweder lieber gleich kassieren oder die Ausführungsbestimmungen so flexibel und so großzügig gestalten, dass es für einzelne Gemeinden relativ wenige Klagegründe gibt, denn sonst wird es eine Flut von Klagen geben in vielen Einzelfallentscheidungen, was die Justiz noch mehr belasten wird als eine einzige Ablehnung durch das Verfassungsgericht. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Herr Reinhardt.

**Marc Reinhardt**, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sehr geehrte Frau Rösler, ich stelle mir mal die Frage, was wäre eigentlich – auch wenn Sie ein wenig beschäftigt sind da hinten –, was wäre eigentlich gewesen, es hätte die Kreisgebietsreform nicht gegeben. Hätten sich die Altschulden dann irgendwie aufgelöst

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dann hätte es auch diesen Artikel nicht gegeben, Herr Reinhardt. Stellen Sie sich das mal vor! – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

oder wären die irgendwie weg gewesen? Die wären dann auch durch eine Kreisumlage perspektivisch zu decken gewesen und genau von der Gebietskörperschaft, die es ja jetzt nicht mehr gibt und die sie dann hätte auch decken müssen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Darum gehts doch gar nicht.)

Darum geht es mir aber, weil ja hier ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aber es geht doch bei dem Antrag nicht darum.)

Herr Ritter, Sie haben bestimmt noch Redezeit, dann können Sie ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ich hab mich schon angemeldet.)

Ja, dann brauchen Sie ja hier nicht so rumzuquarren

(Peter Ritter, DIE LINKE: Doch.)

wie ein kleiner Wildgewordener.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Doch, kann ich.)

Nein, das müssen Sie aber nicht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Doch, kann ich. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Reinhardt, bitte!

Marc Reinhardt, CDU: Bitte? Ich habe ja das Wort, er quatscht immer dazwischen, Frau Präsidentin.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie können doch die Präsidentin nicht kritisieren, Herr Reinhardt.)

Das mach ich doch gar nicht, das ist ja eine sehr geehrte Frau Präsidentin.

Aber nähern wir uns vielleicht noch mal von einem anderen Sachverhalt her dem Problem: Man könnte ja auf die Idee kommen, dass es gerade Kreise in unserem Land betrifft, die vielleicht nur in strukturschwachen Gebieten liegen, wo wir so eine Altfehlbetragsumlage hätten erheben müssen oder wo wir sie erheben werden.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Aber wenn wir uns das angucken, es sind Kreise wie Uecker-Randow und Ostvorpommern, wo man in der Tat von einer Strukturschwäche ausgehen kann. Es sind aber auch Kreise wie zum Beispiel Güstrow oder Parchim, wo sicherlich die Strukturschwäche wie in Uecker-Randow und Ostvorpommern nicht so gegeben ist. Und es sind dann auch Kreise wie Demmin, Müritz, Mecklenburg-Strelitz oder auch Nordvorpommern, die es über Jahre geschafft haben, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Das spricht für mich in der Theorie dafür, dass es durchaus auch ein Stück weit selbst verschuldet ist, ob nun durch eine zu niedrige Kreisumlage oder auch durch zu hohe Ausgaben, das bleibt mal dahingestellt. Ich auf jeden Fall finde es richtig, dass wir hier differenzieren und nicht sagen, diese Fehlbeträge werden durch die neuen Großkreise einfach vergemeinschaftet und dann von allen getragen. Ich halte das durchaus für richtig.

Kollege Müller hat darauf hingewiesen, es handelt sich hier in der Tat um eine Sollvorschrift und die lässt ja den neuen Kreisen durchaus ein wenig kommunale Selbstverwaltung und auch Handlungsspielraum in diesen Räumen zu.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Aber nicht bei dem Innenministerium.)

In der Tat gibt es die Klage der Stadt Parchim vor dem Landesverfassungsgericht. Diese Klage gilt es abzuwarten. Aber auch meine Meinung ist, nicht nur, weil jemand Klage eingereicht hat, fangen wir jetzt an, unser Gesetz zurückzuziehen. Das wäre eine sehr einfache Methode, das würde man dann ja sehr oft machen können.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Machen können? Machen müssen!)

Ich glaube auch nicht an diese Herleitung, Frau Rösler, weil das Gericht schon mal ein Gesetz gekippt hat zu einem ganz anderen Sachverhalt, ist es wahrscheinlich, dass sie auch dieses Gesetz kippen. Diese juristische Herleitung ist mir zumindest bisher nicht vertraut und deshalb glaube ich wie mein Kollege Müller, dass dies vor dem Gericht Bestand haben wird.

Das Land – auch das haben wir gehört – hilft hier mit 100 Millionen Euro und das soll ja auch diesen Kreisen, ob nun Uecker-Randow oder Ostvorpommern vor allem, wo der Schuldendruck ganz besonders hoch ist, zugute-kommen. Es ist für mich ganz klar – auch Herr Müller hat das gesagt –, es soll Hilfe zur Selbsthilfe sein. Also es muss schon ein gewisser Eigenanteil dort sein, damit wir hier auch helfen.

Da es aus meiner Sicht heute hier nicht wirklich neue Erkenntnisse zu dem Thema gegeben hat – wo sollten die auch weiter herkommen –,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das stimmt. Wenn man sich der Diskussion verweigert, gibt es keine neuen Erkenntnisse.)

wird auch unsere Fraktion diesen ...

Ja, die konnten sich auch nicht ergeben. Ich hätte nicht gewusst, was sich da noch hätte ergeben sollen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, weil Sie nicht überwiesen haben.)

Sie haben es doch gehört, wir hatten dazu eine Anhörung.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nicht zu dem Gesetzentwurf.)

Wir haben das im Innenausschuss alles besprochen gehabt, Herr Ritter. Aber Sie werden uns jetzt bestimmt gleich mit Ihren Weisheiten noch beglücken,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, das werde ich machen, nur hilft das bei Ihnen nicht. Das ist ja das Problem.)

aber das wird nichts daran ändern, dass die CDU-Fraktion dieses Gesetz ablehnen wird. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit der meisten, nicht von Herrn Ritter.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Saalfeld.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Lassen Sie mich zunächst feststellen, dass in den vergangenen Monaten die Probleme der Städte und Gemeinden sowie der neuen Kreise nicht weniger geworden sind, sondern ganz im Gegenteil zugenommen haben. Die Umsetzung der Kreisgebietsreform knirscht an allen Ecken und Enden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Die strukturellen Haushaltsdefizite bestehen unvermindert fort. Die Einführung der neuen kommunalen Haushaltsrechnung belastet die kommunalen Verwaltungen sowie die vielen ehrenamtlichen Gemeindevertreter. Die notwendige Harmonisierung der Hebesätze wird nicht angegangen. Die Theater- und Orchesterkrise spitzt sich immer weiter zu und die kürzlich gekippte Stadt-Umland-Umlage reißt bei den Städten Löcher in die Haushalte.

Es zeigt sich, dass die Landesregierung in den vergangenen Wochen und Monaten nicht in der Lage war, die Probleme der Kommunen und Kreise kooperativ und konstruktiv abzuarbeiten. Ganz im Gegenteil wurde durch handwerkliche Fehler (Stichwort: Stadt-Umland-Umlage) oder durch unverrückbare Top-down-Vorgaben der Landesregierung (Stichwort: Einfrieren der Theater- und Orchesterförderung) die angespannte Situation vor Ort weiter verschärft. Vieles wird von der Landesregierung auf die lange Bank geschoben oder ist handwerklich schlecht vorbereitet und umgesetzt.

Auch bei der Altfehlbetragsumlage ist berechtigter Zweifel angezeigt, ob diese Umlage eine verfassungsrechtliche Prüfung übersteht. Wir GRÜNEN glauben nicht daran.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Gerade vor dem Hintergrund des aktuellen Urteils des Landesverfassungsgerichtes zur Stadt-Umland-Umlage müssen hohe Anforderungen an das Regelwerk gestellt werden, wenn es sich um einen Eingriff in Selbstverwaltungsrechte einer Gemeinde handelt. Auch in der aktuellen Regelung ist möglicherweise der interkommunale Gleichbehandlungsgrundsatz nicht ausreichend ausgestaltet worden. Eine Klärung und abschließende Bewertung kann jedoch nur die Judikative treffen.

Gleichwohl halten wir Grünen die Idee der Altfehlbetragsumlage für richtig. Wir brauchen Entscheidungen im Interesse der Gemeinden und Kreise. Mit Blick auf das zukünftige Zusammenwachsen der neuen Landkreise wäre es falsch, nur einen Teil der Gemeinden innerhalb der Kreise per Umlage für Schulden des Altkreises zu belasten. Dies würde zu ungleichen Entwicklungsvoraussetzungen innerhalb eines Kreises führen und möglicherweise Strukturverwerfungen nach sich ziehen.

Keine Bürgerin und kein Bürger kann glaubhaft von der Leistungsfähigkeit unseres politischen Systems überzeugt werden, wenn in nebeneinanderliegenden Kommunen über Jahrzehnte unterschiedlichste Entwicklungschancen vorherrschen. Das widerspräche auch dem Solidaritätsgedanken zwischen den Kommunen eines Kreises. Gleichwohl sehen wir Bund und Land in Verantwortung gegenüber den Kommunalfinanzen. Die jetzt beantragte Streichung der Altfehlbetragsumlage löst aber das Problem der Schulden auch nicht und würde die Kreise mit ihren Problemen alleine lassen. Stattdessen brauchen wir eine umfangreiche neue Regelung – ich hatte es letztens schon erklärt –, auch mit einer Öffnungsklausel, um maßgeschneiderte Lösungen vor Ort zu ermöglichen.

(Vizepräsidentin Regine Lück übernimmt den Vorsitz.)

Deswegen lehnen wir den Antrag der LINKEN ab und warten auf eine juristische Bewertung dieser Regelung durch das Landesverfassungsgericht. Vermutlich werden wir dann noch mal in einem neuen Gesetzgebungsverfahren hier bessere Regelungen finden.

Im Übrigen möchte ich in diesem Zusammenhang auf ein praktisches Problem der bisherigen Regelung hinweisen: Bei der Verabschiedung von Haushaltssatzungen, die auch eine Altfehlbetragsumlage enthalten, würden bis zu 20 Prozent der jeweiligen Kreistagsmitglieder befangen sein und dürften nicht an der Abstimmung teilnehmen,

weil sie Bürgermeister in den betroffenen Gemeinden sind. Das kann nun auch nicht Sinn der Übung sein und zeigt nochmals deutlich, dass die bisherige Regelung die Verantwortung zu sehr auf die Seite der Kreise und Gemeinden verlagert hat. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Peter Ritter von der Fraktion DIE LINKE.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Reinhardt hat festgestellt, dass es bei ihm nicht zu einem Erkenntnisgewinn gekommen ist zu diesem Gesetzentwurf, der hier vorliegt und der zur Beratung ansteht. Wie soll es auch zu einem Erkenntnisgewinn kommen, wenn man sich der Kenntnisgewinnung verweigert und einer Überweisung des Gesetzentwurfes in den Innenausschuss widerspricht und sich damit einer Diskussion nicht stellt?

Aber Sie haben recht, es hat zu dem anderen Gesetz, welches Grundlage ist für unseren heutigen Gesetzentwurf, eine Anhörung gegeben, nämlich zum Kreisstrukturreformgesetz. Aber auch die Anhörung, die dort stattgefunden hat, hat offensichtlich bei Ihnen nicht zu einem Erkenntnisgewinn geführt, denn wenn es so gewesen wäre, Herr Reinhardt, dann wäre es nicht zu der Regelung im Gesetz gekommen.

Ich erinnere an die Ausführungen in der Anhörung zum Kreisstrukturgesetz beziehungsweise Landkreisneuordnungsgesetz. Dort wurde die Einführung der Altfehlbetragsumlage durchgehend von nahezu allen Anzuhörenden abgelehnt. "Die Auffassung des Städte- und Gemeindetages", ich zitiere jetzt mal aus der Begründung zu unserem Gesetzentwurf, "Die Auffassung des Städteund Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern, wonach diese Regelung einer verfassungsrechtlichen Überprüfung nicht standhalten dürfte …, wurde von zahlreichen Anzuhörenden geteilt. Ein Antrag, aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken auf die Einführung einer Altfehlbetragsumlage zu verzichten, fand jedoch keine parlamentarische Mehrheit …"

Also es hat genügend kritische Hinweise gegeben, es hat genügend Warnungen gegeben bezüglich dieser Altfehlbetragsumlage – allein Sie haben sie ignoriert. Und sich dann hier hinzustellen und zu behaupten, es gäbe keine neuen Erkenntnisse, das ist nicht zielführend, weil Sie verhindern Anhörungen zu einem Gesetzentwurf und Sie registrieren die Ergebnisse, die in einer Anhörung zu einem anderen Gesetzentwurf gemacht worden sind, einfach und sagen, das ist halt so.

Natürlich haben wir ein Problem, Herr Müller, ist doch völlig klar. Und dieses Problem ist auch nicht zu lösen mit der Frage, ja was wäre denn, wenn es keine Kreisgebietsreform gegeben hätte, denn dann hätte es auch diesen Gesetzentwurf mit diesen Paragrafen nicht gegeben.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Also insofern kann man diese Frage so überhaupt nicht stellen, Herr Reinhardt.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Eine Möglichkeit wäre natürlich – um auch die Debatte der GRÜNEN aufzugreifen, wir brauchen eine neue Regelung –, zunächst über ein Schuldenmoratorium nachzudenken. Aber bevor wir über eine neue Regelung nachdenken, müssen wir die alte Regelung erst einmal kippen. Das ist Anlass unseres Gesetzentwurfes. Wenn Sie den nicht mittragen wollen, bleibt nur noch zu sagen, wir sehen uns nach Greifswald wieder, und für die Regierung alles Gute für die nächste Auseinandersetzung vor dem Verfassungsgericht. Ich glaube, das wird die nächste Ohrfeige sein, die sich der Innenminister dort abholt. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Fraktion DIE LINKE eingebrachten Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Neuordnung der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Landkreisneuordnungsgesetz) auf Drucksache 6/165.

Ich rufe auf die Artikel 1 und 2 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Danke. Damit sind die Artikel 1 und 2 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Fraktion DIE LINKE bei Zustimmung von der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der NPD abgelehnt mit den Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Somit ist der Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/165 abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 6**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über die Gründung der Gemeinsamen Klassenlotterie der Länder, Drucksache 6/362.

Gesetzentwurf der Landesregierung Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über die Gründung der GKL Gemeinsame Klassenlotterie der Länder (GKL-Staatsvertragsgesetz – GKL-StVG M-V) (Erste Lesung) – Drucksache 6/362 –

Das Wort zur Einbringung hat die Finanzministerin Frau Polzin.

Ministerin Heike Polzin: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In Deutschland wurden Klassenlotterien bisher von zwei Anstalten des öffentlichen Rechts veranstaltet. Mecklenburg-Vorpommern ist eines von zehn Trägerländern der Nordwestdeutschen Klassenlotterie, der NKL, und dann gibt es, wie Sie wissen, noch die Süddeutsche Klassenlotterie, die SKL. Diese regionale Aufteilung soll nun aufgehoben werden.

Die Gemeinsame Klassenlotterie, die GKL, soll durch Fusion der beiden bisherigen entstehen. Diese Fusion wird notwendig, da der erste Glücksspieländerungsstaatsvertrag vorsieht, dass Klassenlotterien künftig nur noch von einer von allen Ländern gemeinsam getrage-

nen Anstalt des öffentlichen Rechts veranstaltet werden dürfen.

Mit dem Ihnen vorliegenden Gesetz soll nun der Staatsvertrag zur Gründung der Gemeinsamen Klassenlotterie in Landesrecht überführt werden. Mit dem Staatsvertrag errichten die sechzehn Vertragsländer in gemeinsamer Trägerschaft eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts unter der Bezeichnung "Gemeinsame Klassenlotterie der Länder", die ab 1. Juli 2012 die ordnungsrechtliche Aufgabe der Länder zur Sicherstellung eines ausgewogenen Glücksspielangebots durch einheitliche Veranstaltung von staatlichen Klassenlotterien wahrnehmen soll.

Künftig werden Klassenlotterien ausschließlich und bundesweit einheitlich von der GKL veranstaltet. Dadurch wird eine konsequente Ausrichtung des staatlich organisierten Glücksspielangebotes an den Zielen des Glücksspielstaatsvertrages beziehungsweise der Glücksspielgesetze der einzelnen Länder erleichtert und durch den Abbau von Mehrfachstrukturen werden die Transparenz gegenüber den spielinteressierten Bürgerinnen und Bürgern sowie die Effizienz bei der Aufgabenerfüllung gesteigert.

Die GKL soll mit einem Nettovermögen in Höhe von 25 Millionen Euro ausgestattet werden. Die Unternehmensbewertungen von NKL und SKL haben ergeben, dass die einzubringenden Anteile am Nettovermögen durch die Unternehmenswerte gedeckt sind. Belastungen für den Haushalt sind daher nicht zu erwarten. – Ich bitte um Überweisung und entsprechende Beschlussfassung in den Ausschüssen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Im Ältestenrat wurde vereinbart, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 6/362 zur Beratung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer stimmt diesem Überweisungsvorschlag zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag mit den Stimmen der SPD, der CDU, der LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Gegenstimmen der NPD angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 7**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über die Veranstaltung von digitalen terrestrischen Hörfunkprogrammen durch den Norddeutschen Rundfunk vom 02.02.2012, Drucksache 6/363.

Gesetzentwurf der Landesregierung Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über die Veranstaltung von digitalen terrestrischen Hörfunkprogrammen durch den Norddeutschen Rundfunk (NDR-Digitalradio-Staatsvertrag) vom 02.02.2012 (Erste Lesung)

- Drucksache 6/363 -

Das Wort zur Einbringung hat der Ministerpräsident Herr Erwin Sellering.

Ministerpräsident Erwin Sellering: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Entwurf für einen Digitalradio-Staatsvertrag, der Ihnen vorliegt, ist knapp bemessen, besteht nur aus zwei Paragrafen, deshalb: kurzer Vertrag – kurze Rede. Dabei ist mir selbstverständlich bewusst, dass man das Thema, um das es in dem Vertrag geht, die Einführung von DAB+ in Mecklenburg-Vorpommern, durchaus zurückhaltend sehen kann, wird auch von manchen zurückhaltend gesehen. Aber gerade wegen dieser Vorbehalte werbe ich dafür, dass wir uns das einfach ganz pragmatisch und sachlich anschauen.

Digitalradio gibt es seit etwa 20 Jahren. Digitalradio konnte sich in Mecklenburg-Vorpommern während dieser Zeit nicht flächendeckend durchsetzen und etablieren. Das hängt natürlich damit zusammen, dass die Haushalte im Land mit UKW-Empfangsgeräten gut ausgestattet sind, von der Stereoanlage im Wohnzimmer über den Radiowecker bis zum Autoradio. Es ist wohl klar, dass das Digitalradio auf lange Zeit ein ergänzendes Angebot bleiben wird.

Jetzt wurde im Jahr 2011 ein neuer Anlauf mit einer weiterentwickelten Version DAB+ gestartet. Dazu wurden erstmals bundesweite Frequenzen ausgeschrieben, auf denen öffentlich-rechtliche und private Anbieter dann ihre Programme ausstrahlen. Diese bundesweiten Programme werden seit dem 16. Dezember letzten Jahres auch über die Schweriner Frequenz ausgesendet. Jetzt möchte der NDR außerdem seine eigene regionale Frequenz für ein eigenes Angebot nutzen. Um die Beauftragung genau dieses Angebotes geht es hier heute. Das muss über einen Staatsvertrag geregelt werden.

Aus Sicht der Landesregierung ist es vernünftig, dass wir für dieses ganz kleine besondere Problem einen eigenen Staatsvertrag machen und das nicht etwa mit dem NDR-Staatsvertrag verbinden, denn wir wissen aus der Erfahrung, wer an einem Faden zieht, der hat beim NDR-Staatsvertrag gleich das ganze Knäuel in der Hand und das zu entwirren, ist immer nicht ganz einfach.

Meine Damen und Herren, mit dem vorliegenden Staatsvertrag wird dem NDR rechtssicher ein ergänzendes Zusatzangebot ermöglicht und dadurch wird eben DAB+attraktiver, vor allem, weil es auch regionaler wird. Konkret geht es dann um die Angebote NDR Musik Plus, NDR Info Spezial und NDR Traffic.

Ein wichtiges Argument für diesen Staatsvertrag ist aus meiner Sicht: Die Genehmigung dieser zusätzlichen Angebote führt dazu, dass der NDR diese Programme auch im Internet ausstrahlen kann. Wenn das nicht wäre, hätte Mecklenburg-Vorpommern von dieser ganzen Neuerung so gut wie gar nichts. Aber jetzt sind die Programme im Internet zu hören, und zwar eben über das Angebot hier in Schwerin hinaus. Das Mehrangebot wird damit für ganz Mecklenburg-Vorpommern nutzbar. Zusätzlich stehen die Verbreitungswege Satellit und digitales Kabel zur Verfügung, aber Hauptnutzung wird in erster Linie das Internet sein. Also dieses ganze Programm richtet sich vor allem an junge Menschen, junge Hörerinnen und Hörer, die kein eigenes Gerät haben, sondern über Internet hören.

Meine Damen und Herren, die Linie der Landesregierung ist ganz klar: Wir stehen dafür ein, das, was da jetzt neu kommt, das muss sich an Sparsamkeitsgesichtspunkten messen lassen. Das ist ein zusätzliches Angebot, aber das ist nicht für die Menge der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern und muss sich deshalb daran messen lassen, dass es nicht zu teuer ist.

Die DAB-Technik sollte nur Schritt für Schritt ausgebaut werden, gerade weil wir aufgrund der weiten Verbreitung von UKW, das alle hören – alle Zuschauer, nehme ich an, die hinten sitzen –, davon ausgehen müssen, dass die Nachfrage nach Digitalradio sehr begrenzt sein wird. Deshalb ist es, glaube ich, angemessen, erst einmal zu schauen, wie das denn überhaupt akzeptiert wird, bevor wir dann weitere Ausbauschritte machen.

Also, meine Damen und Herren, wenn es um die zusätzlichen Programme des NDR geht, die wir mit diesem Staatsvertrag ermöglichen wollen, so gibt es eine einfache Frage, die wir zu beantworten haben: Bringt das mehr für Mecklenburg-Vorpommern? Da sagen wir Ja, nicht im Riesenumfang, aber es bringt mehr, ergänzt die öffentlich-rechtlichen Programme auf sinnvolle Weise und die Programme sind über das Internet breit zu empfangen.

Dem Landeshaushalt, das ist wichtig, entstehen keine Kosten. Beim NDR gibt es keinen zusätzlichen Mehrbedarf, also die Rundfunkgebühren bleiben stabil. Das sind die wichtigen Punkte.

Die drei Digitalprogramme werden schon bisher vom NDR im Rahmen eines allgemeinen Programmauftrages versuchsweise ausgestrahlt, eben nicht für das ganze Land, sondern begrenzt. Und da denke ich, dass es sinnvoll ist, wenn wir jetzt im Rahmen des Digitalradios dann auch noch mehr norddeutsche Programme anbieten können. Ich würde es deshalb begrüßen, meine Damen und Herren Abgeordnete, wenn der Staatsvertrag hier im Hohen Hause auf Zustimmung stößt. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 30 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Petereit von der NPD-Fraktion.

**David Petereit**, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Haben Sie den Antrag der Landesregierung gelesen?

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Das dachte ich mir.

Da heißt es wirklich unter "Lösung": "Wenn DAB+ ein Erfolg werden soll, so ist nunmehr langfristig eine Rechtsgrundlage für diese Programme erforderlich." Ja, genau. Also wenn der NDR nicht drei zusätzliche Hörfunkprogramme auf den Weg bringt, die ausschließlich über DAB+ und, wie wir jetzt ja gehört haben, auch über das Internet verbreitet werden, dann ist das ganze Projekt Digitalradio also zum Scheitern verurteilt. Das glauben Sie doch wohl selbst nicht!

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes ist es den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten verwehrt, durch eine Rundfunktätigkeit, die zur Erfüllung ihres Funktionsauftrages nicht notwendig ist, den Gebührenzahler zu belasten. Und genau das ist hier der Fall.

Zwar heißt es in dem Antrag, dass die Programmkosten vom NDR aus dessen bestehendem Etat getragen werden, allerdings leuchtet es wohl jedem ein, dass diese Kosten anderenorts eingespart oder abgezweigt werden mussten oder besser konnten. Folglich hätten die Kosten auch eingespart werden können. Einsparungen bei den Öffentlich-Rechtlichen sind mehr als nur geboten angesichts unverschämter Gebührensteigerungen und der ab kommendem Jahr geltenden Zwangsabzocke.

Bereits im vergangenen Jahr hat sich mein Fraktionskollege Stefan Köster hier im Landtag im Namen der NPD-Fraktion für die Abschaffung der GEZ-Gebühren ausgesprochen. Vereinzelte objektive Beiträge können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die öffentlich-rechtlichen Sender zuvorderst im Dienst der BRD-Staatspropaganda stehen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Nicht in Ihrem. Gott sei Dank! –
Michael Andrejewski, NPD: "Aktuelle Kamera". –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE –
Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Dies wird auch in der Beschreibung des Programmumfangs von NDR Info Spezial deutlich. So heißt es dort im Staatsvertrag, gebracht werden Liveübertragungen von Veranstaltungen, Seewetterberichte sowie Sendungen für Menschen mit Migrationshintergrund. "Migrationshintergrund", da ist es wieder, das Zauberwort, das die Damen und Herren Abgeordneten zur Zustimmung verpflichtet.

Wir als Volksvertreter hingegen halten ein derartiges Angebot für überflüssig. Wir wollen ein deutsches Volk in Deutschland

> (Dr. Norbert Nieszery, SPD: Volksempfänger! Den Volksempfänger! – Peter Ritter, DIE LINKE: Deutsches Radio! – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

und nicht entwurzelte Menschen aus aller Herren Länder.

Alles, was die Kosten für diesen angeblich unabhängigen öffentlich-rechtlichen Medienapparat weiter aufbläht, ist aus den genannten Gründen zu unterlassen. Deshalb werden wir den Gesetzentwurf ablehnen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na, Gott sei Dank! Das ist wirklich traurig. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Bevor ich meine Ausführungen beende, möchte ich Ihnen aber noch einen Hinweis geben, der Ministerpräsident ist da kurz drauf eingegangen: Die Mehrheit der Landsleute von Mecklenburg und Pommern ...

(Dr. Margret Seemann, SPD und Helmut Holter, DIE LINKE: Vorpommern.)

Das Bundesland mag so heißen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und auch für Sie immer noch Vorpommern.)

die Pommern bleiben Pommern.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die hören aber polnisches Radio zum Teil, Herr Petereit. Was sagen Sie dazu?)

Die Mehrheit empfängt diesen Sender nicht, ja. Also, die haben gar keinen Anschluss ans Digitalradio. Die können es lediglich im Internet machen und die Breitbandverbindungen als schnelles Internet, da wissen Sie ja selber, wie schön das bestellt ist. Das heißt, das Land M-V hat davon, so oder so, so gut wie nichts. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Holter von der Fraktion DIE LINKE.

Helmut Holter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben bis Ende Juni Zeit, uns mit diesem vorliegenden Staatsvertrag zu beschäftigen. Die erwähnten NDR-Programme Musik Plus, Info Spezial und Traffic sollen ganz konkret dann auch in Mecklenburg-Vorpommern stärker ausgestrahlt werden.

Eins ist wie immer, Herr Sellering, bei diesen Staatsverträgen: Sie sind fertig. Wir haben nur die Chance, zuzustimmen oder abzulehnen. Wir haben keine Chance mitzuwirken. Es ist also faktisch alles vorbereitet und wir müssen uns jetzt ganz konkret zu diesem Staatsvertrag verhalten.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das ist nun eine Sache, die geht die Regierung genauso an wie das Parlament. Die Öffentlichkeit ist nicht beteiligt und wir werden uns dann am Ende der Ausschussberatung hier abschließend verhalten.

Aber interessant ist ja, was mit diesem Staatsvertrag, sprich mit diesem neuen zusätzlichen Angebot ganz konkret verbunden ist. Herr Sellering ist darauf eingegangen. Zurzeit ist dieses Angebot, dieses Digitalradio nur hier in Schwerin und im Umland von Schwerin zu empfangen als Testprogramm. Die spannende Frage ist für mich: Was haben die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern davon, dass ein solches Angebot existiert? Und Sie alle, ich auch, wir zahlen ja die Rundfunkgebühr, die GEZ. Wenn ich also zahle, dann will ich auch das volle Leistungsangebot haben, egal ob über Internet oder über Satellit, über Kabel oder auf welchem Wege auch immer

Wenn also der Ministerpräsident jetzt argumentiert hat, na ja, so viel werden wir davon nicht haben, dieses Angebot richtet sich an eine bestimmte Bevölkerungsgruppe, insbesondere an junge Leute, dann sage ich, das hat mit dem allgemeinen Verständnis des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nichts mehr zu tun, denn dieses Angebot muss ein allgemeines Angebot sein, zu dem alle Zugriff haben, das heißt also Zugriff über die verschiedenen Medien, entweder über Satellit oder über Kabel oder über Internet.

Und in der Tat ist es so, dass wir mit dem schnellen DSL, mit der Breitbandversorgung das eine oder andere Problem nach wie vor haben. Wir dürfen ja nicht nur in der Kategorie der Städte denken, sondern wir müssen insbesondere auch an die Dörfer denken. Da sitzen auch Nutzer von Radios, die diese Angebote ganz konkret haben wollen. Also diese Fragen sollten wir dann im Ausschuss ganz konkret diskutieren.

Die zweite Frage, die mich interessiert, ist: Warum wurden diese drei Sparten ausgewählt: Musik Plus, Info Spezial, Traffic? Warum gibt es zum Beispiel nicht ein Kinder- und Jugendradio?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Oder einen Sportkanal.)

Ich glaube, es wäre ein Angebot. Von mir aus auch Sportradio. Es würde mich wirklich mal interessieren, warum genau diese ausgewählt wurden. Das geht aus dem Vertrag nicht hervor, kann auch nicht aus dem Vertrag hervorgehen, aber wäre eine Frage, die tatsächlich zu beantworten wäre.

Ja, Herr Petereit, was mit dem Migrationshintergrund ist: Warum wollen Sie eigentlich nicht zulassen, dass, wie in Berlin oder in Hamburg, Sender auf Türkisch, Russisch, Polnisch, Arabisch,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Weil er das nicht versteht.)

also in den Sprachen der Welt ...

(Udo Pastörs, NPD: Sie wollen wohl kriminelle Verhältnisse wie in Amerika, Herr Holter?!)

Das hat doch nichts mit kriminellen Verhältnissen zu tun!

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Das hat etwas damit zu tun, dass wir denen, die hier ihre Heimat gefunden haben, tatsächlich auch ein kulturelles Angebot machen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dass wir uns ihnen öffnen, dass wir sagen, wir wollen eure Kultur hier in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Udo Pastörs, NPD: Die sollen dahin gehen, wo sie hingehören.)

Darum geht es doch, und nicht um Ihre faschistoide Ideologie, dass diese Menschen ausgegrenzt werden. Das, glaube ich, ist genau damit verbunden. Das hat Herr Petereit hier eben noch mal deutlich gemacht.

(Udo Pastörs, NPD:
Die Sozialschmarotzer werden nicht
nach Hause geschickt, das ist der Punkt! –
Peter Ritter, DIE LINKE: Geh nach Hause,
mach deinen Volksempfänger
an, und dann ists gut.)

Ihre Ausländerfeindlichkeit, die stinkt wirklich zum Himmel!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Zuruf von David Petereit, NPD)

Und wir diskutieren, Herr Pastörs, wir diskutieren seit Monaten, und Sie übrigens auch in der letzten Legislaturperiode, immer wieder über die Fachkräfteproblematik.

(Udo Pastörs, NPD: Fachkräfte kommen nicht! Es kommt das Prekariat aus der ganzen Welt, das wissen Sie! – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wo denn?)

Und wir wissen, das ist unsere Überzeugung, Mecklenburg-Vorpommern, Deutschland wird die Fachkräfteproblematik nur durch Zuwanderung lösen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und diese Zuwanderung wird auch ermöglicht,

(Udo Pastörs, NPD: Gehen Sie doch nach Berlin und schauen Sie, wer da kommt.)

indem ich ein entsprechendes kulturelles und auch ein mediales Angebot mache.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jawohl.)

Das gehört einfach dazu und das werden auch Sie nicht verhindern können.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Sie haben erst in der Haushaltsrede gesagt, Sie haben einen Auftrag. Sie haben nur einen Auftrag, von der Bildfläche zu verschwinden, und daran werden wir arbeiten,

> (Udo Pastörs, NPD: Das ist Wunschdenken, Herr Holter! Das ist Ihr Wunschdenken! – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

auch mit den Mitteln des digitalen Radios, das werden Sie erleben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Und dann stellt sich die Frage, die dritte Frage, die ich hier kurz aufwerfen will. Ja, in der Tat, wenn wir alle als Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler an der Finanzierung dieses neuen Angebotes mitwirken – dazu stehen wir auch, da hat ja damals die PDS dazu beigetragen, wir waren das Zünglein an der Waage, wir sind ja das einzige Rundfunkgebiet, in dem alte und neue Bundesländer, also alte und ein neues Bundesland zusammen aufgenommen werden –, inwieweit findet dann Mecklenburg-Vorpommern in diesen neuen Digitalradioangeboten auch statt? Das müsste auch zu hinterfragen sein. Und: Was bedeutet der Ausbau, von dem Herr Sellering hier gesprochen hat, ganz konkret für Mecklenburg-Vorpommern, oder findet das alles in Hamburg statt?

(Udo Pastörs, NPD: Was soll denn dieser Nationalregionalismus, den Sie hier betreiben?)

Wir haben ja außer eingeschränkten Angeboten nichts davon. In dem Sinne bin ich gespannt auf die Diskussion und die Information, die wir zu diesem Vertrag im Ausschuss erhalten werden, und dann werden wir entscheiden, ob wir dem Vertrag zustimmen oder nicht. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 6/363 zur Beratung an den Innenausschuss zu überweisen. Wer stimmt diesem Überweisungsvorschlag zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag an den Innenausschuss beschlossen worden.

Die SPD-Fraktion hat um eine Auszeit von fünf Minuten gebeten.

Unterbrechung: 14.24 Uhr

Wiederbeginn: 14.25 Uhr

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 8**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Fraktionen der SPD und CDU – Entwurf eines Kohlendioxid-Speicherungsausschlussgesetzes Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 6/385.

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und CDU Entwurf eines Kohlendioxid-Speicherungsausschlussgesetzes Mecklenburg-Vorpommern (KSpAusschIG M-V)

(Erste Lesung)

- Drucksache 6/385 -

Das Wort zur Einbringung hat der Abgeordnete Rudolf Borchert.

Rudolf Borchert, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Europäische Union hat mit der Richtlinie 2009/31/EG vom 23. April 2009 die Mitgliedsstaaten verpflichtet, bis zum 25. Juli 2011 nationale Gesetze über die Abscheidung, den Transport und die dauerhafte Lagerung von CO<sub>2</sub> zu schaffen.

Ein entsprechender Gesetzentwurf der Bundesregierung zur sogenannten CCS-Technologie liegt zwar vor, allerdings fehlt die erforderliche Zustimmung des Bundesrates. Da aus heutiger Sicht nicht erkennbar ist, ob und wann der Bundesrat eine Entscheidung treffen wird, wollen die Koalitionsfraktionen kurzfristig eine landesgesetzliche Zwischenlösung zur Verhinderung der CO2-Verpressung im geologischen Untergrund in Mecklenburg-Vorpommern schaffen.

Diese Zwischenlösung soll primär verhindern, dass durch die unmittelbare Geltung der EU-Richtlinie Unternehmen die Aufsuchung und Erforschung von Lagerstätten beantragen und gegebenenfalls Genehmigungsansprüche ableiten können. Darüber hinaus sollen mögliche durchgereichte Strafzahlungen des Bundes an das Land wegen der Nichtumsetzung der EU-Richtlinie vermieden werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Warum lehnen wir als SPD in Mecklenburg-Vorpommern die CCS-Technologie grundsätzlich und insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern ab?

Zum einen: Es gibt große Nutzungskonflikte. Speicherkapazitäten sind in Deutschland und in Europa natürlich begrenzt, ungenau quantifiziert und lokalisiert. Natürliche Speicherkapazitäten in Deutschland sind auf 30 bis 60 Jahre zu prognostizieren und dabei ist festzustellen, dass CCS sichere und ausreichend große Speicher in günstiger Entfernung zu den CO<sub>2</sub>-Abscheideanlagen voraussetzen. Bei der Auswahl der Speicher braucht man zum Beispiel Salzwasser führende Gesteinsschichten, Öl-, Gasfelder, Kohleflöze und so weiter. Dabei sind insbesondere hohe Anforderungen an die Dichtigkeit zu stellen.

In Mecklenburg-Vorpommern werden aufgrund der natürlichen Gegebenheiten geeignete Speicherkapazitäten größeren Umfangs insbesondere im norddeutschen Becken vermutet. Demzufolge bestehen natürlich gleichzeitig auch Nutzungskonflikte zu alternativen unterirdischen Nutzungsformen, wie der Geothermie, den Erdgasspeichern oder auch Druckluftspeichern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine dauerhafte Lagerung von  $\text{CO}_2$  blockiert die Anwendung von Zukunftstechnologien und den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien. In Mecklenburg-Vorpommern brauchen und benötigen wir aber unsere Speicherkapazitäten für die erneuerbaren Energien.

Zum Zweiten birgt die CCS-Technologie große Risiken und auch negative Umweltauswirkungen sind nicht auszuschließen. CO<sub>2</sub> kann entlang der gesamten CCS-Verfahrenskette entweichen, meine Damen und Herren. Undichte Stellen können für Mensch und Umwelt gefährlich werden. Selbst kleine Undichtigkeiten von einem Prozent jährlich können den Nutzen für den Klimaschutz infrage stellen. Der Energieaufwand für Abtrennung, Transport und Speicherung würde um bis zu 40 Prozent mehr CO<sub>2</sub> produzieren als der Verzicht auf CCS und es ist nicht auszuschließen, dass der Trinkwasserhaushalt beim Verpressen von CO<sub>2</sub> in unterirdische Lagerstätten nachhaltig Schaden nimmt. Aufgrund der Risiken gibt es demzufolge große Ängste und Widerstände bei der Bevölkerung.

Drittens. Wirtschaftlichkeit und Effizienz durch CCS sind nicht gegeben. CCS verursacht Mehrkosten für das Abtrennen und Speichern großer Mengen CO2 und sorgt für einen erhöhten Energiebedarf. Zudem ist die Technik sehr kapitalintensiv. Nach der Unternehmensberatungsgesellschaft McKinsey würde allein die Entwicklung der CCS-Technik in Europa 20 Milliarden Euro verschlingen, die beim Bau und beim Nachrüsten einer neuen Kraftwerksgeneration, beim Bau von Pipelines von den Kraftwerken zu den Lagerstätten notwendig werden. 500 Millionen Euro bis 1 Milliarde Euro würde allein die geplante staatliche Anschubfinanzierung betragen.

Viertens. Der Beitrag der CCS-Technologie – und das ist für mich das Entscheidende – zum Klimaschutz ist absolut fraglich, zum Ersten wegen des erhöhten Primärenergiebedarfes der dafür notwendigen Anlagen. Zum Zweiten ist umstritten, wie lange CO<sub>2</sub> unter der Erde bleiben muss, damit durch diese Technologie ein positiver Beitrag zur Minderung von Treibhausgasen erzielt werden

kann. Zum Dritten weisen CCS-fähige Kraftwerke, die nicht vor 2030 zur Verfügung stehen würden, einen deutlich verringerten Wirkungsgrad auf. Zum Vierten dient die CCS-Technologie ausschließlich der Symptombekämpfung, nicht aber der viel notwendigeren Ursachenbekämpfung. Deren Einführung würde öffentliche Mittel und Forschungsgelder binden, die im Umkehrschluss Alternativen, erneuerbaren Energien und Technologien zur Vermeidung von schädlichen Treibhausgasen fehlen würden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

An dieser Stelle, glaube ich, passend auch ein Zitat von Hermann Scheer. Besser kann es wohl keiner auf den Punkt bringen. Ich zitiere Hermann Scheer: "Das CCS-Projekt ist ein Konzept der Risikoverlagerung statt der Risikoüberwindung, ein kostspieliges und hochriskantes Aufschieben der Energiewende."

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Gegensatz zur CCS-Technologie – und das wird oftmals gleichgestellt und nicht richtig erklärt – ist die CCR-Technologie, nämlich die Abscheidung und Wiederverwendung, ich betone, die Wiederverwendung von CO<sub>2</sub> zur Erreichung der international vereinbarten Ziele zur CO<sub>2</sub>-Reduktion eine durchaus prüfenswerte Option.

Das sogenannte  $CO_2$ -Recycling kann nicht nur in der Energiewirtschaft, sondern vor allem in der Stahl-, Chemie- oder Zementindustrie einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten und gerade auch in diesem Bereich erprobt werden. Dazu allerdings sind Forschung und Entwicklung notwendig, um technische Erfahrungen machen zu können. Stoffliche Nutzung und Wiederverwertung – Wiederverwertung, meine Damen und Herren, von  $CO_2$  – müssen grundsätzlich Vorrang haben vor einer langfristigen Verpressung von  $CO_2$ .

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Deutschland kann seine Klimaschutzziele nicht durch die Einführung von CCS, sondern nur durch die konsequente Nutzung erneuerbarer Energien, Energieeinsparung sowie Energieeffizienzerhöhung erreichen. Mecklenburg-Vorpommern bekennt sich mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zum Ausschluss der geologischen Verpressung von CO<sub>2</sub> klar zum Ausbau und zur Nutzung der erneuerbaren Energien.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle möchte ich namens der Koalitionsfraktionen natürlich auch die Ankündigung machen, dass wir uns sehr bemühen werden, ein zügiges parlamentarisches Verfahren sicherzustellen.

(Heinz Müller, SPD: Sehr gut.)

Das ist das Ziel. Ich glaube allerdings nicht, dass wir bereits im April die Zweite Lesung erreichen werden, sondern ich gehe davon aus, dass wir die übernächste Landtagssitzung im Mai erreichen, denn ich halte es für zwingend notwendig, dass wir bei diesem wichtigen Gesetz eine verkürzte vereinfachte schriftliche Expertenanhörung vornehmen. Das mit einfließen zu lassen, erfordert diesen Zeitrahmen.

Namens der Koalitionsfraktionen beantrage ich die Überweisung federführend in den Energieausschuss und zur Mitberatung in den Umwelt-, Agrarausschuss und in

den Wirtschaftsausschuss. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat das Wort der Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Herr Schlotmann.

Minister Volker Schlotmann: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte ganz kurz die Gelegenheit nutzen, die Position der Landesregierung zu dem Thema hier darzustellen. Man stellt sich als Erstes mal die Frage: Warum sollen wir eigentlich ein Landesgesetz erlassen, das diese Speicherung von CO<sub>2</sub> auf dem Hoheitsgebiet des Landes verbietet? Kurz geantwortet kann man sagen: weil die CCS-Technologie unserem Land und der Energiewende deutlich schadet.

Erstens. Es gibt ein Sicherheitsproblem. Die Betreiber der Technologie – der Kollege Borchert ist ja im Detail auch darauf eingegangen – belegen ausschließlich mit Rechenmodellen, dass eine dauerhafte sichere Speicherung möglich wäre. Solche Rechnermodelle waren auch die Grundlage für das Betreiben eines Kernkraftwerkes in Japan, ohne weitere Prüfungen und ohne Konzepte, die sozusagen belegen, dass diese dauerhafte sichere Speicherung möglich wäre. So wäre es bei uns im Land. Es gibt also kein Konzept, um zum Beispiel einen Dichtheitsnachweis vor der Genehmigung einer Speicherstätte durchzuführen.

Meine Damen und Herren, solange die Betreiber der CCS-Technologien nicht nachprüfbar belegen können, dass das Verfahren wirklich sicher ist, darf diese Technik in Mecklenburg-Vorpommern definitiv nicht zum Einsatz kommen!

Zweitens. Die geologischen Formationen, die als CO<sub>2</sub>-Speicher geeignet wären, könnten – auch darauf ist der Kollege Borchert eingegangen – zur Speicherung beziehungsweise Produktion von erneuerbarer Energie dienen. Vorstellbar sind unter anderem die Kraft-Wärme-Kopplung, die Speicherung von regenerativ erzeugtem Wasserstoff oder auch Geothermie.

Und ich will das hier so deutlich sagen: Diese zukunftsweisenden Technologien müssen eindeutigen Vorrang bei uns im Land haben, und dieser Vorrang muss ihnen eingeräumt werden. Diese Speicherung von CO<sub>2</sub> steht aber jeder anderen Nutzung des betroffenen unterirdischen Areals entgegen. Damit wir keine Handlungsoptionen für die Zukunft verlieren, müssen wir diese tiefen Erdschichten in unserem Land zunächst für CCS blockieren. Und genau dazu dient ja der hier zu beratene Gesetzentwurf.

Es bleibt zu klären, ob mit dem vorliegenden Gesetzentwurf der Einsatz von CCS in Mecklenburg-Vorpommern tatsächlich unterbunden werden kann. Da streiten sich die Juristen nach wie vor drüber.

Wir haben hier eine klare Rechtsposition. Die Mitgliedsstaaten der EU wurden mit der Richtlinie, die hier schon

zitiert worden ist, des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23.04.2009 über die geologische Speicherung von Kohlendioxid verpflichtet, bis zum 25.06. des vergangenen Jahres nationale Gesetze über die Abscheidung, den Transport und die dauerhafte Speicherung von Kohlendioxid zu erlassen. Ein entsprechendes Bundesgesetz liegt derzeit im Vermittlungsausschuss. Und ich sage hier und wage die Prognose, dass vor der Landtagswahl und der Auswertung der Ergebnisse der Landtagswahl in Schleswig-Holstein vom 6. Mai auch kein Ergebnis zustande kommen wird. Das liegt mehr oder weniger deutlich auf der Hand.

Wir bewegen uns aber hier im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung, und es ist möglich, ein entsprechendes Landesgesetz zu erlassen, da von der Bundesebene bislang kein entsprechendes Gesetz verabschiedet wurde. Denn die EU-Richtlinie schreibt ausdrücklich nicht vor, dass eine CO<sub>2</sub>-Speicherung zugelassen werden muss. Deswegen bin ich den Koalitionsfraktionen auch dankbar, dass sie diesen Gesetzentwurf einbringen. Er ist dringend notwendig, er ist zweckmäßig und es verdient eine breite Mehrheit, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich möchte noch mal kurz auf den Gesetzentwurf der Bundesregierung eingehen, der, wie gesagt, im Vermittlungsausschuss liegt. Im Gegensatz zu dem vorliegenden Gesetzentwurf sieht der Entwurf der Bundesregierung kein Verbot der CO<sub>2</sub>-Speicherung vor. Die Bundesregierung will also CCS in vollem Umfang zulassen, wenn auch zunächst unter der Tarnkappe "Erprobung und Erforschung". Es ist jedem klar, dass Investitionen und Anlagen der erforderlichen Größe – da haben wir ausreichende Erfahrungen in den letzten Jahrzehnten gemacht – nach einem Testlauf nicht einfach wieder von der Bildfläche verschwinden, mit dem Argument, dass eben hier riesige Investitionen geschaffen worden sind, die nicht einfach so wieder von der Bildfläche verschwinden können.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wie mit dem Zwischenlager.)

Ja, dem würde ich sogar zustimmen.

Außerdem gestattet der Gesetzentwurf, bis zu acht Millionen Tonnen Kohlendioxid im Jahr zu verpressen. Das ist eine enorme Menge, meine Damen und Herren.

Übrigens – auch das wird in der öffentlichen Diskussion häufig nicht erwähnt –, der wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung, also das Gremium, das sich die Bundesregierung selbst geschaffen hat, dieser wissenschaftliche Beirat "Globale Umweltveränderung", beschreibt diese CCS-Technologie als problematisch und stellt fest, dass erneuerbare Energien völlig ausreichen, um eine globale Vollversorgung zu gewährleisten – also ein Gremium des Bundes.

Der Gesetzentwurf des Bundes sieht eine sogenannte Länderklausel vor. Auch das, meine Damen und Herren, ist nach meiner Einschätzung ein Feigenblatt, da es den Ländern durch diesen Gesetzentwurf nicht gestattet wird, auf ihrem Hoheitsgebiet die CO<sub>2</sub>-Speicherung gänzlich zu verbieten. Stattdessen schiebt der Gesetzentwurf den Ländern die Haftung für die Speicher nach deren Stilllegung zu. Also auch das kommt noch dazu: keine Entscheidungsfreiheit bei der Ansiedlung eines solchen CO<sub>2</sub>-

Speichers, aber die Haftung dafür bei den entsprechenden Ländern.

Solange der Bund die EU-Richtlinie nicht mit seiner eigenen Gesetzgebung umsetzt, solange greift der Inhalt der EU-Richtlinie in vollem Umfang. Wenn ein Betreiber in Mecklenburg-Vorpommern also – das wäre zurzeit die konkrete Situation – die CCS-Technologie zum Einsatz bringen wollte, wäre diesem Antrag aufgrund der EU-Richtlinie stattzugeben. Wir hätten keine Wahl. Wir müssten diesem Antrag stattgeben.

Meine Damen und Herren, daher ist es umso wichtiger, dass wir als Land die EU-Richtlinie selbstständig umsetzen. Hier haben wir die Möglichkeit, hier müssen wir es tun, hier lassen Sie uns das tun.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir wollen als Landesregierung – und ich denke, es gibt da eine breite Zustimmung – keine CO<sub>2</sub>-Speicher in Mecklenburg-Vorpommern, und deshalb unterstützen wir ausdrücklich den vorliegenden Gesetzentwurf. Und ich möchte trotz der Mahnung des Kollegen Borchert appellieren, dieses so zügig wie möglich zu machen, damit wir dieses Vakuum schnell weghaben und uns da keiner in die Parade fährt. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke von der Fraktion DIE LINKE.

**Dr. Mignon Schwenke**, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir können ja froh sein, dass es noch kein Bundesgesetz gibt. Angesichts der Konstellation, wie sie in der Bundesregierung herrscht, wäre ich mir nicht sicher, ob wir schon dazu gezwungen wären, die CCS-Speicherung zuzulassen, also die CO<sub>2</sub>-Speicherung zuzulassen.

Aus Sicht der Linksfraktion gibt es zu dem hier vorliegenden Gesetzentwurf, der ja wirklich angenehm kurz ist und nur dem in der Überschrift genannten Zweck dient, zumindest in der Ersten Lesung nicht so sehr viel zu sagen. Abgesehen von der ziemlich sperrigen Überschrift – aber das haben Gesetze meist so an sich – zunächst nur so viel: Meine Fraktion wird der vorgeschlagenen Überweisung zustimmen.

Wir wollen eine unterirdische Speicherung von abgeschiedenem  $CO_2$  verhindern, nicht nur bei uns im Land, aber vor allen Dingen auch da. Das hat auch gar nichts mit regionalen Egoismen zu tun. Das CCS-Verfahren ist teuer – ich brauche das nicht alles zu wiederholen, was Herr Borchert schon gesagt hat, da stimme ich ihm vollkommen zu –, unausgegoren und birgt Risiken, die nicht abzusehen sind. Außerdem soll es nach unserer Beurteilung das Überleben der Energieerzeugung aus der Verbrennung von Braun- und Steinkohle auf lange Sicht sichern, also in Form von Großkraftwerken, die auch dann am besten und ehesten von den vier großen Energieversorgern bewältigt werden können. Es wird weder kurz- noch langfristig für eine Reduzierung des  $CO_2$ -Ausstoßes von Kraftwerken sorgen.

Mit Klimaschutz hat das nichts zu tun. Es wäre ein weiterer Sargnagel für die Energiewende. CCS führt dazu,

dass der Wirkungsgrad von Kohlekraftwerken weiter sinkt.

Ich sage es noch einmal: Das Verfahren ist teuer, birgt neue, nicht kalkulierbare Risiken für Mensch, Natur und Umwelt. Zudem würden die Strompreise für den Endverbraucher durch die Einführung dieser Technologie weiter steigen. Wer es also mit Klimaschutzzielen, Energiewende und der Förderung von erneuerbaren Energien ernst meint, der muss diese Technologie ablehnen.

Wir wollen sie – das habe ich schon gesagt – nicht nur bei uns nicht, insgesamt nicht in der Bundesrepublik, aber zuallererst natürlich nicht in Mecklenburg-Vorpommern. – Ich danke. Ich freue mich auf die Diskussion in den Ausschüssen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Seidel von der CDU-Fraktion.

Jürgen Seidel, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann mir jetzt viele Argumente schenken, weil ja sehr viel in der Sache schon gesagt wurde. Ich will schlichtweg nur noch einmal darauf hinweisen, dass dieses Thema CCS – das heißt ja auf Neuhochdeutsch: Carbon Capture Storage, also Kohlenstoff einschließen in entsprechenden Speichern, Gesteinen in dem Fall – eine Geschichte ist, die uns seit zwei Jahren ungefähr beschäftigt.

Es wurde gesagt, es gibt die Europäische Richtlinie, und es gibt oder gab, wie auch immer, darauf folgend eine Diskussion in Deutschland. Allerdings, das muss man sagen, man kann da jetzt auf den Bund schimpfen und so weiter und so fort, das ist nicht ganz richtig – es gibt auch in den Ländern etwas unterschiedliche Situationen.

Die LINKE weiß natürlich ganz genau, dass in Brandenburg für sie die Situation ganz anders aussieht. Der linke Wirtschaftsminister kämpft, hat zumindest lange um CCS gekämpft, jetzt ruht das ganze Geschäft ja.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Nicht zu unserer Freude. – Peter Ritter, DIE LINKE: Man muss es mal erwähnen.)

Ja, man muss es ja mal erwähnen, richtig. Genauso ist es.

Die SPD ist in dieser Frage auch etwas gespalten. Auch das wollen wir mal sagen. Also in Nordrhein-Westfalen wird das nicht so eindeutig abgelehnt. Da, wo eben Kohle da ist, wo es große Industrien gibt, dort ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da wählen wir jetzt erst mal neu und dann gucken wir mal.)

Ja, gut. Ich will ja nur sagen, es ist nicht so leicht abzutun, wie mancher das glaubt.

Trotzdem gebe ich allen recht, die da sagen, dass diese Technologie Probleme macht. Man muss auch noch mal in die Historie schauen. Vor zwei Jahren, als die Richtlinie erlassen wurde, gab es folgende Situation: RWE, glaube ich, war es seinerzeit, ist dann – durch welche

Dinge veranlasst, weiß ich bis heute noch nicht – durch Mecklenburg-Vorpommern gestiefelt und hat schlichtweg auf irgendwelchen Grundstücken versucht, Erkundungen anzufangen, ohne eine Genehmigung dafür zu haben. Das ging so weit, dass man auch in Bayern auf Grundstücken von Bauern aufgetaucht ist, ebenfalls RWE, und das hat dann einen kleinen Sturm ausgelöst, der am Ende zu dem Ergebnis geführt hat, dass der Gesetzentwurf nicht weiterging und so weiter und so fort. Das ist die Situation.

Ich will zwei Gründe nennen, die für mich schlichtweg vielleicht die wichtigsten sind. Erstens einmal: Es ist eine Technologie, die in Deutschland grundsätzlich nicht akzeptiert ist und insofern, glaube ich, nachdem Schleswig-Holstein vor einiger Zeit schon diesbezüglich einen Landtagsbeschluss gefasst hatte, auch keine Chance hat, akzeptiert zu werden. Das glaube ich nicht.

Zum Zweiten – und da gebe ich Rudi Borchert ausdrücklich recht –, es ist eine sogenannte End-of-Pipe-Technologie, das heißt, man verbuddelt irgendwas, schafft es in die Ecke und will es nicht mehr sehen. Das kann keine Lösung sein! Da kommt wieder der Ingenieur ein bisschen durch: Das kann keine Lösung sein, das ist gar keine Frage. Nur muss man wissen, dass die Wiedernutzung offensichtlich schwieriger ist, als mancher glaubt. Es wird da versucht, also ich weiß, dass Linde da zum Beispiel einige Versuche macht, aber – großtechnischindustriell bisher nicht gelungen. Es wäre wünschenswert.

Das Problem sehe ich darin – und insofern muss man sich über die Kosten vielleicht gar nicht so sehr viele Gedanken machen –, kein Unternehmen würde diese CO<sub>2</sub>-Abscheidung und dann Verpressung machen, wenn es das nicht müsste. Jetzt haben wir aber folgende Situation, dass nach 2013, so ist die Regelung bisher, die CO<sub>2</sub>-Zertifikate ersteigert werden müssen. Das heißt, es kommen riesige Kosten auf die zu, die CO<sub>2</sub> ausstoßen.

Meine Damen und Herren, das sind nicht nur die Kohlekraftwerke, das betrifft zum Beispiel auch Gaskraftwerke, das kann zum Beispiel Gießereien betreffen oder andere Industrien, die CO<sub>2</sub> ausstoßen. Also insofern gibts da ein Problem, in der nächsten Zeit mit diesem Thema umzugehen. Man würde das ja aus der Sicht eines Unternehmens nur machen, wenn man einen Kostenvorteil hat: diese auch wirkungsgradsenkenden Kosten in Kauf nehmen, wenn ich andere Kosten dafür sparen kann. Also die Kostendiskussion, glaube ich, ist nicht die, worüber wir uns Gedanken machen müssen. Aber in der Tat, ich bleibe dabei, die Akzeptanz ist gleich null und, wie gesagt, das Thema Wiederverwendung ist ebenfalls absolut inakzeptabel.

So, wir setzen jetzt hier die Koalitionsvereinbarung um. Ich will aber der Fairness halber darauf hinweisen, es sind bewusst auch nicht ausgeschlossen worden die oberirdische Ablagerung und die Abtrennung. Denn aus den Gründen, die ich nannte, wenn tatsächlich zum Beispiel im nächsten Jahr ein Unternehmen in Probleme kommen sollte – was wir alle heute noch nicht wissen, wir kennen die Entwicklung nicht –, dann, finde ich, muss man irgendwo eine Chance haben, mit dem Unternehmen eine wie auch immer geartete Meidbewegung wenigstens zu akzeptieren. Hier schließen wir die unterirdische Lagerung in Mecklenburg-Vorpommern aus, die in der Tat auch viele Konkurrenzprobleme bringt.

Wir müssen auf eines aufpassen: Wir werden über Speicher in Mecklenburg-Vorpommern reden müssen. Wir müssen über Speicher reden, die im Zuge der Gasversorgung notwendig sind. Die Diskussion kennen wir, keiner will ihn haben,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, keiner will ihn haben.)

er ist aber notwendig, irgendwo muss so etwas hin. Und wir werden auch reden zu dem Thema erneuerbare Energien, also Speicherung, da könnte dieses Thema kommen – ob Methan, ob Druckluft, es gibt die tollsten Vorstellungen, was man alles machen kann. Ich will nur sagen, wir werden uns dieser Frage stellen müssen. In dem Fall halte ich es auch für richtig, diesen Weg, der jetzt hier beschritten wird, zu gehen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat der Abgeordnete Herr Jaeger von der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird diesem Gesetzentwurf selbstverständlich zustimmen und wir freuen uns, dass dieser Gesetzentwurf auf den Weg gebracht wurde.

Das Thema CCS ist für viele, die daran denken, dass weltweit der überwiegende Teil des Stroms aus Kohle produziert wird, gerade auch in großen Ländern wie China, Indien und so weiter, durchaus ja auch ein Hoffnungszeichen. Man glaubt, man könne dadurch große Mengen CO<sub>2</sub> abscheiden und die derzeitige Form der Energieversorgung aufrechterhalten, nämlich über Kohle, und das Ganze zu speichern. Man muss dazu wissen, dass selbst Kraftwerke, die so was schon probiert haben, letztendlich maximal 70 Prozent des produzierten CO2 abscheiden können. Die können nicht zu 100 Prozent abscheiden und der Wirkungsgrad des Kraftwerkes sinkt erheblich. Man muss, um die gleiche Anzahl von Kilowattstunden zu erzeugen, etwa 35 Prozent mehr Kohle verbrennen - und daraus ergibt sich ein Problem. Wir lösen mit CCS nicht grundsätzlich das CO<sub>2</sub>-Problem bei Kohlekraftwerken.

Wir haben, das ist mehrfach angesprochen worden, eine erhebliche Konkurrenz zu verschiedensten Ideen erneuerbarer Energien.

Herr Seidel, Sie haben es angesprochen, das Thema Speicherung von zum Beispiel Methan im Boden. Aber ein ganz großes Thema, was wir in Mecklenburg-Vorpommern auch noch verfolgen werden, ist, dass wir zum Beispiel Wärme speichern können im Boden. Das können wir zum Teil nur in tiefen geologischen Schichten tun und da gibt es interessante Ideen. Das bringt mich auf einen entscheidenden Punkt, den wir in den Ausschüssen diskutieren sollten. Das Gesetz ist nämlich bisher sehr beeindruckend einfach. Ich kann Ihnen den einen Satz, der relevant ist, vorlesen: "Auf dem Hoheitsgebiet von Mecklenburg-Vorpommern einschließlich des Küstenmeeres innerhalb der 12-Seemeilenzone wird die geologische Speicherung von Kohlendioxid ausgeschlossen."

Es wäre natürlich schön, wenn es so einfach wäre, aber es gibt ein Gutachten von Greenpeace und BUND, die

darauf aufmerksam machen, dass es so einfach nicht laufen kann. Bei vielen anderen Themen wäre das nämlich dann auch der Fall, dass die Länder sich einfach Bundesprojekten verweigern könnten. Und daraus resultiert die Idee, zu sagen, wir müssen begründen, an welcher Stelle wir in unserem Bundesland welche Flächen für welche Technologien nutzen wollen. Dadurch können wir letztendlich auch das Land dichtmachen für das Thema "Tiefenspeicherung von  $CO_{2^n}$ .

Aber wir müssen uns Gedanken darüber machen, was wir mit unseren Speichern im Land anfangen wollen. Erst wenn das geklärt ist, ist wirklich abgesichert, dass wir das in unserem Bundesland auch verhindern können, dass sich so was durchsetzt. Das sind genau die Themen, die wir dann in den Ausschüssen beraten werden. Ansonsten findet das Ganze unsere volle Zustimmung.

Ich will noch einen letzten Satz sagen: Warum könnte sich das in manchen Bundesländern auch rechnen? Sie haben es angesprochen, der Zertifikatehandel hat bisher nicht annähernd das gebracht, was wir uns davon erhofft haben. Der Gedanke war, weg vom EEG, wir sollten hingehen zu marktwirtschaftlichen Prozessen. Allerdings sind in der Vergangenheit – das hat sich herausgestellt – viel zu viele Zertifikate ausgeteilt worden. Deswegen ist der Preis für CO<sub>2</sub>-Zertifikate pro Tonne auf lächerliche Summen abgesunken, unter einen Euro zum Teil, und es gibt in diesem Bereich zurzeit erhebliche Mitnahmeeffekte bei Kraftwerksbetreibern. Von daher sollte man sich auch noch mal sehr kritisch dieses Thema angucken, ob es wirklich zu einer Veränderung unserer Energieproduktion führt oder nicht einfach nur Geld hin und her gereicht wird und wir das Ziel deswegen trotzdem nicht schneller erreichen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

> (Beifall vonseiten der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Müller von der NPD-Fraktion.

Tino Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auf die Risiken einer unterirdischen Speicherung von Kohlendioxid möchte ich an dieser Stelle nicht näher eingehen. Dazu wurde hier ja auch schon einiges gesagt. Außerdem haben unsere Fraktion mit mehreren Anfragen hier im Landtag und die NPD-Kreistagsfraktion im ehemaligen Landkreis Uecker-Randow mit einem Antrag nachgewiesen, welche Gefahren für die Menschen in unserem Land mit dieser Technologie verbunden sein könnten.

Damals, im Mai 2011, konnten wir sogar Frau Schlupp von der CDU davon überzeugen, unserem Antrag nach einigen kleinen Veränderungen mit 29 weiteren Kreistagsmitgliedern zuzustimmen. Dem heutigen Gesetzentwurf werden wir auch deshalb unsere Zustimmung geben, weil er nichts anderes als die Umsetzung der damaligen NPD-Forderung beinhaltet.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Verschätzen Sie sich mal nicht!)

Und genau vor diesem Hintergrund möchte ich kurz auf einen anderen Aspekt eingehen, nämlich Ihre Unfähigkeit, zeitnah Gesetze zum Wohl unseres Volkes zu verabschieden, denn wie so häufig versuchen Sie mit dem heutigen Entwurf wieder einmal, mit einem blauen Auge davonzukommen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Sie hätten doch einen Gesetzentwurf machen können, Sie Schlaumeier!)

Schon 2009 wurden die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union verpflichtend angewiesen, nationale Gesetze über die Abscheidung, den Transport und die dauerhafte Speicherung von Kohlendioxid zu schaffen, und das bis zum 25. Juni 2011. Heute, drei Jahre später, existiert noch immer kein taugliches Gesetz auf Bundesebene, das den Schutz unserer Landsleute vor der unausgereiften CCS-Technologie garantiert.

Am 23. September 2011, also bereits drei Monate nach verstrichener EU-Frist, lehnte der Bundesrat den Gesetzentwurf des Bundes ab. Die anschließenden Bemühungen des Vermittlungsausschusses führten zu keinem Ergebnis. Und während man in Deutschland mal wieder mit den Tücken des föderalen Systems zu kämpfen hatte, rieb man sich in Brüssel raffgierig die Hände. In Vorfreude auf die hohen Strafgeldzahlungen wurde das entsprechende Verfahren gegen Deutschland eingeleitet. So viel zur Kompetenz der aktuell Verantwortlichen.

Ein Gesetzentwurf mit drei überschaubaren Paragrafen benötigt drei Jahre, um auf den Weg gebracht zu werden. Dabei steht noch nicht einmal fest, ob die Formulierungen Bestand haben und inwieweit trotzdem Strafzahlungen fällig werden könnten. Die von Ihnen mit installierte und so fanatisch vergötterte EU gibt mittlerweile ein Tempo vor, mit dem die überforderte Berufspolitikerkaste in Deutschland nicht mehr Schritt halten kann.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Obwohl Sie jegliche tief greifende Entscheidungskompetenz abgetreten haben, sind Sie so sehr mit Diätenerhöhungen, Winterabschiebestopp für Zigeuner

(Zurufe von Heinz Müller, SPD, und Dr. Norbert Nieszery, SPD)

und der Errichtung des nächsten Demokratiezentrums beschäftigt, dass Sie nicht einmal rechtzeitig dazu kommen, Herr Nieszery, die vorgelegten Diktate aus Brüssel abzunicken.

(Heinz Müller, SPD: Wenn so was wehtäte, würde er den ganzen Tag schreien.)

Hohe Strafzahlungen auf Kosten der Steuerzahler sind die Folge. Jeder klar denkende Mensch sollte verstehen, dass "EU" für "Europas" Unglück steht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wir sprechen aber über CCS, oder?)

Ein Austritt aus diesem volksfeindlichen Machtgefüge sowie die Abwahl der Versagerparteien

(Udo Pastörs, NPD: Sehr gut, Tino!)

sind daher die Grundvoraussetzungen für eine politische Gesundung

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, ja, solche gesunden Leute wie Sie, Herr Müller.)

in unserem Land.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Borchert von der SPD-Fraktion.

(Der Abgeordnete Rudolf Borchert verzichtet.)

Herr Borchert zieht seinen Redebeitrag zurück. Dann schließe ich die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 6/385 zur federführenden Beratung an den Energieausschuss sowie zur Mitberatung an den Wirtschaftsausschuss sowie an den Agrarausschuss zu überweisen. Wer stimmt diesem Überweisungszuschlag,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wer schlägt den Zuschlag vor?)

Überweisungsvorschlag zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag an die entsprechenden Ausschüsse angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 9**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Fraktion DIE LINKE – Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gleichstellungsgesetzes und anderer Gesetze, Drucksache 6/376.

Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gleichstellungsgesetzes und anderer Gesetze (Erste Lesung) – Drucksache 6/376 –

Das Wort zur Einbringung hat der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion DIE LINKE.

(Stefan Köster, NPD: Herr Ritter, wo ist Ihr Röckchen? – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben gerade mit großer Einmütigkeit einen Gesetzentwurf zur Beratung in die Ausschüsse überwiesen, weil wir uns im Thema einig waren. Ich verhehle nicht, dass ich den Wunsch habe, dass dieses mit unserem vorgelegten Gesetzentwurf ebenso geschieht. Ich bitte also schon zu Beginn meiner Rede um eine Überweisung unseres Gesetzentwurfes in die vorgeschlagenen Ausschüsse. Allerdings erlauben Sie mir, dass ich dann doch schon zu Beginn Zweifel anmelde. Vielleicht überraschen Sie mich heute, aber einige Dinge auch des heutigen Tages nähren diese Zweifel.

Als der Kollege Saalfeld heute in der Haushaltsdebatte den Ministerpräsidenten mit der Bemerkung angesprochen hat, die "Gleichstellungsministerin" wird dieses oder jenes schon machen, meinte Herr Sellering "Arbeitsministerin". Das sagt schon vieles über die Schwerpunktsetzung in dem Haus aus, und ich weiß eben nicht, ob es gut ist, dass der Bereich Gleichstellungspolitik unter

"ferner liefen" im sozialen Arbeitsministerium/Gesundheitsministerium angesiedelt worden ist.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Lassen Sie mich ein anderes Beispiel anführen: Auf der letzten Sitzung des Innenausschusses hatten wir 13 Gäste aus dem Innenministerium und aus dem Landesrechnungshof, darunter war eine Frau. Lassen Sie mich einen Blick noch weiter zurückwerfen. Auf den Wahlveranstaltungen vor der Landtagswahl hat die SPD und hat vor allen Dingen

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

der Ministerpräsident nicht nur einen Paukenschlag versprochen, sondern auch eine zeitnahe Novelle des Gleichstellungsgesetzes angekündigt.

Lassen Sie mich noch weiter zurückschauen. Ich zitiere: "Für den Unterhalt der Streitmacht und für die Kosten der Verwaltung sind die Abgaben der Frau und des Mannes gleich; sie hat Anteil an allen Strapazen, an allen beschwerlichen Arbeiten; sie muss deshalb ebenso Anteil an der Besetzung von Stellen, Ämtern, Arbeitsplätzen, Würden und Gewerben haben." Zitatende. Dieses Zitat, liebe Kolleginnen und Kollegen, stammt aus dem Jahre 1791 von der Frauenrechtlerin Olympe de Gouges. Obwohl dieses Zitat mehr als 300 Jahre alt ist,

(Heinz Müller, SPD: 200, 200.)

trifft es in seiner Aussage heute noch zu, erstaunlich und bitter zugleich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Gleichstellung ist eine Querschnittsaufgabe. In allen fachpolitischen Bereichen müssen die unterschiedlichen Belange von Frauen und Männern von vornherein und kontinuierlich berücksichtigt werden. Trotz dem, dass von der Landesregierung immer wieder betont wird, dass die Ansiedlung des Gleichstellungsthemas im Sozialministerium mit Beginn der 6. Legislaturperiode eine gut durchdachte und sinnvolle Maßnahme war, sind wahrlich nur wenige in der Gleichstellungsarbeit Tätige von dieser Sinnhaftigkeit überzeugt, denn sie spüren nichts von Aufbruch, von Nachhaltigkeit, von Förderung und Unterstützung. Sie bemerken Stillstand und Rückschritt. Auch wenn Gleichstellungspolitik nicht als Abteilung, sondern als Leitstelle im Sozialministerium angesiedelt wurde, ist die Betrachtung der Gleichstellung als Querschnittsaufgabe in der Landespolitik aus meiner Sicht und aus Sicht vieler Betroffener nicht mehr gewährleistet.

Die Gleichstellungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern wurde aus ihrer fast zwei Jahrzehnte währenden übergeordneten Position mit Ansiedlung in der Staatskanzlei in ein Fachministerium abgeschoben und personell zusammengeschrumpft. Das können Sie nun wahrlich niemandem als fortschrittliche oder sinnbringende Maßnahme verkaufen. Um der Gleichstellung die Bedeutung beizumessen, die ihr gesellschaftlich zukommen muss, und um Gleichstellung im Land weiter voranzubringen, müssen weitere Schritte eingeleitet und vor allem rechtliche Regelungen geschaffen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor Ihnen liegt ein Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes zur Gleichstellung von Frau und Mann im öffentlichen Dienst, das im

Jahr 1994 erstmals in Kraft trat, sowie zur Änderung beziehungsweise Ergänzung des Landesstatistikgesetzes, des Landes- und Kommunalwahlgesetzes und des Gesetzes zur öffentlichen Auftragsvergabe. Wir wollen, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern in Mecklenburg-Vorpommern weiter vorangebracht wird. Dazu gehört, dass Gleichstellungskriterien nicht nur im öffentlichen Dienst, sondern in weiteren Bereichen mit staatlichem Einfluss fest verankert werden.

Der Ihnen vorliegende Gesetzentwurf beinhaltet im Wesentlichen vier Artikel sowie in Artikel 5 die Schlussbestimmungen. Der umfangreichste Teil des Gesetzentwurfes betrifft in Artikel 1 die Änderung des Gesetzes zur Gleichstellung von Frau und Mann im öffentlichen Dienst. Wir wollen den Wirkungsbereich erweitern und es zu einem Gesetz zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in Mecklenburg-Vorpommern machen und nicht nur im öffentlichen Dienst.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Helmut Holter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Gleichstellungsgesetz für den öffentlichen Dienst wurde im Jahr 1998 einer grundlegenden Neufassung unterzogen, Änderungen, die in den Jahren 2002, 2006 und 2009 vorgenommen wurden, betreffen Teilbereiche dieses Gesetzes. Damit wird deutlich, dass das Gesetz dringend einer Überarbeitung und Modernisierung bedarf, zumal sich auch auf Bundesebene einiges getan hat. So ist zum Beispiel im Bundesgleichstellungsgesetz das Alter des Kindes, bis zu dem Familienpflichten bestehen, auf 18 Jahre angehoben worden.

Mit dem Gesetzentwurf wird der Geltungsbereich des Gesetzes ausgeweitet. Die Bestimmungen sollen nicht nur für den öffentlichen Dienst gelten, sondern auch für die Beteiligungsunternehmen des Landes sowie darüber hinaus für Unternehmen und Einrichtungen, die privatisiert und veräußert wurden. Rechtlich steht dem nichts entgegen. Werden durch das Land Unternehmen veräußert, gelten grundsätzlich die gleichen Rahmenbedingungen wie im privaten Recht allgemein. Nebenabreden zur Einhaltung der Bestimmungen des Gesetzes können somit in den Verträgen geregelt werden.

Bei Veräußerungen von kommunalen Unternehmen ist der Eingriff in die Finanzhoheit und somit die kommunale Selbstbestimmung damit zu rechtfertigen, dass die Gleichberechtigung Zielstellung des Landes und als solche in Paragraf 13 der Landesverfassung festgeschrieben ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neu im Gesetzentwurf ist auch die Aufnahme und explizit die Formulierung von Gleichstellungsgrundsätzen sowie der Gleichstellungsverpflichtung. Darin wird verankert, dass Frauen und Männer wegen ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Identität und des familiären oder lebenspartnerschaftlichen Standes nicht diskriminiert werden dürfen. Damit sollen Vorbehalte gegenüber bestimmten familiären oder lebenspartnerschaftlichen Modellen ausgeräumt und insgesamt das Umdenken in der Gesellschaft befördert werden,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

denn Familie bedeutet heute viel mehr, Herr Pastörs, als die im rechtlichen Status der Ehe verankerte MutterVater-Kind-Konstellation. Das Familienmodell hat sich in den letzten Jahren wesentlich verändert.

(Udo Pastörs, NPD: Jaja.)

Wichtig ist auch die Aufnahme des Gebots zur Umsetzung angemessener Vorkehrungen zum Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile für Menschen mit Behinderungen. Menschen, insbesondere Frauen mit Behinderungen, soll eine größtmögliche gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden. Ebenso sollen Menschen mit Migrationshintergrund, Herr Petereit, insbesondere Frauen mit Migrationshintergrund, im Sinne dieses Gesetzes gezielt gefördert werden.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist wichtig.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, anstelle eines Förderplanes ist zukünftig in jeder Dienststelle im Sinne dieses Gesetzes ein Gleichstellungsplan zu erstellen. Das ist nicht nur ein Wortwechsel, denn damit soll der Blick für den gesamten Prozess der Doppelstrategie Gender-Mainstreaming geschärft werden. Gleichstellung betrifft Frauen und Männer gleichwohl. Beide Geschlechter müssen bei dem Prozess mitbedacht werden, beide Geschlechter sollen bei der Verwirklichung des Ziels der Gleichstellung mitwirken, sich angesprochen und verantwortlich fühlen.

Eine zentrale Aufgabe ist bei der Erstellung der Gleichstellungspläne daher weiter, die Unterrepräsentanz von Frauen in Funktionen mit Vorgesetzten und Leitungsfunktionen zielgerichtet abzubauen. Die Kriterien zum Auswahlverfahren bei Ausbildung, Einstellung und Beförderung werden deutlich ausgeweitet, um Diskriminierungen entgegenzuwirken und Frauen in Bereichen, in denen sie unterrepräsentiert sind, gezielt zu fördern.

Anfang des Jahres wurden in Mecklenburg-Vorpommern 36 Frauen in Aufsichtsräte landeseigener Unternehmen entsandt. Dies macht bei insgesamt 66 Aufsichtsratsposten einen Frauenanteil von über 50 Prozent. Das begrüßen wir ausdrücklich, zumal wir bereits im Jahr 2009 hier im Landtag einen Antrag gestellt haben, eine Frauenquote für Aufsichtsräte einzuführen. Wie Sie sich vielleicht noch erinnern können, schmorte der Antrag fast 2 Jahre lang im Ausschuss vor sich hin.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, um die geschlechterparitätische Besetzung von Gremien auch langfristig zu sichern, muss sie per Gesetz geregelt werden. Die bisherige Bestimmung zur Besetzung der Gremien und Entsendung von Vertreterinnen und Vertretern in Aufsichtsräte und andere Gremien außerhalb der Verwaltung wird mit dem Gesetzentwurf ausgeweitet und verbindlicher geregelt.

Auch die staatliche Leistungsgewährung ist zu nutzen und gezielt auf die Übernahme von Gleichstellungskriterien, unter anderem in der Privatwirtschaft, hinzuwirken. So soll ab einem Betrag von 25.000 Euro für Leistungsempfangende mit mehr als 10 dauerhaft Beschäftigten die Gleichstellungsverpflichtung gemäß Paragraf 2c Absatz 1 Anwendung finden.

Der Bericht zur Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes soll laut Paragraf 15 des bisherigen Gleichstellungsgesetzes im Abstand von 5 Jahren vorgelegt werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die letzte Berichterstattung fand im Juni 2006 statt. 2011 hätte der nächste Bericht vorliegen müssen – bis jetzt ist nichts passiert. Die Landesregierung ist mit der Berichterstattung bereits ein Jahr in Verzug. Und ich hoffe, Frau Ministerin, dass Sie demnächst Ihrer gesetzlichen Verpflichtung umgehend nachkommen und den Gleichstellungsbericht vorlegen.

Zukünftig soll die Landesregierung, so unser Vorschlag, dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern einmal in der Mitte der Legislaturperiode über die Umsetzung berichten. Damit soll gewährleistet werden, dass keine Landtagswahlen dazwischenkommen und man dann einfach vergisst, den Bericht vorzulegen. Und damit soll gewährleistet werden, dass dem Parlament ausreichend Zeit zur Beratung und Kontrolle der Gesetzesumsetzung zur Verfügung steht.

Unabdingbare Voraussetzung für eine zielgerichtete Gleichstellungspolitik sind verlässliche Daten zur Situation von Frauen und Männern in Mecklenburg-Vorpommern. Um dies zu erreichen, sehen wir in Artikel 2 des Gesetzentwurfes eine Ergänzung des Landesstatistikgesetzes vor. Alle Merkmale, die zu natürlichen Personen erhoben werden, sollen differenziert nach Geschlecht erhoben und ausgewertet werden. Bisherige Bemühungen, auf eine geschlechterdifferenzierte Datenlage hinzuwirken, sind unzufriedenstellend ausgegangen. Auch die im Jahr 2010 mit einem gemeinsamen Antrag der demokratischen Fraktionen geforderte Fortschreibung der Sonderhefte des Statistischen Landesamtes "Frauen in M-V im Spiegel der Zahlen" liegt bis heute nicht vor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, wir haben viel zu tun. Unser Gesetzentwurf leistet einen Beitrag, diesen wichtigen Weg zu gehen, und wir leisten damit einen Beitrag zur Umsetzung des Gleichstellungsberichtes der Bundesregierung. Dieser trägt die Überschrift "Neue Wege – gleiche Chancen, Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf". Lassen Sie uns also diese gemeinsamen Wege gehen! Ich bitte Sie um Überweisung unseres Gesetzentwurfes. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Im Ältestenrat ist eine Aussprache vereinbart worden.

Herr Abgeordneter Ritter, ich möchte Sie aber trotzdem darauf aufmerksam machen, dass Sie zu Beginn Ihres Redebeitrages zur Einbringung einen unparlamentarischen Begriff benutzt haben, den ich zurückweise.

Im Ältestenrat ist eine Aussprache vereinbart worden mit einer Dauer von 60 Minuten. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erste spricht die Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales. Bitte schön, Frau Ministerin.

Ministerin Manuela Schwesig: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Mit Interesse habe ich den Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE zur Änderung des Gleichstellungsgesetzes zur Kenntnis genommen. Wie Sie wissen, ist es ein zentrales Vorhaben der Landesregierung, das beste-

hende Gleichstellungsgesetz weiterzuentwickeln. So ist es bereits in Punkt 248 des Koalitionsvertrages vereinbart. Insoweit werde ich natürlich gerne Ihre Anregungen prüfen, inwieweit diese im Gesetzgebungsverfahren aufgegriffen werden können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, gestatten Sie mir einen kleinen Ausflug in die Historie des Landesgleichstellungsgesetzes: Am 27. Juni 1998 trat das Gleichstellungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern in Kraft. Seit seinem Inkrafttreten ist das Gesetz mehrfach geändert worden. 2002 wurde die Berichterstattung zum Gesetz neu geregelt. Die Berichterstattung erfolgt nunmehr alle fünf Jahre, beinhaltet aber neben einer reinen quantitativen Analyse des Personals auch qualitative Untersuchungen zur Bestimmung von Ursachen zu Ungleichheiten. Die letzte Änderung ist seit 2006 gültig, sie betraf insbesondere die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der Gleichstellungsbeauftragten der Landesverwaltung, die die Gleichstellungsbeauftragten in Angelegenheiten vertritt, die von allgemeiner Bedeutung sind und über den Geschäftsbereich einer obersten Verwaltungsbehörde hinausgehen.

Eine Überarbeitung der Gleichstellungsgesetze steht zurzeit bei vielen Ländern auf der Tagesordnung. Eine länderoffene Arbeitsgruppe, auf Anregung von Mecklenburg-Vorpommern, tauscht dazu Erfahrungen aus, sodass auch Erkenntnisse aus anderen Ländern in die Konkretisierung unseres Gleichstellungsgesetzes einfließen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete von der Fraktion DIE LINKE, mit einigen Ihrer Vorschläge stimme ich überein. So unterstütze ich Ihren Ansatz, dass zukünftig nicht nur die Beseitigung von Diskriminierung von Frauen als Ziel zu formulieren ist, sondern dass auch der Blick auf die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit zu richten ist. Auch die stärkere Berücksichtigung der Gleichstellung bei der Personalentwicklung ist eine gute Idee, die Sie aus unserem Koalitionsvertrag aufgegriffen haben. Die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten wird damit gestärkt, mehr Frauen können so für Führungspositionen in der Landesregierung gewonnen werden.

Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang auf die Arbeit der vergangenen Wochen und Monate hinweisen. Wir haben im Bereich der Führungspositionen Fortschritte erzielt. So haben wir mittlerweile drei beamtete Staatssekretärinnen, wir hatten bisher zwei Abteilungsleiterinnen, jetzt sind es sechs. Da gibt es noch weiterhin viel zu tun, aber ein Anfang ist gemacht. Ich will ausdrücklich betonen, alle diese Besetzungen sind sehr gute Besetzungen von Fachfrauen.

Um die Gremien geschlechtsparitätisch zu besetzen, haben wir den ersten Schritt bereits getan, auch wenn hier noch Nachbesserungsbedarf besteht. Da folge ich durchaus Ihren Vorschlägen. So ist vor allem eine konsequente Umsetzung der gesetzlichen Regelung gefragt. Gemäß Paragraf 10 des Gleichstellungsgesetzes sollen Gremien geschlechtsparitätisch besetzt werden. Dies gilt auch für die Entsendung von Personen in Aufsichtsräte und andere Gremien außerhalb der Verwaltung. Gegenwärtig verfügt das Land über 66 Mandate in Aufsichtsräten und anderen Gremien. Von diesen 66 Mandaten war bisher kein Mandat von einer Frau besetzt, jetzt werden 36 Mandate von Frauen wahrgenommen. Dies führt zu

einer Erhöhung des Frauenanteils an den Landesmandaten von 0 auf 54,5 Prozent.

Ich möchte noch einen Ihrer Vorschläge erwähnen, und zwar den Vorschlag, "Frauenförderplan" durch "Gleichstellungsplan" zu ersetzen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt haben wir sowohl in der Landesregierung als auch auf kommunaler Ebene eine starke Unterrepräsentanz von Frauen, insbesondere in Leitungsfunktionen. Solange keine ausgewogenen Verhältnisse und damit auch keine gleichen Chancen für Frauen und Männer bestehen, ist der Sonderweg der Frauenförderung notwendig, und deshalb sollte es auch weiterhin, nach meiner Auffassung, Frauenförderpläne geben.

Auch andere Vorschläge in Ihrem Entwurf müssen noch genauer betrachtet werden. Völlig offen bleibt die Frage der Kosten und das geht natürlich so nicht. Wenn man Vorschläge macht, muss man auch sagen, wie sie finanziert werden sollen, insbesondere, wenn die Konnexität betroffen ist, denn wir können nicht Kommunen einfach Kosten aufladen.

(Heinz Müller, SPD: Aber dann Krokodilstränen über die Kommunalfinanzen weinen.)

Auch befürchte ich bei einigen Ihrer Vorschläge einen großen Verwaltungsaufwand und viel Bürokratie, zum Beispiel bei dem von Ihnen vorgeschlagenen Verfahren zur Beanstandung von Gleichstellungsplänen und zur Berichterstattung. Ich meine, dass die Regelungen nicht bürokratischer werden dürfen, sondern dass tatsächlich die Weiterentwicklung des Gleichstellungsgesetzes dazu führen muss, dass die Gleichstellung von Männern und Frauen verbessert und nicht bürokratischer wird.

Sie verweisen darauf, dass Sie bei Ihrem Entwurf auf andere Gleichstellungsgesetze zurückgegriffen haben. Und tatsächlich, Sie greifen Punkte auf aus dem Bundesgleichstellungsgesetz, dem vor zwei Jahren novellierten Gleichstellungsgesetz des Landes Berlin sowie aus anderen Landesgleichstellungsgesetzen. Sie haben hier vieles übernommen, was scheinbar passt. Ich möchte aber ein modernes zielführendes Gesetz

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach, die sind nicht modern, die anderen Gesetze, ne?)

für die Umsetzung von Gleichstellung von Mann und Frau in Mecklenburg-Vorpommern, was ich zuvor im breiten Dialog mit Fachexpertinnen und Fachexperten berate.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und die sind wir nicht?)

So habe ich es auch angekündigt gegenüber der Arbeitsgemeinschaft der Gleichstellungsbeauftragten, gegenüber dem Landesfrauenrat. Ein Gesetz nach dem Prinzip "Copy and Paste" würde ich jedenfalls nicht gut finden. Wenn die Landesregierung im kommenden Jahr, wie geplant, die Novelle zum Gleichstellungsgesetz vorlegt, wird dies eine gute Gelegenheit sein, miteinander auch Ihre Vorschläge zu debattieren.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das glaube ich nicht, Entschuldigung.)

Entschuldigen Sie bitte, Herr Ritter, wenn Ihnen das Thema Gleichstellung so wichtig ist und Sie Sorge haben, dass die Gleichstellungsministerin das Thema vernachlässigt, wäre es auch sehr höflich, wenn Sie meinen Ausführungen dazu zuhören würden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Helmut Holter, DIE LINKE: Macht er doch! – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

So viel Respekt vor Frauen dürfte doch gegeben sein.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Zeigen Sie Respekt vor unserer Arbeit, dann zeige ich auch Respekt vor Ihrer Arbeit.)

Herr Ritter, ich habe Respekt, auch vor dem Entwurf, den Sie vorgelegt haben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, aber den lehnen Sie ab.)

Deswegen habe ich mir eben auch die Mühe gemacht, zu sagen, was ich aufgreifenswert finde, wo ich noch Debattierungsbedarf habe. Und ich will auch gerne den Entwurf und Ihren Redebeitrag nutzen, um Ihre Sorge zu nehmen, dass Gleichstellungspolitik so gezielt wie unter "ferner liefen" bei Arbeit und Soziales angesiedelt ist.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Da können Sie ihn ja überweisen!)

Ich darf Ihnen die Sorge nehmen: Erstens ist Arbeit und zweitens ist Soziales nicht "ferner liefen" und deswegen ist Gleichstellung schon gar nicht unter "ferner liefen" angesiedelt.

Zweitens, wir haben gerade vor einigen Tagen den 101. Frauentag gefeiert, und ich glaube, dass es moderner und aktueller denn je ist,

(Udo Pastörs, NPD: Rote Nelken verteilt.)

dass wir uns für die Gleichstellung von Frauen und Männern starkmachen. Nach meiner festen Überzeugung kann in einer Gesellschaft nur Freiheit, soziale Gerechtigkeit

(Udo Pastörs, NPD: Bla, bla, bla!)

und Solidarität gelebt werden, wenn es eine echte Gleichstellung von Frauen und Männern gibt.

(Udo Pastörs, NPD: Das Paradies auf Erden.)

Ich nehme immer wieder wahr, wenn ich in anderen Ländern unterwegs bin, dass sich hier in Mecklenburg-Vorpommern viel entwickelt hat aufgrund der Arbeit von vielen überzeugten Frauen und Männern in Vereinen und Verbänden.

(Udo Pastörs, NPD: Arbeitslosigkeit und Landflucht.)

Ich nehme die Kritik, die Sie hier geäußert haben, nicht wahr. Ich habe gerade die letzten Wochen genutzt, Veranstaltungen, aber auch Gespräche zu besuchen und

nehme wahr, dass es weiterhin den festen Willen im Land gibt, die Gleichstellungspolitik voranzubringen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wo denn? Wo denn? In Waren waren Sie nicht beim Landesfrauenrat.)

Ich würde mich freuen, wenn wir das, was in den letzten Jahren gelungen ist – auch über Parteigrenzen hinweg, gerade hier mit den demokratischen Fraktionen im Landtag –, weiter gut vorantreiben: das Thema Gleichstellung von Frauen und Männern.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Na, da können Sie den Gesetzentwurf ja überweisen!)

Und an der Stelle möchte ich sogar loben und gut finden, das sage ich hier ganz offen und das ist an Sie gerichtet, Herr Pastörs: Wichtig ist für uns, dass gerade auch Männer das Thema "Frauen und Gleichstellung" vorantreiben, und es ist gut, wenn jemand wie Herr Ritter hier Flagge zeigt, auch wenn wir uns vielleicht nicht immer einig sind.

(Udo Pastörs, NPD: In meiner Firma hatten 40 Prozent Frauen einen Arbeitsplatz, und das schon vor 20 Jahren.)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, das macht einen starken deutschen Mann aus, der für Gleichstellung kämpft und der nicht so weich ist wie Sie.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete von den demokratischen Fraktionen, darf ich Ihnen versichern.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

bei allem Verständnis für Kritik an Strukturveränderungen, Sie werden mit mir eine Ministerin haben, die an das, was in den letzten Jahren im Bereich Gleichstellung erreicht worden ist in diesem Land, anknüpft und darauf aufsattelt. An dieser Stelle gilt mein Dank den Frauen und Männern, die dieses Thema vorangebracht haben, allen voran unserer ehemaligen Parlamentarischen Staatssekretärin Frau Dr. Seemann.

Sie können sicher sein, dass ich daran anknüpfe und wir dieses Thema gemeinsam hier im Land voranbringen. Aber eines habe ich auch gelernt, gerade als Frau beim Thema Gleichstellung: Das Allerwichtigste ist, wenn man wirklich die Gleichstellung von Frauen und Männern voranbringen will, dass man auch solidarisch handelt, mindestens unter den demokratischen Kräften. Dafür werbe ich. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Helmut Holter, DIE LINKE: Na, dann überweisen Sie den Gesetzentwurf!)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Gajek von der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN.

**Silke Gajek**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Verehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin zunächst der Fraktion DIE LINKE ein Stück weit dankbar,

(Udo Pastörs, NPD: Ein Stück weit. Nachhaltig.)

dass sie hier mit einer Gesetzesänderung sozusagen aufschlägt, weil gerade das Thema Gleichstellung und Gleichstellungspolitik in den letzten Monaten meines Erachtens, nach meiner Wahrnehmung und nach der Wahrnehmung unserer Fraktion immer in den Hintergrund getreten ist.

Ich schätze unsere Ministerin Manuela Schwesig, die die Aufgaben Soziales,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

jetzt Gleichstellung, und, ich wollte gerade Gesundheit sagen, nein, es ist ja jetzt der Bereich Arbeit, innehat. Aber, und das ist der Unterschied zu dem, was vor der Landtagswahl war, wir hatten eine Parlamentarische Staatssekretärin, die angedockt war an die Staatskanzlei, dort Querschnittsaufgaben machen konnte und hier beispielsweise zu verschiedenen Themen den Gleichstellungsaspekt darstellen konnte.

(Zurufe von Torsten Renz, CDU, Stefan Köster, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Sie konnte dies noch mal bespiegeln. Das passiert heute so nicht und ich weiß nicht, ob Frau Schwesig das auch schaffen kann, weil es sind Bereiche jetzt von mir nicht genannt worden, wie: Gesundheit, Pflege, demografischer Wandel, was alles noch in diesem großen Ministerium zu finden ist. Nichtsdestotrotz müssen wir Frau Schwesig an ihrer Arbeit, an ihren Idealen messen.

Wenn ich aber den Koalitionsvertrag lese und dann wieder höre, wir machen ein Gleichstellungsgesetz, was wohl demnächst auf den Weg gebracht wird, wir wollen Frauen ermutigen, sich in der Politik zu engagieren, dann sehe ich meine Fraktion und ich sehe die Fraktion der CDU, wo von 18 Abgeordneten nur 2 Frauen hier im Parlament sind.

(Egbert Liskow, CDU: Das war eine Wahlentscheidung.)

Da sind wir noch weit, sehr weit davon entfernt, hier von Gleichstellung zu sprechen und auch von Gleichstellungspolitik.

(Zurufe von Egbert Liskow, CDU, und Marc Reinhardt, CDU)

Meine Herren, lassen Sie mich hier aussprechen. Ich denke, das sollte auch eine Kultur sein,

(Torsten Renz, CDU: Bei Ihnen sehe ich nur Stadtmenschen, Stadteier.)

Frauen aussprechen zu lassen. Und vorhin war das zu hören bei Frau Schwesig, dass offensichtlich wenig Interesse war ...

(Torsten Renz, CDU: Sie haben nicht mal einen Abgeordneten aus dem ländlichen Raum.)

Jetzt hören Sie mir bitte zu, wir reden jetzt über die Gleichstellungspolitik von Männern und Frauen

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

und nicht um Gleich...

(allgemeine Unruhe)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Also ich unterbreche jetzt die Sitzung, weil die Rednerin nicht mehr zu verstehen ist. Herr Renz, ich bitte Sie, sich zurückzuhalten.

(Udo Pastörs, NPD: Das will keiner hören, genauso wie Frau Schwesig nicht.)

Sie können sich gerne zur Diskussion melden, dann kommen Sie bitte nach vorne, ansonsten verfolgen wir jetzt die Rede von der Abgeordneten Gajek.

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke, Frau Präsidentin!

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Aber Herr Renz spricht etwas an.

Ich wünsche mir natürlich hier eine Diskussion, die in fast allen Tagesordnungspunkten auch den Punkt "Gleichstellung" bedient, weil das ist das, was in der letzten Zeit hier in meinem parlamentarischen Dasein, das ich hier erlebt habe, sehr selten der Fall war. Da haben wir alle eine Aufgabe, nämlich die Ministerin zu entlasten,

(Marc Reinhardt, CDU: Entlassen?)

dass wir selbst als Abgeordnete daran denken, hier Gleichstellungspolitik ins Parlament zu bringen.

Wir, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen sowohl den Überweisungsantrag als auch den Antrag und sehen dieses als einen Anfang, hier Gleichstellungspolitik unter neuen Aspekten noch mal zu betrachten.

(Marc Reinhardt, CDU: Auch im ländlichen Raum, Frau Gajek? Auch im ländlichen Raum?)

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat der Abgeordnete Herr Köster von der NPD-Fraktion.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Margret Seemann, SPD:

Jetzt kommt der Frauenschläger. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

**Stefan Köster**, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die LINKEN haben sich wieder einmal in ihre Rumpelkammer begeben, um den Landtag mit einem Vorhaben zu beehren,

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

das dieses Land nicht braucht. Die LINKEN üben sich wieder einmal im Geschlechterkampf,

(Udo Pastörs, NPD: Tja.)

denn mit der Novellierung des Gesetzes zur Gleichstellung von Frau und Mann wollen die LINKEN einen wesentlichen Beitrag zur Gleichstellung von Frau und Mann leisten. Ich erspare es Ihnen an dieser Stelle, aus dem Gesetzentwurf zu zitieren. Es sind die immer gleichen inhaltsleeren Füllsätze von den immer gleichbleibend weltfremden Dogmatikern.

(Tilo Gundlack, SPD: Ersparen Sie mir Ihre Rede!)

Seit mehr als 20 Jahren predigen die LINKEN die Gleichstellung von Frau und Mann und nehmen sich, wie eigentlich immer bei den Kommunisten und Bolschewisten üblich,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ooh, jetzt reichts aber hier, Mann!)

von den Forderungen selbst aus.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Waren sowohl in der Sowjetunion und in der DDR die Kader und Führer der kommunistischen Parteien

(Udo Pastörs, NPD: Davon gibts genug, auch bei Ihnen!)

die reinsten Materialisten,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Mann, es geht hier um Gleichstellungspolitik!)

so sind in puncto Gleichstellung die heutigen Postkommunisten die größten Heuchler,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

die wesentlichen Funktionen bei den LINKEN hier in Mecklenburg-Vorpommern werden nämlich von Männern ausgeübt. Es ist die alte Leier,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was?)

die LINKEN versuchen mit dem üblen Spiel, Gegensätze herbeizureden und die Ursachen von Ungerechtigkeiten nicht klar und deutlich beim Namen zu nennen, zu punkten. Warum erwähnen Sie beispielsweise nicht, dass die schlechten Verdienstmöglichkeiten von vielen Frauen, beispielsweise im Einzelhandel, die logische Folge der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sind,

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

die wiederum von den LINKEN, ehemals PDS, zum Beispiel durch die Befürwortung der Politik der Europäischen Union zumindest geduldet, wenn nicht gar unterstützt wird

(Udo Pastörs, NPD: Nee, die wollen das!)

Hier sind sehr viele Frauen betroffen und die LINKEN schweigen dazu. Stattdessen wollen die LINKEN nun zum Beispiel das Landes- und Kommunalwahlgesetz dahin gehend ändern, dass die Wahlvorschlagsträger

verpflichtet werden sollen, künftig je zur Hälfte Männer und Frauen auf ihren Listen zur Wahl vorzuschlagen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da hätten Sie echte Probleme, Herr Köster, stimmts? Da hätten Sie echte Probleme!)

Geht es nach den LINKEN, sollen künftig auch Sportvereine, dies einer Aussage von Herrn Ritter in der "Schweriner Volkszeitung" zufolge, ihre Entscheidungsgremien

(Peter Ritter, DIE LINKE: In den Vorständen.)

nach Quoten aufstellen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Diese Quotendenkweise hat in keiner Weise etwas mit Gerechtigkeit zu tun, sondern sie ist einfach nur noch krank.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

denn die tatsächlichen Ungerechtigkeiten werden durch diesen Irrsinn nicht behoben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Es gibt nur einen Lebensbereich, in der die Quote Pflicht sein muss, und dies ist die Ehe.

(Udo Pastörs, NPD: Bravo!)

Die LINKE ist nicht willens, man könnte auch sagen, sie ist zu feige, die wahren gesellschaftlichen Probleme

(Udo Pastörs, NPD: Bravo! Gegen die Homo-Ehe.)

klar und deutlich beim Namen zu nennen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jetzt reicht es, Herr Pastörs! – Udo Pastörs, NPD: Ja, gegen die Homo-Ehe.)

Anzuführen sind beispielsweise das familienfeindliche Klima in dieser Republik,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Hängen Sie sich das Fastenkreuz ans Revers und setzen Sie sich wieder hin, Herr Köster!)

die Ausplünderung der Sozialkassen für allerlei versicherungsfremde Leistungen sowie die Steuergeldverschwendungen

(Udo Pastörs, NPD: Gegen homophilen Schwachsinn.)

im Namen der sogenannten Euro-Stabilitätsmaßnahmen. Man könnte und man müsste noch viele andere Sachverhalte benennen, wir belassen es bei einer klaren und deutlichen Antwort: Wir lehnen dieses Gesetz ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut, Herr Köster! – Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE) **Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Ritter von der Fraktion DIE LINKE.

(Michael Andrejewski, NPD: Ein Hoch auf Margot Honecker! – Stefan Köster, NPD: Petra Ritter spricht.)

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Köster, ich wiederhole meinen Ausdruck von vorhin nicht, aber ich bleibe dabei,

(Stefan Köster, NPD: Ja, damit kann ich sehr gut leben.)

weil Sie eben noch einmal eindrucksvoll bewiesen haben, dass diese Beschreibung auf Sie voll und ganz zutrifft.

(Stefan Köster, NPD: Was der Gartenzwerg sagt, nehme ich gerne zur Kenntnis.)

Vielleicht auch noch mal für die Damen und Herren auf der Besuchertribüne: Es ist immer wieder interessant, dass ausgerechnet Herr Köster zu Gleichstellungsfragen spricht.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Einer, der wegen Körperverletzung verurteilt ist, weil er eine am Boden liegende Frau getreten hat, der redet hier zu Gleichstellungsfragen. Das spricht für die NPD-Fraktion.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Udo Pastörs, NPD: Das musste wieder sein. Jetzt fühlen Sie sich gut, ja?)

Und die inhaltliche Qualität, auch dieses Redebeitrages, glaube ich, spricht für sich.

Frau Ministerin, ich möchte mich zunächst entschuldigen

(Udo Pastörs, NPD: Die ist gar nicht mehr da.)

für meine Art und Weise, Ihnen einen Zwischenruf zu präsentieren. Ich wollte nur Herrn Müller die Sorge nehmen, was die finanziellen Regelungen unseres Gesetzentwurfes angeht und ...

(Heinz Müller, SPD: Mein Zwischenruf war unberechtigt. Sie haben an dem Punkt recht.)

Sehr gut.

Ich nehme auch zur Kenntnis, dass Sie es vielleicht durchaus ernst meinen, sich mit unseren Vorschlägen auseinanderzusetzen, aber wenn Sie es wirklich ernst meinen, Frau Ministerin,

(Udo Pastörs, NPD: Diese verfluchten Homo-Ehen.)

dann möchte ich Sie herzlich darum bitten, unseren Gesetzentwurf in die Ausschüsse zu überweisen und von mir aus auch so lange mit der Bearbeitung unseres Gesetzentwurfes zu warten, bis Sie Ihren Gesetzentwurf fertig haben. Sich hier hinzustellen und zu sagen, ihre Vorschläge sind an einzelnen Stellen nicht schlecht, sie bedürfen einer weiteren Betrachtung, aber gleichzeitig einer Überweisung nicht zuzustimmen, das ist unredlich und das regt mich auf an Ihrer Art und Weise, hier mit Anträgen der Oppositionsfraktionen umzugehen. So macht man keine Politik und macht sich schon gar keine Freunde hier im Parlament.

Und, sehr geehrte Frau Ministerin, der von mir erwähnte Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, der liegt seit einem Jahr vor, seit einem Jahr. Sie sind seit einem halben Jahr zuständig für den Bereich der Gleichstellung. Nun frage ich mich, was in diesem Zeitraum passiert ist, um die durchaus richtigen Festlegungen des Gleichstellungsberichtes der Bundesregierung hier in Mecklenburg-Vorpommern umzusetzen. Ich kann keinen Grund erkennen, dass wir noch weiter oder noch länger warten müssen, bevor wir an die Umsetzung der Festlegungen des Gleichstellungsberichtes der Bundesregierung herangehen

Dort heißt es unter anderem, ich zitiere: "Gleiche Chancen für Frauen und Männer im Lebensverlauf setzen voraus, dass beide Geschlechter ein Leben frei von Gewalt führen können."

(Udo Pastörs, NPD: Ha, das ist ja 'ne Feststellung!)

"Für die erfolgreiche Teilnahme an Bildung, Beschäftigung, am gesellschaftlichen, sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leben ist der Schutz vor Gewalt eine Grundvoraussetzung." Es heißt dort zum Beispiel auch: "Migration und Integration sind Querschnittsthemen von großer und weiter wachsender gesellschaftlicher Bedeutung, da die Zahl der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund steigt. Migration ist ein stark prägendes Merkmal, mit vielfältigen Auswirkungen"

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ja. Das sieht man in Neukölln, was sich da verändert.)

"auf den weiteren eigenen Lebensverlauf, den der Familie und den der Kinder."

Dann will ich auch darauf verweisen, dass der Gleichstellungsbericht der Bundesregierung auf die Strategie zur Gleichstellung von Frauen und Männern 2010 bis 2015 der Europäischen Kommission verweist. Dort sind die Marschrichtungen vorgegeben. Da heißt es: "Gleiche wirtschaftliche Unabhängigkeit, gleiches Entgelt für ... gleichwertige Arbeit, Gleichstellung in Entscheidungsprozessen, Schutz der Würde und Unversehrtheit". Das alles ist vorgegeben. Das haben wir uns natürlich angeschaut. Uns daraus den Vorwurf zu machen, wir hätten überall nur abgeschrieben für unseren Gesetzentwurf,

(Stefan Köster, NPD: Fangen Sie doch nicht gleich an zu heulen, Herr Ritter!)

das geht ein Stück weit an der Realität vorbei, sehr geehrte Frau Ministerin.

Natürlich haben wir uns umgeschaut, was wo und wie in anderen Ländern geregelt ist, und wir haben nicht vordergründig aus Ihrer Koalitionsvereinbarung abgeschrieben, denn die gibt zu dem Thema nicht viel her. Nein, wir haben zum Beispiel den Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag zur Grundlage genommen, der eine Novelle des Sächsischen Gleichstellungsgesetzes vorsieht und der vor einem Jahr im Sächsischen Landtag in die Ausschüsse überwiesen worden ist. Dort hat man wenigstens die Größe, Anträge und Gesetzentwürfe der Opposition in die Ausschüsse zur Bearbeitung zu überweisen. Diese Größe haben Sie nicht! Das bedauere ich zutiefst, weil das dem Thema nicht gerecht wird. Insofern können wir uns dann hier auch nicht in der Mitte treffen und warten,

(Stefan Köster, NPD: Wer gibt dem Herrn mal ein Taschentuch?)

bis Sie Ihre Versprechungen irgendwann mal erfüllt haben und Ihre Gesetzentwürfe hier vorliegen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der NPD)

Meine Bitte, überweisen Sie den Gesetzentwurf, dann warten wir auf Ihren und dann lassen Sie uns gemeinsam am Thema arbeiten.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Friemann-Jennert.

Maika Friemann-Jennert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich den Entwurf zur Änderung des Gleichstellungsgesetzes erstmals in den Händen hielt, habe ich eine Weile darüber nachgesonnen, zu welchen Zeitpunkten Gleichstellung in der Regel auf die Tagesordnung gelangt, nämlich in der Nähe des Internationalen Frauentages.

Da fällt dem gleichstellungspolitischen Sprecher der LINKEN, Herrn Ritter, in einer Presseerklärung ein, dass die Frauen seit 101 Jahren um ihre Rechte kämpfen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das fällt ihm nicht ein. Das weiß er.)

Aber es kommt noch dicker. Die "taz" führt just am 8. März eine Pro- und Kontradebatte, ob wir den Frauentag überhaupt noch brauchen. Und ob nun dafür oder dagegen, der Stellenwert des Tages war beiderseits angesiedelt zwischen – das muss man sich dann mal auf der Zunge zergehen lassen – Origami-Welttag und Tag des Fieberklees.

Meine Damen und Herren, ich will damit nur verdeutlichen, dass das Thema Gleichstellung noch sehr lange auf der Tagesordnung sein wird, weil bei aller Initiative für die Gleichstellung noch immer eine Menge Beton in den Köpfen sowohl bei Männlein als auch bei Weiblein vorhanden ist.

Es läuft einem kalt den Rücken runter, wenn sich die Zeitung mit den vier Buchstaben damit hervortut, dass am Frauentag dort nur die Männer gearbeitet hätten. Jemand sagte sarkastisch zu mir: Ja, wahrscheinlich haben die Frauen die Artikel bereits am Vortag gefertigt. Selbige Zeitung schafft im 21. Jahrhundert das Covergirl

auf Seite 1 ab. Was für ein bedeutsamer Erfolg, über den den ganzen Tag berichtet wurde!

Die Augen verdreht habe ich auch bei einem Artikel der "Süddeutschen Zeitung", Überschrift: "Du, Gregor, ich muss mal! Linken-Fraktionschef macht ein Praktikum in der Kita."

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, er war schließlich alleinerziehender Vater. Da hat er Erfahrungen.)

Selbstverständlich hatte er drei Fernsehteams dabei, Herr Holter. Verkaufen konnte er sich schon immer, der Gysi. Über die Damen, über die Frauen, die ins Parlament gegangen sein sollen, habe ich nichts gelesen oder gehört.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, so sind die Medien. So sind die Medien, Frau Friemann-Jennert.)

Am 5. März 2012 habe ich einer Pressemitteilung der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend entnommen, dass es ein Projekt "Mehr Frauen in Führungspositionen – Regionale Bündnisse für Chancengleichheit" gibt, an dem zehn Kommunen und Landkreise in ganz Deutschland teilnehmen. Aus Mecklenburg-Vorpommern hat die Hansestadt Rostock den Zuschlag bekommen. Das ist nicht gerade viel für unser Land, aber Mecklenburg-Vorpommern ist dabei. Schade wiederum, die Uni Rostock, die ein Programm "Karrierewege für Frauen in Wissenschaft und Wirtschaft" fährt, ist da bisher zumindest nicht involviert.

Es wird darum gehen, die Region für qualifizierte Fachund Führungskräfte attraktiv zu machen, wobei die gleichen Einstiegs- und Aufstiegschancen für Frauen und Männer gelten sollen. Im ersten Halbjahr sollen Runde Tische starten, bei denen Unternehmen, Verbände und Netzwerke einen Fahrplan für die Region mit spezifischen Zielen und Aktivitäten entwickeln sollen.

Das Projekt hat eine Laufzeit von vier Jahren. Vier Jahre sind sicher eine lange Zeit, dennoch verspreche ich mir von dem Projekt ernst zu nehmende Ergebnisse und Konzepte zur Förderung von Frauen in Führungspositionen. Ich sage das auch nicht nur so, sondern weil die Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft das Projekt koordiniert und unterstützt beziehungsweise EU-Kommissarin Viviane Reding sich für eine gesetzliche Frauenquote ziemlich weit aus dem Fenster hängt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und sie wird kommen.)

Ich hätte schon gerne gewusst, wie weit Frau Reding mit ihrem Ultimatum an die Wirtschaft kommt und welche Schlussfolgerungen aus den öffentlichen Anhörungen zu den Quotenregelungen tatsächlich in Gesetzgebungsverfahren münden. Bis zum Sommer will sie den Regierungen und Unternehmen noch Zeit geben. Gegebenenfalls führt das sogar noch weiter als das, was als Entwurf heute auf dem Tisch liegt. Aber ich muss auch sagen, dass ich beim Vergabegesetz erhebliche Bedenken habe, Herr Holter, dass Ihre Forderungen von der Wirtschaft mitgetragen werden.

Meine Damen und Herren, ich möchte auch noch etwas ausführen zu den geforderten Quoten, zur Erhöhung des

Frauenanteils in den Parlamenten: Finde ich gut und finde ich richtig

(Helmut Holter, DIE LINKE: Na, die CDU ist ja ein gutes Beispiel dafür.)

und gebe zu bedenken, die Frauen, die hier und anderswo im Parlament sitzen, sind bestimmt keine, denen es an Durchsetzungsfähigkeit oder Selbstbewusstsein mangelt.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Nein, da haben Sie recht!)

Qualifikation ist ebenfalls auf verschiedensten Gebieten vorhanden und mindestens genauso hoch wie die der männlichen Kollegen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Und was ist mit den anderen CDU-Frauen, die auf die Liste wollten?)

Eine Quotenforderung macht also nur dann Sinn, wenn die Frauen auch bereit sind, sich tatsächlich in die Führungsetagen zu begeben.

(Zurufe von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und für die, die kleine Kinder haben oder Kinder haben, muss es möglich sein, den Aufgaben gerecht zu werden, also Familie und Beruf, und gegebenenfalls sogar ein Ehrenamt in unserem Flächenland zu übernehmen

> (Helmut Holter, DIE LINKE: Das müssen Sie nicht uns sagen. Das müssen Sie mal auf dem CDU-Parteitag erzählen! CDU-Parteitag, da gehört die Rede hin!)

und das nicht nur theoretisch unter einen Hut zu bekommen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Die ehemalige Parlamentarische Staatssekretärin Frau Dr. Seemann hat am 06.03.2012 veröffentlicht, dass im neuen Landkreis Ludwigslust-Parchim bei der Kommunalwahl der Frauenanteil enorm gesunken sei. Ich hätte parteiübergreifend gerne erfahren, wieso eigentlich. Aber keine Panik, ich kann mir die Antwort auch sehr gut allein geben.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, da sind Sie ja zu Hause. Das ist ja klar.)

Richtig.

Mit dem demografischen Wandel in unserem Land ist die Zeit vorbei, in der wir auf die Frauen im Beruf verzichten könnten. So jedenfalls lese ich unter anderem die Koalitionsvereinbarung 2011 bis 2016.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Der Punkt 248 ist ja schon genannt worden, da will ich jetzt auch nicht weiter drauf eingehen.

Und genau hier bin ich dann an dem Punkt, wo ich sage, schade, dass es diesen Alleingang Ihrer Fraktion für die Änderung des Gleichstellungsgesetzes gibt.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Also, machen wir keinen Gesetzentwurf, legen wir keine Alternativen vor; machen wir was, machen wir 'nen Alleingang.

Was machen wir denn nun?)

Ich hätte mir im Sinne der Frauen und der Gleichstellung wirklich was Gemeinsames gewünscht.

Knackpunkt, diesem Gesetzentwurf nicht zuzustimmen, ist ein anderer.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja?)

Herr Holter, Sie sind in TOP 2 heute so lautstark über die haushälterischen Dörfer gezogen, von Paketlieferungen war da die Rede.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Genau.)

Das Paket, das Sie schnüren wollen, ist so schwer, dass Sie es gar nicht tragen können.

> (Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Helmut Holter, DIE LINKE: Sie unterschätzen mich.)

Unter dem Punkt D. "Kosten" stehen zwei Sätze:

Erstens: "Einige gesetzliche Regelungen verursachen zusätzliche Kosten und unterfallen gegebenenfalls dem strikten Konnexitätsprinzip." Und Zweitens: "Der sich aus dem Gesetzentwurf ergebende Aufwand ist derzeit nicht genau quantifizierbar."

Und als Letztes, was mich persönlich stört, sind es teilweise recht bürokratische Hürden, die mit dem Entwurf aufgebaut werden. Ich glaube, das kann ich aus der Kenntnis vieler Projekte, die ich in den letzten Jahren selbst betreut habe, sagen. Einfacher wird es mit diesem Entwurf mit Sicherheit nicht. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Tegtmeier von der Fraktion der SPD.

**Martina Tegtmeier**, SPD: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Ritter, seit einem halben Jahr hören wir aus Ihrem Mund eigentlich oftmals das Gleiche in Richtung unserer Sozial- und Gleichstellungsministerin, nämlich, dass das Thema Gleichstellung nun ein stiefmütterliches Dasein fristen müsste und, nachdem die Parlamentarische Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung Ihren Worten nach abgeschafft wurde, sich da gar nichts mehr tut. Sie haben das jetzt teilweise richtiggestellt, das finde ich in Ordnung.

Die Ministerin hat Ihnen in ihrer Rede eigentlich bereits die Argumentation dafür geliefert, warum wir diesen Gesetzentwurf zu diesem Zeitpunkt auch nicht mal in die Ausschüsse überweisen würden: Weil sie sich ein Verfahren vorgenommen hat, das einen anderen Weg beschreitet. Sie hat nämlich anknüpfend an Ihren Gesetzentwurf ausgeführt, dass sie sehr wohl gesehen hat, dass Sie die Entwicklung in anderen Bundesländern

auch mit zurate gezogen haben, und dass sie das legitim finde. Man muss das Rad nicht immer neu erfinden, jedoch ist man andererseits auf einem Weg, dass man sich auch innerhalb der Landesregierung oder untereinander abspricht und guckt, was man da gemeinsam hinbekommen kann.

Eins möchte ich noch vorwegschicken: Herr Ritter, Sie haben eben über Herrn Köster gesagt, dass er sich hier zu Gleichstellungsfragen geäußert hat trotz seiner Vergangenheit. Ich finde nicht, dass er sich zu Gleichstellungsfragen überhaupt geäußert hat. Er hat hier als Protagonist

(Udo Pastörs, NPD: Was? Was für ein Pro?)

eines Sammelbeckens für geistig Verwirrte die Positionen dargelegt. Nichts anderes, nichts von Gleichstellung habe ich da eigentlich gehört.

> (Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Stefan Köster, NPD: Sie sollten nicht von sich auf andere schließen! – Udo Pastörs, NPD: Das ist ein starkes Stück!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie die SPD-Position zur Gleichstellungspolitik gerade in Hinsicht auf das Bundeswirken auf das Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft ist, auf Entgeltgleichheit und so weiter, darauf brauche ich nicht noch mal einzugehen, aber das betreiben wir ja auch nicht erst seit gestern und da sind unsere Positionen ganz klar und eindeutig.

Genauso klar und eindeutig sind wir überzeugt davon und werden es ja auch tun, dass unser Gleichstellungsgesetz überarbeitet und teilweise neu gefasst werden muss, allein schon aus Gründen, die zum Teil in den Gesetzentwurf der LINKEN eingeflossen sind. Ich sage nur, die sprachliche Überarbeitung wird schon allgemein praktiziert, ob man das sogar noch mal extra ins Gesetz schreiben muss, da bin ich mir gar nicht so sicher. Aber ich möchte doch noch einige Punkte gesondert ansprechen:

Ganz am Anfang, Artikel 1 – Erweiterung des Geltungsbereiches: Das ist ja von mehreren schon aufgegriffen worden, nämlich die Ausweitung des Gesetzes auch auf die kommunale Ebene oder, wie es formuliert ist, auf die kommunalen Träger der Selbstverwaltung.

Es ist ja tatsächlich so, dass wir nicht nur die Landesverfassung haben, sondern auch die Kommunalverfassung, die bereits im Paragrafen 41 anführt, dass die Gemeinden auch für die Gleichstellung oder für die Gleichberechtigung von Mann und Frau verantwortlich sind, haben jedoch ganz klar hineinformuliert, dass wir Gleichstellungsbeauftragte zum Beispiel erst für Gebietskörperschaften ab 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner pflichtig vorschreiben. Wenn wir hier davon sprechen, dass wir das auf die gesamte kommunale Ebene mitsamt der daran hängenden Berichtspflicht, den Plänen. Planvorgaben und so weiter umlegen, sind das wahrscheinlich erhebliche Kosten, die die kommunale Ebene tatsächlich geltend machen wird, also nach Paragraf 2 Absatz 3 der Kommunalverfassung ein Tatbestand der Konnexität, der zumindest ermittelt werden muss, weil auch das dann tatsächlich in den Landeshaushalt einzuplanen wäre.

Aber der Entwurf – und ich habe mich ernsthaft damit auseinandergesetzt, das können Sie mir glauben, Herr Ritter – hat noch einige andere, wie ich finde, Überzogenheiten und Schwachstellen. Zum einen sind manche Selbstverständlichkeiten oder Formulierungen aus dem alten Gesetz nur ein bisschen umgeschrieben worden, mal sind sie an einer Stelle geblieben, mal sind sie in einem anderen Zusammenhang im gleichen Sinne anders formuliert worden. Von daher ist auch ein bisschen Makulatur dabei.

Inhaltlich herausheben möchte ich noch mal – Sie haben das eben hier so ein bisschen anderes begründet –: Ein für mich sehr einschlägiger Satz in der Einführung lautet, dass die Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen Bereichen stattfinden oder durch dieses Gesetz geregelt werden soll, in denen staatlicher Einfluss herrscht. Das haben Sie eben bei Ihrer Einbringung ein bisschen anders formuliert. Das fand ich ein bisschen befremdlich, das kam nämlich dann auf eine ganz andere Schiene.

Dass Sie in dem Gleichstellungsgesetzentwurf unter Begriffsbestimmung zum Thema Familientätigkeit jetzt die Fürsorgepflicht der Eltern auf Kinder, das heißt, die Fürsorgepflicht besteht natürlich immer, aber dass sie die besonderen Bedarfe, die hier im bestehenden Gesetz für "Kinder bis 12 Jahre" definiert sind, jetzt auf "Kinder bis 18 Jahre" zum Beispiel ausweiten wollen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist bundesgesetzlich geregelt. Das Bundesgleichstellungsgesetz.)

da sollten Sie mal mit dem Jugendhilfeausschuss oder auch mit dem Jugendring drüber sprechen. Auf der anderen Seite verlangen Sie hier das Wahlrecht ab 16, aber in diesem Zusammenhang gibt es da wieder besondere Bedarfe. Also man muss das mal im Kontext mit allen anderen sehen.

Die geschlechtergerechte Sprache habe ich schon mal angeführt, die ist eigentlich mittlerweile selbstverständlich. Ob wir das jetzt noch mal genau ins Gesetz reinschreiben müssen, das kann man machen, aber ob man es wirklich muss, weiß ich nicht.

Auf eins möchte ich aber noch mal besonders eingehen, und das ist tatsächlich Artikel 3 – Änderung des Landesund Kommunalwahlgesetzes. Das wurde hier schon verschiedentlich angesprochen und dass es dem rechten Flügel hier überhaupt nicht schmeckt, kann ich mir auch sehr wohl vorstellen, weil das ein echtes Problem darstellen würde, eine Liste zu quotieren, und hier sogar zu 50 Prozent zu quotieren, obwohl ich sagen muss, Sie haben hier den wissenschaftlichen Dienst des Landes Schleswig-Holstein herangezogen.

Wenn man sich die Ausführungen anguckt und sich die Erwägungen zu Gemüte führt, muss man natürlich auch realisieren, dass das, was hier vorgeschlagen wurde, nicht unumstritten ist. Auch nicht unumstritten ist, dass mittlerweile die Gleichstellung der Frau in diesem Zusammenhang höher zu werten ist als Wahlgrundsätze.

(Udo Pastörs, NPD: Sinnlose Laberei!)

Ich sage nur, die Gleichheit der Wahl und die Freiheit der Wahl stehen da ja in einem bestimmten Konflikt, wenn man eine harte Quote, 50-Prozent-Regelung auch für die Landes- und Kommunalwahlen vorgibt. Für die Parteien ist das bereits allgemein anerkannt auf Bundesebene, dass die Quotierung rechtens ist. Hier in diesem Fall ist es nicht so eindeutig.

Ich fände es nicht schlimm, ich finde aber die Übernahme der Empfehlungen des wissenschaftlichen Dienstes aus Schleswig-Holstein eigentlich schon zu kurz gesprungen. Wenn man das wirklich will, sehe ich zum Beispiel nicht ein, warum man das denn unter dem Vorbehalt tun muss, dass das Geschlecht, das unter den Mitgliedern einer Partei oder Wählergruppe in der Minderheit ist, mindestens entsprechend seinem zahlenmäßigen Verhältnis auf der Liste vertreten sein muss. Das steht ja hinter dieser "harten" Quotierung und dem Reißverschlussverfahren. Bei manchen Parteien würde das ja überhaupt gar keine Veränderung ergeben und bei manchen Wählergemeinschaften bei uns im Land auch nicht. Das hätte dann überhaupt gar keine Wirkung mehr, weil, wenn man sich die Zusammensetzung mancher Wählergruppen oder auch Parteien anguckt, da sind die Frauen immer ganz, ganz stark in der Minderheit. Da brauche ich nicht wieder extra nach rechts außen gucken. Aber da würde sich wahrscheinlich auch nicht groß was dran verändern und da könnte ich mir sogar einen etwas weitergehenden Schritt vorstellen.

(Udo Pastörs, NPD: Machen Sie Schluss, gnädige Frau! Es reicht!)

Wann ich Schluss mache, Herr Pastörs, das können Sie ruhig mir überlassen. Wenn die rote Lampe leuchtet, kann ich ja auch mal sagen, wie Sie, gleich, ich höre schon auf, und dann trotzdem noch versuchen, eine halbe Stunde weiterzureden.

(Udo Pastörs, NPD: Sie können sich setzen, Sie sind ja eine sehr selbstbewusste Dame.)

Ich werde das nicht tun!

Ein Letztes noch: Der Vorschlag für das Vergabegesetz.

(Udo Pastörs, NPD: Och, das geht noch weiter!)

Wie Sie ja alle wissen, haben wir zurzeit schon in der öffentlichen Kritik den Entwurf des Wirtschaftsministeriums zum neu zu erstellenden Vergabegesetz, und da wissen viele Leute wieder mehr als andere. Sie haben hier als LINKE ganz konkrete Vorschläge gemacht, wie Sie sich eine Frauenförderung in diesem Zusammenhang vorstellen können. Und ich denke mal, mir ist der Gedanke durchaus nicht unsympathisch. Aber Sie wissen genauso gut wie ich, dass wir in der vergangenen Legislaturperiode an dieser Stelle auch schon mal versucht haben, auf einen gemeinsamen Nenner mit unserem Koalitionspartner zu kommen. Wir werden sicherlich den Versuch auf jeden Fall dieses Mal ebenso starten.

(Udo Pastörs, NPD: Aufhören!)

Das Ergebnis ist zum jetzigen Zeitpunkt natürlich noch vollkommen offen. Wie ich Ihren Gesten entnehmen kann, haben Sie das von vornherein ...

Sie gucken mich so bedauernd an in diesem Zusammenhang.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist das Leiden. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Aber, Herr Pastörs, Sie lasse ich gerne leiden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Heinz Müller, SPD: Lassen Sie Ihre Frechheiten da drüben!)

Wenn es Ihrem Leiden dient, dann rede ich gerne noch zehn Minuten weiter.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Aber das werde ich nicht tun.

Herr Ritter, ich würde Sie bitten, diesen Gesetzentwurf zu diesem Zeitpunkt zurückzuziehen und wieder einzubringen, wenn, wie Sie wissen, die Landesregierung so weit ist.

(Torsten Renz, CDU: Der Vorschlag hat was! – Helmut Holter, DIE LINKE: Wir warten auf die Landesregierung!)

weil Sie haben, wie alle anderen wahrscheinlich auch,

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

den Vorhabenplan aus dem Sozialministerium erhalten. In dem steht zum einen, dass der Gleichstellungsbericht für das Jahr 2011 im zweiten Quartal dieses Jahres vorliegt – der wird sicherlich auch Einfluss haben auf ein zukünftiges Gleichstellungsgesetz – und dass der Entwurf des Gleichstellungsgesetzes im zweiten Quartal 2013 vorliegen soll. Die Zeit von jetzt bis dorthin ist ein bisschen sehr lang, um ein Gesetz auf Halde zu legen, deswegen – vielleicht haben Sie auch noch einen Erkenntnisgewinn in diesem Zeitraum – ziehen Sie es zurück, bringen Sie es dann wieder ein. Zum jetzigen Zeitpunkt stimmen wir der Überweisung nicht zu. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Udo Pastörs, NPD: Boh!)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Frau Abgeordnete Tegtmeier, ich weise Ihre Bemerkung am Anfang Ihrer Rede in Richtung der NPD-Fraktion als unparlamentarisch zurück.

(Stefan Köster, NPD: Sie hat nur von sich selbst gesprochen.)

Und das Gleiche passiert mit Ihren Bemerkungen, die Sie gegenüber der Abgeordneten geäußert haben, die waren ebenfalls unparlamentarisch.

(Michael Andrejewski, NPD: Vom Parlament nichts mehr übrig. – Heinz Müller, SPD: Wenn Sie draußen wären, würde das Parlament an Qualität gewinnen!)

Ich werde jetzt die Aussprache fortsetzen. Und zwar hat als nächster Redner das Wort der Abgeordnete Peter Ritter von der Fraktion DIE LINKE.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst mal bei Frau Tegtmeier dafür bedanken, dass sie sich offensichtlich doch sehr intensiv inhaltlich mit unserem Antrag auseinandergesetzt hat, aber ich muss sie enttäuschen: Ich ziehe unseren Gesetzentwurf heute nicht zurück und bringe ihn dann irgendwann, wenn das Sozialministerium den Gesetzentwurf der Koalition vorlegt, wieder ein, weil ich weiß, was dann passiert. Dann haben wir nämlich zwei Gesetzentwurfe und die Koalition entscheidet, welcher Gesetzentwurf Beratungsgrundlage im Ausschuss ist, und damit ist unser Gesetzentwurf auch wieder tot. Also was sollen diese unsittlichen Angebote, will ich mal sagen.

(Egbert Liskow, CDU: Na, na, na! Aber Sie kennen sich aus und ich weiß nicht, ob das stimmt.)

Sagen Sie einfach, wir hätten Ihren Gesetzentwurf gerne angenommen, wenn es denn so ist, oder überwiesen, aber mein Koalitionspartner wollte es nicht,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

oder sagen Sie einfach, das, was Sie vorgelegt haben, passt uns nicht. Das wären doch ehrliche Antworten gewesen, aber dieser Eiertanz, der hilft uns ja nun wirklich nicht weiter.

Sehr geehrte Frau Tegtmeier, es ist in der Tat so, dass ich den gegenwärtigen Zustand in der Gleichstellungspolitik unseres Landes kritisiere. Aber ich bin nicht alleine in dieser Kritik. Auf einer Beratung des Landesfrauenrates jüngst in Waren ist diese Kritik deutlich zu spüren und zu hören gewesen. Aber Sie konnten diese Kritik nicht hören und nicht spüren, denn weder Ihre Fraktion war vertreten noch das Gleichstellungsministerium. Insofern hat man natürlich eine unterschiedliche Wahrnehmung von dem, was man hier tut und was sich draußen wirklich widerspiegelt. Ich werde die Unzufriedenheiten hier im Parlament so lange benennen, bis diese abgestellt sind. Das ist im Übrigen Aufgabe der Opposition.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

meine sehr verehrten Damen und Herren. Und auch das lasse ich mir von Ihnen weder untersagen noch nehmen.

(Udo Pastörs, NPD: Oh! Oh!)

Sehr geehrte Frau Friemann-Jennert, Sie waren ja zumindest in Waren anwesend und haben dort – ich habe es noch gut im Ohr – gesagt, Sie wären durchaus bereit, dass Sie Aktivitäten der Opposition in Sachen Gleichstellung unterstützen würden.

(Egbert Liskow, CDU: Hat sie doch! Verbal.)

Unterstützen heißt aber nicht, dass wir hier einen Einheitsbrei darlegen, dass ich Sie erst um Genehmigung fragen darf, ob ich hier einen Gesetzentwurf einbringe,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

und dass wir dann gönnerhaft mit Ihrer Unterstützung an diesem Thema arbeiten. Das ist nicht Unterstützung der

Aktivitäten der Opposition. Andersherum wird ein Schuh draus: Überweisen Sie den Antrag!

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dann unterstützen Sie unsere Aktivitäten!

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und ich freue mich, dass der Paukenschläger auch zur Debatte gekommen ist. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Regine Lück:** Herr Abgeordneter Köster, da Sie jetzt in der Debatte den Begriff gegenüber Herrn Ritter wieder gepflegt haben und ich ihn schon zwei Mal parlamentarisch zurückgewiesen habe, erteile ich Ihnen jetzt für das dritte Mal einen Ordnungsruf.

Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/376 zur federführenden Beratung an den Sozialausschuss sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss und an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer stimmt diesem Überweisungsvorschlag zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU und NPD abgelehnt bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der Gesetzentwurf wird gemäß Paragraf 48 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung spätestens nach drei Monaten zur Zweiten Lesung erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben sich darauf verständigt, den Tagesordnungspunkt 14 anstelle des Tagesordnungspunktes 32 sowie den Tagesordnungspunkt 32 anstelle des Tagesordnungspunktes 14 zu beraten. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 10**: Beratung des Tätigkeitsberichtes 2011 des Petitionsausschusses gemäß § 68 der Geschäftsordnung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern – Die Tätigkeit des Petitionsausschusses des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 6/360.

Tätigkeitsbericht 2011 des
Petitionsausschusses (1. Ausschuss)
gemäß § 68 der Geschäftsordnung des
Landtages Mecklenburg-Vorpommern
Die Tätigkeit des Petitionsausschusses
des Landtages MecklenburgVorpommern im Jahr 2011
– Drucksache 6/360 –

Das Wort zur Berichterstattung hat der Vorsitzende des Petitionsausschusses, der Abgeordnete Herr Dachner.

Manfred Dachner, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich freue mich, dass ich Ihnen als Vorsitzender des Petitionsausschusses den Bericht aus dem Jahre 2011 hier vortragen darf. Der jährlich zu erstellende Bericht liegt Ihnen schriftlich vor. Insofern darf ich mich heute auf wenige Fakten und Zahlen beschränken.

Im Jahre 2011 wendeten sich 1.205 Bürgerinnen und Bürger mit Vorschlägen, Bitten und Beschwerden an den Petitionsausschuss. Das ist gegenüber 2010 noch mal ein Anstieg, vorher hatten wir nämlich 1.093 Petitionen.

(Vizepräsidentin Silke Gajek übernimmt den Vorsitz.)

Aber ich darf noch mal daran erinnern, dass wir auch schon 1992 eine Spitzenposition von 1.098 Anfragen und Beschwerden hatten. Auch die Massen- und Sammelpetitionen haben sich im Jahre 2011 erhöht auf 61. Massen- und Sammelpetitionen sind also die, wie Sie wissen, wo sich mehrere Bürger mit dem gleichen Anliegen beschwerten oder Vorschläge einreichten. Allein über 29.000 Beschwerden gab es auf dem Gebiet des Kleingartenwesens, weil ab 2013 die Forderung besteht, dass das Abwasser in den Kleingärten entsprechend dem Stand der Technik ordnungsgemäß entsorgt werden soll. Sie kennen das Ergebnis. Ich glaube, das ist eine tragbare Lösung geworden.

Fast 5.000 Bürgerinnen und Bürger beschwerten sich darüber, dass es eine Verwaltungsvorschrift gibt, die die Reisekostenvergütung bei Schulklassen nicht akzeptabel erscheinen lässt. Insgesamt – und das ist, finde ich, sehr beachtlich – haben sich 35.451 Bürgerinnen und Bürger einzeln oder auch zusammen mit Vorschlägen, Beschwerden und Eingaben an den Petitionsausschuss oder auch an den Landtag gerichtet, also an unsere Volksvertreter

(Udo Pastörs, NPD: Dass ich nicht lache, dass ich nicht lache!)

mit der Bitte, diese und jene Dinge zu verändern. Ich denke einfach, das ist doch Ausdruck dafür, welche Bedeutung die Bürgerinnen und Bürger ihrem Petitionsgrundrecht beimessen.

Ich danke in diesem Zusammenhang natürlich allen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes, dass sie sich vertrauensvoll an den Petitionsausschuss wenden. Ich danke aber auch den Mitarbeitern der Ausschüsse der 5. Wahlperiode und natürlich ganz besonders auch der Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Frau Borchardt, die mit sehr viel Fleiß und bürgernaher Arbeit die Petitionen bearbeitet haben.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Oh ja, Frau Borchardt! –
Udo Pastörs, NPD: Vergessen Sie die
Schreibkräfte nicht! Die sind auch wichtig.)

Natürlich gilt mein Dank auch der Verwaltung, insbesondere den Mitarbeitern unter Leitung von Frau Schlamp, die immer zeitgemäß die Petitionen vorbereitet haben. Natürlich sind dort einbezogen alle, die hier so fleißig mitgearbeitet haben.

Bei der Prüfung der Anliegen der Petenten sowie der Suche nach einer möglichen Abhilfe oder zumindest auch bei einem tragbaren Kompromiss nutzte der Petitionsausschuss seine umfangreichen gesetzlichen Möglichkeiten und auch der Geschäftsordnung und diese Befugnisse und Rechte haben sich in der Vergangenheit sehr bewährt.

Ich möchte vielleicht auf zwei Beispiele näher eingehen:

In einer Petition beschwerte sich jemand über die Arbeitsweise eines Bürgermeisters. Der Petitionsausschuss hat also von seinem Recht Gebrauch gemacht, Dokumentationen aus dem Ministerium und aus den Ämtern anzufordern. Und nach Prüfung dieser Sachlage konnte der Zweifel immer noch nicht ausgeräumt werden, sodass der Ausschuss Mitglieder entsandt hat ins jeweilige Amt, um dort noch mal Akteneinsicht vorzunehmen. Da wurden sie nicht gerade sehr freundlich empfangen, weil man glaubte, es wäre eine Vorverurteilung des Bürgermeisters. Nach sachlicher Prüfung war dem Bürgermeister insofern ja nichts mehr vorzuwerfen, weil es sich da so darstellte, dass er sein Amt ordnungsgemäß ausgeübt hat. Die Beamten oder die Angestellten, die damals ihre Vorbehalte hatten, haben sich dann auch für diese sachliche Arbeit bedankt.

In der zweiten Petition beschwerte sich jemand über eine Ausländerbehörde, weil sie diesen Antrag gar nicht entgegengenommen und schon gar nicht bearbeitet hat. Auch hier hat der Petitionsausschuss von seinen Rechten Gebrauch gemacht und hat die Dokumentation des jeweiligen Ministeriums geprüft, und das auch vor Ort. Und leider konnten in diesem Fall die Zweifel nicht gänzlich ausgeräumt werden, aber der Gesamtumfang dieser Situation stellte sich so dar, dass man Zweifel haben musste, dass wirklich das Amt ordnungsgemäß gearbeitet hat. Daraufhin wurde der Minister gebeten, diese Auswertung vorzunehmen. Der Petitionsausschuss bekam von diesem Bürger ein dickes Lob. Das darf ich hier erwähnen.

Meine Damen und Herren, ich denke, gerade in diesen zwei Fällen wird sehr deutlich, was der Petitionsausschuss mit seinen im Gesetz verankerten Rechten erreichen kann. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung zum vorliegenden Tätigkeitsbericht für das Jahr 2011. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Herr Dachner.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat Frau Drese von der SPD-Fraktion.

Stefanie Drese, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! In diesem Jahr liegt Ihnen bereits im März der Jahresbericht 2011 über die Tätigkeit des Petitionsausschusses zur Kenntnisnahme und zur Beschlussfassung unter dem Tagesordnungspunkt 10 vor. Im Wesentlichen ist er auf die Arbeit der Mitglieder des Petitionsausschusses der 5. Wahlperiode zurückzuführen. Dafür an dieser Stelle meinen herzlichen Dank!

Die Bürgerinnen und Bürger haben sich im vergangenen Jahr mit insgesamt 1.205 Eingaben an den Petitionsaus-

schuss des Landtages gewandt. 984 Eingaben konnten abschließend behandelt werden. Diese Zahl ist für mich auch ein Zeichen dafür, dass sich durch die Änderung der Verfahrensgrundsätze (Anlage 3 der Geschäftsordnung des Landtages) die Bearbeitungsdauer der Petition erheblich verkürzt hat.

Sehr geehrte Damen und Herren, da bereits mehrfach auf statistische Daten eingegangen wurde, will ich vielleicht nur noch eines hervorheben, und zwar, dass bei 209 Petitionen jeweils ein Erfolg beziehungsweise Teilerfolg in den vorgetragenen Anliegen erzielt werden konnte. Das sind circa 21 Prozent der im Berichtszeitraum in den Sammelübersichten abgeschlossenen Petitionen.

Da sich der Bericht hauptsächlich mit Petitionen befasst, die in der 5. Legislaturperiode vom Petitionsausschuss bearbeitet und beraten wurden, möchte ich nur auf ein Beispiel eingehen, welches auch den Petitionsausschuss der 6. Wahlperiode weiterhin beschäftigen wird, und zwar die Abwasserbeseitigungsanlagen in Kleingärten, dies auch deshalb, weil es immer wieder zu missverständlichen Darstellungen in der Presse gekommen ist.

Wie Sie dem Bericht entnehmen können, hat sich der Petitionsausschuss bereits ausführlich mit dem Thema befasst. Zahlreiche Stellungnahmen des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz wurden eingeholt und auch Beratungen mit Regierungsvertretern durchgeführt. Letztmalig wurde der Ausschuss am 26. Januar dieses Jahres über den aktuellen Stand informiert. Es bleibt dabei, immer wenn Abwasser in Kleingärten anfällt, muss dieses ordnungsgemäß beseitigt werden. Das bedeutet, dass die Abwasserentsorgung in den Kleingärten so anzupassen ist, dass die Bestimmungen des Wasserhaushaltsgesetzes und des Landeswassergesetzes eingehalten werden. Darüber herrschte auch in der Landtagssitzung am 29.06.2011, also noch in der letzten Legislatur Konsens.

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

Der Erlass des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz an die Wasserbehörden am 31.05.2011 beinhaltet unter anderem, dass eine vereinfachte Dichtheitsprüfung für abflusslose Sammelgruben in Kleingärten ermöglicht werden soll. Die TU Berlin hat im Auftrag des Landwirtschaftsministeriums eine Handlungsanleitung zur Dichtheitsprüfung von abflusslosen Sammelgruben in Kleingartenanlagen erarbeitet. Ziel ist es dabei, ein Verfahren zu entwickeln, mit welchem in Anlehnung an DIN-Verfahren und mit einfacheren Messgeräten ausgewählte und speziell geschulte Kleingärtner selbst und damit insgesamt kostengünstig Dichtheitsprüfungen im Kleingartenbereich durchführen können. Wenn dies als ein Baustein zur Problemlösung in Zusammenarbeit mit allen Akteuren gelingt, wäre auch dank der Arbeit des Petitionsausschusses hier viel erreicht. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Frau Drese.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Borchardt von der Fraktion DIE LINKE.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch ich möchte mich bei den Mitar-

beiterinnen und Mitarbeitern sowie beim Ausschussvorsitzenden für die sachliche Darstellung des Berichtes des Petitionsausschusses für das Jahr 2011 recht herzlich bedanken.

Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes machen von ihrem Petitionsrecht rege Gebrauch. Und ich bin einmal gefragt worden, ob das denn positiv oder negativ zu werten ist. Aus meiner Sicht ist es positiv zu werten, weil die Bürgerinnen und Bürger sich an diejenigen wenden, die die Gesetze des Landes Mecklenburg-Vorpommern auf den Weg bringen, und die Hoffnung haben, dass wir gemeinsam über Einzelfallentscheidungen oder Einzelfälle beziehungsweise über Fragen beraten, die wir vielleicht beim Gesetzgebungsprozess nicht bedacht haben, und dann auch bereit sind, Änderungen gemeinsam auf den Weg zu bringen.

Auf der anderen Seite kann man sagen, es ist vielleicht auch ein bisschen ein negativer Touch. Denn inwieweit haben wir beim Gesetzgebungsprozess oder beim Erlass von Verwaltungsentscheidungen bedacht, welche Auswirkungen das eine oder andere auf den einzelnen Bürger, auf die einzelne Bürgerin hat? Und da gibt es einzelne Beispiele, wo ich aus meiner Sicht sage, da haben wir vielleicht nicht ganz bis zu Ende gedacht, und wo wir im Petitionsausschuss dann feststellen, hier ist Nachholbedarf notwendig, wir allerdings vielleicht manchmal auch nicht zu dem Schritt gekommen sind, diesen Nachholbedarf auf den Weg zu bringen.

Und in der Weise bitte ich unter dem Gesichtspunkt schon darum, vielleicht gelingt es uns in dieser Wahlperiode, bei Gesetzgebungsprozessen alles dann auch bis zum Ende zu bedenken und uns die Frage zu stellen: Welche Änderung eines Gesetzes, welcher Gesetzgebungsprozess, welche Auswirkungen wird das auf die Bürgerinnen und Bürger haben und, wenn es Auswirkungen hat, wie können wir gemeinsam dafür Sorge tragen, dass eventuell Vorsorgeleistungen, Vorsorgemaßnahmen getroffen werden?

Wenn Sie den Jahresbericht – und davon gehe ich aus – richtig gelesen haben, dann ist Ihnen sicherlich auch aufgefallen, dass im Jahre 2011 lediglich sieben Petitionen an die Landesregierung überwiesen worden sind. 2010 waren es jedoch noch 17. Ebenfalls einen Rückgang gab es bei den überwiesenen Petitionen an die Fraktionen, hier vier, im Jahre 2010 noch sieben. Die Gründe sind sicherlich sehr unterschiedlich. Aber – und das will ich aus meiner Erfahrung und als Petitionsausschussvorsitzende des Jahres 2011 hier durchaus ansprechen – manchmal ist es auch so, dass im Petitionsausschuss eben die Koalitionsmehrheit dafür Sorge trägt, dass bestimmte Fragen nicht weitergetragen werden.

(Egbert Liskow, CDU: Was?! – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Oh!)

Ich rede von der 5. Wahlperiode und dem Jahre 2011.

Es ist sicherlich so – und darüber sollten wir uns auch alle einig sein –, es gibt Petitionen, die Legislativpetitionen zum Beispiel, wo wir als Fraktionen unterschiedlicher Auffassung sind. Deswegen haben wir auch unterschiedliche Fraktionen. Und das wird auch deutlich im Abschluss der Petitionen. Aber es gibt eben viele Petitionen, wo Einzelfälle zu prüfen sind und wir doch der Auffassung sein sollten, dieser Einzelfall ist zum Beispiel

noch mal zu prüfen, um ihn vielleicht bei der Novellierung eines jeweiligen Gesetzes dann auch entsprechend einzubeziehen – dort, wo eben Änderungen möglich sind. Und wenn man sich dann die territoriale Verteilung der einzelnen Petitionen anguckt – auch das ist, glaube ich, mal ganz interessant –, dann sollte es vielleicht auch uns als Abgeordnete des Landtages interessieren, mal danach zu fragen: Warum ist das denn territorial so unterschiedlich? Liegt es an den Verwaltungen? Liegt es daran, dass die Bürgerinnen und Bürger mehr Probleme haben, sind sie aktiver oder was steckt dahinter?

Und nicht selten - auch das, glaube ich, kann man im Petitionsausschussbericht nachvollziehen - ist es so, dass wir uns im Petitionsausschuss mit Fragen nicht in dem Sinne beschäftigen mussten, dass die jeweilige Verwaltung ein Gesetz nicht ordentlich angewandt hat, sondern eher in dem Sinne, dass die Ermessensspielräume, die die Gesetze vom Prinzip her darstellen, also die dargestellt werden im jeweiligen Gesetz, dadurch ausgeschöpft worden sind und wir durch die Arbeit im Petitionsausschuss dafür mit Sorge getragen haben, dass die Ermessensspielräume in dem einen oder anderen Fall dann ausgenutzt worden sind und wir dem Petenten im Einzelfall Hilfe geben konnten. Das heißt für mich, dass wir, glaube ich, unsere Verwaltungen ermutigen sollten, die Ermessensspielräume im Einzelfall im Interesse der Bürgerinnen und Bürger auszunutzen, damit im Einzelfall dann auch die Hilfe und Unterstützung angeboten werden kann.

Wir haben auch Petitionen - und ich glaube, Frau Schlupp wird mir sicherlich recht geben -, wo wir dann feststellen, der Petent wendet sich an uns, weil er die Entscheidung nicht nachvollziehen konnte - nicht, weil er das nicht nachvollziehen konnte, weil er das Gesetz nicht kennt, sondern weil er einfach das, was die Verwaltung geschrieben hat, nicht verstanden hat. Aber auch da kann man nur appellieren und Anforderungen an uns als Gesetzgeber stellen, das Gesetz so zu schreiben, dass jeder Bürger das verstehen kann. Das bringt vielleicht den Anwälten weniger Arbeit, aber ich denke, das wäre schon mal recht gut. Und die Europäische Union hat ja diesbezüglich nicht nur einmal darauf hingewiesen, dass die Bescheide in einem vernünftigen und nicht in einem Beamtendeutsch dargestellt werden, sodass der Bürger das auch nachvollziehen kann. Und wir haben im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern oft erreichen können, dass sie die Entscheidung respektieren konnten, weil sie sie dann verstanden haben, auch unter dem Gesichtspunkt, dass wir diesbezüglich Hilfe und Unterstützung anbieten konnten.

Ich möchte noch auf zwei Petitionen besonders einge-

Eine Petition wurde bereits genannt: die ganze Frage Abwasserentsorgungspflicht für Kleingärtner. Ich habe hier eine Bitte. Wir haben im Petitionsausschuss diese Petition, die Massenpetition abgeschlossen, und zwar unter den demokratischen Fraktionen mehrheitlich, auch unter dem Gesichtspunkt, dass in der letzten Zeit ein großer Diskussionsaufwand betrieben wurde mit den unterschiedlichen Behörden, mit dem Minister für Landwirtschaft, mit den Kleingärtnern, mit den Vereinen und Verbänden, also mit den Betroffenen, aber auch unter Einbeziehung der Fraktionen, und wo es offensichtlich gelungen ist, die Kuh vom Eis zu bekommen. Trotzdem gibt es nach wie vor Probleme, und das zei-

gen uns auch die Briefe beziehungsweise die Wortmeldungen nach der Veröffentlichung des Petitionsausschussberichtes. Und ich denke, jetzt sind wir in den Wahlkreisen einfach gefragt, und zwar unter dem Gesichtspunkt, dass wir uns mit der unteren Wasserbehörde in Verbindung setzen und dort gemeinsam nachfragen, wie denn der Prozess im jeweiligen Landkreis vorangebracht worden ist, welche Probleme es noch gibt, sodass da auch Hilfe und Unterstützung von unserer Seite aus gegeben wird.

Denn darüber sind wir uns einig, und das waren wir uns von Anfang an, dass die Abwasserentsorgungspflicht für jeden gilt, also auch für Kleingärtnerinnen und Kleingärtner. Aber das Problem in den einzelnen Kleingärten ist sehr differenziert, auch die Herangehensweise der unteren Wasserbehörde. Und ich denke, Druck auf die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner auszuüben, das bringt uns insgesamt nicht weiter. Der direkte Kontakt mit der unteren Wasserbehörde, glaube ich, könnte da vom Prinzip her ein Weg sein, um die Ängste zu nehmen und dann auch die Probleme vor Ort klären zu können.

Und ein letztes Problem, was mich nach wie vor bewegt, ist die Frage der Anrechnung von Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Bürgermeister. Wir haben es auch im Petitionsausschuss abgeschlossen, weil wir hier keine Hilfe und Unterstützung weiter geben können. Ich glaube aber, die Landesregierung sollte in die Pflicht genommen werden, sich diesbezüglich auf Bundesebene noch mal geradezumachen. Es kann nicht sein - und ich befürchte, dass wir im Jahre 2014, wenn wir die Wiederwahlen haben, und hier bei uns im Land gibt es nun mal die Mehrzahl an ehrenamtlichen Bürgermeistern, und wir haben auch einige, die von Arbeitslosengeld II betroffen sind -, dass das bisschen Geld, was sie kriegen und was ja vom Prinzip her ihre Aufwendungen in keiner Weise deckt, dann vom Prinzip her im Grunde genommen auch noch angerechnet wird. Wenn wir - und die Kommunalverfassung schreibt es ja vor - in der Regel ehrenamtliche Bürgermeister haben, dann, glaube ich, sollten wir nach Möglichkeiten im Land beziehungsweise auf Bundesebene suchen, um hier den ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern Hilfe und Unterstützung zu geben, um hier auch zu sichern, dass das bisschen, was sie für ihr Ehrenamt bekommen, es ist keine leichte Arbeit als ehrenamtlicher Bürgermeister und bei den bestehenden Problemen dort, dieses wenige Geld, dass das nicht angerechnet wird.

Nun wird immer gesagt, das ist ein Ehrenamt, dazu gibt es eine Aufwandsentschädigung und das Gesetz und Einkommenssteuergesetz – alles richtig, die Gesetzeslage ist so, aber ich denke, wir sollten ...

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Frau Borchardt, kommen Sie bitte zum Ende.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: ... uns gemeinsam da in die Pflicht nehmen, um dieses Amt und dieses Ehrenamt weiter zu stärken, und hier auch tätig werden. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

## Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt Frau Gerkan von der Fraktion BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN.

Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Im letzten Jahr sind die Petitionen auf ein wahrliches Rekordniveau von 1.200 Petitionen gestiegen. Die Frage ist: Liegt das an der Unzufriedenheit der Leute oder liegt das an der Regierungskoalition?

(Egbert Liskow, CDU: An der Opposition.)

Oder sind die Bürgerinnen und Bürger zunehmend ermutigt worden, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen? Wir hoffen mal, dass es am Letzten liegt.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ich auch.)

Da ich erst seit 2011 dabei bin, habe ich diese Sachen noch nicht in der Länge begleiten können, sondern nur ein ganz kleines Stückchen davon. Von daher, die konkreten Fälle werde ich erst im nächsten TOP behandeln können

Der Petitionsausschuss befasste sich trotz der hohen Anzahl der Eingaben sehr intensiv mit den einzelnen Anliegen der Menschen vor Ort. Der Ausschuss hat seine Möglichkeiten genutzt, Ortsbegehungen zu machen, Akteneinsichten zu nutzen, Anhörungen von Sachverständigen und von Regierungsvertretern. Zudem hat der Petitionsausschuss eng mit dem Bürgerbeauftragten und auch mit dem Bundestag zusammengearbeitet. Aus unserer Sicht wäre es von Vorteil gewesen, wenn die eine oder andere Petition mehr auch an die Fraktionen oder an die Landesregierung überwiesen worden wäre, weil man dann entsprechende Gesetzesinitiativen hätte anstreben können. Gut, ich war nicht dabei, insofern fehlt mir die Beurteilungskraft, aber ich denke, da kann man ein bisschen mehr erreichen in Zukunft. Von den 1.200 Petitionen, Frau Borchardt hat es erwähnt, wurden lediglich sieben beziehungsweise vier an die Regierung beziehungsweise Fraktionen überwiesen. Das sind relativ wenig.

Wir begrüßen, dass so viele Menschen das Mittel der Petition nutzen. So erfahren wir hier im Landtag, was die Leute vor Ort wirklich bewegt. Das ist enorm wichtig und diese Petitionen zeigen auch, wie wir in dem Bericht sehen, dass die Situation wesentlich verbessert werden kann.

Die Vielzahl der 2010/2011 eingegangenen Petitionen bezüglich der Abwasserentsorgung in den Kleingärten hat zum Beispiel zu einem wichtigen zielführenden Dialog geführt. Es gibt Fördermöglichkeiten für Gemeinschaftsanlagen und zudem wird es Übergangsfristen geben über das Jahr 2013 hinaus. Das ist sehr zu begrüßen, dass es dort zu diesem Dialog und zu diesem Ziel gekommen ist. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt Herr Müller von der NPD-Fraktion.

**Tino Müller**, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nachdem eine neue Höchstzahl an Petitionen im Berichtszeitraum 2010 erreicht schien, wurde diese 2011 erneut übertrumpft. Die Katastrophenpolitik der Landesregierung spiegelt sich also im Tätigkeitsbericht 2011

des Petitionsausschusses mehr als deutlich wider. Mit 1.205 Eingaben stieg das Petitionsaufkommen gegenüber dem Jahr 2010 nochmals an, womit eine neue Stufe des Bürgerprotestes erreicht worden ist.

Seit dem Bestehen des Ausschusses kann das Jahr 2011 somit als Rekordjahr bezeichnet werden. Ferner nutzten 35.451 Bürgerinnen und Bürger insgesamt teils einzeln und teils in der Gemeinschaft ihr Recht, Vorschläge, Bitten und Beschwerden an den Petitionsausschuss des Landtages zu richten. 5.098 Landsleute nutzten ihr Petitionsrecht, um sich in einer bildungsspezifischen Angelegenheit zu beschweren. Wichtige Anliegen waren hierbei die Reisekostenvergütung bei Schulfahrten und die Übernahme der Schülerbeförderungskosten zur örtlich nicht zuständigen Schule.

Ein weiterer Schwerpunkt sind die Petitionen im Bereich des Straßenverkehrswesens. So ist das Petitionsaufkommen hier mit 257 Eingaben gegenüber den vergangenen Jahren um mehr als das Fünffache angestiegen. Besonders die Problematik der zunehmenden Schwerlasttransporte auf dem Abschnitt B 104 von Strasburg über Pasewalk und Löcknitz bis zum Grenzübergang Linken nahmen 239 Petenten zum Anlass, um gegen die Untätigkeit der politisch Verantwortlichen zu protestieren. Weiterhin forderten die Petenten, dass alles Mögliche getan werden soll, um ein Leben entlang der Bundesstraße 104 wieder erträglich zu machen, da Abgase, Erschütterungen, Lärmbelästigung und erhöhte Unfallgefahr für unerträgliche Zustände sorgen.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Dazu monierten die Petenten fehlende Alternativen für Radfahrer und begehrten den Bau weiterer Fahrradwege. Außerdem baten die Petenten, dass endlich geprüft werden soll, ob der Grenzübergang Linken für mautpflichtige Lkw gesperrt werden kann. Mit den Problemen um den ausfallenden Lkw-Fernverkehr werden unsere Landsleute bis zum heutigen Tage alleingelassen. Die Landesregierung hat es versäumt, sich der Angelegenheit ausreichend anzunehmen, um für die Betroffenen endlich eine Lösung zur konsequenten Begrenzung des Lkw-Fernverkehrs herbeizuführen. Dienst am Volke – dieser und keiner geringeren Pflicht hat ein Volksvertreter nachzukommen.

(allgemeine Unruhe – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das merken wir immer hier im Ausschuss.)

Die Probleme des Volkes nehmen Sie aber nicht ernst. Das Volk ist und bleibt der Ausgangspunkt unseres politischen Handelns. Welche Maxime Sie verfolgen, haben Sie am Beispiel der Problematik B 104 eindrucksvoll unter Beweis gestellt, nämlich keine.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Das Wort hat jetzt noch mal der Vorsitzende des Petitionsausschusses Herr Dachner.

Entschuldigung. Das ist die CDU mit Herrn Lindner. Sorry.

(Heinz Müller, SPD: Also die zwei kann man doch nicht verwechseln.)

**Detlef Lindner**, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wir haben vom Vorsitzenden gehört, dass uns im Jahr 2011 1.205 Eingaben erreicht haben. Wir haben weiter von ihm gehört, dass damit sogar eine Steigerung zum Vorjahr erfolgt ist, obwohl die Zahl schon beträchtlich hoch war. Meine Damen und Herren, das sind quasi über drei Petitionen, die täglich den Landtag erreichen.

Wie nun der eine oder der andere meiner Kollegen diese Zahlen interpretiert hat, dazu haben wir schon einiges gehört. Ich möchte dazu nur Folgendes sagen: Wir sind für den Petenten da. Ämter, Verwaltungen, Ministerien, öffentliche Einrichtungen und unsere Arbeit als Abgeordnete – das alles machen wir für die Bürger, für unsere Menschen und nicht zum Selbstzweck.

(Udo Pastörs, NPD: Das glaubt kein Mensch. Das machen Sie wohl eher für die Diäten. – Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Wenn es Grund für Petitionen gab, dann weil wir diese wichtigen Grundsätze vielleicht vergessen haben.

(Udo Pastörs, NPD: Na, das wird wohl eher der Fall sein.)

Es wird deutlich, dass der Petitionsausschuss des Landtages Mecklenburg-Vorpommern manchmal der letzte Strohhalm für den Bürger ist. Bei der Bearbeitung und der Recherche von Problemen, die uns die Menschen dann schildern, geht es nicht nur ausschließlich um die konkrete Umsetzung von Richtlinien und Gesetzen. Wir bemühen uns, in berechtigten Fällen für den Petenten da zu sein, wo es eben die Richtlinien und Gesetze nicht sind. Politik ist ein Versuch, die Interessen aller zu vereinen, aber manchmal sind es die Interessen des Einzelnen, die wir nicht vergessen dürfen und derer wir uns annehmen müssen. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Petenten mit ihren Anliegen liegen mir besonders am Herzen. Das sollte bei Ihnen hier im Haus auch der Fall sein.

Erst die Petitionen ermöglichen manchmal den direkten Kontakt zwischen der Bevölkerung und uns, den Politikern.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Sie zeigen uns sehr deutlich, wo den Menschen der Schuh drückt. Und der Schuh drückt bei Bauvorhaben, bei der Anwendung von Bauvorschriften, bei der Instandsetzung und Erhaltung von kommunalen Infrastrukturen, bei Emissionsschutzproblemen, bei Problemen mit den Bildungsträgern und bei sozialen Belangen sowie bei der Hilfebedürftigkeit. Und in vielen Fällen können wir helfen. Es gibt sie also doch noch, diese kleinen Freiräume und Möglichkeiten innerhalb des gesetzlichen Rahmens.

Meine Damen und Herren, es freut mich besonders, dass im Petitionsausschuss Themen angesprochen werden, die wiederum zur realen Politik hier im Landtag werden. So forderte ein Petent, dass wir uns für mehr Barrierefreiheit einsetzen sollten. Und nun haben wir in dieser Landtagssitzung einen Antrag, der sich mit diesem, mit dem Ausbau der Barrierefreiheit und der Schaffung einheitlicher Kriterien befasst.

Wo Politik gemacht wird, da knarrt es und ächzt es auch mal im Gebälk.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Umso mehr es ächzt, umso mehr Bürger wenden sich mit einer Petition an uns. Perfektion ist ein kaum erreichbares Ideal, aber lassen Sie uns alle daran arbeiten, dass es so wenig wie nur möglich knarrt und ächzt und die Bürger weniger Grund zu Beschwerden haben. Wenn wir diese Ansätze immer vor Augen behalten, wird man auch zufrieden mit unserer Arbeit sein, denn ich wiederhole mich hier gern:

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir sind für die Bürger da und nicht zum Selbstzweck. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist seitens des Vorsitzenden und Berichterstatters beantragt worden, dem Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses auf Drucksache 6/360 zuzustimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltung? – Dann ist bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, bei der Fraktion DIE LINKE und bei der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Enthaltung der Fraktion der NPD dem Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses auf Drucksache 6/360 zugestimmt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 11**: Beschlussempfehlung und Bericht des Petitionsausschusses (1. Ausschuss) gemäß § 10 Absatz 2 des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 6/420.

Beschlussempfehlung und Bericht des Petitionsausschusses (1. Ausschuss) gemäß § 10 Absatz 2 des Gesetzes zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz – PetBüG M-V) – Drucksache 6/420 –

Das Wort zur Berichterstattung hat der Vorsitzende des Petitionsausschusses, der Abgeordnete Manfred Dachner.

Manfred Dachner, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Mit der Drucksache 6/420 legt Ihnen der Petitionsausschuss heute seine erste Sammelübersicht in der neuen Wahlperiode vor. Zu 90 Petitionen empfiehlt der Ausschuss einen Sachbeschluss und in 32 Fällen die Weiterleitung an die für die Bearbeitung zuständigen Landtage beziehungsweise den Deutschen Bundestag. Bei weiteren 16 Eingaben muss gemäß Paragraf 2 des Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetzes von einer sachlichen Behandlung abgesehen werden. In diesen Fällen beschweren sich die Petenten unter anderem über gerichtliche Entscheidungen und Sie wissen, aufgrund der Unabhängigkeit der Gerichte hat der Landtag darauf keinen Einfluss. Auch hat der Landtag auf die vorgetragenen rein privatrechtlichen Streitigkeiten mit den Nachbarn oder den Vermietern keinen Einfluss.

Wie Sie den gerade dargestellten Zahlen entnehmen konnten, sollten heute mit Ihrer Zustimmung insgesamt 138 von den Bürgerinnen und Bürgern vorgetragene Eingaben abgeschlossen werden. Dabei zeigt sich der hohe Wert des Petitionswesens letztendlich auch im tatsächlich erzielten Ergebnis. Von den 90 Petitionen, zu denen Ihnen der Petitionsausschuss in der vorliegenden Beschlussempfehlung einen Sachbeschluss empfiehlt, konnte in 14 Prozent der Fälle dem Anliegen der Petenten in Gänze entsprochen werden und in weiteren 16 erreichten wir zumindest einen für alle Beteiligten tragbaren Kompromiss.

Hierbei ist zudem zu berücksichtigen, dass die verbliebenen Petitionen nicht etwa alle abgeschlossen werden sollen, weil dem jeweiligen Anliegen nicht entsprochen werden kann. Vielmehr hat der Petitionsausschuss in seinen Beratungen beschlossen, dass in mehreren Fällen jeweilig Petitionen an die Fraktionen und an den Landtag, was hier heute schon teilweise als geringe Zahl bemängelt wurde, an die Landesregierung und an die Fraktionen abzugeben sind, um diese in unserer gemeinsamen Arbeit künftig berücksichtigen zu können.

Und dann will ich Ihnen gern ein Beispiel dazu nennen: In einer dieser Petitionen, die wir abgaben, bat der Petent um die Übernahme der Fahrtkosten. Das heißt, er besuchte eine Berufsschule in Greifswald. Aufgrund des Schülermangels wurde sie geschlossen und er musste dann nach Neubrandenburg fahren. Dadurch entstanden ihm Mehrkosten von über 250 Euro monatlich durch Fahrtkosten. Wenn er sich ein Zimmer genommen hätte, wäre die Summe nicht geringer gewesen. Der Petitionsausschuss hat einstimmig beschlossen, diese an die Fraktionen des Landtages zurückzuüberweisen, weil wir der Meinung sind, dass angesichts des drohenden Fachkräftemangels es nicht zumutbar ist, dass man junge Leute aus diesem Land gehen lässt, sondern sie halten muss. Und ich bin auch der Meinung, wenn es Menschen gibt, die in der Ausbildung sind, die durch ihre Eltern nicht unterstützt werden können, aber auch wenn geprüft wird, ob alle anderen Fördertöpfe nicht möglich sind, dann müssen einfach Härtefallklauseln her, damit die Verwaltung auch Spielraum hat, also in diese Härtefallklauseln eingreifen kann. Das halten wir zurzeit für nicht ausreichend.

Abschließend möchte ich noch erwähnen, dass lediglich in 8 der Ihnen vorliegenden Petitionen eine mehrheitliche Entscheidung im Ausschuss gefasst wurde. In den übrigen Fällen erfolgte die Empfehlung des Petitionsausschusses einstimmig oder zumindest einvernehmlich. Diese 8 – das will ich Ihnen ganz kurz sagen – sind manchmal auch politisch-ideologisch motiviert. Also wenn es zum Beispiel darum geht, dass sich Leute beschweren oder Mitbürger beschweren darüber, ob die Bundeswehr an den Schulen ihre Öffentlichkeitsarbeit betreiben darf, dann darf man sicherlich auch politisch unterschiedlicher Auffassung sein und kann nicht unbedingt eine Einstimmigkeit erwarten. Aber von 90 nur 8 Gegenstimmen zu haben, das ist doch schon ein tolles Ergebnis.

Insofern freue ich mich immer wieder, dass ich in diesem Ausschuss arbeiten darf, weil hier wirklich Sacharbeit am Bürger geleistet wird. Und da, wo es um Bürgeranliegen geht, darauf können Sie sich verlassen, geben wir uns riesig Mühe.

Der Ihnen nunmehr vorliegenden Beschlussempfehlung wurde insgesamt einvernehmlich bei Stimmenthaltung

seitens der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der NPD zugestimmt. Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie auch um Ihre Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

## Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Bernhardt von der Fraktion DIE LINKE.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Liebe Gäste! Eins vorweg: Der Petitionsausschuss ist wichtig und notwendig. Es ist wichtig, dass die Menschen einen Ansprechpartner haben, wenn sie sich ungerecht behandelt fühlen oder auf gesellschaftliche Missstände aufmerksam machen wollen. Und wenn sie dann ein Gremium des Gesetzgebers finden, ist das gut.

Unsere Aufgabe besteht darin, zu prüfen, welche Auswirkungen die von uns gemachten Gesetze haben und wo wir eventuell nachbessern müssen. Frau Borchardt hat das vorhin gesagt. Und ich möchte das einmal an zwei Petitionen festmachen, die auch Herr Dachner bereits erwähnt hatte, bei denen aus meiner Sicht und aus der Sicht meiner Fraktion Nachbesserungsbedarf besteht:

Das ist zum einen die Petition zum Thema "Bundeswehr an den Schulen". Der Petent forderte eine Änderung des Schulgesetzes, nach der minderjährige Schüler nur mit Erlaubnis der Eltern teilnehmen und volljährige Schüler die Teilnahme an Veranstaltungen der Bundeswehr unter bestimmten Voraussetzungen ablehnen könnten. Anlass dieser Petition war eine "Panorama"-Sendung "Bedingt einsatzbereit: Bundeswehr gehen die Soldaten aus" vom 31. März 2011. Und in dieser Sendung wurde unter anderem eine Schule in Prerow gezeigt, also ein ganz konkreter Bezug zu einer Schule in Mecklenburg-Vorpommern. Der Bundeswehrdienstberater führte da vor Schülerinnen und Schülern aus, dass die Bundeswehr ein ganz normaler Arbeitgeber sei, so wie halt BMW oder Mercedes. Und genau hier bestehen unsere Bedenken. Es schien weniger eine Informations-, sondern vielmehr eine Werbeveranstaltung der Bundeswehr zu sein. Und genau hiervor haben wir unsere Schülerinnen und Schüler nach den Gesetzen zu schützen.

Das Ministerium für Bildung führte dazu aus, dass die Veranstaltungen in der Regie der Schule lägen und dass die Beteiligten gehalten seien, den Beutelsbacher Konsens einzuhalten, das heißt, dass das Thema kontrovers darzustellen und zu diskutieren sei. Und um die Einhaltung des Beutelsbacher Konsenses noch einmal zu hinterfragen, fand auch eine Ausschusssitzung statt mit den Regierungsvertretern, und diese führten erwartungsgemäß aus, dass die Einhaltung der Vereinbarung von den Schulen überwacht werde beziehungsweise auf Antrag und unter bestimmten Voraussetzungen könne eine Befreiung von derartigen Veranstaltungen den Schülern gewährt werden.

Aber es muss uns doch nachdenklich machen, wenn selbst ein Lehrer der Schule in Prerow in dieser "Pano-

rama"-Sendung erzählt und ich zitiere: "Es wurden natürlich tatsächlich Begriffe wie Krieg und wie posttraumatische Geschichten hier nicht erwähnt. Das ist ganz eindeutig. Das hat mir auch in dem Vortrag ein bisschen gefehlt. Das hätte ich auch ein bisschen mehr erwartet, dass das gesagt wird." Zitatende.

Deshalb sind wir es, die seit Langem fordern, dass an den Schulen entweder gemeinsame Informationsveranstaltungen von Vertretern der Bundeswehr mit Friedensorganisationen stattfinden, denn nur so kann aus unserer Sicht sichergestellt werden, dass die Schüler auch über die Schattenseiten der Tätigkeit in der Bundeswehr informiert werden.

## (Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

oder aber, wenn dies nicht gewährleistet werden kann – und das scheint ja offensichtlich der Fall zu sein –, dass dann die Bundeswehr nichts an den Schulen zu suchen hat. Und insofern fordern wir hier Nachbesserung seitens der Landesregierung. Ich möchte heute die Gelegenheit nutzen, um Sie noch mal darauf aufmerksam zu machen.

Und ich komme zur zweiten Petition, die auch Herr Dachner bereits angesprochen hat, bei der aus unserer Sicht Handeln erforderlich ist. Da ging es darum, dass der Petent um die Übernahme der Fahrtkosten bat, die ihm aufgrund des Wechsels des Berufsschulstandortes von Greifswald nach Neubrandenburg entstanden sind. Hintergrund war, dass während der Ausbildung, der laufenden Ausbildung des Petenten die Berufsschule in Greifswald geschlossen wurde und der Petent an die Berufsschule Neubrandenburg wechseln musste. Dadurch entstanden dem Petenten natürlich Mehrkosten und er hatte nicht die Möglichkeit, diese Fahrtkosten über BAföG oder sonstige Beihilfen abzudecken. Er blieb auf Deutsch gesagt auf den Kosten sitzen.

Und wenn wir auch auf der morgigen Landtagssitzung über Fachkräftemangel reden und was wir für Maßnahmen unternehmen müssen, um dem gegenzusteuern, dann kann ich es nicht verstehen, dass es seitens der Landesseite keine Möglichkeit gibt, diesem Petenten zu helfen. Stattdessen wird nun aufgrund eines Landtagsbeschlusses vom Juni 2011 seit einem Dreivierteljahr seitens der Landesregierung geprüft, ob in Einzelfällen Fahrt- und Übernachtungskosten anteilig übernommen werden können. Ein Dreivierteljahr ist dieser Landtagsbeschluss alt und es ist noch nichts geschehen. Die Prüfung hält nach Aussage des Bildungsministeriums im Petitionsausschuss immer noch an.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Gut Ding will Weile haben.)

Ich habe mir diesbezüglich den Haushalt 2012/2013 angesehen und ich muss sagen, ich finde keinen Titel, der die Übernahme der Fahrt- und Übernachtungskosten in diesen Fällen vorsieht. Also war die Prüfung wohl negativ oder sie hält immer noch an.

(Egbert Liskow, CDU: Hält noch an. – Peter Ritter, DIE LINKE: Bis zum nächsten Doppelhaushalt.)

Im Ergebnis wurde diese Petition an die Landesregierung und die Fraktionen überwiesen. Ich kann nur hoffen, dass in den anstehenden Haushaltsberatungen dieses Thema noch mal aufgegriffen wird und im Sinn unserer jungen Leute im Land in Härtefällen die Kosten für die Fahrten und Übernachtungskosten übernommen werden.

Zum Schluss möchte auch ich mich noch mal für die gute Atmosphäre im Petitionsausschuss bedanken. Wie Herr Dachner schon sagte, es findet oft eine Sacharbeit und weniger eine Parteiarbeit statt, und dafür vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Das Wort hat jetzt Frau Gerkan von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Jetzt kann ich wirklich auf das eingehen, wo ich mitgearbeitet habe. Im Folgenden möchte ich angesichts der Vielzahl, trotz der Vielzahl der Petitionen mir vier herausgreifen, die mir wichtig erscheinen und wo wir Bündnisgrüne eine andere Einschätzung haben als die Mehrheit.

Das ist einmal die Petition, die auch DIE LINKE erwähnt hat, die Veranstaltung der Bundeswehr an den Schulen. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es seit dem 13.07.2010 eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Bildungsministerium und der Bundeswehr, die Werbezwecke untersagt. Bundesweit, nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, stoßen die Besuche der Bundeswehr an Schulen zunehmend auf Widerstand,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Herr Brodkorb wird das ändern. – Zuruf von Minister Mathias Brodkorb)

einmal bei der Lehrergewerkschaft GEW, bei der Menschenrechtsorganisation Terre des Hommes und zahlreichen Petenten. Erfahrungen zeigen, dass die Bundeswehr entgegen der Vereinbarung zum Teil wirklich ihre Besuche nutzt, um Rekruten anzuwerben, ohne auf die Gefahren der Auslandseinsätze hinzuweisen. Es ist auch fraglich, wie eine unabhängige politische Bildung möglich ist, wenn dort Jungoffiziere in Uniform erscheinen in der Schule.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die Frage ist: Gibt es ähnliche Vereinbarungen mit Friedensorganisationen?

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Genau.)

Wir Bündnisgrüne haben uns dafür ausgesprochen, diese Petition an die Landesregierung und die Fraktionen zu überweisen, um die Umsetzung der Kooperationsvereinbarung in den Schulen kritisch zu hinterfragen. Leider ist dieser Antrag seitens der Regierungsparteien abgelehnt worden.

(Marc Reinhardt, CDU: Ein Glück! Das Beste, was passiert ist.)

Wir Bündnisgrüne halten es für dringend geboten, die Kooperationsvereinbarung weiterhin zu überprüfen, und wir werden an dem Thema dranbleiben. Die zweite Petition behandelt Bergfeld/Mamerow, die Erweiterung einer bestehenden Geflügelmastanlage, die nur über das Bundes-Immissionsschutzgesetz und leider ohne Raumordnungsverfahren erweitert werden soll. Wir Bündnisgrüne machen uns nicht nur dort, sondern auch bei anderen Anlagen dafür stark, dass das umstrittene Vorhaben und die Erweiterung der großen Tierhaltungsanlagen dringend einer Durchführung von Raumordnungsverfahren unterzogen werden sollen.

Nur bei Raumordnungsverfahren ist eine saubere Abwägung von den unterschiedlichen Interessen möglich, von Tourismus, auch der Investoren natürlich, der Anwohner, von Umwelt- und Naturschutzinteressen. Wenn das nicht passiert, dann gibt es auch keine saubere Abwägung. Solche großen Vorhaben dürfen nicht mehr mit der Brechstange durchgesetzt werden.

(Udo Pastörs, NPD: Gar nicht mehr.)

Wir haben den Antrag gestellt, die Petition an die Landesregierung zu überweisen und ebenfalls den Fraktionen zumindest zur Kenntnis zu geben, um eine Gesetzesinitiative zu starten für verbindliche Raumordnungsverfahren. Leider haben alle Parteien bis auf die Bündnisgrünen und DIE LINKE dagegen gestimmt.

Bei der dritten Petition, die mir wichtig ist, geht es um den Ausbau der B 96 auf Rügen, die die Petenten als überdimensioniert ansehen. Die Bündnisgrünen sind der Auffassung, dass die Verkehrsprognosen überhöht sind. Auch das Argument, dass der Fährhafen Mukran ...

(Egbert Liskow, CDU: Rot, rot!)

Oh, da leuchtet schon die Lampe, das ist schade. Ja, da muss ich mich jetzt ein bisschen kürzer fassen.

(allgemeine Unruhe – Udo Pastörs, NPD: Sie müssen jetzt aufhören.)

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Nein, Sie müssen zum Ende kommen. Sie müssen zum Ende kommen.

Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, schade. Okav.

(Die Abgeordnete Jutta Gerkan spricht bei abgeschaltetem Mikrofon. – Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Udo Pastörs, NPD: Setzen!)

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Frau Gerkan, bitte. Die Redezeit ist beendet.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Der Petitionsausschuss empfiehlt, die in der Sammelübersicht aufgeführten Petitionen entsprechend den Empfehlungen des Petitionsausschusses abzuschließen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Enthaltung der Fraktion der NPD ist die Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 12**: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen der 20. Ostseeparlamentarierkonferenz in Helsinki, Finnland, vom 28. bis 30. August 2011, Drucksache 6/384.

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen der 20. Ostseeparlamentarierkonferenz in Helsinki, Finnland, vom 28. bis 30 August 2011 – Drucksache 6/384 –

Das Wort zur Begründung hat unsere Landtagspräsidentin Frau Bretschneider.

Sylvia Bretschneider, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag ist gleichermaßen Premiere, aber auch Fortführung einer Tradition: Premiere, weil wir erstmalig in dieser Wahlperiode auf der Grundlage eines gemeinsamen Entschließungsantrages aller demokratischen Fraktionen einer Resolution der Ostseeparlamentarierkonferenz stimmen werden, und Tradition, weil wir an die ständige Praxis dieses Landtages anknüpfen und sie fortführen die Tradition der Demokraten, dem im Ostseeraum Verhandelten für das Land im Landtag zuzustimmen. Daher begrüße ich es ausdrücklich, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - in der 5. Wahlperiode ja noch nicht im Landtag vertreten – diesen Antrag trotzdem mit unterstützt und sich damit selbst in diese Tradition der Demokraten stellt.

Und die gemeinsame Entschließung hat schon einen gewissen Jubiläumscharakter, denn heute stehen die Beschlüsse der 20. Ostseeparlamentarierkonferenz zur Abstimmung.

(Udo Pastörs, NPD: Mit null Ergebnis.)

Die erste Konferenz fand im Jahre 1991 – wie übrigens auch die 20. Konferenz im vergangenen Jahr – in Helsinki statt. Bereits im Jahr 1991 war der Landtag mit dabei. Und schon der Resolution der zweiten Konferenz im Jahre 1992 hat damals der Landtag auf der Grundlage eines gemeinsamen Entschließungsantrages zugestimmt. Die Geschichte dieser Konferenz ist damit untrennbar verknüpft auch mit der Geschichte unseres nur wenig älteren Landtages und die Geschichte der Ostseeparlamentarierkonferenz ist die Geschichte des Falls des Eisernen Vorhangs, des Zusammenwachsens des über lange Jahrzehnte durch rigoros bewachte Grenzen getrennten Ostseeraums.

Im Artikel 11 der Verfassung unseres Landes werden wir auf die Verwirklichung der europäischen Integration verpflichtet und sind angehalten, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit insbesondere im Ostseeraum zu fördern. Auch heute machen wir durch diesen Antrag deutlich, dass unser Engagement im Ostseeraum konkreten Einfluss auf die Entwicklung und die Zukunft unseres Landes hat. Wir fordern die Landesregierung auf, sich auf regionaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene nachdrücklich für die Umsetzung der in der

Resolution enthaltenen Forderungen und Maßnahmenvorschläge einzusetzen und uns über den Stand der Umsetzung zu unterrichten.

Worum geht es inhaltlich? Von 2009 bis 2011 haben wir uns besonders intensiv im Rahmen einer Arbeitsgruppe der Ostseeparlamentarierkonferenz zur Integrierten Maritimen Politik engagiert, die der Kollege Jochen Schulte erfolgreich geleitet hat. Die politischen Handlungsempfehlungen dieser Arbeitsgruppe haben Eingang in die Resolution gefunden. Außerdem hat die Arbeitsgruppe einen umfangreichen Abschlussbericht erstellt, der umfassend ihre Arbeit dokumentiert und der auf der Internetseite des Landtages auch in elektronischer Form verfügbar ist.

Wesentliche Schwerpunkte der Arbeitsgruppe lagen in der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft in der Region, der Reduzierung von Emissionen durch die Schifffahrt sowie in den Themen maritimer Transport, Infrastruktur und Logistik, maritime Raumplanung, Entwicklung der Häfen sowie maritime Sicherheit. Kontrovers diskutiert innerhalb der Arbeitsgruppe und der Konferenz wurde vor allem die auf internationaler Ebene getroffene Vereinbarung zur weiteren Emissionsreduzierung im Schiffsverkehr und deren mögliche Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft in der Ostseeregion. Konkret ging es insbesondere um die ab dem Jahr 2015 vorgesehene Verringerung der zulässigen Schwefelgrenzwerte in Schiffstreibstoffen unter anderem in der Ostsee.

Da diese verschärften Grenzwerte zunächst nicht weltweit, nicht einmal europaweit gelten, befürchteten viele Mitglieder der maritimen Arbeitsgruppe der Ostseeparlamentarier, gestützt auf umfassende Expertenanhörungen, Wettbewerbsnachteile für die Ostseeschifffahrt und Verkehrsverlagerungen vom Schiffs- auf den Landtransport, der auch den umweltpolitischen Zielstellungen der internationalen Vereinbarungen widersprechen würde. Die Arbeitsgruppe hat sich daher darauf verständigt, neben einer Ausweitung von Schwefelemissionsüberwachungsgebieten zumindest auf alle europäischen Seegebiete geeignete begleitende Maßnahmen zu fordern, um unerwünschte Verkehrsverlagerungen vom See- auf den Landtransport zu verhindern und so eine Schwächung der Wettbewerbsposition der Ostseeschifffahrt zu vermeiden.

An dieser Stelle möchte ich gerne noch einmal ganz herzlich unserer ehemaligen Ersten Vizepräsidentin Renate Holznagel danken, die bei der 20. Ostseeparlamentarierkonferenz unsere Delegationsleiterin war und unsere Delegation hervorragend durch die zum Teil sehr schwierigen Verhandlungen geführt hat.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Ebenfalls bedanken möchte ich mich für die intensive Mitarbeit unseres ehemaligen Kollegen Dr. Armin Jäger als Mitglied der Arbeitsgruppe "Zivile Sicherheit und Menschenhandel", die wesentliche Forderungen für die Resolution der 20. Ostseeparlamentarierkonferenz erarbeitet und ebenso im Rahmen dieser Konferenz ihren Abschlussbericht vorgelegt hat.

Es gab weitere wichtige Forderungen der Arbeitsgruppe, zum Beispiel zur Intensivierung der Forschung, zur Nutzung alternativer Schiffstreibstoffe wie Flüssigerdgas, die Förderung der Entwicklung und des Einsatzes innovativer emissionsreduzierender Technologien durch den Ausbau der notwendigen Hafeninfrastruktur bis hin zur Entwicklung eines umweltfreundlichen Kreuzfahrttourismus. Aus Zeitgründen verweise ich insoweit auf den vorliegenden Antrag und die anliegende Resolution. Von der Umsetzung solcher Forderungen können wir als maritimes Küstenland nur profitieren. Die maritime Wirtschaft und die zahlreichen damit in Verbindung stehenden Wirtschaftssektoren prägen unser Land und sind wichtige Wachstums- und Zukunftssektoren, die wir durch unsere grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Ostseeraum noch weiter stärken können und auch weiter stärken müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Thema Zusammenarbeit hat in der maritimen Arbeitsgruppe der Ostseeparlamentarierkonferenz eine wesentliche Rolle gespielt. Die Mitglieder und ihr Vorsitzender haben sich besonders für eine enge Kooperation der verschiedenen Ostseeorganisationen und -netzwerke untereinander starkgemacht und sind dabei beim deutschen Ostseeratsvorsitz auf offene Ohren gestoßen.

Im Rahmen der Abschlusssitzung der Arbeitsgruppe im Juni des vergangenen Jahres hier im Schweriner Landtag konnten wir erstmals auf unsere Initiative hin eine gemeinsame Sitzung der maritimen Arbeitsgruppen der Ostseeparlamentarierkonferenz, des Ostseerates und der Konferenz der Subregionen des Ostseeraumes durchführen. Und das ist schon etwas, wenn Parlamentarier, Regierungsebene und Selbstverwaltung dort zusammenkommen. Dort hat der Vorsitzende der Ostseeratsarbeitsgruppe kurz vor dem offiziellen Auftakt der deutschen Ostseeratspräsidentschaft bereits die geplanten Arbeitsschwerpunkte vorgestellt und die Teilnehmer haben sich über Möglichkeiten einer engeren Abstimmung ihrer Aktivitäten und einer intensiveren Zusammenarbeit im Bereich der maritimen Politik ausgetauscht.

Gemeinsam haben außerdem Vertreter der drei maritimen Arbeitsgruppen der Ostseeparlamentarierkonferenz, des Ostseerates und der Konferenz der Subregionen des Ostseeraumes, in der die regionalen Gebietskörperschaften des Ostseeraumes vertreten sind, eine Präsentation im Rahmen des Europäischen Tages der Meere 2011 in Danzig organisiert und durchgeführt, um zusammen für die Bedeutung einer integrierten maritimen Politik für die Ostseeregion und für die Umsetzung gemeinsamer maritimer Interessen zu werben. Und für den diesjährigen Europäischen Tag der Meere, der im Mai in Göteborg stattfinden wird, bereiten die Beteiligten bereits eine Folgeveranstaltung mit einem erweiterten Teilnehmerkreis maßgeblicher, in der maritimen Politik aktiver Ostseeorganisationen vor.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Hierzu hat es bereits eine Unterrichtung im Europa- und Rechtsausschuss gegeben.

(Detlef Müller, SPD: Sehr richtig.)

Unser Kollege Schulte wird als maritimer Berichterstatter der Ostseeparlamentarierkonferenz seine Arbeit fortführen und weiterhin die Interessen des Landes und der Parlamentarier der Ostseeregion, auch auf europäischer Ebene, durch entsprechende Vernetzungsaktivitäten weiter fördern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in diesem Jahr der deutschen Ostseeratspräsidentschaft, dem Gremium der Regierungen des Ostseeraumes, finden zahlreiche Veranstaltungen mit Bezug zur Ostseeregion in Deutschland und dabei vor allem in Mecklenburg-Vorpommern statt. Und hier möchte ich einige kurz erwähnen:

- Vom 23. bis 25. April 2012 werden in Berlin von der deutschen Ostseeratspräsidentschaft die Ostseetage organisiert mit ganz vielen Veranstaltungen, Wirtschaftsforum, Klimaforum in Form von Nichtregierungsorganisationen, ein Jugendforum und eine Tourismuskonferenz.
- Im Mai 2012 wird das 9. Baltische Verkehrsforum und Branchentreffen für Logistik und Wirtschaft im Kontext der 4. internationalen Fachmesse für die maritime Branche im Ostseeraum, BalticFuture, in Rostock durchgeführt.
- Am 3. und 4. Mai 2012 wird ebenfalls in Rostock von unserer Landesregierung die Konferenz "Building a Baltic Sea Tourism Region" organisiert.
- Ein besonderes Highlight für Mecklenburg-Vorpommern wird der Ostseegipfel sein, sozusagen die Abschlussveranstaltung der deutschen Ostseeratspräsidentschaft, die am 30./31. Mai 2012 in Stralsund stattfinden wird.

Ich möchte dafür werben, dass wir uns als Landtag hier aktiv einbringen und engagieren und die Chancen nutzen, die solche internationalen Foren und Netzwerke für uns als Land, aber auch speziell für uns als Parlamentarier bieten, um im Interesse der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern tätig zu werden. Dies gilt auch für unser Engagement bei der Helsinki-Kommission für den Schutz der Meeresumwelt des Ostseeraumes HELCOM. Und ich freue mich, dass die Ostseeparlamentarierkonferenz mir erneut die Wahrnehmung dieses Mandates als Beobachter bei HELCOM übertragen hat, was unmittelbare Einflussmöglichkeiten auf der Ebene der Nationalstaaten eröffnet.

Ich habe bereits von der Ostsee als Schwefelemissionsüberwachungsgebiet gesprochen. Bei der diesjährigen HELCOM-Jahreskonferenz, die vor wenigen Tagen in Helsinki stattgefunden hat, haben sich die Teilnehmer auf einen gemeinsamen Antrag bei der Internationalen Seeschifffahrtsorganisation IMO verständigt, der darauf abzielt, die Ostsee zusätzlich auch als besonderes Uberwachungsgebiet für Stickstoffemissionen von Schiffen auszuweisen. Stickstoffe sind neben Phosphor die Hauptverursacher für Eutrophierung und diese Maßnahme wird zu einer erheblichen Reduzierung der Stickstoffemissionen von Schiffen in der Ostseeregion führen und uns dabei einerseits helfen, wesentliche Fortschritte auf dem Weg zu einer gesünderen Ostsee zu erzielen, die auch den Küstenbewohnern zugutekommen werden. Andererseits werden wir auch hier auf die Wettbewerbsfähigkeit der Schifffahrt zu achten haben.

Und ich will an der Stelle noch mal erwähnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Forderung, auch über die Eutrophierung, über die Stickstoffemission zu reden, haben wir jahrelang aufgestellt. Es ist ein ganz schwerer, zäher Prozess auch innerhalb der Ostseeparlamentarierkonferenz. Ich finde es schon bemerkenswert, dass diese Forderung jetzt aufgegriffen wurde und im Rahmen der HELCOM so ihren Niederschlag gefunden hat.

# (Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Mit der neuen Arbeitsgruppe der Ostseeparlamentarierkonferenz "Nachhaltiges Wachstum und Energieeffizienz", in der wir auch aktiv mitarbeiten, haben wir erneut die Gelegenheit, uns in einem Politikbereich, der aktuell einen wesentlichen Schwerpunkt der Landespolitik darstellt, ostseeraumweit zu engagieren und uns zu positionieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestern sind wir mit einer Delegation des Landtages von der diesjährigen Jahreskonferenz des Parlamentsforums Südliche Ostsee zurückgekehrt, die unter dem Titel "Regionale Entwicklungsstrategie "Südliche Ostsee 2020" stand. Hier haben wir uns als Land der erneuerbaren Energien präsentiert mit dem Leitbild "Zukunft aus eigener Kraft – Zukunft mit eigener Kraft", nämlich mit unseren eigenen Energien, die wir bereits zu einem großen Anteil, nämlich zu 46 Prozent im Jahr 2010 aus erneuerbaren Energien erzeugen.

Mecklenburg-Vorpommern könnte und sollte auch zu einer Modellregion für maritime erneuerbare Energien werden. Noch in diesem Jahr will die Europäische Kommission eine blaue Wachstumsstrategie "Blue growth" vorstellen, mit der aufgezeigt werden soll, wie vor allem neue zukunftsfähige Arbeitsplätze im maritimen Sektor entstehen können. Hierbei werden die Energiegewinnung aus dem Meer und neue umweltfreundliche maritime Technologien eine wesentliche Rolle spielen. Hierbei bieten sich durch unser Engagement im Ostseeraum hervorragende Chancen für Wachstum und Beschäftigung in unserem Land.

Ich möchte Sie daher bitten, die gemeinsame Entschließung der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung von Beschlüssen der 20. Ostseeparlamentarierkonferenz in Helsinki und das zukünftige Engagement der Vertreter des Landtages als maritimer Berichterstatter und im Rahmen der neuen Arbeitsgruppe "Nachhaltiges Wachstum und Energieeffizienz" möglichst breit zu unterstützen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Herzlichen Dank, Frau Bretschneider.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/384. Wer dem zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Zustimmung der Fraktion der SPD, der

Fraktion der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie mit den Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 13**: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Landesprogramm "Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!" weiter wirkungsvoll umsetzen, Drucksache 6/394.

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesprogramm "Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!" weiter wirkungsvoll umsetzen – Drucksache 6/394 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE Herr Holter.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

**Helmut Holter**, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Köster, der demokratische Konsens hält.

(Stefan Köster, NPD: Ach ja?)

Ja, eindeutig. Da, glaube ich, sind wir uns bei allen Unterschieden in einzelnen politischen Fragen,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die wir hier diskutieren, immer einig gewesen. Das kann ich Ihnen zu Anfang der Rede sagen, das wird auch in Zukunft so sein.

(Stefan Köster, NPD: Sie sind genauso demokratisch wie die SED.)

und trotzdem werden wir uns in anderen Fragen hier auch hart auseinandersetzen. Da gibt es keinen Dissens zwischen den Demokratinnen und Demokraten.

(Michael Andrejewski, NPD: Volksdemokratie.)

Ihre platten Sprüche helfen hier auch nicht weiter.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Der weiß ja nicht mal, was Volk ist. – Stefan Köster, NPD: Und das sagt der Gartenzwerg.)

Am vergangenen Donnerstag hat im Bundestag der Untersuchungsausschuss zur Gewaltserie des Nationalsozialistischen Untergrunds seine Tätigkeit aufgenommen. Die öffentlichen Sitzungen haben begonnen. Dieser Untersuchungsausschuss soll die Morde, Attentate und Überfälle der rechtsextremistischen Organisation Nationalsozialistischer Untergrund aufdecken.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Es sind bereits mehr als 100 Beweisanträge gestellt worden. Zeugen sollen befragt werden.

Betroffen ist auch Mecklenburg-Vorpommern und ganz konkret ist betroffen die Familie des ermordeten Yunus Turgut. Er wurde 2004 kaltblütig in Rostock-Toitenwinkel an einem Imbissstand erschossen. Er stammte aus Hamburg, er war zurzeit der Tat zu Besuch in Rostock. Ein rechtsextremistischer Hintergrund wurde damals nicht vermutet. Die Tat wurde vielmehr, wie bei den anderen Mordfällen in der Bundesrepublik auch, zu einem Fall von Ausländerkriminalität abgestempelt.

(Michael Andrejewski, NPD: Vielleicht war es ja wirklich so. Warten Sie erst mal ab!)

Die Familien der Opfer litten und leiden heute noch unter den Unterstellungen der Ermittler.

(Michael Andrejewski, NPD: Was heißt hier Unterstellungen?)

Diejenigen, die sich die Gedenkveranstaltung des Bundes zu diesem Fakt angeschaut haben, konnten eindrucksvoll erleben, wie die Betroffenen, wie die Opfer und auch die Familien der Opfer darunter gelitten haben und nach wie vor leiden, was dort an Unterstellungen unterbreitet wurde.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Sie leiden unter den Verdächtigungen und unter der falschen Vorgehensweise der Behörden. Und als ob die Familien mit dem tragischen Verlust eines nahestehenden Familienangehörigen durch einen bestialischen Mord nicht schon genug gestraft wurden, wurden sie durch die unterstellten Verwicklungen ins Mafiamilieu indirekt mit zu Schuldigen gemacht. Die Opfer und ihre Familien wurden lange nicht als Opfer anerkannt, die sie sind – Opfer des Rechtsextremismus in Deutschland.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Opfer des Rechtsextremismus in Deutschland, Herr Andrejewski, das muss man so benennen dürfen und das ist auch so.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Rechtsextremismus ist eine Bedrohung für unsere demokratische Gesellschaft.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Die Rechtsextremisten haben in den letzten 22 Jahren seit 1990 in ganz Deutschland bereits mehr als 150 Menschen umgebracht. Unter den Getöteten sind Menschen aus anderen Ländern, Andersdenkende,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

sozial Benachteiligte, Menschen mit Behinderungen, Obdachlose, Männer, Frauen, Jugendliche und sogar Kinder.

Die Verantwortung von uns, den Demokratinnen und Demokraten ist und bleibt es, alles Erdenkliche zu tun, um dem Rechtsextremismus entschieden entgegenzuwirken.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und David Petereit, NPD)

Die rechtsextremistische Gewalt hält weiter an. Im Jahr 2011 gab es 97 politisch-extremistisch motivierte Aktionen gegen Menschen und Einrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern. Die Gewaltserie reißt nicht ab,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

im Gegenteil: 2010 waren es schon ähnlich viele und wenn ich das vergleiche mit dem Jahr 2009, ist die Zahl dieser Vorfälle von rechtsextremistischer Gewalt sogar um 18 Fälle angestiegen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Bei ungefähr der Hälfte der Taten handelt es sich um gezielte Sachbeschädigungen

(Michael Andrejewski, NPD: Holter, der Märchenerzähler.)

und Brandstiftungen gegen Parteibüros. Da können ja Einzelne von uns konkret berichten, die auch hier im Saal anwesend sind.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Genau.

(Michael Andrejewski, NPD: Nennen Sie doch mal die Täter!)

Von den Angriffen betroffen sind alle Parteien,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

die auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen.

Wir haben damals – im Jahr 2006 im Monat April – im Landtag das Landesprogramm "Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!" hier mit den damals anwesenden Fraktionen beschlossen. Seitdem ist es die Grundlage für die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen, für die Stärkung von Demokratie und Toleranz und für die Bekämpfung des Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern.

Herr Suhr, ich weiß auch, damals waren die GRÜNEN nicht im Landtag vertreten, Sie haben diesem Beschluss in dem Sinne zugestimmt und ihn mitgetragen, denn Sie haben ja Ihren Beitrag geleistet, um genau diese zivilgesellschaftlichen Strukturen zu stärken und zu unterstützen und Sie sind jetzt im Konsens der Demokratinnen und Demokraten dabei, und das ist auch gut so.

Es war damals wichtig und richtig und es ist heute wichtig und richtig, dass das Landesprogramm gemeinsam verabschiedet wurde und heute gemeinsam getragen wird. Ich bin nach wie vor der Überzeugung, es war und ist wegweisend für die Demokratiearbeit in Mecklenburg-Vorpommern. Auf der Grundlage des Landesprogramms wurden die fünf Regionalzentren für demokratische Kultur eingerichtet. Eine richtige Entscheidung!

Herr Nieszery und die damaligen Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herr Glawe, und der FDP, Herr Roolf, haben mit den Leitern der Regionalzentren längere Zeit zusammengesessen und über die Arbeit ganz konkret gesprochen. Da wird nämlich ganz deutlich – über das

hinaus, was in den Medien zu finden ist und was wir hier im Landtag an Reden halten können –, wie differenziert und wie sehr individualisiert die Arbeit vor Ort ist, wie sie aber auch gesellschaftspolitisch unmittelbar wirksam und wichtig ist. Deswegen steht es für uns Demokratinnen und Demokraten außer Frage, dass das Landesprogramm weiter wirkungsvoll und bestmöglich umgesetzt werden muss. Ich glaube, da sind wir uns alle einig, deswegen auch dieser gemeinsame Antrag.

Vor dem Hintergrund der jüngst aufgedeckten Ereignisse rechtsextremistischer Gewalt in der Bundesrepublik, darunter der Mord der NSU-Terrorzelle an Yunus Turgut in Rostock im Jahr 2004 und die Banküberfälle in Stralsund 2006 und 2007, stellen wir, die demokratischen Fraktionen im Landtag, heute den Antrag, die Umsetzung des Landesprogramms für Demokratie und Toleranz weiter wirkungsvoll voranzubringen. Wir stellen diesen Antrag vor dem Hintergrund der anhaltenden rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten in Mecklenburg-Vorpommern und wir stellen diesen Antrag in der Überzeugung, dass Mecklenburg-Vorpommern ein weltoffenes, tolerantes und durch und durch demokratisches Land sein muss.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Nun ist es so, wie ich das eben schon kurz ausgeführt habe, dass solche Programme mit ihrer Verabschiedung noch lange nicht mit Leben erfüllt sind.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja, da muss Kohle fließen.)

Dazu muss man entsprechende Strukturen schaffen, wie wir das ja mit den Regionalzentren gemacht haben. Aber dabei wollen wir es nicht belassen, sondern wir wollen immer konkret hinterfragen, was denn an konkreter Arbeit geleistet wurde. Deswegen war es richtig, dass im Juli 2008 die Landesregierung über die Strategien zur Umsetzung dieses Landesprogramms berichtet hat und dass wir dann 2011 einen Abschlussbericht erhalten haben.

Wie aus der Antwort auf die Kleine Anfrage meines Kollegen Peter Ritter vom Februar 2012 hervorgeht, fanden auf der Grundlage dieses Abschlussberichtes verschiedene Beratungen zur Weiterentwicklung der Regionalzentren statt. Über eine habe ich kurz berichtet, die vor dem Abschlussbericht stattgefunden hat. Dabei ging es um die Verfahren zur Qualitätssicherung sowie um ein onlinegestütztes Monitoring zur Erfassung und Auswertung der Aktivitäten der Regionalzentren.

Die Regionalzentren sind ein wesentlicher Bestandteil unseres Landesprogramms. Sie müssen erhalten bleiben, das Landesprogramm muss weiter finanziell untersetzt werden, auch wenn die ESF-Förderperiode 2013 ausläuft. Wir stellen den Antrag auch vor dem Hintergrund der heute Vormittag stattgefundenen Haushaltsdebatte, weil es natürlich notwendig ist, jetzt Vorsorge zu treffen, damit die Finanzierung dieser Zentren nach 2013 gesichert ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Selbstverständlich muss die Wirksamkeit der Maßnahmen aus diesem Programm immer wieder überprüft wer-

den. Natürlich ist das kein Dogma und wir müssen uns auch immer den aktuellen Entwicklungen anpassen und die Arbeit ganz konkret optimieren. Wir sind uns alle einig, dass man dort nicht genug tun kann.

Damit der Landtag kontinuierlich über den Prozess zur Umsetzung informiert ist und die Fortschritte überprüfen kann, soll die Landesregierung einmal jährlich im Bildungsausschuss, dort ist jetzt dieses Programm angesiedelt, beim Bildungsminister, über den Verlauf und die Ergebnisse der Umsetzung dieses Programms berichten.

Meine Damen und Herren, gestern war der 13. März,

(Stefan Köster, NPD: Und morgen ist der 15. März. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh, wie geistreich!)

und es ist 80 Jahre her, dass die NSDAP

(Michael Andrejewski, NPD: Was Sie alles wissen!)

bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Strelitz neun Mandate erreichte und erstmals in die Landesregierung dort eintrat. Kurze Zeit später, am 5. Juni 1932, stellten die Nazis in Mecklenburg-Vorpommern die erste Alleinregierung. Das demokratische System und alle anderen Parteien wurden bekämpft und eliminiert.

(Michael Andrejewski, NPD: Anders als unter der SED.)

Sie sollten an dieser Stelle wirklich einmal schweigen, weil das der Ausgangspunkt war für dieses Terrorregime,

> (Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig. – Michael Andrejewski, NPD: Sie sollten schweigen!)

was Deutschland durch die Nazis heimgesucht hat,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ganz Europa und darüber hinaus tatsächlich heimgesucht hat.

Ich erwähne diese beiden Daten deswegen,

(Stefan Köster, NPD: Stalin hat mehr auf dem Gewissen.)

weil in Mecklenburg-Vorpommern genau diese Wahlergebnisse durch die Nazis erzielt wurden und weil wir genau auch hier in einer historischen Verantwortung stehen als Demokratinnen und Demokraten.

Wir stellen uns natürlich immer wieder die Frage, jede und jeder für sich, in seiner Partei oder auch in den demokratischen Zusammenhängen, in denen wir diskutieren, warum es denn eigentlich dazu gekommen ist, dass die NSDAP, die Nazis diese Wahlergebnisse erreichen konnten.

(Michael Andrejewski, NPD: Das hat die KPD erreicht.)

Wir werden immer wieder danach gefragt werden, warum diese demokratiefeindliche und menschenverachtende Politik, die zu dieser verbrecherischen Diktatur auf deutschem Boden geführt hat, die Macht überhaupt übernehmen konnte. Das ist doch die entscheidende Frage.

Wir Demokratinnen und Demokraten sind uns einig, dass wir es verhindern wollen, dass Sie wieder an die Macht kommen. Das ist unser Konsens.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen auch, dass Sie hier verschwinden, aber die entscheidende Frage ist, dass Sie nicht an die Macht kommen,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und deswegen haben wir Lehren aus der Geschichte gezogen, Lehren, die für heute und für die Zukunft gelten. Dieses gemeinsame Landesprogramm ist genau der Ausdruck dieses gemeinsamen Willens, das Miteinander der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern auf der Basis von Demokratie und Toleranz zu fördern, um jeglicher Form von Extremismus, Antisemitismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit wirksam zu begegnen.

(Stefan Köster, NPD: Sie Märchenerzähler!)

Und Sie können dazwischenrufen, Herr Köster, so viel, wie Sie wollen, eins ist klar: Sie werden keinen Erfolg haben mit dem, was Sie hier veranstalten. Wir werden verhindern.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

dass Ihre Ideologie sich in Mecklenburg-Vorpommern weiter verbreitet.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen brauchen wir nicht nur diesen Antrag, sondern wir brauchen die Anstrengungen, die mit dem Landesprogramm verbunden sind.

Ich denke, dass die Landesregierung nach der Zustimmung zu diesem Antrag das Notwendige tun wird,

(Stefan Köster, NPD: Sie kommunistischer Märchenerzähler!)

dass die Finanzierung für die Regionalzentren und für das Landesprogramm auch in Zukunft gesichert ist. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung für den Antrag.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Herr Holter.

Herr Köster, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf für die Äußerung, die Sie am Anfang der Debatte gegenüber Herrn Ritter getätigt haben. Des Weiteren weise ich Sie darauf hin, dass es der zweite Ordnungsruf ist. Sie ken-

nen die Konsequenzen. Bei einer weiteren Aussprache darüber würde ich Ihnen das Wort entziehen.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat Herr Butzki von der Fraktion der SPD.

Andreas Butzki, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Dieser interfraktionelle Antrag aller demokratischen Fraktionen gibt mir heute die Möglichkeit, als SPD-Landtagsabgeordneter, aber auch als langjähriger Kommunalpolitiker sowie als Pädagoge zu dieser wichtigen Thematik in diesem Hause sprechen zu dürfen.

(Stefan Köster, NPD: Jawoll!)

Es ist ein Thema, das alle Demokraten eint: der Wille, für Demokratie und Toleranz einzustehen und Flagge zu zeigen gegen die Ewiggestrigen. Als jemand, der in der DDR aufgewachsen ist, weiß ich den Wert von Demokratie und Freiheit zu schätzen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Damit meine ich nicht nur die Reisefreiheit, sondern besonders die Meinungs- und Pressefreiheit. Als Schulleiter ist mir bekannt, dass diese Erfahrung die jungen Menschen von heute nicht mehr so haben. Umso wichtiger ist es deshalb, ihnen den hohen Wert der Demokratie und Toleranz nahezubringen.

Vieles wird an den Schulen geleistet, aber alles kann natürlich ...

Jetzt muss ich mal gucken hier.

(allgemeine Heiterkeit – Zurufe aus dem Plenum: Gelöscht?!)

So ungefähr.

Vieles wird an den Schulen geleistet, aber die Schule kann natürlich nicht alles schaffen und daher brauchen wir diese Regionalzentren sowie den Einsatz und das Engagement aller Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande für die freiheitsliebende Demokratie. Aber gehören die vielen kleineren und größeren Provokationen von Vertretern einer bestimmten Partei – sei das das Verteilen der sogenannten Schulhof-CD, das Tragen bestimmter Modemarken oder gewisser T-Shirt-Aufdrucke – zur Demokratie oder fördern die eben erwähnten Provokationen den Extremismus, den Antisemitismus, die Gewalt und die Fremdenfeindlichkeit?

In den Schulen, Vereinen oder Jugendklubs sehen wir, was unsere Jugendlichen machen, kommen mit ihnen ins Gespräch und können sie beraten und ihnen helfen. Aber was passiert in der Freizeit? Was machen die Jugendlichen in den ländlichen Gebieten,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

wo Jugendeinrichtungen nur selten anzutreffen sind? Wollen wir es wirklich dulden, dass extremistisches Gedankengut sich weiter ausbreitet?

(Michael Andrejewski, NPD: Kasernieren Sie die Jugendlichen doch!)

Dann sind wir alle gefragt und es muss uns eine Pflicht sein, sich für Demokratie und Toleranz einzusetzen. Wir alle kennen viele positive Beispiele, wo Demokratie, wo Leute sich für Toleranz einsetzen. Da sind wir, denke ich, alle gefragt. Bürgerengagement und überparteilichen Einsatz für Demokratie und Toleranz gibt es in unserem Bundesland.

(Stefan Köster, NPD: Jawoll!)

Der Umgang mit der NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern wird oft als "Schweriner Weg" bezeichnet. Die zahlreichen Initiativen im Land könnte man als wirklich dichtes Straßen- und Wegenetz bezeichnen.

Es gibt viele Beispiele für tollen bürgerlichen Einsatz für Demokratie. Obwohl es alle Initiativen verdient hätten, besonders hervorgehoben und genannt zu werden, möchte ich, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, mich auf einige wenige konzentrieren. So gibt es beispielsweise das bereits 2006 gegründete Bündnis "Wir in Lübtheen", das jährlich Demokratiefeste unter dem Motto "Demokratie braucht dich!" veranstaltet,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das ist sehr gut. Das ist sehr gut. Eine engagierte Frau. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

den Verein "Demokratisches Ostvorpommern – Verein für politische Kultur e. V.", der den "DemokratieLaden" in Anklam betreibt, der als Anlauf und Begegnungsstätte dient, oder die Rostocker Bürgerinitiative "Bunt statt braun", die viele Demonstrationen und Veranstaltungen gegen rechts begleitet. Die Initiative "WIR. Erfolg braucht Vielfalt", die viele Unterstützer hat, wird von Herrn Bischof Abromeit aus Greifswald bis Frau Margarete Zwerg aus Teterow, die eine Demokratieaktie herausgebracht hat, mit der Geld für Demokratieprojekte eingesammelt wird, unterstützt.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und David Petereit, NPD)

Sehr wichtig ist, dass sich viele Vereine in unserem Bundesland bereits positioniert haben und ihre Satzungen Regelungen gegen menschenverachtende Handlungsweisen haben.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Aus meiner Heimatstadt Neustrelitz möchte ich stellvertretend für ähnliche Einrichtungen im ländlichen Raum eine Institution besonders nennen, die bei allen Aktionen gegen rechtsextremistisches Gedankengut mitmacht, und zwar die Theater- und Orchester GmbH. So werden Ausstellungen gegen rechts organisiert, sind Schauspielerinnen und Schauspieler kreativ bei Umzügen dabei, lesen Schauspielerinnen und Schauspieler bei "Demokratie liest", werden Stücke aufgeführt, die sich intensiv mit dieser Thematik beschäftigen und damit aufklären wollen, und vieles mehr.

(David Petereit, NPD: Kein Wunder, dass Geld fehlt!)

Weitere Beispiele für Initiativen und Vereine könnte ich aufzählen, aber eins möchte ich noch gern nennen: In

der "Schweriner Volkszeitung" konnte ich heute lesen, dass drei Projekte von sieben zu diesem Thema aus Mecklenburg-Vorpommern in Ratzeburg ausgezeichnet wurden. Den drei Ausgezeichneten einen wirklich herzlichen Glückwunsch auch von dieser Stelle aus!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf eine Initiative aus Regensburg möchte ich aber noch besonders hinweisen, die von dem örtlich ansässigen DEHOGA unterstützt wird. Die Initiative heißt "Keine Bedienung für Nazis". Ich hoffe auch, dass der DEHOGA in unserem Bundesland diese Initiative ebenfalls aufgreift und seine Mitglieder zur Teilnahme aufruft. Eine solche Initiative wäre in einem Urlaubsland wie Mecklenburg-Vorpommern besonders wichtig und würde ein klares Zeichen setzen für die in- und ausländischen Touristen, aber auch für uns Einheimische.

Nun kann natürlich die Frage gestellt werden: Warum brauchen wir dann noch diese Regionalzentren im Land, wenn schon so viel passiert? Dem ist aber entgegenzuhalten, dass die Regionalzentren nicht nur Veranstaltungen organisieren, sondern auch eine wichtige Netzwerkfunktion für die verschiedensten Aktivitäten von Initiativen und Vereinen ausüben

(Michael Andrejewski, NPD: Theoretisch.)

sowie Unterstützer und Interessierte zusammenbringen. Außerdem stellen sie Informationsmaterialien für Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher bereit.

Ein wichtiger Teil der Arbeit der Regionalzentren ist es, unsere Bürgerinnen und Bürger, insbesondere die Jugendlichen über die Methoden der Rechtsextremisten aufzuklären. Diese versuchen immer wieder, Vereine, Verbände und Bürgerinitiativen zu unterwandern. Viele ihrer Strategien sind bekannt. Die Regionalzentren haben diese neuen Methoden bereits aufgedeckt oder öffentlich gemacht.

(Michael Andrejewski, NPD: Das ist ja die reinste Paranoia.)

Hierdurch können unsere Bürgerinnen und Bürger mit vielen kreativen Aktionen reagieren. Bei dieser Arbeit leisten Regionalzentren logistische und materielle Unterstützung und können ihre guten Kontakte und Ortskenntnisse nutzen, um die Demokraten vor Ort zu unterstützen. Für alle engagierten Bürgerinnen und Bürger in unserem Bundesland wollen wir mit diesem Beschluss ein Zeichen setzen.

Wir, die Vertreterinnen und Vertreter der demokratischen Parteien im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, setzen uns gemeinsam mit allen engagierten Mitstreitern für Demokratie und Toleranz ein. Mit der Finanzierung der Regionalzentren auch über 2013 hinaus wollen wir sicherstellen, dass die kompetente Arbeit vor Ort weitergeht, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regionalzentren als sachkundige Ansprechpartner weiter zur Verfügung stehen.

All diejenigen Bürger und Bürgerinnen, die viel Zeit, Kraft und Energie für den Kampf gegen rechtes Gedankengut einsetzen, benötigen die Unterstützung, materielle wie moralische, von den demokratischen Kräften. Mit diesem

Beschluss setzen wir das richtige Signal. Aus all den genannten Gründen wird die SPD-Landtagsfraktion dem interfraktionellen Antrag zustimmen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordnete Suhr.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Holter hat in seiner Einbringung richtigerweise betont, dass zu dem Zeitpunkt, als hier über den "Schweriner Weg" diskutiert und dieser beschlossen wurde, und zu dem Zeitpunkt, als das Landesprogramm aufgelegt wurde und die Regionalzentren beschlossen wurden, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht in diesem Landtag vertreten war. Das war einer der Punkte, die wir außerparlamentarisch mit großer Sympathie begleitet haben und das auch immer wieder öffentlich erklärt haben.

Es ist schön, dass wir jetzt hier im Landtag in der Lage sind, uns in den Konsens der demokratischen Fraktionen einzureihen. Wir tun das aus vollster Überzeugung. Wir tun dies auch deshalb, weil wir glauben, dass wir hier im Landtag eines richtig machen – das unterscheidet uns übrigens von den Dingen, die auf Bundesebene teilweise entschieden werden –, und in diesen Zusammenhang gehört auch dieser Antrag.

Wir wissen, dass die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und dass die Auseinandersetzung um die Frage, dass wir viele Menschen in diesem Land vielleicht wieder von ihren Möglichkeiten in der Demokratie überzeugen müssen, ein langfristiger Prozess ist. Sowohl das Landesprogramm "Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!" als auch insbesondere die Arbeit der Regionalzentren sind langfristig angelegt. Das ist richtig und das ist wichtig und es ist gut so, dass wir uns heute auf der Grundlage dieses Antrages noch einmal ausdrücklich dazu bekennen. Wir sind auch der festen Überzeugung, dass es richtig ist, wie dem letzten Absatz des interfraktionellen Antrages zu entnehmen ist, die Arbeit regelmäßig zu evaluieren.

Ich möchte Ihnen berichten aus den Erfahrungen der letzten Wochen und Monate. Ich bin im Augenblick dabei, die Regionalzentren alle zu besuchen, um mich dort über die Arbeit zu informieren. Es gibt dort eine große Bereitschaft, auch nach der Evaluierung, die die Universität Rostock vorgenommen hat, sich dieser Diskussion zu stellen und die Arbeit in den Regionalzentren immer wieder anzupassen. Das geschieht, das ist richtig so, dass es geschieht, weil sich auch der Rechtsextremismus in seinen Facetten wandelt und weil es richtig ist, dass die Demokratie, dass wir als demokratische Fraktionen und dass auch die Regionalzentren und wir mit unserer Arbeit der Regionalzentren und mit den Initiativen immer wieder flexibel darauf reagieren. Das ist die richtige Antwort auf die rechtsextremistischen Tendenzen, die es in unserm Land bei Einzelnen gibt.

Herr Butzki hat vorhin richtigerweise, und das möchte ich an dieser Stelle auch sehr positiv hervorheben, exemplarisch einige Initiativen genannt. Mecklenburg-Vorpommern steht nach außen hin ja manchmal in dem Verdacht, dass die rechtsextremistischen Initiativen die Oberhand gewinnen könnten in einzelnen Bereichen. Ich will hier gar nichts relativieren und beschönigen, aber das, was ich erlebe, und das, was wir, glaube ich, alle erleben und das in dem Ausdruck gefunden hat, was Sie hier gerade vorgetragen haben – das möchte ich hier ausdrücklich betonen –, ist, dass sich viele, viele Menschen in diesem Bundesland gegen den Rechtsextremismus engagieren: einzeln, in vielen Initiativen, in Vereinen, in Verbänden. Ich glaube, das kann man gar nicht hoch genug gewichten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wir sind ganz klar in der Mehrheit.)

Genau deshalb ist es auch wichtig, dass der politische Raum, dass dieses Landesparlament sich ausdrücklich dazu bekennt: Wir werden diesen Weg weitergehen!

In diesen Zusammenhang gehört auch – und da hat es in den letzten Wochen und Monaten durchaus kritische Stimmen gegeben –, ich weiß, dass im Mai eine Expertise der Universität Duisburg zu der Frage veröffentlich wird: Ist der "Schweriner Weg" der richtige Weg in der Auseinandersetzung mit der NPD?

Ich will hier an dieser Stelle für meine Fraktion ausdrücklich sagen, wir beantworten dies ausdrücklich mit Ja. Wir müssen kritisch hinterfragen, wenn wir von außen evaluiert werden, ob es dort möglicherweise in dem einen oder anderen kleinen Punkt Änderungsbedarf gibt. Aber ich glaube, wenn ich die Arbeit in diesem Parlament in den letzten Monaten reflektiere, dann zeigt sich eindeutig die Tatsache, dass die Fraktionen zusammenstehen gegen die NPD, gegen den Rechtsextremismus. Das wird langfristig zum Erfolg führen und irgendwann werden auch wir hier erleben, die NPD wird in diesem Parlament nicht mehr vertreten sein.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In dieser guten Tradition werden Sie gleich eine breite Mehrheit der Demokraten für den gemeinsamen Antrag erleben.

> (Stefan Köster, NPD: Da werden Sie auch erleben, dass die GRÜNEN eine einmalige Episode waren.)

Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Herr Suhr.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Renz von der Fraktion der CDU.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Demokratische Werte und Strukturen sind die Grundlage unseres Gemeinwesens. Diese zu stärken, zu fördern und zu schützen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der alle demokratischen Parteien Rechnung tragen müssen.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern ist bedauernswerterweise gekennzeichnet durch eine im bundesweiten Vergleich starke rechtsextremistische Subkultur. Ebenfalls ist das Land Mecklenburg-Vorpommern seit langer Zeit Schauplatz vielfältiger rechtsextremistischer Aktivitäten mit zum Teil überregionaler Bedeutung. Durch das Bestehen einer besonders aktiven Neonaziszene haben sich hier in unserem Land rechtsextremistische Strukturen gefestigt, ausgedehnt und professionalisiert.

Auf welcher Grundlage basiert eigentlich der Erfolg dieser rechtsextremistischen Szene? Und da gibt es für mich nur eine Antwort: Nicht, wie man vielleicht immer denkt, aufgrund der in den Menschen gefestigten ideologischen Haltung. Nein, schuld daran sind meiner Meinung nach die vorhandenen Defizite in unserer demokratischen Zivilgesellschaft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die geringe Wahlbeteiligung, der Einzug der NPD in den Landtag, das abnehmende gesellschaftliche Engagement sowie die wachsende Unterstützung antidemokratischer Ideologien sind Warnsignale seitens der Bevölkerung, Warnsignale.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

die mit der Zeit immer stärker werden, Warnsignale, die wir nie unterschätzen dürfen. Deshalb müssen wir die Ursachen der Warnsignale erkennen, um diese zu beseitigen.

Was kann das in konkreten Situationen bedeuten? Courage und Mut! Zivilcourage zu haben und Haltung zu zeigen, ist oftmals nicht leicht. Es kann sogar gefährlich werden, wenn man Leute verteidigt, die beschimpft oder gar angegriffen werden aufgrund ihrer Hautfarbe, Religion oder sexuellen Orientierungen. Überall zeigt sich, ob in öffentlichen Einrichtungen, wie Schulen, oder an öffentlichen Plätzen, wie Bahnhöfen, wie notwendig es ist, etwas gegen die Idee der Ungleichwertigkeit zu tun. Und lassen Sie sich einfach sagen: Das kann jeder Einzelne von uns!

Sehr treffend hat das einmal Roman Herzog formuliert:

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

"Das meiste Unrecht beginnt im Kleinen – und da läßt es sich mit Mut und Zivilcourage noch bekämpfen."

(Stefan Köster, NPD: Vielleicht sollten Ihre Parteien aufhören, die Bürger zu belügen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Mai 2006 haben wir fraktionsübergreifend im Landtag – und heute ist es so, dass die GRÜNEN dazugekommen sind, das freut mich –

(Michael Andrejewski, NPD: Aber die FDP ist raus.)

das Landesprogramm "Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!" beschlossen mit dem Ziel, einerseits demokratisches Handeln zu stärken, andererseits jegliche Form von Extremismus, Antisemitismus,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Gewalt und Fremdenfeindlichkeit aktiv zu bekämpfen.

Das Leitbild sowie die zehn unterschiedlichen Aufgabenfelder müssen ohne Wenn und Aber weiter die Grundlage unseres gemeinsamen Handelns sein. Dabei ist eine lebendige demokratische Zivilgesellschaft die wirksamste Prävention gegen rechtsextremistische Tendenzen.

(Udo Pastörs, NPD: Na, dann machen Sie das mal!)

Klar ist auch, dass die Stärkung und Förderung von Demokratie und Toleranz als ganzheitlicher Prozess erfolgen muss.

(Udo Pastörs, NPD: Jawohl!)

Wie sieht zurzeit die Realität aus? Es finden Bedrohungen und Überfalle auf Ausländer, die Beschädigung von Gedenk- und Grabstätten statt. Traurigerweise erleben wir Wahlergebnisse bei Landtagswahlen beziehungsweise bei den Wahlen zu den neuen Kreistagen, die es der NPD ermöglichen, ihre grundsätzlich antidemokratischen Ansätze weiter zu verbreiten.

(Udo Pastörs, NPD: Bla, bla, bla!)

Insbesondere erleben wir es regelmäßig in den Landtagssitzungen.

Diese Tatsachen machen deutlich, dass bei der weiteren wirkungsvollen Umsetzung des Landesprogrammes "Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!" keine Abstriche gemacht werden dürfen.

(Udo Pastörs, NPD: Ihr meint, mit Geld könntet ihr euer Überleben retten.)

Deshalb es ist unerlässlich, geeignete Mittel anzuwenden, um das Leitbild und die Aufgabenfelder erfolgreich umzusetzen.

(Udo Pastörs, NPD: Noch!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aus unserer Sicht können diese Aufgabe am besten die Regionalzentren wirksam erfüllen, weil sie, die Regionalzentren für demokratische Kultur im Land Mecklenburg-Vorpommern, die Kernpunkte des landesweiten Beratungsnetzes sind. In diesen Zentren wird professionelles Handeln gebündelt, gute Praxis weiterentwickelt und ein Angebot für all diejenigen geschaffen, die sich der Entwicklung und der Stärkung der demokratischen Kultur verpflichtet sehen.

(Udo Pastörs, NPD: Das sind aber nicht viele.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will exemplarisch für die Regionalzentren anhand des Regionalzentrums "Mecklenburgische Seenplatte" deren Ehrenarbeit an zwei praktischen Beispielen erläutern:

Das Regionalzentrum "Mecklenburgische Seenplatte" hat eine beratende Funktion im Begleitausschuss des Bundesprogramms "VIELFALT TUT GUT." – Lokale Aktionspläne. Das heißt, es schlägt unter anderem Aktionen und Projekte vor, die direkte Auswirkungen auf den Landkreis haben und die auf unterschiedlichen Ebenen miteinander verknüpft werden.

(Udo Pastörs, NPD: Netzwerke.)

Ziel ist es, Projekte zu fördern, die die themenbezogene Sensibilisierung, Aufklärung und Aktivierung der Öffentlichkeit, die Kompetenzvermittlung für unterschiedliche Zielgruppen, insbesondere für Kinder und Jugendliche, sowie die Förderung des Erfahrungsaustausches, der Zusammenarbeit und der Vernetzung

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

unterschiedlicher gesellschaftlicher Kräfte vor Ort anstreben, kurzum: Demokratieprojekte fördern durch Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements.

Auch arbeitet das Regionalzentrum "Mecklenburgische Seenplatte" im Präventionsrat auf kreislicher Ebene mit.

(Udo Pastörs, NPD: Toll!)

Daraus entwickeln sich zahlreiche Einzelberatungen und kontinuierliche Kooperationen auf vielen verschiedenen Ebenen. So fanden zum Beispiel prozessorientierte Gemeinwesensberatungen und Kriseninterventionen in folgenden Orten statt: Demmin, Loitz, Malchin, Neukalen sowie im Amtsbereich Jarmen-Tutow. Kern der Arbeit des Regionalzentrums dabei war, Handlungsoptionen zum Umgang mit rechtsextremen Vorfällen zwischen einzelnen Gremien zu entwickeln und Impulse in die Region zu geben, wie diese umgesetzt werden können. Dabei spielen der Partizipationsgedanke sowie der Aspekt der Nachhaltigkeit eine wesentliche Rolle. Ich denke, dass diese Darstellung die Bedeutung der Regionalzentren bei der erfolgreichen Umsetzung des Landesprogramms noch mal hervorhebt.

(Udo Pastörs, NPD: Sehr gute Idee!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Anerkennung aller Menschen als gleichwertig und gleichrangig ist der Kern der christlichen Werteorientierung. In Mecklenburg-Vorpommern leugnen insbesondere rechtsextreme Ideologen den Kerngedanken der Menschenrechte, des Grundgesetzes und des christlichen und humanistischen Menschenbildes, dass alle Menschen gleichwertig sind – gleich an Wert und Würde.

(Udo Pastörs, NPD: Gleich an Würde, ja.)

Deshalb richtet sich die Arbeit der Regionalzentren für demokratische Kultur ausdrücklich gegen jegliche Form von Extremismus und insbesondere gegen rechtsextreme Bestrebungen und gegen demokratiefeindliche Ideologien.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Maßnahmen und Einrichtungen gegen Extremismus, Rassismus und Gewalt müssen dort ansetzen, wo Demokratie abgelehnt wird und Toleranz nicht vorhanden ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Landesprogramm "Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!" ist Ausdruck für den gemeinsamen politischen Willen, das Miteinander der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern auf der Basis des im Grundgesetz verankerten Demokratieprinzips zu fördern. Demokratie, aus dem Griechischen übersetzt: "Herrschaft des Volkes",

bedeutet nichts weiter, als die Einhaltung der Menschenrechte zu garantieren. Die Menschenrechte sind im Grundgesetz besonders geschützt.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Dank der Ewigkeitsklausel in Artikel 79 kann selbst eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag diese nicht ändern. Ein ganz entscheidendes Grundrecht ist dabei die Meinungsfreiheit.

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

Ohne sie wäre die Demokratie kaum zu machen.

(Udo Pastörs, NPD: So ist es.)

Wie soll man auch über politische Fragen abstimmen, wenn man nicht frei über sie diskutieren kann?

(Stefan Köster, NPD: Wir leben doch in keiner Demokratie! – Udo Pastörs, NPD: Wo gibts die denn?)

Ich will gerne auf Sie eingehen, meine Herren von der NPD. Rechtsextreme berufen sich gerne auf die Meinungsfreiheit.

(Udo Pastörs, NPD: So ist es.)

Wenn sie zu politischen Veranstaltungen nicht eingeladen werden oder ihnen dort das Mikro abgedreht wird, beschweren sie sich:

(Udo Pastörs, NPD: Ne Unverschämtheit, was? Ne Unverschämtheit.)

"Das kann doch keine Demokratie sein, in der man nicht sagen kann, was man will!"

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Doch ganz so einfach ist es nicht. Die Erfahrungen mit dem Ende der Weimarer Republik und dem Umgang in der Nazidiktatur zeigen, dass Demokratie nicht alles tolerieren muss

> (Udo Pastörs, NPD: Dass man die Mikrofone abdrehen muss und bestimmt wann, wie, was, wo!)

und auch nicht darf, Stichwort "wehrhafte Demokratie".

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb müssen aktiv Maßnahmen zur Bekämpfung jeglicher Form von Extremismus ergriffen

(Stefan Köster, NPD: Das hätte Honecker auch nicht besser sagen können.)

und dauerhaft umgesetzt werden. Dies gilt insbesondere auch für die Maßnahmen der Regionalzentren für demokratische Kultur.

(Udo Pastörs, NPD: Sie führen sich ja gerade selbst ad absurdum.)

Die hohe Anfragedichte bei den Zentren, die neuen Strategien der NPD

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und die Größe des Einzugsgebietes machen eine Fortführung der Arbeit der Regionalzentren nach 2013 erforderlich. Sie bedürfen einer stetigen Anpassung und Optimierung.

(Udo Pastörs, NPD: Jawoll!)

Vor diesem Hintergrund ist das Konzept der fünf Regionalzentren im Land kontinuierlich weiterzuentwickeln und das Landesprogramm "Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!" fortlaufend umzusetzen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das schließt die Gewährleistung einer finanziellen Förderung nach dem Auslaufen der ESF-Förderperiode nach 2013 ein. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Udo Pastörs, NPD: Sehr gut. – Unruhe vonseiten der Fraktion der NPD – Torsten Renz, CDU: Muss ich das als Drohung auffassen? – Udo Pastörs, NPD: Das können Sie machen, wie Sie wollen!)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Herr Renz.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der NPD-Fraktion Herr Petereit.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE – David Petereit, NPD: Das ist ein wahrer Fan.)

David Petereit, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als ich Ihren Antrag das erste Mal las, kam mir das Geschriebene etwas mager vor. Es schien so, als würde etwas fehlen – und da meine ich jetzt nicht die Begründung, die ist sicher untergegangen. Verständlich bei all der Euphorie, der Mühe und der kostbaren Zeit, die der Verfasser dieser anspruchsvollen Zeilen investierte.

Ich meine auch nicht die Worte "Linksextremismus" oder "aggressiver Islamismus", deren Bekämpfung sich zumindest die Bundesinitiative "Demokratie und Toleranz"

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie sind die Gefahr für die Demokratie, Herr Petereit, Sie!)

noch mit auf die Fahnen schreibt. Nein, was wirklich fehlt, ist eine Person, die symbolisch für den, wie Sie ihn nennen, gemeinsamen Willen steht, die das Miteinander in Frieden und Harmonie für Ihre demokratische Kultur gegenüber den bösen Nazis verkörpert. Vielleicht ein Opfer von rechtsextremistischer Gewalt, das in Zivilcourage und Aufrichtigkeit stellvertretend für Ihr Programm "Demokratie und Toleranz" steht. Ein Vorteil wäre, dass die Menschen im Lande die personifizierte Demokratie vielleicht besser verstehen.

(Udo Pastörs, NPD: So ist es.)

Ich denke da zum Beispiel an die arme bedauernswerte Rebecca aus Mittweida als Schirmherrin für Ihr Landesprogramm. Die couragierte junge Frau war doch vom bundesweiten "Bündnis für Demokratie und Toleranz" für ihr mutiges Eintreten gegen Rechtsextremismus ausgezeichnet worden.

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

Die damals 17-jährige Rebecca war im November 2007 einem kleinen schutzlosen Aussiedlermädchen zu Hilfe geeilt, das von Neonazis angegriffen wurde. Aus Rache haben ihr die braunen Bestien ein Hakenkreuz tief und schmerzhaft in die Hüfte geritzt – eine wirklich ganz bestialische Tat, die ihresgleichen sucht. Dass es damals keine Zeugen für das Grauen gab, war nicht von Bedeutung. Schließlich stellte sich der Tathergang so real, so alltäglich, so glaubhaft dar. Außerdem verbietet es sich, in einer demokratischen Kultur eine Nazigegnerin der Lüge zu bezichtigen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Man möchte ja keineswegs intolerant wirken.

Dieses Hemmnis sorgte wohl auch dafür, dass sich kaum jemand traute, öffentlich zu machen, dass Rebecca wenige Monate nach der Preisverleihung ihren ach so würdevollen und hoch angesehenen Couragepreis zurückgegeben hatte – nicht, so sollte man meinen, weil sie es für eine Selbstverständlichkeit hielt, gegen rechte Schlägertrupps einzutreten und sie deshalb auf eine gesonderte Auszeichnung verzichtete, sondern weil der Übergriff nicht stattgefunden hat.

(Stefan Köster, NPD: Wie so vieles. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Als die Heldin von Mittweida durch unzählige Kameras, von tränenden Augen begleitet, rührend den Ehrenpreis entgegennahm, hielt die damalige Staatssekretärin die Lobrede. Während sie stolz verkündete: "Wir glauben dir", glaubte die Chemnitzer Staatsanwaltschaft schon nicht mehr an die Lügenmärchen und ermittelte bereits gegen Rebecca. Das Amtsgericht Hainichen verurteilte das arme Mädchen wegen Vortäuschens einer Straftat zu gemeinnützigen Arbeitsstunden.

Sie werden jetzt sicher sagen, die NPD hackt auf diesem Einzelfall umher und so ein Ausrutscher kann doch bei all der Toleranz mal vorkommen.

(Udo Pastörs, NPD: Das war in Halle bei einer Rollstuhlfahrerin genauso, die hat sich das in die Birne geritzt.)

Ich sage Ihnen, dass es sich hierbei um keinen Einzelfall handelt, sondern dass Ihr ganzes demokratisches Gehabe auf einem Fundament der Verlogenheit basiert.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist eine Verhöhnung der Opfer!)

Und ein weiteres Beispiel für eine würdevolle Schirmherrin wäre auch Ursula Jelpke. Die Linksradikale, die den KPD-Verbrecher Ernst Thälmann in öffentlicher Rede huldigt, sitzt im Beirat Ihres ruhmvollen "Bündnisses für Demokratie und Toleranz" auf Bundesebene. (Dr. Margret Seemann, SPD: Pfui!)

Ein zutiefst menschenwürdiges Zeichen für Demokratie und Toleranz setzte sie mit einer von ihr angemeldeten Demo in Leipzig. Sie trug ein Banner mit der überaus pazifistischen Losung "Deutschland den Krieg erklären".

(Michael Andrejewski, NPD: Das ist Toleranz. – Udo Pastörs, NPD: Firlefanz.)

Und da wären wir auch schon beim ehrenvollen Vertreter aus unserem Land. Wie wäre es mit unserem Innenminister, der ist doch bekannt für seine überdemokratischen Ansichten. Sein Apparat schwärmt neuerdings aus, um Menschen in unserem Land zu jagen, weil sie am Volkstrauertag Kränze niedergelegt haben. Außerdem ist er deutschlandweit bekannt für seine ganz eigene Interpretation von demokratischer Kultur,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das ist eine Unverfrorenheit!)

die er in Mecklenburg-Vorpommern umzusetzen pflegt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Frag ihn mal, was er in Lalendorf gemacht hat!)

Erinnert sei hier an seine Forderung nach einem Parteiverbot oder an die Ausgrenzung von Andersdenkenden bei Wahlen und Ehrenämtern.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Bedroht den Bürgermeister mit Gewalt! Das ist Petereit, und das erzählen Sie uns nicht, ne?)

Herr Nieszery,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, erzählen Sie uns das doch mal!)

quatschen Sie doch mal außerhalb des Landtages,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nee, erzählen Sie uns doch mal, was Sie da gemacht haben! – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

dann können Sie sich gleich eine Unterlassung fangen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Sie Quatschkopp!)

Außerhalb der deutschlandweit ... ah, das hatten wir.

Mit einem dieser Vertreter als Schirmherr für Ihr Landesprogramm würde das Ganze jedenfalls viel lebendiger wirken. Vielleicht kennen Sie auch noch weitere, noch tolerantere Kandidaten. Die Menschen im Land wären dankbar, wenn Sie Ihrem Antrag solche aussagekräftigen Vorbilder für Demokratie und Totentanz voranstellen würden. So gäbe es auch weniger Spekulationen darüber, ob Witzfiguren oder Taugenichtse in dem Bund gut aufgehoben wären.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Der klägliche Versuch, die universelle Norm für Demokratie und Toleranz festzuschreiben, zeigt einmal mehr Ihre geistige Entfernung zu den Menschen, die Sie eigentlich vertreten sollen. Solange Sie sagen, es sei intolerant,

wenn man seinen Kindern lieber Plattdeutsch als Polnisch beibringen möchte,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wer sagt denn so was?)

es sei polenfeindlich, wenn man nicht tatenlos zusehen will, wie osteuropäische Verbrecherbanden den eigenen Hof plündern,

(Heinz Müller, SPD: Du hast doch nicht alle Lichter auf'm Baum!)

es sei ausländerfeindlich, wenn man sich darüber aufregt, dass in Großstädten Deutsche von Ausländern für wenige Cent totgeprügelt werden – in Rostock war es ein Handy –, es sei extremistisch, wenn man seinen Kindern lieber DEFA-Filme zeigt, anstatt ihnen dunkelhäutige Moderatoren bei Kika zu präsentieren,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie sind ja ein Rassist!)

es sei schwulenfeindlich, wenn man Niki Laudas Ansichten teilt und schwule Tanzpaare im Fernsehen ablehnt,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie leiden ja unter Verfolgungswahn!)

es sei kulturfeindlich, wenn man vom geistigen Verfall spricht,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Lauter! Lauter! Lauter!)

wenn man beim "Superstar" mit Darmwinden Kerzen auspustet,

(allgemeine Unruhe)

es sei verbrecherisch, wenn man am 13. Februar der Opfer des alliierten Bombenterrors in Dresden gedenkt,

> (Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wenn ihr das macht, dann ist das ein Verbrechen.)

es sei undemokratisch, wenn man unangemeldet auf die Straße geht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So wie in Lalendorf.)

Solange das Ihre Norm ist, trauert kein gesunder Menschenverstand dem hinterher, was Sie als Demokratie bezeichnen.

(Udo Pastörs, NPD: Bravo! – Zuruf von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und genau darum bin ich kein aufrechter Demokrat, so, wie Sie ihn sich vorstellen.

(Heinz Müller, SPD: Sondern ein Nazi! – Dr. Margret Seemann, SPD: Nazi, genau!)

Ihren aus reinen Propagandazwecken gestellten Antrag lehnen wir selbstverständlich ab.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Nazi!)

Vielen Dank.

(allgemeine Unruhe – Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsidentin Silke Gajek:** Herr Petereit, ich behalte mir vor, Ihre Rede zu prüfen und gegebenenfalls Ordnungsmaßnahmen auszusprechen.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist uns doch egal! Machen Sie das doch! Das tut uns überhaupt nichts.)

Das Wort hat jetzt der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Brodkorb.

(Stefan Köster, NPD: Die Gesinnungsstasi wird wieder aktiv!)

Herr Brodkorb, einen Moment bitte.

Herr Köster, Sie haben jetzt den dritten Wortentzug, den dritten Ordnungsruf und ich entziehe Ihnen das Wort.

(Michael Andrejewski, NPD: Sie lernen das schon noch. – Udo Pastörs, NPD: Das dauert zwar ein bisschen, aber na ja. So ist das Leben.)

Minister Mathias Brodkorb: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Mein nicht sehr verehrter Herr Petereit, das, was Sie hier vorgetragen haben, zeugt nicht nur von einer erheblichen zynischen Arroganz,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD – Michael Andrejewski, NPD: Da kennen Sie sich ja aus.)

sondern von einer bemerkenswerten Anstandslosigkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Während ganz Deutschland seit Monaten über rechtsextremistischen Terror spricht, über Todesopfer, die sich wahrscheinlich nicht selbst in die Luft gejagt haben,

(Udo Pastörs, NPD: Das warten wir mal ab!)

versuchen Sie das Beispiel eines offenbar etwas irritierten jungen Mädchens, das sich selbst verletzt,

(Udo Pastörs, NPD: Ach, die war irritiert?! Das war eine Kriminelle, war das.)

um offenbar Aufmerksamkeit für sich zu erregen,

(Michael Andrejewski, NPD: Dafür gibts immer Entschuldigungen. – Udo Pastörs, NPD: Ja ja.)

benutzen Sie ein solches Beispiel dafür,

(Udo Pastörs, NPD: Das ist eins von hundert.)

tatsächlich davon abzulenken, mit was für Vorgängen wir es hier in der Bundesrepublik Deutschland zum Teil zu tun haben aufgrund von Taten, die Menschen ausüben, die Ihrer Gesinnung entsprechen und nicht unserer.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Udo Pastörs, NPD: Woher wissen Sie das?)

Und es wird Sie nicht überraschen, dass uns das in der Sache

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

nicht sehr beeindruckt.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, Sie uns auch nicht.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

das Landesprogramm für Demokratie und Toleranz ist eine Erfolgsgeschichte, und Sie werden sicherlich Verständnis dafür haben, dass ich zum Schluss ans Mikrofon trete, weil dies eine Initiative ist, die aus der Breite des Parlaments entstanden ist

> (Stefan Köster, NPD: Sie haben doch bis jetzt auf allen Ebenen versagt. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und seinerzeit nicht von der Regierung initiiert wurde.

(Udo Pastörs, NPD: Sie wollen sich nur noch mal profilieren!)

Der Erfolg dieses Programms besteht in mehreren Punkten:

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Erstens. Es besteht in diesem Lande ein politischer Konsens der Demokraten, wie es ihn vor vielen Jahren in der Weimarer Republik nicht gegeben hat. Insofern setzen wir eine historische Erfahrung um, nämlich diejenige, dass man über alle politischen Differenzen hinweg als Demokrat eines stets gemeinsam zu verteidigen hat, nämlich das Fundament unserer Gesellschaft: die Demokratie

(Udo Pastörs, NPD: Was ist das? Definieren Sie die mal genau!)

und die Menschenrechte.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Landesprogramm hat zweitens eine erhebliche Professionalisierung der Arbeit für Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern hervorgerufen.

(Udo Pastörs, NPD: Das hat man bei der Wahlbeteiligung gemerkt.)

Sie haben heute schon sehr zahlreich auf die Regionalzentren für demokratische Kultur hingewiesen, dies mit Recht. Ich möchte allerdings darauf hinweisen, dass dies bei Weitem nicht die einzigen Akteure sind, die sich im Rahmen des Landesprogrammes entwickelt haben. Sie erlauben vielleicht, dass ich auf ein paar weitere eingehe:

Da sind zum Beispiel zwei Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer Gewalt. Es gibt durch die Regionalzentren koordinierte regionale Beratungsnetzwerke, in denen staatliche Ordnungsämter und nicht staatliche Akteure zusammenarbeiten. Wir haben betriebliche Beratungsdienste gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in der Arbeitswelt.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist ganz wichtig. In den Kindergärten auch noch!)

Es gibt in den 16 Landkreisen und Kommunen insgesamt 16 Lokale Aktionspläne mit einzelnen Projekten.

(Udo Pastörs, NPD: Warum nur 16?)

Wir haben gemeinwesensorientierte Projekte wie das Rostocker Fanprojekt, das ja auch durch das Sozialministerium gefördert wird. Es gibt viele Kleinprojekte, die seit 2011 im Rahmen der Initiative "Wir. Erfolg braucht Vielfalt" gefördert wurden und auch viel ehrenamtliches Engagement repräsentieren, und wir haben Kleinprojekte zur Stärkung von Demokratie und Toleranz in Mecklenburg-Vorpommern.

(Udo Pastörs, NPD: Das sind doch alles dieselben Akteure, die da rumkurven und sich das Geld in die Tasche stecken.)

Im Jahre 2011 wurden insgesamt 45 Projekte gefördert und für das Antragsverfahren im Jahre 2012 liegen uns mittlerweile 50 Anträge vor. Wir sind also bei Weitem nicht nur mit vier Regionalzentren gesegnet,

(Udo Pastörs, NPD: Ja, die wollen das Geld abgreifen, die Vereine.)

sondern glücklicherweise mit einer großen Anzahl von Initiativen. Insgesamt stehen hierfür zwischen 2007 und 2013 15 Millionen Euro zur Verfügung, eine durchaus beachtliche Summe.

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

Ich möchte allerdings auch eine Äußerung des Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei dazu nutzen, auf etwas Wichtiges hinzuweisen. Es handelt sich beim Landesprogramm für Demokratie und Toleranz nicht um ein Programm gegen Rechtsextremismus, sondern, Herr Holter hat es selbst gesagt, es handelt sich hier und heute um ein Programm gegen jede Form von Extremismus.

(Udo Pastörs, NPD: Na, und wer definiert das?)

Und dies ist eine ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ein Programm für Demokratie und Toleranz.)

Ich habe jetzt nur den Fraktionsvorsitzenden der LINKEN zitiert, hier heute am Pult.

Also ein Programm gegen jede Form des Extremismus – und das ist auch die logische Folge, wenn man ein Programm für Demokratie auf den Weg bringt, denn dann muss man sich konsequent gegen jede Form der Demokratiegegnerschaft wenden, ob sie von links oder von rechts kommt

(Udo Pastörs, NPD: Da müssen Sie aber definieren, wo der Extremismus beginnt, wo der Radikalismus aufhört.)

oder religiös fundamentalistisch motiviert ist. Und es gehört glücklicherweise zur politischen Kultur in diesem Lande, dass – und das ist in anderen Ländern anders – dieser Ansatz nicht dazu missbraucht wird, demokratische Sozialisten als Linksextremisten zu diffamieren, und von der anderen Seite dieser Ansatz nicht missbraucht wird, um konservative CDU-Mitglieder in eine rechtsextreme Ecke zu stellen.

Das ist eine Form politischer Kultur, wie ich sie mir eigentlich in ganz Deutschland wünsche. Und dennoch – trotz dieser allgemeinen Orientierung – ist es ganz klar, welches Problem wir vor allem in Mecklenburg-Vorpommern in diesem Kontext haben: Es ist der Rechtsextremismus. Das haben alle Redner trotz der allgemeinen Orientierung dieses Programmes heute deutlich zum Ausdruck gebracht.

Sie wissen, dass sich mit der neuen Landesregierung auch die Zuständigkeitsstruktur für das Thema "Demokratie und Toleranz" verändert hat. Es ist seit kurzer Zeit zuständig das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und ich bin meiner Kollegin Schwesig außerordentlich dankbar dafür, dass sie bereit war, aufgrund einer reinen Sachentscheidung diesen Bereich abzugeben. Das kommt in der Politik nicht so häufig vor, dass man Geld, Gestaltungsmöglichkeiten und auch Personalstellen an einen Kollegen abgibt, und zwar ohne dort, wie soll man sagen, knauserig zu sein. Das wurde heute schon zitiert.

(Udo Pastörs, NPD: Heldenhaft.)

Frau Schwesig und ich haben dies genutzt, um gemeinsam eine Ausstattung zu schaffen für diesen Bereich, die es bisher noch nicht gegeben hat. In Zukunft werden vier Mitarbeiter dieses gesamte Landesprogramm für Demokratie und Toleranz im Bildungsministerium steuern, angesiedelt in der Landeszentrale für politische Bildung. Zwei Personalstellen werden aus dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur dafür zur Verfügung gestellt und zwei sehr erfahrene Mitarbeiterinnen kommen aus dem Sozialministerium hinzu. Ich denke, das ist ein wunderbares Beispiel für eine faire partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen zwei Kabinettsmitgliedern im Interesse der Sache.

Die Ausstattung verbessert sich also und das gibt auch die Möglichkeit, noch mal inhaltlich deutliche Akzente zu setzen. Ich möchte also durchaus darauf hinweisen, dass mit der Ansiedlung dieses Bereiches im Bildungsministerium nicht nur eine Neuorganisation verbunden ist, sondern auch ein Stück weit eine inhaltliche Akzentuierung und Neuausrichtung.

Meine Damen und Herren, es wird viel darüber diskutiert, dass Rassismus und Rechtsextremismus oder überhaupt Demokratiegegnerschaft in einem engen Zusammenhang stehen zu sozialen Problemen, die eine Gesellschaft hat.

(Udo Pastörs, NPD: Ah ja!)

Und dennoch ist es falsch, zu behaupten, dass soziale Probleme diese Phänomene verursachen.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Das hat einen ganz einfachen Hintergrund. Stellen Sie sich folgende Frage, adressiert an sich selbst: Wer von Ihnen würde, wenn er arbeitslos würde, zum Rassisten? Ich hoffe, niemand von uns, weil wir aufgrund unserer humanistischen Grundeinstellung einen solchen Fehlschluss nicht begehen würden.

(Udo Pastörs, NPD: Da bin ich bei Ihnen nicht ganz so sicher, Herr Brodkorb.)

Das heißt, die entscheidende Schlüsselressource für Demokratie ist das Bewusstsein des Bürgers, ist die Anerkennung der Menschenrechte, ist also das, was wir in unseren Köpfen haben. Und ohne Zweifel ist es so, dass die sozialen Verhältnisse als Katalysatoren negativer Entwicklungen fungieren können, dass also soziale Schieflagen einer Gesellschaft sicherlich nicht förderlich sind für eine Demokratie. Aber dies allein macht eine Demokratie nicht aus, sondern Demokratie braucht neben sozialer Sicherheit auch Demokraten.

(Udo Pastörs, NPD: Was für 'ne Weisheit, ha, ha, ha!)

Und deswegen wird die Arbeit dieses Landesprogramms sich stärker hin zum Kern der politischen Bildung entwickeln müssen,

> (Udo Pastörs, NPD: Sie sind ein Schwadroneur! – Dr. Margret Seemann, SPD: Jetzt ist es aber langsam gut!)

denn Demokratiesicherung bedeutet, Bewusstseinsveränderungen im Menschen herbeizuführen, und dies ist nichts anderes als politische Bildung. Das heißt, wir werden es mit dieser Neuausrichtung oder Neuakzentuierung zu tun haben.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und das Zweite, was in Zukunft eine deutliche Rolle spielen wird, ist eine Qualitätsdebatte. Ich bin dem Parlament sehr dankbar dafür, dass es den Auftrag gegeben hat, diesen Bereich wissenschaftlich zu evaluieren und Qualitätsstandards auch an die Arbeit derjenigen zu stellen, die sich für die Demokratie engagieren,

(Udo Pastörs, NPD: Da bin ich ja gespannt, was da rauskommt, was da für ein Therapieprogramm gestrickt wird.)

und nicht einfach zu sagen, wer etwas für die Demokratie tut, macht dies deshalb immer schon auf hohem qualitativem Niveau. Dies ist nicht der Fall, jedenfalls nicht zwangsläufig.

Und es ist eine schwierige Debatte, weil diejenigen, die sich einer solchen Evaluation ausgesetzt sehen, in der

öffentlichen Kritik vielleicht auch ein Problem haben mit ihrer Arbeit.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Aber diese Qualitätsdebatte müssen wir führen, erstens, weil wir hier öffentliche Steuermittel einsetzen, und zweitens, weil wir selbst und auch die dort Tätigen ein eminentes Interesse daran haben müssen, auf bestmögliche Art und Weise zu arbeiten, denn es geht darum, unsere Demokratie zu befördern

(Udo Pastörs, NPD: Unsere Demokratie! Wen meinen Sie damit?)

und Extremisten auf wirksame Art und Weise

(Heinz Müller, SPD: Sie vermutlich nicht. – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

in ihre Schranken zu verweisen. Deswegen bin ich dem Parlament sehr dankbar für zwei wesentliche Festlegungen in diesem Antrag: erstens für den ganz klaren Auftrag an die Regierung, die bereits erfolgte wissenschaftliche Evaluation trotz dieser möglichen Debatten in der Öffentlichkeit konsequent umzusetzen. Das ist ja der Sinn einer Evaluation, dass man sie in Auftrag gibt und dann auch umsetzt, sonst bräuchte man sie nicht zu bezahlen, sonst wäre das Steuergeldverschwendung.

(Udo Pastörs, NPD: Sehr logisch.)

Ich bin zweitens dankbar für das sehr klare Bekenntnis dieses Parlamentes, die Strukturen, die mit dem Landesprogramm für Demokratie und Toleranz verbunden sind, über das Jahr 2013 hinaus weiter zu finanzieren, denn das gibt den dort Beschäftigten eine gute Perspektive und eine sichere Grundlage für eine vernünftige Arbeit. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/394. Wer dem zuzustimmen wünscht, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/394 angenommen mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Gegenstimmen der Fraktion der NPD.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 32**: Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes, Drucksache 6/390. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/452 vor.

Antrag der Fraktionen der CDU und SPD Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes – Drucksache 6/390 –

#### Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 6/452 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete der CDU-Fraktion Herr Ringguth.

Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe der Bitte meines Fraktionskollegen Jürgen Seidel gerne Folge geleistet, jetzt an seiner Stelle hier diesen wichtigen Tagesordnungspunkt für die CDU-Fraktion einzubringen, erstens, weil ich einer Bitte von Jürgen Seidel schon aus grundsätzlichen Erwägungen gerne folge, zweitens aber auch deshalb, meine Herren Parlamentarische Geschäftsführer, weil das dann wenigstens der einzige TOP ist, den wir hier heute überhaupt getauscht gekriegt haben, und das ist insofern wichtig, ...

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Ja, ja, ja. Schon gut, Herr Fraktionsvorsitzender. Lassen Sie mal die PGF machen!

(Heinz Müller, SPD: Nun lass mal stecken hier! – Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Dr. Margret Seemann, SPD)

... und das ist insofern wichtig, weil Manuela Schwesig, die Sozialministerin, morgen ungefähr um die gleiche Zeit hier zur häuslichen Krankenpflege zum ehemaligen TOP 14 sprechen will.

Lieber Kollege Müller, ich finde, dann habe ich bei Frau Schwesig jetzt einen Punkt gut und das können Sie ihr mal übermitteln.

(Heinz Müller, SPD: Das gibt 'nen Kaffee.)

So, danke schön soweit, meine lieben Kollegen!

Es ist ja seit geraumer Zeit bekannt, dass das zuständige Bundesministerium beabsichtigt, die Verwaltung der Bundeswasserstraßen neu zu organisieren. Man kann es durchaus nachvollziehen, dass also künftig die immer knapper werdenden Haushaltsmittel unter der Maßgabe einer Kosten-Nutzen-Analyse eingesetzt werden sollen. Das heißt, und so war es zunächst ja festgelegt, dass das Geld jetzt, das noch vorhandene Geld, vorrangig in stark befahrene Wasserstraßen fließen soll.

Für uns neue Bundesländer – also auch für Mecklenburg-Vorpommern – bedeutete das, dass am Wasserstraßennetz also quasi nur noch Bestandserhaltungsund Ersatzinvestitionen vorgenommen werden sollten, und zwar auch nur dann, wenn es aufgrund der Verkehrssicherungspflicht oder wasserwirtschaftlicher Verpflichtungen geboten ist, das zu tun. Ein weiterer Ausbau sollte im Übrigen nicht mehr stattfinden.

Ich glaube, wir sind uns einig hier in diesem Hohen Hause, dass mit diesen Plänen den neuen Bundesländern, also auch Mecklenburg-Vorpommern, droht, dass wir von der Wirtschafts- und Strukturentwicklung insgesamt ein wenig abgekoppelt werden.

Ausgangspunkt der geplanten Reform war der Bericht des Ministeriums, der darlegen sollte, inwieweit eine Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes vor dem Hintergrund der bisherigen Aufgaben möglich sei, und – ich habe es schon gesagt – Ziel der Reform war die Einsparung von Haushaltsmitteln, was bei Schuldenbremse und mit einem Blick auf Griechenland auch durchaus sehr nachvollziehbar ist.

Im Rahmen der beabsichtigten Analyse wurde eine Kategorisierung dieser Bundeswasserstraßen diskutiert und im ersten Bericht, der ja vorlag, wurde diese Kategorisierung ausschließlich nach Güterverkehrsaufkommen vorgenommen.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider übernimmt den Vorsitz.)

Zahlreiche Bundeswasserstraßen wären demnach – unter anderem auch die Peene, aber auch die Müritz-Havel-Wasserstraße, die Müritz-Elde-Wasserstraße und so weiter – in eine Kategorie gekommen, die man dann als Restwasserstraßen bezeichnet hätte. Somit wären bei einer Aufgabe der Verkehrsfunktion die dauerhafte Stilllegung von Anlagen, Staulegungen, mögliche Renaturierungen und vor allen Dingen auch die Übertragung von Eigentumsverpflichtungen auf Dritte vorzunehmen.

Gut ist zunächst einmal, dass wir feststellen können, dass diese Kategorisierung seitens des Haushaltsausschusses des Bundestages und des Ausschusses für Verkehr abgelehnt wurde. Gleichzeitig wurde das Ministerium auch damit beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Ländern ein Gutachten mit dem Ziel in Auftrag zu geben, die bisherige Anzahl der Kategorisierung deutlich auf nicht wenige Abstufungen abzusenken. Dabei sollen weitere Kriterien, wie zum Beispiel Verkehrsfunktion, Erschließungs- und Zugangsfunktion für das maritime Gewerbe, Leistungen der Personenschifffahrt, Inanspruchnahme durch Vercharterer und so weiter, berücksichtigt werden.

Meine Damen und Herren, in Anbetracht der auch bei uns im Land bisher erfolgten Investitionen oder der Chancen und der Potenziale der Berufsschifffahrt, der Binnenschifffahrt in Mecklenburg-Vorpommern muss, das ist jedenfalls die Meinung meiner Fraktion, diese Reform mit Augenmaß vollzogen werden. Mecklenburg-Vorpommern darf nicht als Wirtschaftslogistik- und vor allem auch als Tourismusstandort geschwächt oder von der Entwicklung eines leistungsfähigen gesamtdeutschen Wasserstraßennetzes abgeschnitten werden. Die volkswirtschaftlichen und umweltrelevanten Vorteile der Schifffahrt liegen in den unvergleichlich niedrigen gesamtwirtschaftlichen Kosten, die da pro Tonne und Kilometer entstehen, und in der Mehrzweckfunktion der Wasserstraßen, nämlich auch als Lebens- und Erholungsraum.

Aus diesem Grunde erachten wir die optimale verkehrliche Anbindung der See- und Binnenschifffahrt an das System der europäischen See- und Binnenwasserstraßen sowie an leistungsfähige moderne See- und Binnenhäfen als wichtige Aufgabe bei der Bewältigung der wachsenden Güter- und Personenverkehre.

Wir sehen jedenfalls gemeinsam mit der SPD-Fraktion in der Nutzung und Entwicklung der Potenziale des Seehafenhinterlandverkehrs sogar einen Schwerpunkt der Strukturpolitik in unserem Land. Darüber hinaus halten wir es für erforderlich, dass die dem Wassertourismus dienenden Verkehrswege des Bundes weiter ertüchtigt

und, ich sage es jetzt schon mit Blick auf Ihren Änderungsantrag, ausgebaut werden.

Ich will nur darauf hinweisen, das Land der tausend Seen, die Mecklenburgische Seenplatte, das ist immerhin Europas größtes zusammenhängendes Wassersportrevier mit über 300 Kilometern vernetzten Wasserstraßen: Großseenplatte, Kleinseenplatte, selbst über die Landesgrenzen hinaus, bis nach Brandenburg hinein. Und das ist etwas, auch für den Tourismus unseres Landes. Gerade der Wassersport oder der Wassertourismus war immer eine wirklich großartige Wachstumsbranche, in der wir viele Erfolge in den vergangenen Jahren hatten.

Wir sind jedenfalls der Auffassung, dass dies durch die jetzt vorgesehenen Änderungen beim Ministerium nicht infrage gestellt werden sollte. Wir sind dagegen der Auffassung, dass alle Investitionen, die bereits getätigt wurden in das Wasserstraßennetz unseres Landes, durch die Reform jedenfalls nicht gefährdet werden dürfen. Gleichzeitig wollen wir darauf einwirken, dass mit der Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung die wirtschaftliche Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns als Logistikstandort, als Transitland für wachsende Ost-West- und Nord-Süd-Verkehre sowie der maritime Tourismus nicht eingeschränkt werden.

Meine Damen und Herren, aus diesem Grunde bitten wir Sie, dem vorliegenden Antrag von CDU und SPD zuzustimmen.

Zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möchte ich bereits an dieser Stelle Folgendes sagen: Sie beantragen ja, dass in Ziffer 1 Satz 3 die Wörter "weiter ertüchtigt und ausgebaut" zu ersetzen seien durch das Wort "erhalten". Zwischen "ertüchtigen und ausbauen" und "erhalten", gerade bei den touristischen Relationen und Verbindungen, gibt es einen riesengroßen Unterschied, meine Damen und Herren.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Deswegen haben wir ja auch einen Änderungsantrag gemacht.)

Und wenn ich mal nur ...

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, deswegen haben Sie das gestellt und deswegen lehnen wir es auch freundlich ab, weil wir jedenfalls nicht vorhaben, meine Damen und Herren von den Bündnisgrünen, unser Land in der Debatte mit dem Bund schlechterzustellen. Das werden wir auf keinen Fall tun!

Ich will Ihnen das gerne mal erklären: Wenn ich mir nur die Schleuse Mirow sozusagen an der Grenze zwischen Großseenplatte und Kleinseenplatte vorstelle, die zigtausendfachen Schleusungen, die da im Jahr laufen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig.)

da ist diese Schleuse so abgängig, wenn man die nicht ertüchtigt und erneuert, und die Schleusenbrücke gleich noch mit dazu,

(Zurufe von Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) dann haben wir ein riesengroßes Problem.

Deswegen, es tut mir leid, Ihnen das so zu sagen: Nicht aus grundsätzlichen Erwägungen – wenn ein Antrag von den GRÜNEN kommt, sei der abzulehnen –, nein, sondern rein fachlich und sachlich, das sage ich jetzt schon an dieser Stelle, werden wir Ihren Antrag ablehnen.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Im Gegensatz zu sonst.)

Ablehnen, Ja.

(Dr. Ursula Karlowski, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das machen Sie ja sonst nicht.)

Nicht im Gegensatz zu sonst, aber wir werden ihn ablehnen. Bei Ihnen bitte ich dafür um Verständnis und Sie bitte ich um Ihre Stimme. – Danke schön, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Heiterkeit vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Ringguth.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen und ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Energieminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Volker Schlotmann.

Minister Volker Schlotmann: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene haben sich Union und FDP darauf verständigt, ein Gesetz zur Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung vorzulegen. Ziel der Reform soll die Bewältigung der bisherigen Aufgaben sein, bei gleichzeitiger Einsparung in Größenordnungen von Haushaltsmitteln. Geplant ist das, um eine Kategorisierung der Bundeswasserstraßen zu erreichen. Das ist die eine Hauptrichtung, zu der anderen sage ich gleich auch noch etwas.

Der aktuelle Stand im Moment ist der, dass die Kategorisierung der Bundeswasserstraßen nicht abschließend entschieden worden ist, da noch ein gemeinsames Gutachten vom Bundesverkehrsministerium und den Ländern erstellt werden sollte. Dazu muss man sagen, das ist auf Druck der Länder entstanden, sonst hätten wir jetzt nicht schon den mittlerweile vierten Bericht des Bundesministeriums gegenüber den Ländern und gegenüber den Bundestagsausschüssen gehabt. In diesem Gutachten sollen neben dem bislang einzigen Kriterium des Verkehrsaufkommens weitere Kriterien, auf die auch wir zum Beispiel gedrungen haben, nämlich für die Verkehrsfunktion, die Erschließungs- und Zugangsfunktionen für das maritime Gewerbe, Leistungen der Personenschifffahrt oder auch die Wertschöpfung der Transporte berücksichtigt werden. Darüber hinaus sollte die Anzahl der bisherigen Kategorien reduziert werden.

Das Bundesministerium hat in seinem vierten Bericht an die betroffenen Bundestagsausschüsse dann ausgeführt, dass der Gutachtenauftrag zur Untersuchung der Netzstruktur erteilt worden sei. Der Fokus der Untersuchungen wird neben Transportmengen vor allem auf der Vernetzungsfunktion der Binnenwasserstraßen zwischen Seehäfen und Wirtschaftszentren liegen. Die Netzstruktur bildet dann die Grundlage für die weitere Investitionsplanung sowie die Bestimmung der zukünftigen Unterhaltungs- und Betriebsintensität. Das Gutachten sollte Mitte dieses Monats vorliegen, nach den neuesten Signalen, die wir aus Berlin haben, ist eine Fertigstellung vor Ostern mehr als unwahrscheinlich. Also wir können davon ausgehen, dass es deutlich nach Ostern der Fall sein wird.

Wir erkennen als Bundesländer in der Verkehrsministerkonferenz auch die Bemühungen des Bundes zu dieser Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung vor dem Hintergrund der knapper werdenden Bundesmittel als grundsätzlich legitim an, aber Ziel muss es dennoch sein, dass die Wettbewerbs- und die Leistungsfähigkeit des maritimen Standortes Mecklenburg-Vorpommern erhalten bleibt und sogar darüber hinaus gestärkt werden muss.

Meine Damen und Herren, da das Gutachten lediglich die Binnenwasserstraßen des Bundes vor allem im Hinblick auf deren Bedeutung als Hinterlandanbindung für die Seehäfen untersucht, ist Mecklenburg-Vorpommern direkt nicht betroffen, weil unsere Binnenwasserstraßen für den Güterverkehr äußerst geringe Bedeutung haben. Das muss man ganz nüchtern im Vergleich zu allen anderen Ländern so sehen. Allerdings, wenn damit einhergehen sollte, dass die Peene neu klassifiziert wird, die ja eine Bundeswasserstraße ist, eine Binnenwasserstraße ist,

(Udo Pastörs, NPD: Findet kaum Transport statt.)

die für den Güterverkehr nach wie vor für die Region, für die lokale Entwicklung dort eine Bedeutung hat, diese Neukategorisierung der Peene lehne ich grundsätzlich ab,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

denn die würde Folgendes bedeuten, der Kollege Ringguth hat es gerade angedeutet: Wenn das in den Status "Restwasserstraße" zurückfallen würde, dann will ich das mal plastisch machen, ich weiß, wovon ich in dem Bereich rede. Wenn ein Baum umkippt und über dem Fluss hängt, dann wird der nicht mehr entfernt, da ist nämlich dann keiner mehr zuständig, und das heißt, jedes Schiff, das vielleicht mit Getreide oder anderen Gütern noch auf der Peene fährt - und davon haben wir noch einige -, kann dann nicht mehr weiterfahren. Das heißt, wir werden dort abgeschossen. Das kann und darf nicht sein, zumal, wenn man in Betracht zieht, dass wir ja auch in den Binnenhäfen an der Peene Investitionen getätigt haben. Wir haben das getan, private Unternehmen haben das getan, Kommunen haben das getan. Das kann also so nicht funktionieren und das gefährdet natürlich auch den touristischen Verkehr. Das muss man ganz nüchtern so sehen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Deshalb ist mir auch die große Bedeutung des Tourismus, was diesen Bereich anbelangt, sehr bewusst. Eine

umfassende Machbarkeitsstudie des Bundesministeriums hat ergeben, dass insbesondere die Bundeswasserstraßen in Ostdeutschland für die Tourismuswirtschaft eine herausragende Rolle spielen. Ich kann nur sagen, das kann man sich selbst auch anschauen. Wenn Sie sich in der Saison mal an eine Wasserstraße hier im Land hinstellen, dann werden Sie sehen, wie viele Boote mit der niederländischen Flagge, teilweise sogar mit französischen und belgischen Flaggen auf unseren Seen und Binnenwasserstraßen unterwegs sind. Das ist also ein Potenzial, das wir definitiv nicht unterschätzen sollten.

Ich möchte das abkürzen, ich möchte zu einem Punkt noch etwas sagen, und das ist die Verwaltung als solche: Die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes, viele kennen das in Warnemünde, ehemals Bagger-Bugsier, in dem Gebäude sitzt die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung. Und, meine Damen und Herren, uns sind, obwohl wir mehrfach bei allen Bundesländern nachgefragt haben, bisher keine Zwischenergebnisse über die Organisationsuntersuchung und die damit verbundene Personalplanung bekannt.

Ich kann Ihnen nur Folgendes sagen: Sollte im Ergebnis herauskommen, dass an dem einzigen Standort in Mecklenburg-Vorpommern, nämlich dem Wasser- und Schifffahrtsamt Stralsund, signifikante Einschnitte vorgenommen werden sollen, werde ich alle Möglichkeiten nutzen, um dagegen zu intervenieren. Warum, warum tue ich das?

Das Wasser- und Schifffahrtsamt Stralsund hat bereits 2008 drei sogenannte Außenbezirke, also Außenstellen des Amtes zusammengelegt, zusammengelegt aus der Eigeninitiative heraus. Man höre und staune, eine Verwaltung zeigt Eigeninitiative, hat drei Außenstellen zusammengelegt und damit erheblich die Kosten gesenkt. Deswegen sage ich, weiteres Einsparpotenzial besteht nicht, da das Amt eben seinerzeit bundesweit innerhalb der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung Vorreiter war. Ich denke, das darf man nicht bestrafen, sondern so etwas muss man belohnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Jaeger für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt Ihnen einen Änderungsantrag.

Herr Ringguth, Sie haben den deutlichen Unterschied schon erläutert, und zwar möchten wir die Verkehrswege, wie sie bestehen, erhalten. Der Hintergrund ist, wir setzen uns durchaus auch für einen ganz wesentlichen Teil des Tourismus ein. Ich selber bin auch begeisterter Wasserwanderer und schon mehrfach auf der Müritz unterwegs gewesen. Das Problem ist, fahren Sie mal an einem Wochenende in den Ferien mit dem Kanu auf unseren wunderbaren Seen und Flüssen durch die Gegend.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist manchmal sehr gefährlich. Das stimmt.)

Sie werden feststellen, Sie haben inzwischen ein ähnliches Erlebnis wie an einem Freitag auf einer Autobahn. Es stehen Massen von Motorbooten in Schlangen, die da sozusagen auch kaum noch durchkommen.

Ich glaube, wir haben ein Maß erreicht, wo wir sagen müssen: Das geht so nicht weiter. Wenn wir dort einen vernünftigen und für alle verträglichen Tourismus wollen, dann gibt es auch ein deutliches Zuviel an Motorbooten auf diesen Seen. Deswegen sagen wir, wir wollen die bestehenden Wasserstraßen erhalten, weil wir die Binnenschifffahrt für etwas sehr Wichtiges und Wesentliches halten.

(Marc Reinhardt, CDU: Sie wissen aber, dass die Motorbootfahrer Geld ausgeben bei uns.)

Wir wollen aber nicht noch mehr Motorboote auf den Seen in der Mecklenburger Seenplatte haben,

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil wir damit definitiv einem anderen wesentlichen Tourismusbereich schaden, und das ist die überwiegende Mehrzahl der Touristen, die in diese Gegend kommen. Die fahren dort mit Kanus, Kajaks, Faltbooten und so weiter, die kommen eben nicht mit Motorbooten. Für die wird die Mecklenburger Seenplatte zunehmend unattraktiver und sie weichen aus in Richtung Masuren, wo sie noch große Abschnitte finden, wo kein Motorboot zugelassen ist. Deswegen stellen wir bewusst den Antrag auf "erhalten". Das heißt für uns auch, die bestehenden, auch wirtschaftlich genutzten Wasserstraßen müssen so ertüchtigt und erhalten werden, wie sie momentan existieren, aber es dürfen nicht weitere Wasserstraßen, die bisher naturnah sind, noch mehr ausgebaut werden, um mehr Motorboote in die Mecklenburger Seenplatte zu holen

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir stellen zum anderen den Antrag, diesen Antrag in den Ausschuss zu überweisen, und zwar in den Ausschuss für Energie und Infrastruktur.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Petition.)

Die Gründe gehen eigentlich aus der Begründung des Antrages hervor, nämlich dass das Gutachten noch erwartet wird, über das wir reden müssen. Aufgrund dieses Gutachtens können wir eigentlich erst gemeinsam einen vernünftigen Antrag stellen, der auf Bundesebene dann auch eine Wirkung entfaltet, und nicht erst mal raushauen und hinterher lesen, was die zentralen Stellen dazu schreiben. Deswegen unser Antrag auf Verweis in den zuständigen Ausschuss.

(Marc Reinhardt, CDU: Abgelehnt, abgelehnt.)

Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. – Ich danke Ihnen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Jaeger.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Schulte für die Fraktion der SPD.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Das hatten wir heute noch gar nicht. – Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Angesichts des Umstandes, dass die Kollegen Ringguth, Seidel und unser Verkehrsminister beziehungsweise Energieminister doch Wesentliches zu diesem Antrag gesagt haben, möchte ich mich vielleicht auf zwei Punkte beschränken, einmal auf eine grundsätzliche Frage, und zwar die grundsätzliche Frage, und das ist auch etwas, was man dann tatsächlich mit den Kolleginnen und Kollegen im Bund diskutieren muss: Wofür dient Infrastruktur? Ist Infrastruktur nur dafür da, bestehende Verhältnisse zu verfestigen, das heißt, überall dort, wo wirtschaftliche Entwicklung bereits stattgefunden hat, diese Entwicklung zu zementieren und auch weiterzuentwickeln, oder ist Infrastruktur auch dafür da, dort, wo diese Entwicklung vielleicht noch nicht in dem Maße stattgefunden hat, das gilt natürlich auch für Teile unseres Landes, tatsächlich die Voraussetzungen dafür zu schaffen? Und das gilt natürlich auch für die Bundeswasserstraßen und deren Ausbau und Erhalt.

Das ist eine grundsätzliche Frage und der Bund muss sich diese Fragen gefallen lassen, auch von den Ländern, ob er seiner entsprechenden Verantwortung gegenüber den Ländern auf Dauer gerecht werden will.

Das ist übrigens keine parteipolitische Frage. Diese Kritik kann man durchaus auch an frühere Bundesverkehrsminister richten, die ähnlich wie Herr Ramsauer vielleicht zu früh den ... – jetzt hätte ich beinahe ein Wort gesagt, das wäre unter Garantie unparlamentarisch –, zu früh sich nicht dafür eingesetzt haben, dass die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt worden sind, um die Aufgaben, die sie wahrnehmen müssen, dann entsprechend durchzusetzen. Deswegen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, halte ich diesen Antrag auch vor dem Hintergrund der Ausführungen der Kollegen und des Ministers für entsprechend erforderlich.

Der zweite Punkt, zu dem ich gerade noch zwei, drei Sätze sagen möchte, ist der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Das hört sich, sehr geehrter Herr Kollege Jaeger, erst einmal ganz vernünftig an, wenn man das tatsächlich auch nur auf die Mecklenburgische Seenplatte oder andere touristische Gebiete reduzieren würde. Dann mag man sogar darüber diskutieren, ob man so einem Änderungsantrag folgen will oder nicht. Aber man muss das vielleicht auch mal anders sehen.

Bundeswasserstraße hier in diesem Land ist auch die Peene, und zwar auch dort, wo zum Beispiel der Standort Wolgast als maritimer Standort, als Werftstandort betroffen ist, weil wir in der Vergangenheit schon dafür haben Sorge tragen müssen, dass die Peene dort weiter ausgebaut oder ausgebaggert wird, damit dieser Werftstandort erhalten wird.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Da paddelt ja auch keiner. – Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE) Bundeswasserstraße in diesem Land, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ist auch, der Minister hat das Beispiel der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung in Warnemünde genannt, die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung in Warnemünde guckt auf eine Bundeswasserstraße, nämlich der Seekanal vom Seehafen in die Ostsee ist Bundeswasserstraße. Jetzt stellen Sie sich mal vor, diese Bundeswasserstraße dürfte nicht weiter ausgebaut, sondern in Zukunft nur noch erhalten werden. Wir haben gerade jetzt schon die Diskussion, zum Beispiel vor dem Hintergrund der Kreuzfahrtschiffe, aber auch anderer Schiffe, die im Seehafen ankommen, dass der Tiefgang - der liegt momentan bei 14 Metern - vielleicht in der Zukunft nicht mehr reichen wird. Die Kreuzfahrer werden immer größer, ob sie immer sicherer werden, ist eine andere Frage,

(Udo Pastörs, NPD: Ob das nun sinnvoller ist?)

die spielt hier in diesem Zusammenhang zumindest keine Rolle.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: AIDA auf der Peene!)

AIDA liegt auf der Peene? AIDA auf der Warnow, sehr geehrte Frau Kollegin, dort oben ist nämlich die Warnow.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Der Breitling gehört zum Warnowmündungsgewässer.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, jetzt stellen Sie sich doch wirklich mal vor, wir würden diesem Antrag in dieser letzten Konsequenz folgen, das würde die wirtschaftlichen Standorte, allein die beiden, die ich eben genannt habe – und es kommen noch eine Vielzahl anderer in diesem Land dazu –, massiv in der Zukunft gefährden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, deswegen werden wir sowohl den Änderungsantrag ablehnen als auch dem Antrag auf Überweisung in die Ausschüsse nicht folgen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Schulte.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke für die Fraktion DIE LINKE.

**Dr. Mignon Schwenke**, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sie nehmen mit Ihrem Antrag zu einem Problem Stellung, bei dem schon seit geraumer Zeit eine deutliche Verschlechterung der Situation der Wasserstraßen in unserem Bundesland und bundesweit droht.

Mit den Bundeswasserstraßen verfügt Deutschland über eine Fläche, die die Hoheitsgewässer von Nord- und Ostsee, die Zufahrten zu den Seehäfen, Haffe und Bodden, Seen und seenartige Erweiterungen von Wasserläufen und Flüsse und Kanäle im ganzen Land umfasst. Sie sind weit mehr als nur ein Netz von einzelnen Wasserwegen. Fast alle Seehäfen werden mit den meisten Städ-

ten und Industriezentren unseres Landes durch die Bundeswasserstraßen verbunden. Zugleich sind sie ein wichtiger Teil des europäischen Binnenwasserstraßennetzes und haben ganz nebenher eine wichtige Funktion als ökologisch wertvolle Natur- und Erholungsräume, zunehmend auch als Räume für Wassersport und Wassertourismus – beides wichtige Wirtschaftsfaktoren in Mecklenburg-Vorpommern. Sie sind ein wichtiger Teil des Wasserhaushaltes und spielen eine wichtige Rolle beim Hochwasserschutz, nicht zuletzt auch hierzulande.

Für mich und meine Fraktion ist die Erhaltung der Bundeswasserstraßen als Ganzes ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Natürlich müssen die auch verwaltet werden. Geregelt wird das im Bundeswasserstraßengesetz vom 2. April 1968, das die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes dazu bestimmt.

Durch die sich ständig ändernde Nutzung und geänderten Anforderungen an die Bundeswasserstraßen wurde auch die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung ständig reformiert und ihren Aufgaben angepasst. So weit, so gut, oder auch nicht so gut, denn die jetzt in Rede stehende Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung soll der neoliberalen Idee vom schlanken Staat folgen. Der Bundesrechnungshof, der Haushaltsausschuss des Bundestages und das zuständige Ministerium setzen die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung mithilfe von Haushaltsrestriktionen unter Druck. Folge war eine Zwangsverschlankung, die dazu führte, dass die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung gegenwärtig nur noch den Teil des Bundeswasserstraßennetzes mit dem größten Gütertransportaufkommen betreuen kann.

Die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung soll zu einer Gewährleistungsverwaltung umgebaut werden, obwohl das nach dem geltenden Recht bisher nicht zulässig ist. Nach Paragraf 45 Absatz 1 des Bundeswasserstraßengesetzes hat die Durchführung dieses Gesetzes durch die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung zu erfolgen. Das heißt, laut Gesetz soll sie eine Durchführungsverwaltung sein.

Was würde die vorgesehene Reform konkret für unser Bundesland bedeuten? Neben einem weiteren Personalabbau – es freut mich, dass der Minister gesagt hat, dem wird er sich entgegenstellen – würden die Bundeswasserstraßen durch die vorgesehene Kategorisierung generell an Bedeutung und vor allem an notwendiger Unterhaltung verlieren. Es steht zu befürchten, dass in unserem Land alle Bundeswasserstraßen, die für den Gütertransport genutzt werden, in das Nebennetz oder in das Randnetz eingestuft werden. Das bedeutet: kein Ausbau und nur reduzierte Unterhaltung.

(Regine Lück, DIE LINKE: Leider, leider.)

Ausnahmen sollen hier die Seehäfen Rostock, Wismar und Sassnitz sein, aber selbst das ist nicht klar!

Für den Wassertourismus sieht es ähnlich katastrophal aus. Es steht zu befürchten, dass große Teile der touristisch genutzten Wasserstraßen in die Kategorie "Restwasserstraßen" fallen. Dort sollen weder Ausbau noch Unterhaltung erfolgen.

Seit mehreren Jahren reiht sich eine Reform der Wasserund Schifffahrtsverwaltung an die andere und jede Reform der letzten Jahre brachte Personaleinsparungen mit sich, die die Verwaltungen an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit brachten. Kein Wunder also, dass die Stimmung in den Ämtern gelinde gesagt miserabel ist.

Alle Wassersportspitzenverbände, der Deutsche Olympische Sportbund, die Tourismusverbände, die Binnenschiffer, die Spitzenverbände der Logistikwirtschaft, alle Landesregierungen über die Verkehrsministerkonferenz, die Bundestagsfraktionen von LINKEN, SPD und GRÜNEN, ver.di und noch viele andere protestieren gegen die Reformpläne der Bundesregierung.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Wenn sich der Bund mit der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung aus der Fläche zurückziehen will und sich nur noch auf die großen See- und Binnenhäfen konzentrieren will, wenn er alle Potenziale zum Ausbau der Bundeswasserstraßen in Mecklenburg-Vorpommern und in allen anderen neuen Bundesländern ignoriert, wenn er die Nachhaltigkeit der bisherigen Investitionen in den neuen Ländern über Bord wirft und damit die wirtschaftliche Entwicklung ein weiteres Mal gefährdet, dann muss diesen Plänen Widerstand entgegengebracht werden.

Wir fordern endlich eine ökologische Flusspolitik des Bundes, die Beibehaltung der Durchführungsverwaltung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, ihre starke regionale Präsenz und die Aufrechterhaltung des dort vorhandenen Fachwissens mit einem Stopp des Personalabbaus.

Wir wollen die Wasser- und Schifffahrtswege in Mecklenburg-Vorpommern erhalten, deshalb stimmen wir dem Antrag der Koalitionsfraktionen zu. Aber wir stimmen auch dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu, weil wir gerade für den Ausbau der Gewässer keinen Freifahrtschein ausstellen wollen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Egbert Liskow, CDU: Lauter klatschen!)

Wenn es darum geht, technische Anlagen zu erneuern, stellen wir uns dem nicht entgegen, aber alles mit Augenmaß. Einen Freifahrtschein kann es nicht geben. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Dr. Schwenke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Eifler für die Fraktion der CDU.

**Dietmar Eifler**, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zur Einbringung dieses Antrages hat mein Fraktionskollege Herr Ringguth bereits sehr ausführliche Erläuterungen und Begründungen vorgetragen, ebenso wurde das durch den Minister bestätigt. Herr Schulte hat auch noch mal sehr deutlich die Aspekte zum Ausdruck gebracht, weshalb wir zu diesem Antrag gekommen sind, zu dem es heute eine Entscheidung geben soll.

Zunächst möchte ich aber mal auf den Änderungsantrag von Ihnen, Herr Kollege Jaeger, eingehen. Es ist ganz

typisch, was wieder vollzogen wird. Es kommen Menschen zu uns nach Mecklenburg-Vorpommern, die nach ihren arbeitsreichen Wochen in ihrer Urlaubszeit Erholung und Entspannung finden wollen

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Und Ruhe.)

und auch Ruhe finden wollen. Das ist gut so, denn zum Glück haben wir auch die Ruhe, aber stellen Sie das doch nicht immer so dar, dass das die Ursachen sind, die Umweltschäden anrichten.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dann haben Sie den Antrag falsch verstanden.)

Nein, es ist gerade das Gegenteil. Sie kommen deshalb zu uns, weil sie hier ihre Ruhe und Erholung finden.

Deshalb darf man dieses Argument nicht im Raum stehen lassen, dass die Urlauber und Gäste, die zu uns kommen und Erholung finden wollen, dass die beeinträchtigt werden müssen und wir einen ganz wichtigen Wirtschaftszweig im Tourismus in unserem Land beschneiden. Das ist mit uns nicht zu machen und es ist auch zum Ausdruck gebracht worden, dass wir Ihrem Antrag nicht zustimmen wollen.

Zu dem Antrag, den wir in Bezug auf die Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung eingebracht haben, hatte ich schon erklärt, da ist schon sehr viel gesagt worden. Ich meine in Bezug auf die Verwaltungsstrukturen, dem spricht gar nichts entgegen, wenn man insofern das Ziel verfolgt, dass verfügbare Ressourcen im Bereich des Personals und der Sachmittel konzentriert werden, um somit Kosten zu minimieren.

Auch der Einstufung der Bundeswasserstraßen, der vernünftigen Einstufung der Bundeswasserstraßen mit einerseits der Anpassung an die Personal- und die Aufbaustruktur ist nichts entgegenzusetzen. Allerdings in der Folge der Kategorisierung der Wasserstraßen, wie es im Raum steht, würde Mecklenburg-Vorpommern vom Netz der ostdeutschen Binnenwasserstraßen abgeschottet werden. Somit wäre ein effektiver und wettbewerbsfähiger Gütertransport mit den umweltfreundlichen Binnenschiffen infrage gestellt. Bisherige Leistungen, Infrastrukturen und Industrieansiedlungen wären von der Anbindung an das deutsche Wasserstraßennetz abgekoppelt.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn meine Fraktion die Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung auch grundsätzlich unterstützt, können wir uns doch mit der Neuklassifizierung der Peene und anderer Bundeswasserstraßen nicht einverstanden erklären. Vor diesem Hintergrund haben die Vorsitzenden der CDU-Fraktionen der neuen Bundesländer bereits am 16. Mai 2011 beschlossen, dass die Bundeswasserstraßen in den neuen Ländern mit ihren optimalen verkehrlichen Anbindungen an das System der europäischen Binnenwasserstraßen sowie an leistungsfähige und moderne Seehäfen als wichtige Verkehrsträger für die Bewältigung der ansteigenden Güterverkehre und auch im Tourismusbereich sowie die Nutzung der Potenziale des Seehafenhinterlandverkehrs weiter ertüchtigt und ausgebaut werden müssen.

Um den Ausbau der Binnenwasserstraßen in Mecklenburg-Vorpommern zu sichern und deren Anbindung an

das deutsche Binnenwasserstraßennetz zu erhalten, haben wir genau diesen Antrag eingereicht. Wir sind der Auffassung, dass die Landesregierung alle Maßnahmen ergreifen muss – und unser Minister Herr Schlotmann hat es auch gesagt, dass er dafür eintritt –, um die wirtschaftliche Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns und ausgesprochen auch den Tourismusbereich für wachsende Ost-West- und Nord-Süd-Verkehre sowie, wie ich schon gesagt habe, für die touristischen Verkehre aufrechtzuerhalten. Aus diesem Grunde fordere ich Sie auf, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/390 sowie den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/452 zur Beratung an den Energieausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktion der GRÜNEN, eines Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU und der NPD abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse zunächst ... Nee, Quatsch. Ja doch.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Wir lassen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/452 abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/452 bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE, Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU und Stimmenthaltung der Fraktion der NPD abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/390 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 6/390 bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der CDU,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir waren dafür.)

der LINKEN und eines Abgeordneten der NPD-Fraktion und Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Auftrag des Kernenergiebeirats fortführen, auf Drucksache 6/285.

Antrag der Fraktion DIE LINKE Auftrag des Kernenergiebeirats fortführen – Drucksache 6/285 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke für die Fraktion DIE LINKE.

(Vincent Kokert, CDU: Der Antrag ist hinfällig.)

**Dr. Mignon Schwenke**, DIE LINKE: Das werden wir sehen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Antrag hat nun schon eine längere Geschichte. Sie werden sich erinnern, dass ich in der Dezembersitzung des Landtages im Namen meiner Fraktion den Innenminister gefragt hatte, ob die Landesregierung den Kernenergiebeirat weiterführt. Die Antwort war ziemlich vage, in Richtung man müsse erst mal sehen, es gebe ja ein neues Ministerium, aber er könne sich schon vorstellen, dass der Kernenergiebeirat weitergeführt wird. Auf Nachfrage des Kollegen Suhr, wann denn eine Entscheidung zu erwarten sei, antwortete der Minister, das dauere etwa vier Wochen. Als die vier Wochen um waren. hatten wir über die Medien erfahren, dass sich zumindest die CDU vorstellen könnte, die Arbeit des Kernenergiebeirates einzustellen, da die Aufgaben erfüllt seien, wir seien uns ja ...

(Vincent Kokert, CDU: Wer hat das gesagt von der CDU?)

Warten Sie doch mal ab! Ich erzähle hier erst mal die Geschichte.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

Nein, das mache ich nicht. Sie werden auch gleich sehen, wieso.

(Andreas Butzki, SPD: Ist das ein Märchen?)

Vielleicht war das ein Märchen, ja.

Also wir hatten aus der Zeitung erfahren, dass die Arbeit des Kernenergiebeirates eingestellt werden soll, da die Aufgaben erfüllt seien und wir uns ja alle einig seien. Weil wir damit keinesfalls einverstanden sein konnten, hatte meine Fraktion im Februar einen Dringlichkeitsantrag gestellt, der natürlich mit großen Gesten abgelehnt worden war. Sie entsinnen sich bestimmt auch an den Auftritt des Kollegen Kokert. Begleitet von allgemeiner Heiterkeit der Koalitionsfraktionen sagte er, wir seien da einer Zeitungsente aufgesessen, die sei sogar so groß, dass man fast sagen könnte, es ist eine Pute.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Eine was?)

Ja,

(Vincent Kokert, CDU: Eine was?)

das haben Sie gesagt.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Eine was?)

Eine Pute.

(Vincent Kokert, CDU: Das hab ich gesagt?)

also nicht eine Ente, sondern so eine große.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Es freut mich, dass Sie sogar heute noch darüber lachen können, aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn es wirklich eine Zeitungsente war, dann war sie sehr klein, höchstens ein Küken. War es nicht eher so, dass die CDU nach den Zeitungsmeldungen

(Egbert Liskow, CDU: Waren Sie dabei?)

und dem prompt folgenden Protest meiner Fraktion, aber auch vieler anderer,

(Vincent Kokert, CDU: Natürlich.)

schnell eine Kehrtwende versucht hat?

(Vincent Kokert, CDU: Sie sind da irgendwie eingeknickt.)

Auf jeden Fall, Herr Kokert, das möchte ich Ihnen bescheinigen, Ihr Auftritt gegen den Dringlichkeitsantrag, der war bühnenreif.

(Andreas Butzki, SPD: Aber er war nicht bekifft.)

Was sind nun die Fakten? Inzwischen hatte der Minister zu einem Treffen des Kernenergiebeirates eingeladen. Nach meinen Informationen waren weder die SPD-Fraktion noch meine Fraktion, auch nicht die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vertreten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dann sind das falsche Informationen. – Zuruf von Katharina Feike, SPD)

Denn auch Frau Kollegin Berger war ja nicht als Vertreterin ihrer Fraktion, sondern als Vertreterin des BUND geladen.

(Vincent Kokert, CDU: Was?!)

Was sollen wir jetzt daraus schlussfolgern?

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Heißt das, der Konsens, den auch die Koalitionsfraktionen im Zusammenhang mit dem Zwischenlager immer betonen, ist doch nicht so groß,

(Regine Lück, DIE LINKE: So machen sie es.)

dass eine weitere parlamentarische und fraktionsübergreifende Begleitung gewünscht ist?

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wie kommen Sie darauf?)

Es ist eine Frage, Herr Ringguth.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, ja, ja.)

Das können wir nicht akzeptieren,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Die kann ich Ihnen mit Nein beantworten.)

angesichts der Bedeutung des Zwischenlagers, des Standortes Lubmin insgesamt und der Probleme, die uns da möglicherweise noch erwarten. In der Koalition war laut darüber nachgedacht worden,

(Egbert Liskow, CDU: Die LINKEN kapieren nichts.)

den Kernenergiebeirat in einem allgemeinen Energiebeirat bei der Landesregierung aufgehen zu lassen. Ein weiterer Punkt, der deutlich macht, wie klein das Entchen tatsächlich gewesen ist, von dem Sie gesprochen haben, Herr Kokert. Man könnte ja sogar im ersten Augenblick einer solchen Idee einen gewissen Charme abringen – ein neues Ministerium, Bündelung der Kompetenzen –, aber beim zweiten Blick erkennt man, das wäre eigentlich Unsinn.

(Egbert Liskow, CDU: Märchen.)

Ein Energiebeirat des Ministers für Energie, der die vollständige Wende zu erneuerbaren Energien begleiten soll, ist sinnvoll.

> (Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Richtig.)

Damit hat aber der Kernenergiebeirat gar nichts zu tun.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Das ist richtig.)

Er befasst sich mit der Hinterlassenschaft einer in Deutschland glücklicherweise auslaufenden Form der Energiegewinnung. Der Rückbau des Kernkraftwerkes ist zwar weitgehend abgeschlossen, aber das Zwischenlager bleibt ja und mit ihm Fragen und Probleme, die uns noch lange beschäftigen werden.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Deshalb bleiben wir bei unserer Forderung, den Kernenergiebeirat schnellstens neu zu berufen. Dass sich das Aufgabenprofil des Beirats erweitert, ist für uns selbstverständlich. Die Aufgaben der Energiewerke Nord haben sich verändert und niemandem ist verborgen geblieben.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

dass es Streit gibt

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

zwischen dem Bund und dem Land.

(Zurufe von Egbert Liskow, CDU, und Peter Ritter, DIE LINKE – Unruhe vonseiten der Fraktionen der CDU und DIE LINKE – Zuruf aus dem Plenum: Keine Zwiegespräche!)

Das finde ich auch. Lassen Sie mich doch wenigstens ausreden! Sie können sich dann ja alle noch äußern.

Also niemandem ist verborgen geblieben, dass es Streit gibt zwischen Bund und Land, in welcher Weise das Zwischenlager und die dort erworbenen Kompetenzen genutzt werden sollen. Sicherheitsfragen wie Auswertung der Stresstests, die Konflikte mit dem Bund, die Nutzung der Kompetenzen, all das muss mit größter Transparenz begleitet werden. Der Geschäftsführer der Energiewerke

Nord, Herr Cordes, hat größtmögliche Bürgerbeteiligung und Transparenz versprochen.

(Egbert Liskow, CDU: Machen sie doch auch.)

Dahinter sollte das Parlament nicht zurückstehen und es darf dabei auch nicht außen vor bleiben. Deshalb: Stimmen Sie unserem Antrag zu!

> (Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das glaube ich nicht, Frau Dr. Schwenke. – Manfred Dachner, SPD: Sie hat das Zauberwort nicht gesagt.)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Dr. Schwenke.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Das Wort hat der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Caffier.

(Egbert Liskow, CDU: So, jetzt erklär du mal, wie das ist.)

**Minister Lorenz Caffier:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Liebe Frau Dr. Schwenke, in der Tat sind Sie der Pute aufgesessen.

(allgemeine Heiterkeit – Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Aber wenn es denn zum Landtagsantrag führt, auch recht.

(Vincent Kokert, CDU: Das weise ich übrigens zurück, dass ich das gesagt habe.)

Ein Telefonat mit mir wäre vielleicht einfacher gewesen. Das empfehle ich im Übrigen vielen Abgeordneten, im Zweifelsfall auch meine Kollegen manchmal anzurufen und zu fragen, wie denn der Stand ist, anstatt dass wir hier einen Wettkampf veranstalten. Eins ist klar, und das gehört auch dazu – da müssen Sie auch mal die Geschäftsordnung des Kernenergiebeirates lesen –, dass der Kernenergiebeirat so lange existiert, bis ein neuer berufen wird.

(Katharina Feike, SPD: Genau. – Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Genau das ist das Problem.)

und zwar unabhängig davon, ob die Legislatur schon neu begonnen hat oder nicht. Und damit ergibt sich automatisch, dass ich nicht die Fraktion DIE LINKE einlade, sondern alle Mitglieder, die Mitglieder des Kernenergiebeirates nach wie vor sind. Und da können Sie gerne bei denen nachfragen, die hatten alle eine Einladung zum 2. März erhalten.

(Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Das ist auch selbstverständlich. Und richtig ist auch, das will ich dazusagen, dass ich darüber nachgedacht habe, ob es nicht einen gewissen Sinn macht, Kernenergie – auch wenn wir hier im Rückbau sind, es steckt auch der Begriff "Energie" drin –, ob man das bündelt und beide Ministerien gleichberechtigt drin vertreten sind. Wir haben das beraten – und das muss man auch gemeinsam meinen Kollegen und mir zugestehen, auch der Landesregierung – und wir sind zu der Auffassung gekommen, dass es sinnvoll ist, dass wir die Aufgaben des Kernenergiebeirates bei dem belassen,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

was es ist, sich um den Standort Lubmin, und zwar um die Aufgaben des geordneten Rückbaus zu kümmern. Und dass der Kollege Schlotmann andere Vorstellungen hat, wie das in Zukunft begleitet werden soll, das ist für mich vollkommen legitim,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

das ist auch ein Stück selbstverständlich. Und ich mit meinem Hause und die Fraktionen, beide Regierungsfraktionen sind der Ansicht, dass ein Kernenergiebeirat in Mecklenburg-Vorpommern eben nach wie vor noch Aufgaben hat. Aber eine solche Prüfung zu der ganzen Frage war natürlich selbstverständlich notwendig, denn der Kernenergiebeirat ist 1996 gegründet worden. Da hatte das Thema Kernenergie eine ganz andere Bedeutung in der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben mit dem Ausstieg 2011 ganz andere Aufgaben, ganz andere Voraussetzungen.

(Regine Lück, DIE LINKE: Nach 15 Jahren könnte man das Parlament auch mal beteiligen.)

Und insofern ist das Ergebnis der Prüfung eindeutig.

Die künftige Existenz dieses Gremiums steht nicht infrage und soll auch fortgeführt werden. Der Anlass zur Gründung war damals, die Vermittlerrolle zwischen Politik und zwischen Interessenvertretungen sozusagen zu übernehmen. Dies ist aus meiner Sicht mit dem Abstand von gut 15 Jahren dem Kernenergiebeirat erfolgreich gelungen. Die Mitglieder sind aktuell und umfassend über den Fortgang des Kernkraftwerkes Greifswald, über das Zwischenlager und sonstige, auch bundesweit diskutierte Themen informiert worden.

Die jetzt in der Endlagerfrage zugesagte Transparenz ist also auf Mecklenburg-Vorpommern bezogen, denn der Bund hat ja angekündigt, dass gemeinsam mit den Ländern diese Suche mit höchstmöglicher Transparenz, Bürgerbüros und allem stattfinden soll, ist in der Frage in Mecklenburg-Vorpommern schon seit 1996 durchgeführt worden. Der Bürger hat ein Recht auf Information, gerade zu solchen sensiblen Themen. Ohne das Verfahren nach dem Umweltinformationsgesetz betreiben zu müssen, kann er sich auch an die Mitglieder des Kernenergiebeirates wenden. Das sind die Mitglieder des Landtages oder einer kommunalen Vertretung oder Vertreter der Umweltorganisationen, die durch ihre Mitgliedschaft im Kernenergiebeirat als Multiplikatoren wirken und somit zur Aufklärung beitragen.

Angesichts der auf Bundesebene neu entstandenen Situation des Ausstiegs aus der Kernenergienutzung ergeben sich weitere aktuelle Fragen, die künftig zu begleiten sind. Sie haben das Thema beispielsweise schon angesprochen, den sogenannten Stresstest, der uns ja zugesagt worden ist. Damit ist die Frage, müssen wir hier einen Beschluss fassen, Antrag über ein Gremium, was bereits existiert und was jetzt auf der Grundlage der Geschäftsordnung neu berufen wird, überflüssig.

Und eins möchte ich zu Ihrem Antrag auch noch sagen, was wir überhaupt nicht für sinnvoll halten, weil das in dem Gremium wesentlich besser gelöst worden ist. Wir sollten dem Gremium nicht die Aufgaben vorschreiben, denn möglicherweise kommen zusätzliche Aufgaben dazu im Rahmen der Betrachtung, die wir hier in der Gänze überhaupt nicht erfassen können. Deswegen ist der Antrag überflüssig, der Inhalt.

Wir werden den Kernenergiebeirat in der Besetzung, so, wie er in etwa gewesen ist, fortsetzen. Natürlich wird die Fraktion der FDP ersetzt beispielsweise durch die Fraktion DIE GRÜNEN, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sorry. Deswegen sage ich, in etwa beibehalten. Wir werden die Stärke beibehalten und es wird ein ordnungsgemäßes Geschäftsverfahren geben. Der Kernenergiebeirat erhält dementsprechend eine neue Satzung und Geschäftsordnung und insofern kann sich die Fraktion DIE LINKE ganz entspannt zurücklehnen, was das Thema "Transparenz des Standortes Lubmin" jetzt und in Zukunft betrifft, wird dies auch weiter bestehen bleiben. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Mucha für die Fraktion der SPD.

Ralf Mucha, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, vor meinem Redebeitrag ein paar Worte an die Fraktion DIE LINKE, speziell an Frau Dr. Schwenke zu richten.

(Manfred Dachner, SPD: Sehr gut.)

Sie haben heute in der Aktuellen Stunde über Gepflogenheiten in diesem Hohen Haus gesprochen und versucht darzustellen, dass die Koalition Antragsthemen zum Thema der Aktuellen Stunde macht. Sie aber halten sich ebenfalls nicht an die Gepflogenheiten in diesem Hohen Haus, indem Sie Themen auf die Tagesordnung setzen, die schon längst erledigt sind.

(Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Denn Ihr Antrag zur Weiterführung des Kernenergiebeirats ist spätestens seit dem 23.01.2012 überflüssig.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Trotzdem an dem Antrag festzuhalten, halte ich für Populismus.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich im Vorfeld noch einmal klarstellen: Die SPD-Landtagsfraktion tritt dafür ein, den Kernenergiebeirat beizubehalten.

(Regine Lück, DIE LINKE: Ohne demokratische Mitwirkung.)

Das hat mein Fraktionsvorsitzender Dr. Norbert Nieszery schon am 23.01.2012 in einer Pressemitteilung dargestellt.

(Regine Lück, DIE LINKE: Wir sollen ja gar nicht mitwirken.)

Wir halten den Kernenergiebeirat nach wie vor nicht für überflüssig. Der Kernenergiebeirat hat laut Geschäftsordnung die Aufgabe, die Landesregierung in Atomfragen zu beraten, die Öffentlichkeit zu informieren und Konflikte zu lösen. Dies gilt sowohl hinsichtlich der mit dem Ausstieg aus der Kernenergienutzung in Zusammenhang stehenden Fragen als auch sicherheitstechnisch relevanten Fragen der Nutzung der Kerntechnik in unserem Bundesland, insbesondere am Kernkraftwerkstandort Lubmin. Dazu zählen technische und rechtliche Fragen der Anlagensicherheit und des Strahlenschutzes sowie der Entsorgung.

Diese Aufgaben des Kernenergiebeirates sind nicht erledigt. Im Gegenteil, wir haben in naher Zukunft so viele Themen zu beraten und zu entscheiden, da ist die Sachkenntnis des Kernenergiebeirates unverzichtbar. Die Begleitung der Prozesse im und um das Zwischenlager Nord in Lubmin bleibt notwendig. Ich nehme hier nur die Fragen zur Sicherheit des Zwischenlagers und der geplanten Verlängerung der Betriebsdauer über das Jahr 2039 hinaus. Neben der kritischen Begleitung der Einlagerung von Atommüll im Zwischenlager Nord müssen wir zum Beispiel auch über das Endlagersuchgesetz diskutieren.

(Vincent Kokert, CDU: Nein, müssen wir nicht.)

Meine Damen und Herren, für all diese wichtigen Zukunftsfragen bedarf es einer Beteiligung von Experten sowie von engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Im Kernenergiebeirat sitzen daher Vertreter von Kommunen, Umweltverbänden und Parteien. Der Kernenergiebeirat muss daher beibehalten werden. Gegebenenfalls ist dessen Arbeitsauftrag zu modifizieren, wie wir gerade vom Minister auch gehört haben. Die Koalition berät derzeit über die zukünftige Ausgestaltung und das Aufgabenprofil des Kernenergiebeirates.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dürfen wir da mitmachen?)

Abschließend kann ich nur feststellen, des vorliegenden Antrages bedarf es nicht. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Mucha.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Berger für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Ulrike Berger**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Tatsächlich ist es so, dass ich inzwischen keine Sorge mehr habe, was die Weiterführung des Kernenergiebeirates im Land anbelangt. Die CDU hat im Dezember/Januar einen Testballon steigen lassen, ob der Kernenergiebeirat nicht überflüssig sein könnte. Es gab eine deutliche Welle des Protests

(Egbert Liskow, CDU: Das war eine Ente.)

und die hat diesen Testballon dahin zurückgeholt, wo er hingehört, nämlich in die Schublade, Herr Liskow.

(Egbert Liskow, CDU: Eine Pute, eine Pute.)

Und das ist gut so. Allerdings ist der am 2. März kurzfristig einberufene Kernenergiebeirat, der zwar zeitlich in die 6. Legislaturperiode gehört, in Wahrheit der letzte der 5. Legislaturperiode, schaut man sich die berufenen Mitglieder an.

(Egbert Liskow, CDU: Das ist immer so.)

Ein neuer Kernenergiebeirat wurde noch nicht berufen, aber Änderungen sind dringend nötig. Die Änderungen ergeben sich aus dem Landkreisneuordnungsgesetz

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

und, das sage ich nicht ganz uneigennützig, auch aus der anderen parlamentarischen Zusammensetzung. Der erste Schritt muss also eine Neuberufung der Mitglieder sein.

Die Fraktion DIE LINKE hat zudem recht, wenn sie unter Punkt 2 ihres Antrages eine Erweiterung des Aufgabenprofils fordert. Ich möchte kurz an meine Rede zur letzten Landtagssitzung zu unserem Antrag "Überprüfung der bestehenden Genehmigung zur Konditionierung und Zwischenlagerung von festen radioaktiven Abfällen bzw. Reststoffen im Zwischenlager Lubmin" erinnern.

Damals, also vor ungefähr vier Wochen, berief ich mich auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts im April 2008, das eine Neubewertung der Sicherheitsbedingungen erfordert. Dieser Prozess beinhaltet die Begleitung und die Auswertung eines Stresstests. Dabei müssen alle möglichen Bevölkerungsschichten beteiligt werden, nämlich genau so, wie der Kernenergiebeirat zusammengesetzt ist, mit den Umweltverbänden, mit den unterschiedlichen Fraktionen, mit den anliegenden Kreisen gemeinsam. Solange es kein Endlager in Deutschland gibt,

(Egbert Liskow, CDU: Keiner war da das letzte Mal.)

sowohl für hoch als für mittel radioaktiven Abfall,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

solange es immer noch Gerichtsverfahren der EWN gegen das Land gibt und solange es Pläne zur Erweiterung der Betriebsgenehmigung für das Zwischenlager in Lubmin gibt, braucht das Land den Kernenergiebeirat. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von Manfred Dachner, SPD) **Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Berger.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Andrejewski für die Fraktion der NPD.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Natürlich wäre es voreilig, jetzt schon den Kernenergiebeirat für überflüssig zu erklären. Es ist ja noch nicht mal klar, wie es langfristig mit der Kernenergie weitergeht, auch wenn immer behauptet wird, das wäre so, und damit auch mit dem Zwischenlager Nord. Vor nicht allzu langer Zeit hat die Bundesregierung die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken beschlossen. Dabei hat sie damals Stein und Bein geschworen, dass die Risiken akzeptabel seien und ohne Kernenergie die Energieversorgung Deutschlands ernsthaft gefährdet sei. Das wurde unter anderem untermauert mit einer Vielzahl von Expertenmeinungen und Gutachten, die wohl in jeder Menge beliebig zu kriegen sind, für jede Richtung.

Dann kam Fukushima. Wer aufgrund dieses Ereignisses seine Meinung zur Kernenergie geändert hat, ist entweder ein Idiot oder ein Opportunist. Es war von Anfang an klar, dass mit der Kernenergie ein Restrisiko verbunden war, das sich verwirklichen konnte, wenn sehr unwahrscheinliche Umstände eintraten. Genau das und nicht mehr ist in Fukushima geschehen. Das dürfte keinen überraschen, denn im Gegensatz zu unmöglichen Ereignissen ist es die Natur unwahrscheinlicher Ereignisse, dass sie sehr selten, aber trotzdem hin und wieder stattfinden, etwa, wenn ein Seebeben, ein Tsunami, ein AKW im betroffenen Gebiet, eine zu niedrige Schutzmauer gegen Flutwellen - gerade einen Meter zu niedrig, meine ich mich erinnern zu können -, ein korrupter Atomkonzern und eine unzureichende staatliche Aufsicht nicht in einem Bananenstaat, sondern in einem fortgeschrittenen Industrieland wie Japan zusammenkommen.

Ein ähnliches Zusammentreffen unwahrscheinlicher Ereignisse mit ähnlichen Folgen kann natürlich auch in Deutschland geschehen oder auch demnächst in Polen nahe der deutschen Grenze. Das sieht man und akzeptiert man oder man akzeptiert es eben nicht. Und das hat vorher die Bundesregierung auch gesehen und akzeptiert und hinterher hat sie so getan, als ob das überraschend wäre, wenn ein unwahrscheinliches Ereignis eintritt. Aber das ist keine Überraschung. Die Energiewende der Bundesregierung ist purer Opportunismus, ein Zurückweichen vor einer hysterischen Stimmung, die sich aufgebaut hat.

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

Und jetzt erklärt sie, der Atomausstieg ist endgültig.

(Udo Pastörs, NPD: Quatsch.)

Wozu braucht man dann noch Kernenergiebeiräte, könnte man sagen. Aber wer sagt denn, ob es bei der Endgültigkeit wirklich bleibt?

(Udo Pastörs, NPD: So ist es.)

Die Mediengesellschaft ist vergesslich. Eine Sau nach der anderen wird durchs Dorf getrieben. Die Atomindustrie liegt schon auf der Lauer, um das auszunutzen. Und es könnte ja auch der sehr unwahrscheinliche Fall eintreten, dass sich die Vernunft gegen Hysterie und Opportunismus durchsetzen könnte, und die Vernunft sagt, man kann sich nicht blind darauf verlassen, dass alle Windund Sonnenenergieträume wirklich in Erfüllung gehen. Dahinter stecken auch Interessen und auch viel Werbegeschwätz. Man kann sich auch nicht darauf verlassen, dass die Versorgung mit Öl und Gas immer reibungslos funktioniert. Deshalb ist es fahrlässig, überstürzt und unwiderruflich, die Kernenergie total aufzugeben, zumal angesichts der Vielzahl schon bestehender und geplanter ausländischer AKWs an den deutschen Grenzen West und Ost es pure Illusion ist, durch einen Totalausstieg aus der Kernenergie in Deutschland Sicherheit gewinnen zu können.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das erinnert mich an die atomwaffenfreien Zonen, die in den 80er-Jahren in Hamburg ausgerufen wurden.

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

Da standen an den Stadtteilgrenzen Schilder mit der Aufschrift "Barmbek Atomwaffenfreie Zone" und bei einem Atomschlag gegen Hamburg hätten Fallouts und die Druckwelle natürlich höflicherweise einen Bogen um Barmbek gemacht. Die NPD tritt dafür ein, wegen der Risiken dieser Technologie, die ja wirklich unbestreitbar vorhanden sind, die Zahl der AKWs erheblich zu reduzieren,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

aber zur Sicherung der Energieversorgung und für alle Fälle einige wenige Reaktoren zu behalten und zudem auf keinen Fall auf die Forschung an der Kernfusionstechnologie zu verzichten,

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

wie sie in Greifswald betrieben wird. Das dichtzumachen, wäre die größte Dummheit. Die Chinesen würden sich freuen. Die nehmen das Ding sofort,

(Udo Pastörs, NPD: So ist es.)

verpacken es und ab nach Peking. Das, was wir sagen, ist ehrlicher als das, was Sie machen,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Schade, dass die Sie nicht zusammenpacken und mit nach Peking nehmen.)

nämlich den deutschen Atomausstieg zu propagieren und gleichzeitig den polnischen Atomeinstieg zu finanzieren,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Den Chinesen kann man das doch nicht zumuten.)

indirekt über die Europäische Union. Das ist Volksverdummung, was Sie da versuchen. Durch Ihre Politik erhöht sich das Risiko besonders für die Bürger Vorpommerns sogar noch. Weit weg in Westdeutschland schließen Kernkraftwerke, aber ein paar Kilometer östlich der Grenze öffnen welche mit deutschem Geld. Da ist es wirklich nicht angebracht, den Kernenergiebeitrag, -beirat

(Dr. Margret Seemann, SPD: Ja, was denn nun?!)

auch noch abzuschaffen. Den benötigen wir noch, denn wer weiß, was alles noch kommt, besonders aus Polen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ringguth für die Fraktion der CDU.

**Wolf-Dieter Ringguth**, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eigentlich bleibt mir jetzt ja nur noch eins festzustellen: Wo er recht hat, hat er recht – gemeint ist mein Fraktionsvorsitzender –,

(Udo Pastörs, NPD: Ich dachte schon, Herr Andrejewski.)

und das gleich in zweierlei Hinsicht. Erstens, das mit der Entenpute, da hat er recht gehabt. Und als er gesagt hat, Frau Dr. Schwenke, als Sie nach vorne gingen, der Antrag ist doch hinfällig, ziehen Sie ihn zurück, auch da hat er recht gehabt. Das muss jedem spätestens klar geworden sein, nachdem der Innenminister gesprochen hat. Und wenn der Ihnen dann noch empfiehlt, also Ihnen, der LINKEN empfiehlt, sich doch entspannt zurückzulehnen,

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

finde ich, hat er auch recht. Ist doch völlig easy, alles ist in Ordnung.

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

So und jetzt möchte ich Ihnen mal sagen, wir haben heute eine lange Tagesordnung, deswegen mach ich das jetzt wirklich kurz. Also Punkt 1 Ihres Antrages, eine kernenergiebeiratslose Zeit, wie Sie da irgendwie immer suggerieren oder im Zweifel auch befürchten, hat es nie und zu keinem Zeitpunkt gegeben. Der Minister hat es schon gesagt. Da muss man nur sich die Geschäftsordnung des Kernenergiebeirates aus der 5. Legislaturperiode angucken.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Da steht eben nüchtern und ergreifend drin, dass der bis zur Neukonstituierung eines neuen im Amt bleibt. Das ist einfach so. Und wenn Sie die Geschäftsordnung nicht haben, dann muss ich sagen, müssen Sie bei Frau Schwebs nachfragen, die kann Ihnen da bestimmt nachhelfen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

So, also Punkt 1 ist, denke ich, komplett erledigt und bei Punkt 2 des Antrages verhält es sich auch nicht viel anders. Natürlich könnte man jetzt in Versuchung kommen und diesem Kernenergiebeirat alles Mögliche sozusagen ins Aufgabenheft schreiben. Ich persönlich bin der Meinung, dass das ganz genau nicht gehen kann, denn der Kernenergiebeirat soll mehrheitlich über seine Geschäftsordnung selbst entscheiden und er soll auch weiterhin, auch von uns als Landtag, als unabhängiges Gremium betrachtet werden. Er ist unabhängig und er kann natürlich sich selber Vorgaben machen, auch hinsichtlich seiner Beratungsgegenstände. Das steht dem Kernenergiebeirat frei.

Zum Schluss, lieber Herr Ritter, ja, es ist richtig, wir haben auch in der PGF-Runde, ich weiß gar nicht mehr, bei wem, mal angelegentlich darüber gesprochen und ich habe schon damals gesagt, dass es vollkommen – jaja, wir können uns nachher dazu austauschen –, vollkommen in Ordnung ist, dass sich Koalitionäre doch mal darüber unterhalten können und auch müssen, dass, wenn Energiefragen eine solche Brisanz bekommen haben, dass fast kein Landtag vorbeigeht, ohne dass hier irgendein energetisches Thema auf der Tagesordnung steht,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

dass man dann überlegt, ob man vielleicht einen Energiebeirat macht oder ob man es bei der Kompetenz des Kernenergiebeirates belässt und dann möglicherweise ein paralleles Gremium macht. Nicht mehr und nicht weniger, als darüber zu reden, das haben sich die Koalitionäre vorbehalten. Das ist ihr gutes Recht.

Lehnen Sie sich zurück, meine Damen und Herren von den LINKEN, das kann ich nur mit meinem Innenminister sagen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Alles wird gut und der neue Kernenergiebeirat wird demnächst berufen sein. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE Frau Dr. Schwenke.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Alles wird gut. – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

**Dr. Mignon Schwenke**, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Minister, dieses Angebot, Sie anzurufen, das ist gefährlich. Es könnte passieren, dass ich das wirklich tue

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und dann jeden Tag.)

und vielleicht auch nicht nur einmal in der Woche. Irgendwann sagen Sie dann vielleicht, es ist zu viel.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Jetzt müssen Sie aber noch sagen, für wen das gefährlich ist.)

Das als kleine Vorbemerkung.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Die zweite Vorbemerkung: Das Recht der Koalition zu diskutieren, hat kein Mensch infrage gestellt.

(Egbert Liskow, CDU: Na, na, na!)

Aber genauso wenig können Sie das Recht von uns infrage stellen, dass wir uns zu diesen Überlegungen äußern. Und das habe ich heute hier gemacht.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja.)

Also wir haben gegenseitig Rechte und respektieren die auch.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist richtig.)

Ich möchte Ihnen sagen, natürlich habe ich darüber nachgedacht, ob wir den Antrag zurückziehen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Vincent Kokert, CDU: Sehr gut.)

Ja, aber Sie werden weniger klatschen, Sie haben ja inzwischen gemerkt, wir haben das nicht getan. Und dafür gibt es auch überhaupt keinen Grund.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Herr Ringguth, Sie haben den Antrag zwar gelesen und hier versucht zu sezieren, aber den Inhalt haben Sie offensichtlich nicht verstanden.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das war nicht mehr wichtig. Das war alles erledigt.)

Hier steht ...

Ja, das war Ihnen nicht wichtig. Aber das ist manchmal wichtig, wenn man solche Vorwürfe macht.

Also: Es gibt keinen neu berufenen Kernenergiebeirat.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das habe ich auch nicht gesagt.)

Nee.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Aber demnächst wird er einberufen.)

Ja, das werden wir sehen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Wissen Sie: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Lenin, das ist von Lenin.)

Ich weiß nicht, ob das von Lenin ist, aber auf alle Fälle ist es richtig.

(allgemeine Unruhe – Glocke der Vizepräsidentin)

Also ich weiß nicht, ob es von Lenin ist, aber auf alle Fälle ist es richtig.

In dem ersten Punkt stehen nichts weiter als Feststellungen. Da gibt es eigentlich überhaupt gar nichts dagegen zu sagen. Sie selber haben alle gesagt, die Aufgaben des Kernenergiebeirates sind nicht erledigt. Und Sie haben auch alle gesagt, dass es natürlich auch weiter einer außerparlamentarischen und parlamentarischen Begleitung bedarf. Also was ist dann an dem ersten Punkt auszusetzen?

Der zweite Punkt, der sagt auch nichts anderes, als dass der Kernenergiebeirat neu berufen werden muss, und zwar unverzüglich. Weil wir werden jeden Tag mit Dingen aus der Zeitung bombardiert, ob das nun Enten sind oder nicht. Jedenfalls müssen wir sie überprüfen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und Udo Pastörs, NPD: Putenenten.)

Und was die Aufgaben betrifft, die hier benannt sind, dann steht da auch: Mit den Mitgliedern des Kernenergiebeirates sollte über ein erweitertes Aufgabenprofil beraten und beschlossen werden. Also wir wollen nichts vorgeben. Das, was da steht, sind einfach nur Vorschläge, nichts weiter.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das kann ja dann der Beirat selber machen.)

Also, meine Damen und Herren, wenn es denn so weit ist, dass faktisch die Aufforderung zur Benennung von Fraktionsmitgliedern in den Kernenergiebeirat unterwegs ist.

(Egbert Liskow, CDU: War doch schon.)

schon unterschrieben ist, dann können Sie eigentlich unserem Antrag auch zustimmen, denn was anderes fordert er nicht. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/285. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 6/285 bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD und Gegenstimmen der Fraktionen von SPD und CDU abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16**: Beratung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Erhöhung der Servicequalität im Schienenpersonennahverkehr – Nachrüstung von Mobilfunkrepeatern zur Verbesserung des Mobilfunkempfangs, Drucksache 6/370.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Erhöhung der Servicequalität im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) – Nachrüstung von Mobilfunkrepeatern zur Verbesserung des Mobilfunkempfangs – Drucksache 6/370 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Jaeger.

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es geht um die Frage, wie wir den öffentlichen Personennahverkehr auch in Mecklenburg-Vorpommern attraktiver machen können. Wir alle haben die Meldungen in den letzten Tagen gelesen, dass die Regionalisierungsmittel zwar um 1,5 Prozent aufgestockt werden pro Jahr vom Bund, allerdings die Kosten etwa um 2,5 Prozent im Jahr steigen. Daraus ergibt sich das Problem, dass wir das Angebot nur vorhalten können, wenn wir

zusätzliche Mittel des Landes in den ÖPNV mit hineinstecken.

Aus meiner Sicht ist das wichtig und tatsächlich auch notwendig, weil der ÖPNV ein wesentliches und wichtiges Rückgrat der Energiewende ist. Aber wir müssen natürlich auch darüber nachdenken, wie wir die bestehenden Linien wesentlich attraktiver machen können. Wir haben gehört, dass im Regionalverkehr der Bahn in Mecklenburg-Vorpommern momentan ein Selbstkostenbeitrag von etwa 20 bis 25 Prozent existiert. Als Beispiel: So eine Stadt wie Rostock schafft es, 60 Prozent der Kosten einzunehmen über Fahrscheine. Und es gibt wohl sogar das Beispiel Hongkong, wo es zu 100 Prozent klappt.

Natürlich kann man das Land nicht mit Rostock vergleichen, völlig klar. Darüber diskutieren wir nicht. Aber die Frage ist berechtigt: Wie können wir die bestehenden und damit ja auch bezahlten Linien, die überwiegend bezahlt werden durch die Mittel des Landes, wie können wir die so gestalten, dass mehr Leute sie nutzen? Und ein Punkt, den wir dabei gefunden haben, ist das Thema Mobilfunk- beziehungsweise Internetnutzung.

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

Es ist ein ganz klarer Vorteil, wenn Sie zum Beispiel von Rostock nach Schwerin mit dem Auto unterwegs sind, haben Sie eine Stunde Zeit, in Ruhe telefonieren zu können. Haben Sie das Gleiche mal versucht in der Bahn, kriegen Sie sehr schnell mit, Sie haben nur die Minuten.

(Udo Pastörs, NPD: Da müssen Sie aber einen Fahrer haben.)

Sie haben ...

(Udo Pastörs, NPD: Wenn Sie selbst fahren, können Sie nicht rumspielen.)

Nein, es gibt Freisprechanlagen. Das müsste auch Ihnen bekannt sein.

(Jochen Schulte, SPD: Das ist ihm nicht bekannt.)

Wahrscheinlich kennt er das nicht.

Das Problem heißt also, wie kriegen wir die bestehenden Bahnverbindungen so attraktiv gemacht, dass möglichst viele Menschen sie nutzen, denn es entsteht immer wieder das Problem, dass natürlich dann Bahnlinien gestrichen werden mit der Begründung, es seien nicht genug Passagiere, die mitfahren. Deswegen bitte ich Sie ausdrücklich, unserem Antrag zuzustimmen. Er weist auf ein wichtiges Problem hin, nämlich: Wie schaffen wir es ...

(Udo Pastörs, NPD: Zeigen Sie mir, wie Sie beim Autofahren im Internet surfen wollen!)

Es geht gerade nicht um Internetsurfen beim Autofahren,

(Udo Pastörs, NPD: Doch, Sie sagten gerade, Internetanschluss.)

sondern es geht um Mobiltelefon. Das umfasst dieser Antrag.

(Udo Pastörs, NPD: Es geht um den Internetanschluss.)

Und selbstverständlich können Sie auch im hinteren Raum des Fahrzeuges dann im Internet unterwegs sein, wenn mehrere Leute sich zu einer Fahrgemeinschaft zusammentun. Darum geht es jetzt aber nicht.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der NPD)

Der zentrale Punkt ist, bestehende Linien attraktiver zu machen. Andere Bundesländer machen uns das vor und ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Können Sie bitte für etwas mehr Ruhe sorgen? Ich finde das unter aller Würde.)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ums Wort gebeten hat zunächst der Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Herr Schlotmann.

**Minister Volker Schlotmann:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Steckdosen und Repeater sind für mich nicht die Grundlage, um eine Grundsatzdebatte zum SPNV zu führen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Das will ich erst mal vorwegsagen.

Zum Zweiten, Herr Jaeger, also, mit Verlaub gesagt, ich bin bei vielen Punkten und Themen bei Ihnen, sogar sehr dicht bei Ihnen. Aber bei dem, was Sie gerade hier erzählt haben, da ist mir also wirklich der Kamm geschwollen. Das kann doch nicht wirklich Ihr Ernst sein, dass Sie glauben, indem wir Züge nachrüsten mit Steckdosen und Repeatern, ich gehe da nachher noch mal drauf ein, dass dann bei Linien, wo drei oder fünf Leute am Tag hin- und herfahren, dass dann 500 damit fahren. Also das ist hier wirklich Veräppelung des Parlaments, tut mir leid. Also das kann nicht wirklich Ihr Ernst sein.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Hab ich gesagt 500?)

Das ist wirklich abenteuerlich, was Sie da gerade erzählt haben.

Meine Damen und Herren, ich habe mich wieder abgeregt.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: War ja auch nur ein Spiel.)

Beim Schienenpersonennahverkehr handelt es sich darum, wenn in der Mehrzahl der Beförderungsfälle eines Zuges die gesamte Reichweite 50 Kilometer oder die gesamte Reisezeit eine Stunde nicht übersteigt. Das ist so im Gesetz geregelt. So gesehen könnte ich mich jetzt hier hinstellen und sagen: Ich stelle mal den Bedarf in Abrede. Das kann eigentlich jeder und so weit sollte jeder

auch denken, seinen Akku so aufzuladen, dass er eine Stunde oder 50 Kilometer weit mit seinem Handy durch die Gegend fahren kann, ohne dass er das aufladen muss im Zug. Im Zug! Ich gebe aber zu, in einem Flächenland wie unserem ist es so, dass die Fahrzeit doch öfter mal mehr als eine Stunde dauert. Und dass man diese Zeit sinnvoll nutzen kann zum Arbeiten, leuchtet mir auch ein. Und dass man dazu eine Steckdose im Zug als Wunsch äußern kann, auch das kann ich nachvollziehen, wenn man da seinen Laptop dann anschließen möchte.

Aber man muss dann auch die ganze Wahrheit erzählen, die ganze Wahrheit. Denn die ganze Wahrheit ist folgende: Wir haben im Land schon etliche Züge, auf der RE 1 zum Beispiel haben wir die Züge ausgestattet seit Dezember 2007 mit Steckdosen, in der ersten Wagenklasse, glaube ich.

(Zuruf von Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, da haben Sie aber nichts von erzählt, dass Sie die komplett durch den ganzen Zug haben wollen. Aber okay, das nehme ich dann mal zur Kenntnis.

> (Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: So ist es.)

Auch die Linie RE 2 wird ab diesem Jahr und die Linien RE 3 und 5 werden ab nächstem Jahr umfangreich mit Steckdosen ausgerüstet, also nachgerüstet. Steckdosen sind also zum Teil im Land schon Realität. Und bei zukünftigen Ausschreibungen wird trotz aller Schwierigkeiten, die wir dann mit den Bundesmitteln haben, die Ausstattung mit Steckdosen in Zügen ein Kriterium sein.

Was die in Ihrem Antrag genannte Förderung einer Nachrüstung von Steckdosen in Zügen betrifft, muss ich Ihnen einfach sagen, dass ich da schlicht und einfach die Kostenfrage stelle. Und ich sage mal, das spricht dann nicht zugunsten einer Nachrüstung von bestehenden Zügen. Ich weiß nicht, ob Ihnen klar ist, wie teuer das ist, diese Züge aus dem Verkehr zu ziehen, die dann umzubauen. Das ist nicht ganz so einfach, wie man sich das vielleicht laienhaft vorstellt. Ich weiß, Sie sind ein absoluter Spezialist bei Windenergie und erneuerbaren Energien, und da vertraue ich auch auf Ihr Urteil. Aber an der Stelle melde ich zumindest leichte, leichte Zweifel an, meine Damen und Herren.

Also, meine Damen und Herren, ich bin bestrebt, einen für das ganze Land verträglichen Ausgleich zwischen den Wünschen und den Bedarfen einerseits und den tatsächlich verfügbaren Mitteln andererseits herzustellen. Und das bedeutet für mich auch, dass, wenn die Kosten zu hoch oder unvertretbar sind, bestimmte Leistungen eben nicht erbracht werden können, und ich glaube auch nicht daran, da hat mich noch keiner von überzeugen können, dass der Einbau von Steckdosen tatsächlich dazu führt, dass wir einen Ansturm im SPNV haben.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es geht nicht um die Steckdosen, es geht um den Funkkontakt.)

der die Attraktivität ...

Zu dem Funkkontakt komme ich doch jetzt. Sie sind immer so voreilig. Warten Sie doch ab! In der Ruhe liegt die Kraft, würde Ihnen auch gut anstehen.

## (Unruhe vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was nämlich den Einbau sogenannter Repeater anbelangt, kann ich den Wunsch, insbesondere des Abgeordneten Suhr, nach dem Einbau von solchen Teilen durchaus nachvollziehen, denn der Kollege fährt ja öfter mit dem Zug als manch anderer von uns. Er ist also auch persönlich von dem häufig auftretenden Funklochproblem betroffen, meine Damen und Herren.

(Vincent Kokert, CDU: Ist der befangen? Auweia!)

Nein, das würde ich so nicht sagen, das wäre nicht mein Stil. Ich unterstelle nicht solche Sachen anderen Abgeordneten.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Ich hoffe, das gilt für andere auch.

Meine Damen und Herren, an der Stelle muss ich es noch mal sagen: Ich muss hier doch abwägen, eigentlich muss ich an der Stelle bei dem Thema Repeater gar nicht mehr abwägen zwischen Kosten und persönlichen oder Nutzenfragen. Denn technisch, also da habe ich mich gestern noch mal extra mit einem Ingenieur aus der Branche hingesetzt, technisch betrachtet ist ein solcher Repeater nichts anderes als ein Verstärker, der ein außerhalb der Waggons vorhandenes Mobilfunksignal aufnimmt und im Inneren des Waggons wieder abstrahlt, meine Damen und Herren. Fehlt aber ein Mobilfunknetz oder ist es nur schwer oder schwach empfangbar

(Jochen Schulte, SPD: Dann tut sich da nichts mehr.)

wie in Teilen Mecklenburg-Vorpommerns oder Brandenburgs, ist auch ein Repeater völlig nutzlos und wirkungslos, weil er hat gar kein Signal, das er verstärken oder im Zug wiedergeben kann, meine Damen und Herren.

(Jochen Schulte, SPD: Aber man hat das gute Gefühl. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Es könnte ja sein.)

Damit erübrigt sich aus meiner Sicht Ihr Antrag. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Unruhe vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Einen kleinen Moment, jetzt sind die Zettel ein bisschen durcheinandergekommen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was sollen denn da für Zettel durcheinanderkommen?)

Und schon haben wir das Problem gelöst. Das Wort hat nun für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke. (Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

**Dr. Mignon Schwenke**, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn so viele Themen, die ich bearbeite und die wichtig sind, hier auf der Tagesordnung stehen, dann laufe ich zur Höchstform auf, das werden Sie ja sicherlich noch mitkriegen.

(Manfred Dachner, SPD: Das ist belastend.)

Meine Damen und Herren, Ziel von Landespolitik sollte es sein, mehr Menschen als bisher in Bus und Bahn zu bekommen, im Interesse von Klimaschutz, auch Ressourcenschonung. Das ist ganz bestimmt auch im Interesse der Menschen, die viel unterwegs sein müssen. Wir brauchen Entschleunigung und weniger Stress. Ein gut ausgebauter öffentlicher Verkehr könnte dabei mithelfen. Wer aber mehr Fahrgäste für ÖPNV und Schienenpersonennahverkehr will, muss nicht nur den Status quo erhalten, sondern das vorhandene Angebot weiter ertüchtigen und ausweiten. Kurz gesagt: Mehr Fahrgäste wird es nur geben, wenn die Servicequalität steigt und das Angebot attraktiver wird. Das hat viele Komponenten.

Allerdings haben alle Bundesländer, die ja für den Regionalverkehr der Bahn zuständig sind, mit immer größeren Schwierigkeiten zu kämpfen. In den letzten Jahren, wir erleben es gerade aktuell, wurden die Regionalisierungsmittel gekürzt beziehungsweise nur unzureichend dynamisiert und damit faktisch gekürzt. Dazu stiegen die Stations- und Trassenpreise drastisch, die Energiekosten sind explodiert. Die auch von meiner Fraktion gewollten Qualitäts- und Sozialstandards in die Streckenausschreibungen für Schienenpersonennahverkehr zu bekommen, sind auch nicht für den Nulltarif zu haben. Mehr Qualität und die Einhaltung von sozialen Mindeststandards haben eben ihren Preis. So hat sich eine gewaltige Lücke bei der Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs bei uns im Land aufgetan, die durch die Bundeszuweisungen nicht geschlossen wird.

Ohne Zweifel gehört die mobile Internetnutzung für Privat- und Geschäftskunden heute zum Alltag. Dazu gehören auch das Telefonieren und die Internetnutzung in ICE oder in anderen Zügen. Die Möglichkeit, störungsfrei mobil zu telefonieren, wünschen sich die Fahrgäste. Das ist technisch nicht so leicht zu bewerkstelligen, schon allein, weil eine flächendeckende Abdeckung mit schnellen oder normalen Mobilfunknetzen gerade bei uns im Land noch von keinem der großen Provider bisher gewährleistet ist.

Der Abteilungsleiter Verkehr Herr Kosmider hat im Verkehrsausschuss in einem Nebensatz erwähnt, dass neue Züge, die im Regionalverkehr eingesetzt werden, bereits über Mobilfunkrepeater verfügen. Das zeigt, es geht. Für zukünftige Ausschreibungen könnte das als Qualitätskriterium in die Ausschreibungen mit aufgenommen werden.

Aber wir haben heute weitaus größere Probleme im öffentlichen Verkehr als die schlechten Mobilfunkverbindungen. Jahrelang, eigentlich jahrzehntelang hat die Verkehrspolitik in Deutschland, auch in Mecklenburg-Vorpommern, nur auf den Ausbau der Straßen und auf den Ausbau des Individualverkehrs per Auto gesetzt. Und wenn es um die Schiene ging, wurden Unsummen in Großprojekte ge-

steckt, deren tatsächlicher Bedarf wirklich nicht überprüft wurde. Ist es da ein Wunder, dass das Geld nicht mehr reicht? Ist es da ein Wunder, dass immer weniger Menschen Zug oder Bus fahren? Mit dieser Vorgehensweise wurde ein Teufelskreis in Gang gesetzt, der heißt: schlechter Service, nicht abgestimmte Taktzeiten, weniger Mitfahrer. Daraus folgen wieder Streckenschließungen, Ausdünnung der Taktzeiten, noch weniger Menschen.

Wenn das so weitergeht, haben wir bald keine Strecken und Züge mehr, in denen wir Mobilfunkrepeater brauchen. Der Antrag benennt ein Problem, das gelöst werden kann, das aber angesichts der übergeordneten Fragestellungen ziemlich winzig ist. Wir werden uns deshalb der Stimme enthalten. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat nun für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Schulte.

(Manfred Dachner, SPD: Endlich mal einer, der es kurz macht.)

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich will da keine Grundsatzdebatte über den Nahverkehr in diesem Land oder in der Bundesrepublik führen. Das erspare ich mir heute Abend. Das ist weder der Zeitpunkt, noch ist der Antrag dafür geeignet.

Frau Kollegin Schwenke, ich will nur einen Satz dazu sagen: Wenn dieses Problem, das Sie da eben angesprochen haben oder das durch diesen Antrag hier angesprochen wird, auch nach Ihrer eigenen Auffassung im Vergleich zu den Problemen, die wir bekanntermaßen auch im Nahverkehr nicht nur in diesem Land haben, so winzig ist, dann sollte man auch das Rückgrat haben zu sagen, das ist etwas, das wir heute nicht entscheiden wollen, das ist uns nicht wichtig genug, wir beschäftigen uns mit den wirklich wichtigen Dingen, und dann konsequenterweise den Antrag ablehnen. Wir als SPD-Fraktion, ich weiß das auch von meinen Kolleginnen und Kollegen der CDU, wir sind zumindest so konsequent, wir werden diesen Antrag ablehnen. Inhaltlich hat der Minister alles dazu gesagt.

Sehr geehrte Kollegen, ich kann das verstehen, wenn man im Zug manchmal dann auch den Internetzugang nicht hat, aber ich bin dann schon froh, wenn der Zug keine Verspätung hat. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat nun für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Petereit.

(Jochen Schulte, SPD: Volksfront gegen den Nahverkehr. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nationale Front. – Heinz Müller, SPD: Nationale Züge.)

**David Petereit**, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Fast hätte ich in meiner Fraktion für einen Änderungsantrag geworben, neben der im Antrag geforderten Kostenanalyse ab sofort auch eine entsprechende Teststrecke zu fordern, natürlich die Strecke Stralsund-Rostock—Schwerin, versteht sich.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Wäre ein Anfang.) Denn neben den in der Antragsbegründung genannten, aber unbelegten vielen Geschäftsleuten und Dienstreisenden, die angeblich für effektives Arbeiten in ihrer Reisezeit auf Regionalverkehrszüge umsteigen würden, es aber doch nicht tun, weil der Handyempfang so schlecht ist, gibt es doch einige grüne Landtagsabgeordnete, denen die Teststrecke sehr entgegenkäme.

(Zurufe von Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann mir gut vorstellen, dass beim gelangweilten Starren aus dem Zugfenster auch Ideen wie die für den vorliegenden Antrag kommen.

Grundsätzlich wäre ein derart zusätzlich bereitgestellter Service in der Tat begrüßenswert, allerdings halte ich die Begründung für an den Haaren herbeigezogen. In unserem Flächenland ist man fast immer mit dem Auto schneller als mit der Bahn. Es soll ja auch Geschäftsleute geben, für die Zeit Geld ist, und die werden wohl kaum auf die Bahn umsteigen, nur weil sie die ganze Zeit telefonieren oder im Internet surfen können.

Ich weiß ja nicht, wie oft Sie tatsächlich Bahn fahren oder ob Sie nur lieber darüber reden, als dass Sie in ein öffentliches Verkehrsmittel steigen, aber in der Regel arrangiert man sich mit der Fahrtzeit in der Bahn und nutzt sie beispielsweise zum Lesen. Falls Sie es nicht wissen sollten, auch ein Notebook ist ohne Internetverbindung immer noch benutzbar. Es können Texte geschrieben werden und sogar E-Post kann beantwortet werden, die dann eben erst abgesendet werden kann, wenn man wieder Netz hat.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es inzwischen Städte, die gar nicht mehr von der Bahn angefahren werden. Ganze Strecken wurden bereits stillgelegt. Das sind die Begleiterscheinungen des Volkstodes

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wie heißt denn Repeater auf Nationaldeutsch?)

oder, wie Sie zu sagen pflegen, des demografischen Wandels, an dem Ihre Politik natürlich total unschuldig ist. Sie gestalten ja nur.

(Heinz Müller, SPD: Wie heißt das auf Nazideutsch?)

Na ja, Hauptsache mobiles Internet und Telefonieren auf einem immer dünner werdenden Streckennetz. Das wirkt ja dann wenigstens noch jugendlich.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die geforderte Nachrüstung von Mobilfunkrepeatern wird auf jeden Fall zusätzliche Kosten produzieren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Haben Sie eben Repeater gesagt?)

Das kann ich Ihnen auch ohne Kostenanalyse sagen. Und da gehen wir nicht mit.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die heißen doch Wiederholer auf Nazideutsch.)

Wir sind der Ansicht, dass der Erhalt und Ausbau des Streckennetzes des SPNV Vorrang vor allen Serviceverbesserungen zu haben hat. Solange diese Mängel nicht abgestellt sind, sind wir nicht bereit, derartigen Serviceforderungen zuzustimmen, von denen Sie und wahrscheinlich die grüne Glaskugel meinen, es würde mehr Menschen vom Auto auf die Schiene bringen und damit den Planeten retten. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Udo Pastörs, NPD: Das ist goldig.)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Eifler.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das kann man heute ganz kurz halten.)

**Dietmar Eifler**, CDU: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Der vorliegende Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zu dieser späten Stunde kann einen schon verwundern.

Und, Herr Kollege Jaeger, es sei mir gestattet, noch mal drauf einzugehen, auf Ihre Einbringung. Sie hatten gesagt, Ihnen geht es lediglich um die Verbesserung der Mobilfunkverbindung, um mit dem Handy arbeiten zu können. Offensichtlich kennen Sie Ihren Antrag selbst gar nicht richtig, denn der ist weitergehend gefasst, schließt nämlich ein WLAN mit ein, das heißt sehr wohl surfen im Internet. Nur so weit zu Ihrem Antrag,

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Hab ich das bestritten? Hab ich das bestritten?)

der aber grundsätzlich gar nicht darauf ausgerichtet ist, die Mobilfunkverbindungen zu verbessern. Noch viel schlimmer: Sie verlangen, dass die Landesregierung beauftragt wird, eine Kostenanalyse zu erstellen.

(Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Noch viel schlimmer?!)

Das ist der Inhalt Ihres Antrages: Eine Kostenanalyse soll erstellt werden.

(Jochen Schulte, SPD: Da ruf ich doch einmal an und dann weiß ich, was das kostet.)

In einem wirtschaftlichen Unternehmen ist es gang und gäbe, dass das von sich aus erfolgt, dass ein Unternehmen auf die Serviceleistungen, auf die Angebote und auf die Nachfrage eingeht. Ich habe kein Verständnis dafür, dass die Landesregierung aufgefordert werden soll, eine Kostenanalyse für die Nachrüstung von Mobilfunkrepeatern zu machen.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Die Nachfrage bestimmt das Angebot.) Natürlich, Sie sagen es. Also wer kümmert sich um die Nachfrage?

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Das Land bestellt.)

Doch derjenige, der die Leistungen anbietet.

Also es ist zu dem Antrag alles gesagt. Ich bin gebeten worden, mich kurzzufassen, das mache ich auch. Ich komme also von dem Skript, was hier vorliegt, dann doch ab. Es ist schon gesagt worden, wir als Fraktion der CDU lehnen diesen Antrag selbstverständlich ab.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Das Wort hat nun noch einmal für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Herr Jaeger.

(Jochen Schulte, SPD: Aber jetzt!)

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Haben wir Sie überzeugt, Herr Jaeger?)

Tatsächlich ist das eher eine Kleinigkeit, muss ich mal so sagen.

(Manfred Dachner, SPD: Aber auch die kosten Geld.)

Wir wissen, dass zum Beispiel in England Buslinien ganz selbstverständlich ausgestattet sind mit solchen Systemen

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

In Kopenhagen können Sie selbstverständlich im ÖPNV WLAN nutzen und so weiter. Dass das bei Ihnen auf einen derartigen Widerstand stößt, erstaunt mich absolut, muss ich mal so sagen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ja, das ist so.)

Also dass Internet und Mobiltelefon wichtige Voraussetzungen sind, um sozusagen auch wirtschaftlich voranzugehen, das müsste Ihnen absolut klar sein.

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD, und Manfred Dachner, SPD)

Und dass Sie das jetzt hier als Begründung suchen, da müssen Sie ja wirklich richtig sich Mühe geben, um diesen Antrag abzulehnen, eine völlige Selbstverständlichkeit.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Jochen Schulte, SPD: Wir müssen vieles, müssen uns aber keine Mühe geben.)

Und, Herr Minister, ich schätze Ihr Engagement, auch für die Regenerativen, ausdrücklich. Das will ich hier mal sagen, weil heute auch in der "Ostsee-Zeitung" da so ein

gewisser anderer Zungenschlag mit reinkam. Das möchte ich deutlich betonen. Aber dass Sie unseren Antrag nicht mal lesen, wo wir drinstehen haben, wir wollen eine Kostenanalyse. Wir haben noch nicht mal gesagt, das muss sofort umgesetzt werden zu jedem erdenklichen Preis.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Also für mich ist das, was hier abgeliefert wurde vonseiten der Regierungskoalition, ein wirkliches Armutszeugnis, weil es müsste eigentlich nur eine Selbstverständlichkeit sein

(Manfred Dachner, SPD: Jaja.)

und Sie müssten sagen: Leute, der Antrag ist überflüssig, wir sind schon längst dran.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und das sind Sie nicht. Ihr Motto ist nach wie vor: "Wir segeln im Windschatten der technischen Entwicklung",

(Manfred Dachner, SPD: Jaja, genau.)

obwohl ich Ihnen sagen muss,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

die technische Entwicklung ist inzwischen europaweit so weit vorangeschritten, dass wir das grundsätzlich jetzt schon mal wagen könnten in Mecklenburg-Vorpommern und nicht erst in 20 Jahren.

(Peter Ritter, DIE LINKE: In 50!)

Und Sie sehen an unserem Antrag, in Thüringen, Südharz und so weiter laufen bereits genau diese Projekte. Wir wollten eigentlich nur, dass Sie da mal anrufen und fragen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir haben doch keinen Empfang. Wen sollen wir denn da anrufen?)

was kostet das denn in der Verhandlung mit der Bahn,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und dass Sie es umsetzen. Das war heute ein schwacher Tag für das Thema, wie machen wir ÖPNV attraktiver in Mecklenburg-Vorpommern. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/370. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/370 bei Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU und NPD und Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 17**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Mehr Demokratie wagen – Direktwahl des Bundespräsidenten einführen, Drucksache 6/365.

Antrag der Fraktion der NPD Mehr Demokratie wagen – Direktwahl des Bundespräsidenten einführen – Drucksache 6/365 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende der NPD Herr Pastörs.

**Udo Pastörs**, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der überregionalen Tageszeitung "Die Zeit" vom 8. März dieses Jahres können Sie nachlesen, was die NPD wirklich will.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ach! – Manfred Dachner, SPD: Was will sie denn? – Heinz Müller, SPD: Das wissen wir.)

Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, entspricht in auffällig vielen Punkten exakt dem, was das deutsche Volk für richtig hält.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Das Blatt berichtet unter anderem, dass wir uns immer häufiger mit radikaldemokratischen Forderungen hervortun, als da wären:

Erstens. 2009 setzte die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag eine aktuelle Debatte unter dem Titel "Für eine wahre Demokratie nach Schweizer Vorbild – Volksentscheide jetzt auf allen Ebenen einführen" auf die Tagesordnung des Parlaments.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Zweitens. In einer großen Kampagne 2007 und 2008 wurde durch uns massiv die Forderung auf Volksentscheide und Volksabstimmungen eingefordert.

Drittens. Wir wollen durch grundsätzliches Eintreten für direkte Demokratie den etablierten Blockparteien einen großen Teil ihrer Macht entreißen, um endlich wieder der Forderung des Grundgesetzes Geltung zu verschaffen, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht und eben nicht von den Parteien.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Wir sind schon das Volk, Spinner!)

Schon längst haben Sie sich den ganzen BRD-Staat zur fetten Beute gemacht.

Meine Damen und Herren, wie das jüngste Beispiel – ich meine die Schmierenkomödie um den Rücktritt des Bundespräsidenten Wulff – jedem erneut deutlich vor Augen führt, haben die Leute am Ende über den CDU-Lügenbaron Herrn zu Guttenberg noch mit distanzierter Verachtung reagiert. So entlud sich die Wut der Bürger am Rande des Großen Zapfenstreiches für den CDU-Mann Christian Wulff dadurch, dass sie zu Hunderten protestierend vor dem Schloss Bellevue erschienen und Herrn Wulf in Sprechchören regelrecht zum Teufel wünschten.

(Manfred Dachner, SPD: Das waren Vuvuzelas.)

Meine Damen und Herren, die Forderung der Nationaldemokraten nach einer Direktwahl des Bundespräsidenten ist für Sie hier in diesem sogenannten Hohen Hause nicht ganz neu. Schon in der 22. Sitzung am 12. Juli 2007 verlangten wir in einem Antrag auf Drucksache 5/649 die Direktwahl des Bundespräsidenten.

> (Heinz Müller, SPD: Ich glaube, den haben wir abgelehnt. – Dr. Margret Seemann, SPD: Damals haben wir das abgelehnt.)

Schon damals forderte der Abgeordnete der NPD, Michael Andrejewski, eine Bundesratsinitiative des Landes Mecklenburg-Vorpommern mit dem Ziel, eine Direktwahl des Bundespräsidenten im Bundestag zu erreichen. Herr Andrejewski sagte damals schon zutreffend, Zitat:

"Schon jetzt hat das Amt des Bundespräsidenten die gelegentliche Wirkung bei dem einen oder anderen Träger, Ansätze von selbstständigem Denken hervorzurufen, die man im etablierten Parteiensystem sonst nicht gewohnt ist." Und Andrejewski weiter: "Der Altpräsident Roman Herzog hat zwar nach seiner Amtszeit, aber doch sehr zutreffend, ernsthafte Zweifel angemeldet, ob man die Bundesrepublik Deutschland überhaupt noch als parlamentarische Demokratie bezeichnen könne ... Und Horst Köhler stellte sich quer, als Bundeskanzlerin Merkel sich bei ihrem ersten Haushalt nicht einmal die Mühe machen wollte, pro forma die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu erklären, sondern offen verkündete, dass sie nun leider einen verfassungswidrigen Haushalt vorlegen müsste." Zitatende

Meine Damen und Herren, vielleicht sind Sie ja mittlerweile einsichtiger geworden und stimmen heute nunmehr unserer Forderung nach Direktwahl des Bundespräsidenten

> (Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na selbstverständlich, Herr Pastörs, selbstverständlich.)

durch das Volk und einer Ausweitung seiner Befugnisse zu.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Wahrscheinlich.)

Nicht nur der Sozi Sigmar Gabriel hat zumindest mit seiner jüngsten Äußerung, Zitat: "Der neue Bundespräsident darf auf keinen Fall einer aus der Politik sein", Zitatende, begriffen, dass es nach alten Strickmustern nicht mehr weitergehen kann, wohl wissend, dass man in Ihren Reihen keinen geeigneten Kandidaten mehr auftreiben könnte, der nicht irgendwie Dreck am Stecken hat.

(Rainer Albrecht, SPD: Mal in den Spiegel gucken!)

Wir von der NPD bekämpfen seit Jahrzehnten ein sich immer autoritärer gebärdendes Parteienkartell. Und auch der Staatsrechtler Hans Herbert von Arnim stellte schon 2001 fest, Zitat: "Wenn repräsentative Demokratie Regierung durch das Volk und für das Volk bedeutet ..., stellt man rasch fest, dass es in der Praxis des vermeintlich freiheitlichsten Gemeinwesens, das je auf deutschem Boden bestand, um diese Grundsätze nicht gut bestellt

ist. Staat und Politik sind insgesamt in einem Zustand, von dem nur noch Berufsoptimisten oder Heuchler behaupten können, er sei aus dem Willen der Bürger hervorgegangen". Und Herr Professor von Arnim weiter: "Jeder Deutsche hat die Freiheit, Gesetzen zu gehorchen, denen er niemals zugestimmt hat; er darf die Erhabenheit des Grundgesetzes bewundern, dessen Geltung er nie legitimiert hat; er ist frei, Politikern zu huldigen, die kein Bürger je gewählt hat, und sie üppig zu versorgen – mit seinen Steuergeldern, über deren Verwendung er niemals befragt wurde."

Apropos Versorgung: Wenn der Herr Wulff auch nur einen Funken Anstand besitzt, dann wird er freiwillig auf seine jährlichen Bezüge und sonstigen Vergünstigungen, die die stattliche Summe von 500.000 Euro jährlich ausmachen, verzichten. Aber diesen Funken Anstand wird er nicht haben.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

denn er ist nicht nur Partygänger, sondern auch Musterdemokrat, einer von Ihnen sozusagen.

Aber kommen wir zurück zu unserer Forderung, dass wir von der NPD einen Präsidenten wollen, der wirklich demokratisch legitimiert, also direkt vom Volk gewählt ist. Was spricht eigentlich dagegen, dieses zu tun?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie!)

Haben Sie, meine Damen und Herren, Angst vor der Entscheidung des deutschen Volkes, vor der Entscheidung des Souveräns, wie es so schön in der Verfassung heißt? Haben Sie Angst davor, dass sich bei einer Direktwahl ein überparteilicher Führungsauftrag unseres Bundespräsidenten ableiten lassen könnte?

Die Gegner einer Direktwahl führen ins Feld, das Amt des Bundespräsidenten durch den dann notwendigen Wahlkampf beschädigen, eventuell leiden sehen zu können. Dass ich nicht lache! Genau das in dieser Woche und in den Wochen zuvor erlebte politische Schmierentheater, inszeniert durch die zum Teil zugegebenermaßen hetzerische Berichterstattung und wahrscheinlich vorhandenen schweren Verfehlungen des Herrn Wulff, haben das Amt bereits der Lächerlichkeit preisgegeben. Selbst nach dem Großen Zapfenstreich soll es Bundeswehrangehörige gegeben haben, die sich despektierlich offen über den ausscheidenden Bundespräsidenten geäußert haben.

Nein, meine Damen und Herren, politische Ämter beschädigt eine Bundeskanzlerin Merkel durch ungehemmte Geldtransfers auf Kosten der Steuerzahler in Milliardenhöhe, nicht nur nach Griechenland. Wir von der NPD nennen so ein Verhalten Hochverrat.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Politische Ämter beschädigt das kriminelle Verhalten eines Verteidigungsministers von und zu Guttenberg,

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Bleiben Sie beim Thema!)

der sich einen Doktortitel ergaunerte und sich in die Vereinigten Staaten von Nordamerika absetzte. Vielleicht

folgt der Herr Wulff Herrn Guttenberg ins Land der unbegrenzten Möglichkeiten.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Sie auch? Oh, das wäre schön.)

Die Zeit ist reif. Es muss Schluss gemacht werden mit dem Artikel 54 Grundgesetz,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da schüttelts den doch jeden Tag beim schwarzen Präsidenten. – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

der da lautet: "Der Bundespräsident wird ohne Aussprache von der Bundesversammlung gewählt."

Wir Nationaldemokraten

(Heinz Müller, SPD: Demokraten?)

bevorzugen allerdings Aussprachen,

(Heinz Müller, SPD: Seit wann seid ihr denn Demokraten? – Dr. Margret Seemann, SPD: Nazis, Nazis.)

weil uns Sprechen demokratischer erscheint als verordnetes Schweigen, meine Damen und Herren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aber doch nicht, wenn Sie reden, Herr Pastörs.)

Denn Ihr Parteienstaat hat sich nicht nur die Verwaltung zur Beute gemacht, nein, Sie haben es geschafft, durch Bevormundung und Political Correctness das Volk zum Schweigen zu bringen.

(Heinz Müller, SPD: Schon wieder was Englisches.)

Selbst die höchsten Gerichte besetzen Sie mit Ihren Günstlingen.

Natürlich wissen wir, dass mit der Direktwahl des Bundespräsidenten Ihr BRD-Moloch nicht verschwindet. Dennoch würde die Direktwahl und die Ausweitung der Macht des Bundespräsidenten

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Na, was wollen Sie denn?)

zweifellos eine höhere Identifikation des Volkes mit dem Amt bedeuten. Der Vorgänger von Herrn Wulff, Herr Köhler, hat es richtig gemacht. Er war nicht mehr bereit, den BRD-Grüßonkel zu geben. Wahrscheinlich angewidert vom Treiben im sogenannten Hohen Haus in Berlin, im Reichstag, hat er es vorgezogen, zu schweigen und zu gehen. Der neue Präsident, Herr Gauck, so ist zu vermuten, wird nicht schweigen, er wird – ich komme zum Ende –

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Schnell!)

viel von Ausländerintegration, Existenzrecht des Staates Israel und von der Verantwortung für die Dritte Welt schwadronieren.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Das ist gut so. – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Die Fortsetzung, meine Damen und Herren, dann im zweiten Teil meiner Rede.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Um Gottes willen!)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Welche Aufmerksamkeit? – Zurufe von Heinz Müller, SPD, und Dr. Margret Seemann, SPD)

**Vizepräsidentin Beate Schlupp:** Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE Frau Borchardt.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zum wiederholten Mal hat die Fraktion der NPD das Thema "Direktwahl des Bundespräsidenten" auf die Tagesordnung setzen lassen.

(Vizepräsidentin Silke Gajek übernimmt den Vorsitz.)

Man muss sich schon fragen, ob der NPD so langsam die Themen ausgehen

(Udo Pastörs, NPD: Das ist doch ein aktuelles Thema.)

oder ob es, wie Sie es in Ihrem Antrag begründet haben, um wirklich mehr Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland geht,

(Dr. Norbert Nieszery SPD: Die wollen sie doch abschaffen.)

und das wage ich zu bezweifeln. Vielmehr – und das haben Sie in der Einbringungsrede auch bewiesen – wollen Sie noch einmal die Chance nutzen, um auf die Vorgänge der letzten Wochen und Monate draufzuhauen.

(Udo Pastörs, NPD: Wir wollen nur die Pflicht wahrnehmen, das zu tun.)

Um die Stärkung des Amtes an sich geht es Ihnen in keiner Weise.

(Udo Pastörs, NPD: Ach so!)

Und nicht nur deshalb werden wir, wie schon in der Sitzung vom 12.07.2007, also vor fast fünf Jahren, Ihren Antrag auch dieses Mal ablehnen.

(Udo Pastörs, NPD: Och!)

Selbstverständlich haben wir uns auch inhaltlich mit Ihrem Antrag beschäftigt, der sich ja quantitativ gegenüber dem Antrag von 2007 nicht verändert hat.

(Udo Pastörs, NPD: Qualitativ denn?)

Qualitativ und quantitativ nicht, beides.

(Udo Pastörs, NPD: Ach so, das hatten Sie noch vergessen.)

Ja, Herr Pastörs, Sie versprechen sich ja nie. Da können wir jetzt noch mal nachlesen, also Ihre Versprecher sind noch viel amüsanter.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die können wenigstens ins Fernsehen.)

Wie 2007 werde ich Ihnen die Grundsätze der deutschen Präsidentenwahlen erneut erklären. Vielleicht verstehen Sie es ja dieses Mal.

Sie wollen, dass die Landesregierung eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringt mit dem Ziel, den Bundespräsidenten direkt wählen zu lassen. Natürlich hört sich das erst einmal demokratisch an, aus Ihrem Munde allerdings unglaubwürdig, wenn man sich mal mit dem Ausbau der Demokratie in Ihrer eigenen Partei vertraut macht. Wissen Sie, es ist schon vermessen, politisch etwas einzufordern, was man selbst nicht bereit ist, in den eigenen Reihen durchzusetzen,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

denn die Mitgliederrechte in der NPD sind sehr, sehr gering. Richtig ist, der Bundesrepublik Deutschland würde es guttun, den Bürgerinnen und Bürgern mehr Instrumente der direkten Einflussnahme auf die Politik in diesem Land in die Hand zu geben. Aber ob die direkte Wahl des Bundespräsidenten dazu gehören sollte, wird berechtigterweise unterschiedlich diskutiert.

(Udo Pastörs, NPD: Na sehen Sie.)

Das Amt des Bundespräsidenten ist ein weitgehend symbolisches Amt mit repräsentativem Charakter.

(Udo Pastörs, NPD: Leider. – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Der Bundespräsident ist eine moralische Autorität mit sehr beschränkter politischer Macht.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das sollten auch Sie mittlerweile mitbekommen haben.

Die Volkswahl des Präsidenten würde unweigerlich zu einem Legitimationsüberschuss führen, der im Missverhältnis zu seinen Kompetenzen stehen würde. Würde man den Bundespräsidenten direkt wählen, müsste man ihn auch mit wesentlich mehr Befugnissen ausstatten.

(Udo Pastörs, NPD: Das wollen wir.)

Nur so könnte man die Notwendigkeit einer direkten Wahl rechtfertigen.

Ja, ich weiß, Sie würden das natürlich begrüßen.

(Udo Pastörs, NPD: Natürlich.)

Und wir wissen aus der Geschichte heraus auch, warum.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Um Machtbündelungen zu verhindern, wurde in Deutschland ein komplexes System der Gewaltenteilung kreiert. Dass unsere Staatsorganisation kein starkes Staatsoberhaupt kennt oder aus historischen Gründen nicht kennen will, ist also kein Zufall, sondern Absicht. Dieses starke Staatsoberhaupt ließe sich nicht in unser Staatssystem der Gewaltenteilung integrieren.

(Udo Pastörs, NPD: Ach so!)

Dieses System hat sich nicht nur bewährt, sondern es ist nach wie vor erforderlich zur Verteidigung der Demokratie.

(Udo Pastörs, NPD: Ach so!)

Wir wissen alle, wo es hingeführt hat, als Deutschland zum letzten Mal ein starkes Staatsoberhaupt hatte.

> (Stefan Köster, NPD: Und dann kam die DDR.)

Auch der Weimarer Reichspräsident wurde durch Volkswahlen bestimmt. Dieser Reichspräsident erhielt eine Macht, die einem konstitutionellen Monarchen entsprach. Er hatte eine Vielzahl von Befugnissen und diese Vielzahl von Befugnissen

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

war eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass das Hitler-Regime an die Macht kommen konnte.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Denkt man Ihr Anliegen einer Bestimmung des Bundespräsidenten durch eine Volkswahl vor diesen geschichtlichen Hintergründen zu Ende, kommt man zu folgendem Ergebnis: Sie wollen doch gar nicht mehr Demokratie,

(Stefan Köster, NPD: Nee, was wollen wir denn?)

Sie wollen eine Präsidialdiktatur.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Das kann man auch sehr gut in Ihren Dokumenten nachlesen. Und auch Ihre Argumente beziehungsweise die Behauptung, die wir nicht nur einmal in diesem Hause hören mussten, dass die Weimarer Republik und die heutige Bundesrepublik nicht vergleichbar seien und wir auf über 60 Jahre gefestigte Demokratie zurückblicken, ändert an den Risiken eines zu mächtigen Staatsoberhauptes überhaupt nichts. Die Schutzmechanismen der Gewaltenteilung haben nach wie vor ihre Berechtigung.

Ein weiterer Punkt, der nicht von der Hand zu weisen ist, ist, dass die Wahl des Bundespräsidenten nicht politisiert werden sollte. Idealerweise ist es so, dass der Bundespräsident parteiübergreifend getragen wird.

(Udo Pastörs, NPD: Ach so!)

Der Bundespräsident soll jemand sein, mit dem sich jeder Bürger identifizieren kann.

(Udo Pastörs, NPD: Jaja, davon hatten wir einige. – Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und David Petereit, NPD)

Zwar ist das in der Praxis leider nicht immer der Fall, aber die Zielvorgabe ist doch richtig und es gibt keinen Grund, davon abzurücken. Bei einer Direktwahl wäre jedoch ein Wahlkampf unumgänglich. Natürlich müssten die Bürgerinnen und Bürger umfänglich über die Bewerberinnen und Bewerber aufgeklärt werden.

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

Und wir alle wissen, dass im Wahlkampf die Bürgerinnen und Bürger selbstverständlich das Recht haben, die Positionen der Bewerberinnen und Bewerber zu Einzelfragen kennen zu wollen. Dass hierbei jedoch der Kandidat auch Antipathien im Wahllager seiner Gegner sammelt, ist völlig normal.

(Zuruf von David Petereit, NPD)

Eine Polarisierung der Bevölkerung wäre dementsprechend unvermeidbar.

(Udo Pastörs, NPD: Wollen Sie denn einen Säulenheiligen? – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Eine Polarisierung durch den Bundespräsidenten schon im Vorfeld seiner Wahl ist aber gerade das, was sein Amt nicht soll. Das Amt des Bundespräsidenten soll das Volk einigen, er soll der parteiübergreifende Mediator sein.

(Udo Pastörs, NPD: Ach so!)

Idealerweise soll er das Gegengewicht zum unvermeidlichen Parteiengezänk unserer Demokratie sein.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

All das wäre durch eine Direktwahl nicht mehr gegeben.

Ihr Antrag beweist, Sie haben den Sinn und Zweck der Demokratie

(Udo Pastörs, NPD: Nicht verstanden.)

nicht verstanden, überhaupt nicht verstanden.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Und das haben Sie auch in Ihrer Rede zum Ausdruck gebracht.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Sie, Herr Pastörs, haben davon gesprochen, dass Sie eine Aussprache möchten.

(Udo Pastörs, NPD: Klar.)

Die Direktwahl des Bundespräsidenten ist keine Aussprache, das ist Wahlkampf in einer bestimmten Phase,

(Udo Pastörs, NPD: Echt?)

aber nicht eine Aussprache im Sinne des Gesetzes.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Um das alles zu beweisen,

(Stefan Köster, NPD: Wir sind mitten im System angekommen.)

dass Sie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland nicht verstanden haben, nicht verstehen wollen und andererseits auch abschaffen wollen, dazu hätten Sie diesen Antrag nicht stellen müssen. Wir lehnen den Antrag ab.

> (Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Stefan Köster, NPD: Was für eine Demokratie meinen Sie, Frau Borchardt?)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Herr Pastörs, bevor Sie das Rednerpult einnehmen, erteile ich Ihnen noch einen Ordnungsruf wegen eines beleidigenden Zwischenrufes gegenüber Herrn Minister Brodkorb im Rahmen der Aussprache zu dem Tagesordnungspunkt 13.

**Udo Pastörs**, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Frau Borchardt, Ihre Kindergartenrede war so schäbig und so unter Niveau, dass ich mich dazu gar nicht äußern will.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Heinz Müller, SPD: Also schäbig ist hier was ganz anderes.)

Sie wollen durch Auseinandersetzungsverbot, also durch Wettbewerbsverbot vor einer Wahl die Demokratie retten. Was haben Sie für eine Vorstellung von freiheitlichen Gedanken und von freiem Wettbewerb auch auf der politischen Ebene?

(Dr. Margret Seemann, SPD: Jedenfalls bessere als Sie. – Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Michael Andrejewski, NPD)

Aber ich setze meine Rede fort.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Um Gottes willen! – Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Und zwar denke ich, dass gerade die Auseinandersetzung, der Wettbewerb, der freie Wettbewerb um ein Wahlamt die Essenz der Demokratie ausmacht

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Auf einmal.)

und nicht das Ausgekungel von Kandidaten innerhalb eines Parteienkartells, wo das Volk außen vor nur noch

zur Kenntnis nehmen darf, wer es denn nun wird oder wer es nicht werden darf.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wie sind Sie denn ausgekungelt worden, Herr Pastörs?)

Das ist der Unterschied zu meiner Position, zu der Position der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands und den Postkommunisten, die sich hier als Oberdemokraten aufspielen

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

und ganz vergessen, dass gerade in Ihrem Staat, wo Sie "Heil Moskau!" gerufen haben,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ich habe nicht "Heil Moskau!" gerufen. – Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

das nicht praktiziert wurde, was Sie hier einfordern. Das ist schäbig. Sie haben ein kurzes Gedächtnis. Ich habe von Ihnen nichts anderes erwartet, gnädige Frau.

Zurück zu meiner Rede.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nein!)

Also der Herr Gauck wird von Ausländerintegration, Existenzrecht des Staates Israel und von der Verantwortung für die Dritte Welt schwadronieren.

(Heinz Müller, SPD: Das hoffen wir, dass er davon redet.)

Er wird uns Deutsche mahnen, weiterhin den Goldesel zu spielen für ganz Europa,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Sind Sie Hellseher, oder was?)

und begründen wird er dies vermutlich mit der bösen Vergangenheit des deutschen Volkes.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das wird er mit Sicherheit nicht tun.)

Er wird also eine Schleimspur humanistischer Phrasen hinter sich her ziehend durch die Welt reisen. Und darum wird man ihn wahrscheinlich in Ruhe lassen. Das sind die Leute, die Ihre Demokratie brauchen, damit alles so bleibt, wie es Ihnen von den Blockparteien gefällt.

Wir machen da nicht mit und protestieren weiter gegen Ihren Parteienstaat auf der Straße ebenso wie in den Parlamenten, bis Sie uns, meine lieben Demokraten, ganz demokratisch vielleicht eines Tages diktatorisch verbieten lassen. Aber das scheint ja vorläufig nicht mehr ganz so einfach zu sein, nachdem immer deutlicher wird, dass der sogenannte Nationalsozialistische Untergrund weitestgehend mit Geldern Ihres Verfassungsschutzes das Licht der Welt erblickte.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Wir rechnen also auf breite Zustimmung für unseren Antrag und wir glauben,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Ich denke, Sie sind Hellseher.)

und da zitiere ich noch einmal aus einem Parteiflugblatt der NPD jüngster Zeit,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh ja!)

aber auch schon vor Jahren ...

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ganz wichtige Literatur, nicht?)

Das ist ganz wichtige Literatur, sollten Sie mal mit zu Bett nehmen abends.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Heinz Müller, SPD: Das nehme ich noch nicht mal mit aufs Klo. – Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Zitat: "Volksentscheide auf allen Ebenen

Volksabstimmungen auf Bundesebene sind ein unverzichtbares Element der Demokratie, die wir in der BRD nicht haben. Wir fordern die Einführung von Volksabstimmungen für alle die Nation betreffenden wesentlichen Fragen. Grundsatzentscheidungen ..."

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Ausländische Bürger sind Gast und haben kein Wahlrecht. Das ist so.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Also das kann ja nicht sein.)

"Grundsatzentscheidungen wie die Aufgabe der eigenen Währung zugunsten des Euro"

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das ist zu kompliziert, das weiß er nicht, Norbert.)

"oder die Teilnahme der Bundeswehr an Kriegen für fremde Interessen gehen alle Deutschen an." Das war ein Text aus unserer Wahlbroschüre "25 Standpunkte",

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wie spannend.)

Stand September letzten Jahres.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Und nun noch einmal zum Mitdenken das Zitat aus der Wochenzeitung "Die Zeit" vom 08.03.2005, 2012:

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aha! – Heinz Müller, SPD: Die paar Jährchen. – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

"Wir wollen die direkte Demokratie", betonte beispielsweise der Vorsitzende des … Kreisverbandes im niederbayerischen Deggendorf … in einem offenen Brief an den Passauer Oberbürgermeister. Darin heißt es …: "Was wirft man der NPD eigentlich vor?" Sie würde die Demokratie abschaffen, sagen die Regierenden. Tatsache aber ist, dass die NPD die "Direkte Demokratie" nach dem Vorbild der Schweiz will." Und weiter lesen wir: "Die Forderung nach mehr Demokratie ist im Parteiprogramm fest verankert. Dort heißt es: "Der Einfluss des Volkes muss durch Volksentscheide und direkte Wahlen gestärkt werden."

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das glaubt Ihnen doch sowieso keiner, Herr Pastörs.)

",Die Absicherung der Macht durch Einschränkung der Meinungsfreiheit" – so, wie Sie sich das vorstellen, Frau Borchardt –

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

"sowie durch Monopolisierung der verbreiteten Meinungen im Sinne der herrschenden Schichten ist zu beenden." Zitatende.

Meine Damen und Herren, und genau das fordern wir heute hier in diesem Antrag. Der Bundespräsident darf nicht mehr der politische Eunuch sein, der lediglich die Abteilung "salbungsvolle Worte" zu betreuen hat. Wir als NPD wollen dem zahnlosen Tiger Präsident eine überparteiliche Machtfunktion einräumen,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

die durch Volksabstimmung legitimiert ist.

Noch im 18. Jahrhundert war das Wort "Demokrat" häufig gebrauchtes Schimpfwort.

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wollten Sie nicht zum Ende kommen?)

Und auch Ihre real existierende BRD-Demokratie

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD – Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Dr. Margret Seemann, SPD)

ist längst zum Gespött der Massen geworden.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Schauen Sie auf die Wahlbeteiligung und den Stellenwert, den das Staatsvolk den Parlamentariern beimisst.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gucken Sie mal auf Ihr Ergebnis genau! – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Interessant ist auch – ich komme zum Ende –, dass Sie sich  $\dots$ 

Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Pastörs, kommen Sie

**Udo Pastörs**, NPD: ... mit ähnlichen Argumenten gegen Volksabstimmungen ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Der Abgeordnete Udo Pastörs spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.) Vizepräsidentin Silke Gajek: Herr Pastörs, Ihre Redezeit ist beendet.

(Der Abgeordnete Udo Pastörs spricht bei abgeschaltetem Mikrofon. – Beifall vonseiten der Fraktion der NPD – Zurufe aus dem Plenum: Hinsetzen!)

Herr Pastörs, ich fordere Sie auf, sich auf Ihren Platz zu begeben.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Ich schließe die Aussprache.

Die Fraktion der NPD hat gemäß Paragraf 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung zum Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/365 eine namentliche Abstimmung beantragt.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Damit Ihr Votum korrekt erfasst werden kann, bitte ich Sie, sich nach dem Aufruf, wenn möglich, von Ihrem Platz zu erheben und Ihre Stimme laut und vernehmlich abzugeben. Darüber hinaus bitte ich alle im Saal Anwesenden, während des Abstimmungsvorganges von störenden Gesprächen Abstand zu nehmen.

Ich bitte nunmehr den Schriftführer Herrn Schwarz, die Namen vorzutragen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, dass seine oder ihre Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall.

Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Ich unterbreche die Sitzung für zwei Minuten.

Unterbrechung: 19.59 Uhr

Wiederbeginn: 20.00 Uhr

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ich eröffne die Sitzung wieder.

An der Abstimmung haben insgesamt 55 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 5 Abgeordnete, mit Nein stimmten 50 Abgeordnete. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 6/365 abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 15. März 2012, 9.00 Uhr ein. Die Sitzung ist somit geschlossen.

Schluss: 20.00 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Dr. André Brie, Ingulf Donig und Bernd Schubert.

## **Namentliche Abstimmung**

## über den Antrag der Fraktion der NPD Mehr Demokratie wagen – Direktwahl des Bundespräsidenten einführen

- Drucksache 6/365 -

Jastimmen		Lenz, Burkhard
		Lindner, Detlef
NPD		Liskow, Egbert
		Reinhardt, Marc
	Andrejewski, Michael	Renz, Torsten
	Köster, Stefan	Ringguth, Wolf-Dieter
	Müller, Tino	Schlupp, Beate
	Pastörs, Udo	Schütt, Heino
	Petereit, David	Silkeit, Michael
		Texter, Andreas
Neinstimmen		
		DIE LINKE
SPD		
		Dr. Al-Sabty, Hikmat
	Albrecht, Rainer	Bernhardt, Jacqueline
	Dr. Backhaus, Till	Borchardt, Barbara
	Barlen, Julian	Holter, Helmut
	Borchert, Rudolf	Lück, Regine
	Bretschneider, Sylvia	Oldenburg, Simone
	Brodkorb, Mathias	Ritter, Peter
	Butzki, Andreas	Rösler, Jeannine
	Dachner, Manfred	Dr. Schwenke, Mignon
	Drese, Stefanie	Stramm, Karen
	Feike, Katharina	Dr. Tack, Fritz
	Gundlack, Tilo	·
	Krüger, Thomas	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
	Mucha, Ralf	
	Müller, Heinz	Berger, Ulrike
	Dr. Nieszery, Norbert	Gajek, Silke
	Schlotmann, Volker	Gerkan, Jutta
	Schulte, Jochen	Saalfeld, Johannes
	Schwarz, Thomas	Suhr, Jürgen
	Dr. Seemann, Margret	, &
	Tegtmeier, Martina	
		Endgültiges Ergebnis:
CDU		
		Abgegebene Stimmen55
	Caffier, Lorenz	Gültige Stimmen55
	Eifler, Dietmar	Jastimmen5
	Glawe, Harry	Neinstimmen50
	Kokert, Vincent	Enthaltungen